

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.
Aide à l'industrie horlogère.

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Verhandlungen des Nationalrates und des Ständerates

Délibérations du Conseil national et du Conseil des Etats



DOKUMENTATIONSDIENST DER BUNDESVERSAMMLUNG
SERVICE DE DOCUMENTATION DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE

× * (2720) n Uhrenindustrie. Unterstützung. Botschaft und Beschlussentwurf vom 11. September 1931 (Bundesblatt II, 189) über die Unterstützung der Uhrenindustrie.

N Wetter, Eisenhut, Escher, Gnägi, Gros-pierre, Jenny-Ennenda, Joss, Mächler, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Müller-Schmerikon, Perret, Perrier, Rais, Sandoz, Schmid-Solothurn, Steinmetz, von Streng, Wunderli. (19)

S Béguin, Bossset, Dietschi, Klöti, Messmer, Meyer, Moser, Savoy, Züst. (9)

Postulat der Kommissionsminderheit, vom 21. September 1931.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht:

1. die allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. zu verpflichten sei, in der Uhrenindustrie das freie Koalitionsrecht der Arbeiterschaft vorbehaltlos anzuerkennen;
2. sein Einfluss im Verwaltungsrat der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. dahin geltend zu machen sei, dass die Arbeit in der Uhrenindustrie auf die Grundlage tariflicher Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen gestellt wird;
3. dafür zu sorgen sei, dass bei der Stilllegung von Betrieben zum Zwecke der Sanierung der Uhrenindustrie für die von dieser Massregel betroffenen Gemeinden und Arbeiter eine genügende Fürsorge eingerichtet und in den Regionen der Uhrenindustrie dem öffentlichen Arbeitsnachweis und der Berufsberatung ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Mitunterzeichner: Gros-pierre, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Perret, Schmid-Solothurn.

1931, 21. September. Beschluss des Nationalrats abweichend vom Entwurf des Bundesrats.

Das Postulat der Kommissionsminderheit wird verworfen.

1931, 24. September. Beschluss des Ständerats: Zustimmung.

1931, 26. September. Beschluss des Nationalrats: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1931, 28. September. Beschluss des Ständerats: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

(Stenographisches Bulletin.)

Gesetzsammlung 47, 681.

× * (2720) n Aide à l'industrie horlogère. Message et projet d'arrêté du 11 septembre 1931 (FF II, 193) relative à une aide en faveur de l'industrie horlogère.

N Wetter, Eisenhut, Escher, Gnägi, Gros-pierre, Jenny-Ennenda, Joss, Mächler, Moser-Thalwil, Müller-Bienne, Müller-Schmerikon, Perret, Perrier, Rais, Sandoz, Schmid-Soleure, Steinmetz, von Streng, Wunderli. (19)

E Béguin, Bossset, Dietschi, Klöti, Messmer, Meyer, Moser, Savoy, Züst. (9)

Postulat de la commission (minorité), du 21 septembre 1931.

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne devrait pas:

- 1^o obliger la société générale de l'horlogerie S. A. à reconnaître sans réserve la liberté d'association aux ouvriers horlogers;
- 2^o s'employer auprès du conseil d'administration de la société précitée pour que le travail soit organisé, dans l'industrie horlogère, sur la base de conventions tarifaires entre patrons et ouvriers;
- 3^o faire en sorte que, lors de la fermeture d'établissements en vue de l'assainissement de l'industrie horlogère, des secours suffisants soient organisés en faveur des communes et des ouvriers frappés par cette mesure et que les bureaux publics de placement et d'orientation professionnelle fassent dans les régions horlogères l'objet d'une attention toute particulière.

Co-signataires: Gros-pierre, Moser-Thalwil, Müller-Bienne, Perret, Schmid-Soleure.

1931, 21 septembre. Décision du Conseil national modifiant le projet du Conseil fédéral.

Le postulat de la minorité de la commission est rejeté.

1931, 24 septembre. Décision du Conseil des Etats: Adhésion.

1931, 26 septembre. Décision du Conseil national: Le projet d'arrêté est adopté en votation finale.

1931, 28 septembre. Décision du Conseil des Etats: Le projet d'arrêté est adopté en votation finale.

(Bulletin sténographique.)

Recueil des lois 47, 673.

Nationalrat
Conseil national

Sitzung vom 17.9.1931
Séance du 17.9.1931

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.**Aide à l'industrie horlogère.**

Botschaft und Beschlußentwurf vom 11. September 1931 (Bundesblatt II, 189). — Message et projet d'arrêté du 11 septembre 1931 (Feuille fédérale II, 193).

Antrag der Kommission.**Eintreten.****Proposition de la commission.****Passer à la discussion des articles.****Berichterstattung. — Rapports généraux.**

Wetter, Berichterstatter: Der Bundesrat hält dafür, wie er das in seiner Botschaft vom 11. September den Räten zur Kenntnis gebracht hat, daß diese Vorlage über die Unterstützung der Uhrenindustrie in dieser Session verabschiedet werden sollte. Die Eile ist so außergewöhnlich wie der Gegenstand selber. Die Botschaft ist erst zu Beginn der Session ausgeteilt worden, und die Kommission hat seither zu der Angelegenheit Stellung beziehen müssen. Sie ist aber zur Ueberzeugung gekommen, einmal, daß die Vorlage dringlich ist und ein Hinausziehen auf die Dezembersession sich kaum verantworten läßt, dann aber auch, daß sie materiell begründet und gründlich vorbereitet ist, so daß das Parlament die rasche Verabschiedung verantworten kann.

Meine Herren! Die Nachkriegszeit hat es verschiedentlich als nötig erscheinen lassen, daß der Bund notleidenden Produktionsgruppen beigesprungen ist. Ich erinnere an die verschiedenen Aktionen zur Unterstützung der Landwirtschaft, ich nenne die

Gründung der Hotelreihandgesellschaft und ihre Dotierung mit Bundesmitteln, ich erwähne auch die Stickereihandgenossenschaft zugunsten der notleidenden Stickerei. Aber auch die Uhrenindustrie selber, der wir heute helfen wollen, hat schon einmal eine Unterstützung des Bundes erhalten. Es war in den Zeiten der Valutazerrüttung in Europa, als der Uhrenexport aus Mangel an Kaufkraft des Auslandes katastrophal zurückging. Da hat der Bund für die Ausfuhr nach einzelnen valutaschwachen Ländern eine Art Valutagarantie übernommen, indem er dem exportierenden Fabrikanten je nach dem Exportland einen gewissen Kurs sicher stellte und ihn so schützte vor der weitem Währungsentwertung während der Abwicklung des Geschäftes. 9½ Millionen Franken wurden für diesen Zweck verwendet. Die Ausfuhr konnte dadurch aufrecht erhalten und wieder gesteigert werden, und die damals übergroße Arbeitslosigkeit in der Uhrenindustrie ging zurück. So wirkte die Aktion als Maßnahme zur Reduktion der Arbeitslosigkeit. Der Uhrenexport war damals von 325 Millionen Franken im Jahre 1920 auf 169 Millionen Franken im Jahre 1921 und 180 Millionen Franken im Jahre 1922 gefallen. Also eine Reduktion auf beinahe die Hälfte. Die Besserung war ebenso augenfällig. Schon 1925 war wieder eine Exportsumme von 302 Millionen Franken erreicht und damit nahezu das Niveau von 1920 zurückgewonnen. Heute stehen wir wieder einer neuen schweren Situation gegenüber. Schon 1930 betrug die Ausfuhr nur mehr 233 Millionen Franken und das laufende Jahr wird noch wesentlich unter dieser Ziffer bleiben, hat doch das erste Semester allein eine Verminderung von über 40% gegenüber der nämlichen Epoche des Vorjahres aufzuweisen, nämlich 64 Millionen Franken gegenüber 112 Millionen Franken.

Die Uhrenindustrie nimmt im Rahmen unserer Volkswirtschaft eine etwas besondere Stellung ein. Sie befaßt sich mit der Verarbeitung eines teuren Rohstoffes (Platin, Gold, Silber), sie ist eine Exportindustrie par excellence. Ueber 90% der Produktion müssen im Ausland abgesetzt werden. Mit Bezug auf den Standort ist sie zur Hauptsache auf den Jura beschränkt, mit ihren Schwerpunkten in den Kantonen Neuenburg, Bern und Solothurn und ihren Ausläufern nach Genf und Schaffhausen. Sie ist auch eine außerordentlich arbeitsorientierte Industrie und rangiert infolgedessen mit ihrer Arbeiterzahl an zweiter Stelle nach der Maschinenindustrie, die heute nach der Berufsstatistik am meisten Fabrikarbeiter beschäftigt.

Die Uhrenindustrie exportiert nach allen Ländern der Welt. 1930 nahm den ersten Rang im Absatz Großbritannien mit 33 % ein, dann folgten die U. S. A. mit 27 %, dann Deutschland mit 18 %, Italien mit 15 %, Frankreich mit 9 % usw. Die Einfuhr ist mit zirka 7 Millionen pro 1930 fast belanglos gegenüber einem Export von 233 Millionen Franken.

Die Uhrenindustrie ist eine besondere Industrie. Sie ist außerordentlich spezialisiert, indem besondere Betriebe bestehen für Uhrensteinfabrikation, Uhrenschalen, Uhrengläser, Zifferblätter, Zeiger, Federn, Spiralen, andere Bestandteile, Rohwerke etc.; in Betrieben, die gekrönt werden durch die Betriebe, die die Uhren montieren und zusammensetzen. Neben

großen und bekannten Fabrikbetrieben bestehen eine Menge kleiner und kleinster Ateliers, in denen mit geringen Spesen und vielfach mit eigenen Arbeitskräften gewisse Spezialteile hergestellt werden. Die Uhrenindustrie ist so außerordentlich dezentralisiert und aufgeteilt und zählt viele Heim- und Kleinbetriebe. Daraus resultiert eine gewisse Schwerfälligkeit in der Zusammenfassung ihrer Interessen. Sie teilt in dieser Hinsicht bis zu einem gewissen Grade das Schicksal der Stickereiindustrie, die ebenfalls neben Fabrikbetrieben in bedeutendem Maße Klein- und Heimbetriebe kannte. Was so durch Spezialisierung bis zu einem gewissen Grade technisch ihre Stärke ist, bedeutet organisatorisch eine große Schwäche. Industrien, die nur fabrikmäßig organisiert sind, wird man leichter, auch ohne trustartigen Zusammenschluß, zu einer einheitlichen Produktionspolitik bringen. Auch ihre Preispolitik wird einfacher und klarer sein, indem jeder fabrikmäßige Betrieb gezwungen ist, genau zu kalkulieren und auf Preise zu halten, die Produktion und Unkosten decken. Klein- und Heimbetriebe haben erstens wesentlich geringere Unkosten; ihnen fehlt aber vor allem in der Regel die Fähigkeit, aber auch der Zwang zur Kalkulation. So bilden sie oft die Veranlassung zur Preisanarchie und sie werden durch ihre Konkurrenz die Ursache einer eigentlichen Preisschleuderei mit allen ihren verhängnisvollen Folgen. Eines der Grundübel der heutigen Situation der Uhrenindustrie ist darin begründet. Denn Preisunsicherheit und Preisschleuderei steigern nicht etwa den Absatz. In Erwartung eines weitem Weichens der Preise hält der Käufer zurück und verschärft dadurch namentlich in Krisenzeiten die Situation ganz wesentlich.

So leidet denn die Uhrenindustrie eigentlich seit Jahren an einer schleichenden Krisis und selbst in den Jahren, in denen der Export mengenmäßig befriedigend war, war das finanzielle Ergebnis ein durchaus unbefriedigendes. Davon wissen vielleicht die Banken ein Lied zu singen.

Dazu kommt eine andere, noch schwerere Gefahr dieser lockern Organisation. Früher hat das Ausland als Regel von der Schweiz die fertige Uhr bezogen. Die Länder mit eigener Bijouterieindustrie machten sich zuerst mit Bezug auf die Schalen zum Teil von der Schweiz unabhängig. Sie bezogen die fertigen Werke und montierten sie in ihre selbstgefertigten Schalen. Das ist vom schweizerischen Standpunkt aus zu bedauern, aber es greift doch noch nicht an die Wurzel der schweizerischen Produktion. Denn die Hauptsache, das viel Arbeit bringende Werk, bleibt uns. Dann aber kam die weitere maschinelle Entwicklung. Immer mehr Bestandteile können auf Automaten hergestellt werden, und diese Automaten brauchen nicht notwendigerweise den tüchtigsten Qualitätsarbeiter zu ihrer Bedienung. Neben der Ausfuhr der fertigen Werke kam der Export der Rohwerke, Schablonen und Bestandteile, und damit wandert die Montage ins Ausland. Alle wichtigen Bestandteile bilden heute eine Handelsware und sind frei käuflich. Aber die Entwicklung geht noch weiter. Durch den Automaten wird überhaupt der bisherige Standort der Industrie gefährdet. Immer mehr Bestandteile können im Ausland selber hergestellt werden und in steigendem Maße wird das fremde Produktionsgebiet, heiße es nun Deutschland, U. S. A. oder anders, von der Schweiz unabhängig. So

steigert sich die Gefahr der Expatriierung der Industrie gewaltig. Diese Abwanderung wird gefördert durch eine entsprechende Zollpolitik des Auslandes. Die Zölle auf der fertigen Uhr werden erhöht (z. B. U. S. A.), diejenigen für Werke ermässigt und diejenigen für Bestandteile eventuell ganz aufgehoben. Das erschwert die Einfuhr der fertigen Uhr und setzt auf die Einfuhr der Uhrenteile eine Prämie.

Dieser Gefahr ist die heutige Organisation der Uhrenindustrie nicht gewachsen.

Ich möchte gar nicht näher eingehen auf die spezielle Krisis in der Uhrenindustrie, wie sie aus Exportziffern und Arbeitslosenzahl erhellt. Das ersehen Sie aus der Botschaft. Die Uhrenindustrie kann sich der allgemeinen Weltkrisis nicht entziehen und die vorgeschlagene Maßnahme wird auch nicht in erster Linie darauf eingestellt sein. Sie will nicht in erster Linie momentane Erleichterung bringen, sie möchte das Grundübel beheben und eine bessere, wirksamere Organisation der Uhrenindustrie ermöglichen und garantieren: Und diese Organisation ist dringlich. Seit Jahren steht im Zentrum aller Schutzbestrebungen zugunsten der Uhrenindustrie der Schutz gegen die verhängnisvollen Folgen der Schablonnage, also der ungehemmten Ausfuhr der Rohwerke und der Uhrenbestandteile.

Die bisherigen Sanierungsbestrebungen. Die Krise der Jahre 1921—1923 hat die Uhrenindustrie zu einer gewissen Organisation gezwungen. Man sah ein, daß es so nicht weiter gehen könne und bemühte sich zunächst ohne Eingriff des Staates, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen. Die verschiedenen Verbände schlossen ihre Reihen fester, dann folgten die zusammenfassenden Organisationen. 1924 vereinigten sie sich mit wenig Ausnahmen in der Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (F. H.), 1926 schlossen sich die wichtigsten Rohwerkfabriken unter der Bezeichnung Ebauches S. A. zusammen. 1927 wurde die Union des branches annexes de l'horlogerie (UbaH) gebildet und 1928 brachten Industrie und Banken die Fiduciaire horlogère suisse (Fidhor) zustande.

Aber der Lächer waren in diesem Netz noch zu viele, durch die diejenigen, die wohl die Vorteile, nicht aber die Bindungen der verschiedenen Organisationen auf sich nahmen, schlüpfen konnten. Der Kardinalpunkt war und blieb der folgende: Wie kann der Schablonenexport eingeschränkt, wie kann die Produktion einigermaßen kontrolliert und auf welche Weise können die Auswüchse im Kreditwesen in gesunde Bahnen gelenkt werden? Immer noch war eine Reihe von Rohwerkfabriken und auch gemischten Betrieben unabhängig geblieben, und sie benützten die ihnen zustehende Freiheit, um den Markt zu verpfuschen. Sie wuchsen auf Kosten der gebundenen Fabriken, die schließlich nicht mehr zusehen konnten und ihre Freiheit zurückverlangten. Alles drohte wieder zu zerfallen.

Das war der Moment, wo man einsah, daß die Bindung stärker und namentlich allumfassend sein mußte und daß ohne Bundeshilfe, vielleicht auch ohne Bundeszwang, es nicht geht. Lange Zeit dachte man an eine Unterbindung oder mindestens eine Kontingentierung der Ausfuhr von Rohwerken und Bestandteilen durch Zollmaßnahmen. Aber ganz abgesehen davon, daß die bestehenden Handelsverträge Ausfuhrverbote nicht zulassen, wäre die Maßnahme

auch praktisch undurchführbar. Diese Waren sind zu klein, um nicht geschmuggelt werden zu können, außerdem werden sie meist im Postverkehr versandt, der vom Zoll überhaupt nur stichprobenmäßig kontrolliert werden kann.

Auch die parlamentarische Tätigkeit bemächtigte sich der Sache, ich erinnere an die Postulate Gropierre vom 22. April 1926, Müller vom 12. Dezember 1930, Perret vom 16. Dezember 1930 und auch an das allgemein gehaltene Postulat Berthoud vom 11. Juni 1931.

Die Situation wurde immer kritischer und die Hilfe dringlicher. Die bisherigen Konventionen genügten nicht mehr, an ihre Weiterdauer war nicht zu denken und die Rückkehr zur absoluten Freiheit hätte für die Gesamtindustrie die verhängnisvollsten Folgen gehabt. So setzten sich die Beteiligten wieder an den Verhandlungstisch, das Volkswirtschaftsdepartement wurde verschiedentlich begrüßt und nach äußerst mühsamen Verhandlungen kam schließlich das zustande, was teils die Grundlage, teils den Inhalt der vorliegenden Vorlage bildet.

Die vorgeschlagene Lösung. Die Basis der Sanierung bilden 4 Konventionen.

Eine erste Konvention ist abgeschlossen zwischen der Ebauches A. G. und der Fédération horlogère, Gruppe établissements. Die Ebauches A. G. darf in der Schweiz nur an die Mitglieder der Fédération horlogère verkaufen, die Ausfuhr ist besonders geregelt. So kann kein neuer Outsider von der Ebauches A. G. bedient werden.

Die zweite Konvention besteht zwischen der Ebauches A. G. und der Fédération horlogère, Gruppe manufactures. Die Ebauches A. G. verpflichtet sich, keine fertigen Uhren herzustellen, die manufactures gehen die Verpflichtung ein, nur die für ihre eigene Fabrikation benötigten Rohwerke herzustellen.

Die dritte Konvention umfaßt die Bestandteilmfabrikanten auf der einen, die Ebauches A. G. und die Uhrenfabrikanten auf der andern Seite. Sie bringt gegenseitige ausschließliche Lieferungs- und Abnahmepflicht, wodurch wieder eventuelle neue Outsider ausgeschlossen werden.

Die vierte Konvention endlich regelt die Ausfuhr der Rohwerke. Alle Konventionen gelten bis 31. März 1936, sie garantieren also einen fünfjährigen Frieden. Diese genannten Vertragsinstrumente sind von der Industrie selbst aufgestellt, sie bilden die notwendige Voraussetzung der Bundeshilfe.

Das Ganze mußte nun notwendigerweise gekrönt werden durch eine Dachgesellschaft, der die Herrschaft über die Unternehmen der Rohwerke und der Bestandteile eingeräumt wurde. An dieser Dachgesellschaft mußten alle Beteiligten: Ebauchesfabrikanten, Teilfabrikanten und Uhrenfabrikanten, sowie auch die Banken interessiert und gebunden werden. Die Dachgesellschaft muß die kleinen Betriebe aufkaufen und in den größeren sich die Herrschaft durch Aktienmajorität sichern. Sie mußte vor allem die Herrschaft über die Betriebe erlangen, die die « Schlüsselindustrien » sind, die die « parties reglantes de la montre » herstellen, die assortiments, spiraux und balanciers, die Unruhe, Federn und Anker. Diese « Allgemeine schweiz. Uhrenindustrie A. G. » kann keine gewöhnliche Erwerbsgesellschaft sein, ihre Hauptaufgabe ist die Wahrung der Gesamtinteressen der Uhrenindustrie. Ihre Organisation ist die folgende:

Als Sitz ist Neuenburg bestimmt.

Zweck ist die Förderung des Zusammenschlusses in der Uhrenindustrie, finanzielle Beteiligung an Unternehmen der Uhrenindustrie, Ausübung der Kontrolle.

Das Aktienkapital beträgt 10 Millionen Franken, wovon die Hälfte den beteiligten Banken, die andere Hälfte der Uhrenindustrie zugeteilt wird.

Im Verwaltungsrat sollen beide Gruppen gleichmäßig vertreten sein.

Die nötigen Betriebsmittel verschafft sich die Gesellschaft durch Obligationen, mit denen sie zum Teil die aufgekauften Betriebe auszahlt, durch einen Bankkredit von 10—12 Millionen Franken und durch Bundeshilfe.

Welcher Art ist diese Bundeshilfe und welche Rechte beansprucht der Bund dafür? Denn die Gesellschaft hat für die zu übernehmenden Aktiven und für Stilllegungsgelder zirka 44½ Millionen Franken zu zahlen, auf diesen Aktiven sollen aber von vornherein zirka 11 Millionen Franken abgeschrieben werden.

1. Der Bund leistet an die Abschreibungen einen Beitrag von 6 Millionen Franken. Dafür erhält er 6000 Aktien à 1 Fr., die das gleiche Stimmrecht ausüben, wie die normalen Aktien von 1000 Fr. Also 6000 staatliche Stimmrechte, die allerdings gemäß Art. 640 O. R. reduziert werden gegenüber 10,000 Stimmrechten der Industrie und der Banken.

2. Neben dieser Aktienbeteiligung gibt der Bund ein zinsloses Darlehen von 7½ Millionen Franken, das vom 1. Juli 1934 jährlich mit 1 Million Franken zu amortisieren ist.

3. Der Reingewinn der Gesellschaft wird folgendermaßen verteilt:

Nach den nötigen Abschreibungen und Reservestellungen ist eine Dividende von 4½ % auf das private Aktienkapital von 10 Millionen Franken zu verteilen. Vom verbleibenden Ueberschuß erhält der Bund bis auf 2 % des einbezahlten Subventionskapitals von 6 Millionen Franken. Ein eventueller weiterer Ueberschuß wird proportional auf die beiden Kapitalbeteiligungen von 10 und 6 Millionen Franken verteilt. In keinem Falle aber darf das private Aktienkapital mehr als 6 % Gesamtdividende beziehen.

4. Bei einer eventuellen Liquidation wird zuerst das private Aktienkapital, dann das Subventionskapital des Bundes zurückbezahlt, ein eventueller Ueberschuß gehört dem privaten Aktienkapital.

5. Der Bund behält sich das Recht vor, bis auf 4 Mitglieder in den Verwaltungsrat zu entsenden.

Das ist das Ausmaß der Bundesbeteiligung und die Gesamtheit seiner Bedingungen.

Es läge nahe, Betrachtungen anzustellen über das Ausmaß dieser staatlichen Hilfe. Ich verzichte darauf und verweise auf die Botschaft. Die Kommission konnte keine so weitgehende Prüfung der Finanzen vornehmen, um entscheiden zu können, ob die Hilfe genügt oder ob sie etwa gar zu reichlich bemessen ist und Abstriche aushalten könnte. Wir müssen uns an die Versicherung des Bundesrates halten, daß an den erwähnten Ziffern nicht zu markten sei und daß man entweder in diesem Ausmaß helfen und den Dingen ihren Lauf lassen müsse. Ich verzichte auch auf Mutmaßungen über die Wirksamkeit der Hilfe. Bundesrat, Industrie und Banken sind überzeugt, daß man keinen Schlag ins Wasser tue, namentlich

durch die absolute Herrschaft über die Schlüsselbetriebe. Prophezeien ist schwer. Die vorgesehenen Maßnahmen scheinen die nötige Sicherheit zu bieten; sollte sich später eine Lücke zeigen, so muß man dann eben beizeiten die entsprechenden Schritte tun.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig Eintreten auf den Beschlussesentwurf des Bundesrates. Sie ist sich dabei durchaus der Schwere und der Tragweite ihres Antrages bewußt. Sie weiß, daß weite Kreise Bedenken haben — und daß diese Bedenken weitgehend berechtigt sind —, wieder einen Produktionszweig von Bundeswegen zu unterstützen und was vielleicht noch viel wichtiger ist, zugleich in diesem Produktionszweig durch eine gewisse Mitwirkung auch eine Verantwortung [des Staates zu übernehmen. Sie kann auch die Gefühle anderer Berufszweige nachempfinden, die einer Bundeshilfe nicht teilhaftig werden, obschon es auch ihnen mehr als schlecht geht und sie hat auch volles Verständnis dafür, daß das heute in Aussicht genommene Vorgehen bei vielen grundsätzliche Bedenken wecken muß. Grundsätzliche Bedenken sowohl nach der Richtung hin, ob es richtig ist, daß der Staat derart in das Wirtschaftsleben eingreift, wie auch nach der andern Seite hin, ob genügende Garantien für eine absolute Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Aber über alle diese Bedenken hinweg hat sich die Kommission überzeugen müssen, daß es um mehr geht, als nur um eine momentane finanzielle Beihilfe an die Uhrenindustrie. Es zeichnet sich heute die große Gefahr deutlich ab, daß die Uhrenindustrie uns eines Tages zum großen Teil verloren gehen könnte. Daß wir die Vorzugsstellung, die wir heute noch besitzen, einbüßen und daß die « Schweizeruhr » mit der Zeit auf dem Weltmarkt infolge der zunehmenden Expatriierung der Industrie eine fast historische Reminiszenz werden könnte. Wir müssen einsehen, daß heute ohne die vorgeschlagene Bundeshilfe das ganze mühsam gezimmerte Gebäude, das Ordnung in die Gefüge der Uhrenindustrie bringen will, zusammenstürzt, daß wir das industrielle Chaos und den Kampf aller gegen alle bekommen. Und des würde sich das Ausland freuen. Da wollen wir und da dürfen wir nicht tatenlos zusehen Selbst wenn wir vielleicht berechtigte Zweifel hegen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen zu 100 % Erfolg versprechen, so halten wir doch dafür, daß sie den Weg darstellen, der heute allein gangbar ist. Wir wollen uns nicht mit dem Lamento begnügen, daß die Uhrenindustrie in Gefahr ist, wir wollen tun, was wir tun können, um diese schöne Industrie unserem Lande zu erhalten und damit für einen großen Teil des Jura die bisherige lohnende Arbeitsgelegenheit zu bewahren.

Und all denen, die sich auch jetzt noch nur schwer mit einer derartigen staatlichen Anteilnahme an einer Industrieorganisation abfinden können — es gibt ja wohl andere Kreise, die das nicht allzu schwer finden werden — denen möchte ich zum Schlusse noch einige persönliche Ueberlegungen zu bedenken geben.

Meine Herren! Ich bin meiner ganzen Lebens- und Wirtschaftsauffassung nach Eingriffen des Staates in das Wirtschaftsleben, vor allem in die Produktion nicht hold. Selbsthilfe auch in schweren Zeiten, das war und ist noch immer das beste Lösungswort für jeden Produktionszweig. Die Selbsthilfe stählt die

Kraft, sie gibt auch das im Wirtschaftsleben nötige Selbstbewußtsein, und sie hat auch auf allen Gebieten die schweizerische Industrie zu der heutigen Bedeutung gebracht, obschon unser Land nichts weniger als gute Vorbedingungen für eine bedeutende industrielle Entwicklung gehabt hat und noch hat. Die Gefahren der staatlichen Krücken, aber auch des staatlichen Befehlstabes dürfen nicht unterschätzt werden, sie schläfern die Energie, Unternehmungslust und Verantwortung ein, sie zwingen nicht zur Anspannung der letzten Kräfte. In der feuchtwarmen Treibhausluft staatlicher Subventionen und staatlichen Schutzes läuft die Tatkraft Gefahr, zu erlahmen. Wenn solche Ueberlegungen auch heute noch gelten, wenn sie auch für die Zukunft wohl allein imstande sind, unsere schwere weltwirtschaftliche Position zu halten und noch weiter zu entwickeln, so darf doch anderseits die heutige besondere Position nicht übersehen werden.

Der große Weltkrieg war nicht nur ein Krieg der Waffen; er selbst war schon ein Wirtschaftskrieg. Und dieser Wirtschaftskrieg dauerte weiter auch nach der Niederlegung der Waffen, und er dauert heute noch unvermindert weiter. Ja er verschärft sich noch von Jahr zu Jahr, und alle entgegengesetzten Bestrebungen des Völkerbundes haben sozusagen kein Resultat gezeitigt. Deshalb gab es und gibt es heute Situationen, denen der einzelne Produktionszweig ganz einfach nicht mehr gewachsen ist. Es fehlt eben die einigermaßen normale wirtschaftliche Basis, und es ist dem einzelnen Fabrikanten und ganzen Produktionsgruppen nicht mehr möglich, angesichts der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und der handelspolitischen Abschließungstendenzen, lediglich aus eigener Kraft vorzustoßen und durchzuhalten. Er stößt auf Schranken und Hindernisse, die, aufgerichtet von ganzen Wirtschaftsgebieten, für ihn zu hoch sind. In solchen Fällen und nur in solchen Fällen wird sich auch der Individualist sagen müssen, daß Prinzipien nicht zu Tode geritten werden dürfen, es sei denn, man wolle einzelne Produktionszweige zugrunde gehen lassen. Und in einer solchen Lage sind wir heute gegenüber der Uhrenindustrie. Das Ausland erschwert die Ausfuhr unserer fertigen Uhr, und es begünstigt mit allen Mitteln die Einfuhr der Bestandteile in sein Gebiet. Es betreibt auch schon die Fabrikation einzelner Bestandteile und bereitet so fast planmäßig die völlige Verpflanzung der Uhrenindustrie vor. Und die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung auch in der Uhrenindustrie unterstützt diese Bestrebungen. Sollen wir da nicht eingreifen und durch finanzielle Beihilfe eine bessere Organisation der gesamten Uhrenindustrie ermöglichen? Ob wir damit durchschlagenden Erfolg haben? Wir hoffen es.

Wir müssen also in dieser außergewöhnlichen Zeit auch zu außergewöhnlichen Mitteln greifen und wir müssen den Mut dazu aufbringen, wenn auch mit einer gewissen Selbstüberwindung.

Ich empfehle Ihnen namens der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage.

M. Sandoz, rapporteur: Une affaire qui risque d'être liquidée rapidement est bien celle relative à l'aide à accorder à l'industrie horlogère.

Le message a été distribué lundi soir et la commission chargée de l'examiner a été nommée mardi

matin. Elle s'est réunie hier et aujourd'hui, ses rapporteurs se présentent devant vous pour vous mettre au courant de ses délibérations.

Ayant été désigné au dernier moment comme rapporteur français, je n'ai pas eu ni le temps ni la documentation nécessaire pour préparer le rapport que j'aurais désiré vous présenter. Au reste, le message est rédigé avec une telle clarté qu'il serait superflu d'ajouter quoi que ce soit, car il donne d'une façon précise tous les détails désirables. Je me bornerai donc à voir brièvement avec vous les différents articles du message en les complétant s'il y a lieu par quelques renseignements d'ordre plutôt général que technique.

Vous connaissez tous l'importance de l'industrie horlogère qui est une des principales industries de notre pays. Elle occupe environ 60,000 ouvriers et ouvrières et exporte, dans les années normales, tout au moins, environ pour 300 millions de francs.

Cette industrie, vous l'avez entendu par l'excellent rapport que vient de faire M. le président de la commission, est un peu spéciale. Je crois qu'il est bon de profiter de cette occasion pour vous mettre au courant, Messieurs les députés, surtout ceux qui ne sont pas de la partie.

On a beaucoup parlé de chablonnage, de fournitures, de spiraux, de balanciers. Il faut savoir comment se compose la montre pour comprendre dans quelle situation l'horlogerie se trouve.

Il y a deux sortes de fabricants: Les manufactures; ce sont les maisons qui fabriquent elles-mêmes tout le matériel nécessaire pour fabriquer la montre entière. Puis, les établisateurs qui achètent les ébauches et terminent simplement les montres avec les fournitures achetées dans des fabriques spéciales. Or, la grande force de notre industrie horlogère, c'est précisément de posséder dans notre pays des spécialistes qui ont de petites ou de grandes fabriques et dans lesquelles on exécute à grands frais, avec la plus grande précision, les parties essentielles auxquelles a fait allusion tout à l'heure M. le D^r Wetter, c'est-à-dire l'échappement composé de la roue de l'ancre et du plateau, du balancier et du spiral.

Je dois vous dire, Messieurs, que ces fournitures se font également, à l'heure qu'il est, à l'étranger, mais leur qualité ne permet pas d'établir des montres de qualité. C'est encore aujourd'hui la Suisse qui détient le monopole de la chronométrie et c'est précisément ce que nous voudrions conserver chez nous.

C'est pour ce motif qu'une réorganisation s'est imposée. Cette réorganisation ne date pas d'aujourd'hui, mais, comme M. le président de la commission vous l'a expliqué, déjà en 1924, les fabricants d'horlogerie, tourmentés par la situation, se sont vus dans l'obligation de se réunir à Neuchâtel pour fonder une Association de fabricants horlogers, F. H. Cette F. H. avait, comme but, l'augmentation du prix de la montre pour permettre, aussi bien aux fabricants qu'aux ouvriers, d'y trouver leur compte, parce que je tiens à le constater très franchement, et c'est pour moi assez pénible d'en faire ici la déclaration, notre industrie a de la peine à s'en tirer ou ne s'en tire pas du tout.

Vous avez entendu tout à l'heure M. le président de la commission dire qu'à ce sujet, les banquiers pourraient nous chanter un cantique. C'est la vérité. Sur 100 fabriques, il y en a probablement 98 qui

sont dépendantes des banques, c'est-à-dire qu'elles sont débitrices.

Cet état de choses ne saurait durer. Il a du reste assez duré et cette F. H., à laquelle j'ai fait allusion tout à l'heure, se trouvant dans l'impossibilité de réunir tous les efforts, a été obligée de séparer les différentes branches de l'industrie horlogère.

M. le D^r Wetter a fait allusion également tout à l'heure à ces différents groupements qui ont passé entre eux des conventions.

Il s'agit tout d'abord de la convention entre les « Ebauches S. A. » et ses clients. Une deuxième convention entre « Ebauches S. A. » et les fabricants d'horlogerie et entre divers groupements et des fabricants d'horlogerie. Puis une convention entre divers groupements de l'industrie horlogère, convention ayant pour but le développement de l'exportation suisse des montres et chablonnages.

Je reviens sur ces différentes conventions:

Convention entre « Ebauches S. A. » et ses clients: « Ebauches S. A. s'engage à ne pas terminer ses montres, et ses clients à ne pas acheter d'ébauches ailleurs que chez elle. Mais malheureusement, dans le trust constitué il y a quelques années, cette association n'a pas pu obtenir la signature de certaines maisons qui sont restées dissidentes et, comme le dit le message, ces maisons, qui étaient de toutes petites maisons, qui avaient de la peine à s'en tirer (par le fait qu'elles sont devenues dissidentes), ont fabriqué une quantité formidable de chablons, c'est-à-dire d'ébauches, complétées par des fournitures achetées aux fabricants de fournitures, réussissant ainsi à traiter des affaires des plus florissantes. Elles en font encore actuellement tout en étant liées par une promesse de vente, mais, étant donné qu'elles ne sont pas encore en possession du montant de leur vente, elle ne se considèrent pas encore liées et continuent le néfaste système d'exporter des chablons. Toutes ces conventions ont eu un certain succès, comme on l'a dit, mais, je le répète, succès insuffisant qui a mis dans l'obligation les associations patronales, auxquelles on a fait allusion, de se mettre en rapport avec les banques pour réorganiser toute notre industrie horlogère; pour ce faire, cette « Société générale de l'horlogerie suisse, S. A. » qu'on appelle « Superholding », s'est vue dans l'obligation de demander le secours de la Confédération.

C'est précisément aujourd'hui la question qui nous occupe; celle de vous demander de bien vouloir voter les subventions prévues dans le projet d'arrêté fédéral pour permettre à la « Superholding » d'entreprendre la réorganisation de l'industrie horlogère et la conserver dans le pays.

Messieurs les conseillers nationaux, comme M. Wetter l'a dit tout à l'heure, il y aura certainement pas mal d'opposants de la part des industriels, parce que tous ne sont pas d'accord que le gouvernement s'immisce dans leur activité.

Je vous déclare très franchement qu'au sein de l'horlogerie; et parmi les fabricants en particulier, nous n'avons pas pu trouver d'autre solution que celle de demander à la Confédération l'avance des fonds nécessaires pour passer à la réorganisation et mettre de l'ordre dans l'industrie horlogère.

On vous l'a dit; cette société est au capital de 10 millions, dont 5 millions fournis par les banques

et 5 millions par l'industrie, mais nous ne croyons pas que ces 5 millions puissent être versés sans autre par l'industrie, parce qu'elle ne les possède pas, et c'est une des raisons pour lesquelles la clause d'urgence a été reconnue nécessaire et j'en remercie le Conseil fédéral, parce que cet argent est nécessaire pour la réalisation de ce grave problème; j'espère donc, Messieurs, que vous allez voter cet emprunt, afin que l'industrie horlogère puisse aller de l'avant et pour qu'elle puisse enfin mettre définitivement sous toit cette importante organisation.

Cette industrie horlogère, à laquelle j'ai l'honneur d'appartenir, est une des plus belles industries, si ce n'est pas la plus belle, de notre pays. C'est en tout cas la plus propre. C'est celle qui certainement paie les salaires les plus rémunérateurs, surtout pour la main-d'œuvre féminine. C'est une industrie qui touche à tout: elle touche à la métallurgie tout d'abord, à la physique, à la chimie, à l'astronomie, aux sciences, aux mathématiques, etc.

C'est une industrie merveilleuse et c'est la raison pour laquelle on cherche par tous les moyens à l'introduire à l'étranger pour combattre le chômage qui y règne avec encore plus d'intensité que chez nous. Partout on cherche à introduire petit à petit la fabrication de la montre et on entend dire que le machinisme a été développé au point qu'il est possible de faire des montres partout avec n'importe quelle main-d'œuvre. Détrompez-vous. Pour faire la montre de qualité, il faut de bons horlogers.

Malheureusement, en raison du chômage, de bons ouvriers de chez nous ont été obligés de s'expatrier et mettront certainement du personnel au courant de nos spécialités. C'est un très grand danger pour nous, mais nous espérons que dès que les affaires reprendront, et elles reprendront certainement un jour, que les quelques ouvriers qualifiés qui sont partis à l'étranger nous reviendront. J'ai l'impression qu'ils n'attendent que ce moment-là.

Pour ce qui concerne la fermeture de quelques fabriques qui pourrait être la conséquence de la réorganisation, les experts que nous avons eu le plaisir d'entendre hier en séance de la commission, nous ont rassurés en nous disant: N'ayez pas peur, nous ferons tout notre possible, nous indemniserons aussi largement que possible les fabriques qui, pour des raisons majeures, devront être fermées.

Cependant, il va sans dire que l'on ne peut pas faire d'omelette sans casser des œufs et que très certainement quelques fabriques devront fermer leurs portes en raison de la concentration qui sera opérée.

D'autres critiques ont été faites. Je pense qu'elles seront formulées de nouveau au cours de ce débat. Cependant, nous avons confiance en l'avenir. Nous savons que le seul remède à appliquer à l'industrie horlogère est celui qui est préconisé, c'est-à-dire la réalisation définitive de cette « Superholding ». C'est le devoir de tous d'aider à cette réalisation en donnant suite au vœu exprimé par la commission unanime, en votant la subvention et le crédit demandés pour maintenir cette belle industrie dans notre pays.

J'espère donc que vous voterez cette subvention de 6 millions et ce crédit de 7½ millions, qui devront être remboursés par la suite sur la base de 8 à 10 cts. par mouvement fabriqué.

Je fais appel à votre esprit de solidarité et d'entraide et je vous demande de voter cette subvention et ce crédit.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

M. Rais: Parlant au nom des montagnes neuchâtoises qui sont le berceau de notre industrie horlogère, je me permets de recommander à la bienveillance et à l'approbation de mes collègues, l'arrêté qui est présenté par le Conseil fédéral. Ce n'est pas seulement une classe de la population qui aujourd'hui sollicite l'aide de la Confédération, mais c'est dans notre région la population tout entière, qui vit exclusivement de l'horlogerie. Et je me plais à souligner aujourd'hui la force et la signification que constitue la pétition de 56,000 personnes invitant l'autorité fédérale à intervenir pour que cesse cette plaie que constitue le chablonnage. Ce qui m'autorise encore à dire que c'est toute la population qui demande votre intervention, c'est l'assentiment que le projet a trouvé hier en séance de commission, par nos collègues du parti socialiste venant de la région horlogère.

Malgré son titre de Superholding, la société qui sollicite l'aide de la Confédération ne doit pas être considérée sous l'angle d'une société privée ou capitaliste. Nous tenons à insister sur ce fait, pour ceux d'entre vous qui auraient le point de vue que le rôle de la Confédération n'est pas de s'intéresser à une société par une prise d'actions. Cette Superholding n'est pas destinée à réaliser des bénéfices dans un intérêt privé. Elle constitue une œuvre d'utilité publique; son but essentiel et immédiat est de supprimer le chablonnage et de régler la production. En réalité ce qu'elle désirerait, ce n'est pas une prise d'actions, mais une subvention pour réaliser dans l'intérêt général le but qu'elle se propose. Cependant, je crois qu'à la suite de pourparlers, une remise d'actions a été demandée par le Conseil fédéral qui ne désire pas que l'argent soit remis à fonds perdu. Il désire aussi de cette façon en surveiller l'emploi et justifier la présence de la Confédération au Conseil d'administration pour avoir son mot à dire dans l'intérêt public.

Si certains collègues trouvent qu'on les bouscule un peu aujourd'hui en leur demandant de précipiter les choses, nous leur disons que c'est parce que la maison brûle. Qu'ils n'aillent pas croire cependant qu'il s'agirait d'une œuvre bâtie hâtivement parce qu'ils entendent parler aujourd'hui pour la première fois de cette Superholding. Celui qui vit au milieu de notre patronat horloger sait qu'il est de caractère individualiste. Je dis individualiste pour ne pas parler d'égoïsme. Il a fallu de longs et de persévérants efforts pour arriver à l'organiser et surtout pour arriver à lui faire signer les conventions qui aujourd'hui le lient.

La Superholding qui ne peut aboutir sans l'aide de l'Etat dans son œuvre d'assainissement est le résultat d'un examen sérieux et de mûres réflexions. Refuser la subvention c'est aussi mettre fin aux conventions qui ont été signées à grand peine et qui prévoient des délais, c'est détruire le résultat d'un travail formidable qui vient d'être accompli pour une restauration effective de notre belle industrie et c'est dire aussi que l'anarchie qui a existé peut continuer sans que l'Etat ait à intervenir.

A l'objection qui consisterait à dire que peut-être les fabriques supprimées pourraient être remplacées par d'autres qui pousseraient comme des champignons pour se faire acheter, nous répondons qu'il existe une difficulté extrême à installer de pareilles fabriques. Il faut des capitaux importants et, sans l'appui des banques, qui serait refusé puisqu'elles participent à la restauration et à la Superholding, de pareilles fabriques ne peuvent être installées aisément. Le patronat continuant à s'organiser sera bien obligé d'avoir recours à la classe ouvrière organisée pour éviter que le mal ne renaisse.

Enfin, le principe de la liberté du commerce et de l'industrie qui a déjà souffert de si nombreuses entorses, ne peut plus, dans les circonstances où nous vivons, être considéré comme un principe absolu qui ne souffrirait aucune exception. L'intérêt général de l'industrie motive et motivera encore des exceptions. N'avons-nous pas légiféré et ne légifèrerons-nous peut-être pas encore pour interdire la construction de nouveaux hôtels et cela dans l'intérêt général de l'industrie hôtelière? Il n'est pas impossible que dans l'intérêt de l'industrie horlogère, nous ne voyions les industriels eux-mêmes réclamer un jour l'intervention de la Confédération.

Quant à l'installation de fabriques d'ébauches à l'étranger, nous ne la voyons pas facilement. L'horlogerie est une industrie difficile; elle nécessite des précisions extraordinaires. C'est par centième de millimètre que nous mesurons. L'atavisme joue ici son rôle et la réputation de l'horlogerie suisse est le fruit du travail de plusieurs générations. Cette concurrence étrangère n'est donc pas facile. Il ne faut surtout pas continuer à la faciliter en faisant du chablonnage.

Nous inaugurons donc avec cette Superholding le début d'une ère nouvelle dans l'organisation de notre horlogerie. En ce moment, nous voulons encore formuler un vœu et attirer l'attention de l'autorité fédérale sur un fait: si le chablonnage constitue une plaie, l'exportation de mouvements finis seuls et sans la boîte constituée, elle aussi, un danger.

Le péché est ici trop vieux, nous disait hier M. GrosPierre en séance de commission. Nous devons cependant chercher à le faire cesser et je suis certain que M. GrosPierre nous y aidera. L'industrie de la boîte occupe chez nous environ 5000 ouvriers. Il sera intéressant, par l'intermédiaire de la Superholding, de la protéger également au moyen d'une entente ultérieure avec la Société suisse des fabricants de boîtes de montres. Sinon, nous assisterions à la décadence de cette industrie et l'intérêt du fabricant d'horlogerie lui-même est de vendre des montres complètes et non seulement des mouvements. Son bénéfice sera supérieur. On ne saurait évidemment subordonner l'octroi de la subvention à pareille condition, étant donné le caractère d'urgence de cette subvention. Le temps presse. Mais nous partons du point de vue que nous ne sommes qu'au début d'une période d'organisation et qu'il est utile de signaler ici à l'attention des pouvoirs publics ce côté de la question, puisque la Confédération aura son mot à dire dans la Superholding. Il faudra ensuite et surtout organiser la vente et fixer la politique des prix.

Je conclus donc, mes chers collègues, en vous disant que l'Etat ne saurait rester indifférent à cette

tentative, qui est sérieuse, de sauver une des industries les plus importantes du pays et je vous prie de bien vouloir prendre en considération, au nom d'une importante partie de notre pays, l'arrêté que le Conseil fédéral soumet à votre vote.

M. Perret: Aujourd'hui, l'industrie horlogère jette un véritable cri d'alarme et tous ceux qui, comme nous, habitent les régions intéressées, savent que la situation de l'industrie horlogère est des plus tragiques — le mot n'est certainement pas exagéré —. Sur 50,000 à 60,000 ouvriers — les statistiques sur ce point sont un peu équivoques — il y a actuellement plus de 20,000 chômeurs, dont près de 5000 chôment totalement.

Les exportations de chablons, contre lesquelles l'opinion publique s'est élevée avec véhémence et avec raison aussi, — le rapport du Conseil fédéral le reconnaît d'ailleurs — ces exportations de chablons que l'on croyait avoir enrayées par certaines conventions, se sont développées encore dans des conditions et dans des proportions inquiétantes. La concurrence étrangère devient de plus en plus dangereuse. Dans la période de crise mondiale que nous traversons, la plupart des pays jettent les yeux sur notre belle industrie: ils voudraient en faire pour eux-mêmes une industrie nationale. C'est à cet effet qu'une commission spéciale a été nommée en Allemagne, qu'une autre s'est constituée en France, une autre en Angleterre. Pour se protéger, les pays étrangers élèvent des barrières douanières, dont quelques-unes sont prohibitives.

Hier encore, M. Strahm signalait le fait que l'on doit payer, comme droits d'entrée, jusqu'à trois fois la valeur du mouvement. Le Japon frappe les boîtes or du 100 % de leur valeur; les Etats-Unis du 45 %.

D'autre part, dans l'industrie horlogère, plus de mille entreprises vivent chacune dans un individualisme qui, jusqu'à ce jour, a été néfaste pour l'industrie elle-même. Dans une période de chômage, dans une période où les difficultés s'accumulent sans cesse, il est évident que c'est le sauve-qui-peut général. Et dans ce sauve-qui-peut, on abaisse les prix, on avilit les salaires; l'industrie ne fait plus de bénéfices.

Or, Messieurs, si le présent est extrêmement sombre, l'avenir ne l'est pas moins et il est nécessaire d'apporter un remède, mais un remède extrêmement énergique à la situation. Tous ceux qui se sont occupés du problème, que ce soit, en 1923 déjà, le Cartel syndical neuchâtelois, que ce soit la commission d'experts formée par les représentants patronaux et ouvriers, par les représentants des banques, du commerce et de l'industrie, et des écoles techniques mêmes, — dont le rapport a été déposé en 1928 — que ce soit la Fédération des anciens élèves du Technicum du Locle, — qui a publié sur la régénération horlogère un volume important — tous ceux, dis-je, qui se sont occupés de ce problème, sont absolument d'accord sur un point fondamental: c'est qu'à l'anarchie actuelle doit succéder un ordre nouveau et que cet ordre ne pourra pas être imposé à l'industrie horlogère sans une concentration considérable et définitive. Il faut maintenant que les appétits particuliers, les égoïsmes individuels, fassent définitivement place à l'intérêt collectif, sans quoi il n'est pas exagéré de

dire que, pour l'industrie horlogère, ce sera la catastrophe.

C'est pourquoi, je le répète aujourd'hui, qu'il s'agisse des ouvriers ou qu'il s'agisse des patrons, chacun lance un véritable cri d'angoisse et demande l'aide de la Confédération pour que cette industrie, qui a fait vivre tant de générations, reste dans nos régions et puisse encore assurer le gagne-pain de milliers et milliers d'ouvriers.

La Superholding est-elle capable d'aboutir au but poursuivi? Certes, elle va tenir entre ses mains les éléments principaux de la production horlogère, et des éléments si difficiles à fabriquer, qui représentent une telle spécialité que ceux qui les ont en mains, tiennent en quelque sorte la clé de l'industrie même. La Superholding, grâce à la concentration qu'elle a préparée, sera maîtresse des ébauches, des spiraux; elle sera maîtresse aussi des balanciers, des assortiments. Comme jusqu'à ce jour aucune fabrique, si puissante soit-elle, n'a pu créer la montre dans son intégralité, il faudra que toutes les usines du pays, éventuellement toutes les usines de l'étranger, aient recours à l'organisation actuelle, qui, de cette manière, tiendra bien en mains les rênes de l'industrie.

Oh! je sais bien — et c'est là-dessus que je voudrais insister un moment, — que des craintes se sont manifestées, autant du côté ouvrier que du côté patronal. On nous a dit en particulier: La nouvelle organisation, devenant plus rationnelle, évitant de nombreux frais généraux, instituant en quelque sorte un travail plus scientifique, pourra renoncer à une certaine quantité de main-d'œuvre. Et il y a quelques jours seulement que nous entendions un patron déclarer: en effet, on pourra assurer la même production avec plusieurs milliers d'ouvriers en moins. Ces derniers se sont inquiétés et s'inquiètent encore. Ils sont angoissés. Ils se posent cette question: Que va-t-on faire de nous? nous jettera-t-on brutalement à la porte?

D'autre part, de modestes industriels s'inquiètent également et se demandent si, suivant une loi malheureusement trop générale, les petits ne seront pas de nouveau mangés par les gros, si c'est bien l'intérêt collectif et général qui l'emportera sur l'intérêt particulier, si l'on ne va pas aussi un peu trop brutalement fermer les usines.

Le rapport du Conseil fédéral nous a déjà renseignés à ce sujet. Des rachats se feront, et même souvent, à des conditions très avantageuses pour le vendeur.

Mais on nous a signalé — et je tiens à le dire aux intéressés — ce fait que de toutes petites industries seront laissées de côté et, suivant une formule par trop brutale, ou par trop élégante (selon le point de vue auquel vous vous placez) on a dit qu'on les laisserait tomber, parce qu'elles ne sont pas importantes.

Hier encore, nous apprenions que deux de ces petites entreprises, qui ne sont pas du tout décidées à tomber de cette manière, avaient plutôt l'intention de passer en France.

On nous a demandé si certaines régions ne seraient pas favorisées au détriment d'autres contrées. Il y a maintenant dans notre production horlogère un certain équilibre. Est-ce que cet équilibre va être garanti? Est-ce que l'on dira que le Jura vaudois, le Jura neuchâtelois, le Jura bernois participent chacun pour

un pourcentage déterminé à la production totale? Leur laissera-t-on en définitive une proportion équitable? Leur garantira-t-on en proportion le travail qu'ils ont effectué jusqu'à ce jour? Sans quoi, il est évident que, pour certaines petites localités, ce serait une véritable catastrophe.

Une autre question nous a été posée et M. Rais vient d'y faire allusion: celle du sort de l'industrie de la boîte. On nous a dit: L'industrie de la boîte ne rentre pas dans votre combinaison. Par conséquent, ou bien elle périra, ou bien elle ira s'installer à l'étranger et, alors, vous n'aurez pas appliqué le remède définitif auquel tout le monde est en droit de s'attendre.

A la séance de la commission tenue hier, nous avons demandé à ce sujet des garanties à M. Strahm. Ce dernier a bien voulu nous les donner. Voici à peu près textuellement ce qu'il nous a dit: « Nous voulons maintenir toutes les fabriques qui travaillent actuellement et pour lesquelles le pourcentage des chablons n'est pas trop élevé; pour d'autres, qui ne fabriquent guère que des chablons, nous chercherons quelle spécialité nous pouvons leur donner à faire pour les occuper; nous en avons pris, — disait M. Strahm — l'engagement formel auprès des communes et des Conseils d'Etat avec lesquels nous avons discuté; nous sommes bien décidés à faire les sacrifices nécessaires pour maintenir les usines nécessaires à la vie des localités, mais il est bien entendu qu'à l'impossible, nul n'est tenu ».

D'autre part, lorsque nous avons demandé comment on empêcherait la création de nouvelles usines et si l'on ne prendrait pas des mesures efficaces à appliquer à l'industrie horlogère, à savoir que, tant que les usines actuelles ne sont pas pleinement occupées, il ne faudra pas créer de nouvelles fabriques qui amèneraient une concurrence de plus et par conséquent aggraveraient le mal, M. Strahm nous a déclaré, très catégoriquement aussi, que la création de nouvelles fabriques serait empêchée par le fait que toute usine n'étant pas en activité au 1^{er} janvier 1929 ne serait pas reconnue par la nouvelle organisation, c'est-à-dire que cette usine serait incapable, — à moins de fabriquer la montre intégralement, ce qui semble impossible actuellement, pour de nombreuses raisons techniques — serait incapable de se procurer certaines fournitures et que, par conséquent, son projet sombrerait à sa naissance même.

En ce qui concerne la boîte or, la question est évidemment des plus complexes et là, nous le reconnaissons franchement, non seulement les barrières douanières sont tellement élevées que certains fabricants, malgré le désir et l'avantage qu'ils auraient de vendre la montre complète, puisque leur bénéfice se compte, non seulement sur le mouvement, mais sur la boîte également, malgré, je le répète, le désir et l'avantage qu'ils auraient de vendre la montre complète, ces fabricants ne le peuvent pas, parce que les frais de douane sont par trop élevés. Si, pour faire entrer une montre d'or au Japon, il faut payer, non seulement des droits d'entrée élevés, mais encore le 100 % de la valeur de la boîte, il est évident qu'il est à peu près impossible de songer à exporter celle-ci. Nous pensons cependant que l'on pourrait nous donner des garanties un peu plus grandes encore en ce qui concerne les ouvriers par exemple.

Nous voudrions que la Superholding nous garantisse que, plutôt que de fermer certaines usines et de porter ainsi un préjudice irréparable à certaines localités, on réduirait la durée du travail dans toute l'industrie, de telle manière que s'il y a des sacrifices à faire, toutes les régions soient appelées à les faire et que certaines d'entre elles ne bénéficient pas en quelque sorte de la détresse des autres.

Nous demandons aussi que l'étude des industries nouvelles, l'adaptation de cette main d'œuvre — extraordinaire, il faut le reconnaître — à une fabrication nouvelle d'appareils scientifiques, d'appareils de petite mécanique, de précision, que cette étude soit poussée rigoureusement de telle manière qu'on puisse, dans la période de transition, adapter à ces nouvelles industries la main d'œuvre qu'on ne voudrait pas mettre à la porte; nous demandons enfin qu'un effort considérable soit fait pour soutenir et maintenir l'industrie de la boîte; nous avons la persuasion que si certains patrons sont excusables lorsqu'ils exportent des mouvements seuls, d'autres le sont moins, parce que s'ils voulaient faire un effort et un petit sacrifice, ils pourraient parfois exporter la montre complète et nous demandons à la Superholding, et surtout aux représentants de la Confédération, d'apporter à cette grave question toute l'attention qu'elle mérite.

On verra immédiatement quelle est l'ampleur du danger par quelques chiffres.

En 1913, la montre finie représentait 83 % de nos exportations, tandis qu'en 1928 elle ne représentait plus que le 64 %, et aujourd'hui, M. GrosPierre le dira sans doute, la proportion a diminué encore.

Et maintenant, une question que poseront probablement encore la presque totalité des membres de ce Conseil, est celle-ci: A-t-on vraiment pris toutes les garanties pour que le sacrifice énorme que la Confédération va consentir pour l'industrie horlogère (sacrifice qui n'est d'ailleurs pas le premier, puisque cette industrie a déjà reçu près de 11 millions précédemment), est-ce qu'on a pris toutes les précautions pour que les sacrifices consentis ne le soient pas en pure perte?

Le Conseil fédéral insiste à plusieurs reprises dans son rapport sur ce point: C'est que la « Société générale de l'industrie suisse » ne saurait être évidemment une société anonyme ordinaire, à but purement lucratif; sa tâche est de sauvegarder l'industrie horlogère dans son ensemble. Le rôle de la Confédération, du Conseil fédéral, en particulier, consistera à veiller à ce que la société reste une institution d'utilité publique et que l'intérêt général soit placé au-dessus des intérêts particuliers. « C'est l'intérêt général qui a été envisagé avant tout, y compris celui des petites entreprises et surtout l'intérêt de la main-d'œuvre etc. » Et le Conseil fédéral déclare même que si les résultats escomptés ne sont pas obtenus, en ce qui concerne le chablonnage en particulier, il n'hésitera pas une seconde à prendre à la frontière, toutes les mesures nécessaires pour contrôler l'exportation et mettre un terme à l'égoïsme de ceux qui veulent exporter au détriment de l'intérêt collectif.

Et cependant, on ne m'en voudra pas de dire qu'on aurait désiré quelques garanties de plus.

Certes, le Conseil fédéral a obtenu que 4 des membres du Conseil d'administration, sur les 29, soient ses propres représentants.

Il me semble que si on établit la proportion entre les capitaux engagés d'une part par les intéressés et d'autre part ceux engagés par la Confédération, et qu'on établisse ensuite le rapport avec le nombre des membres du Conseil d'administration, il me semble, dis-je, que ce rapport est vraiment trop faible et, sans vouloir porter préjudice aux intéressés eux-mêmes, nous voudrions que la Confédération eût un nombre plus grand de délégués.

Et ici, nous touchons à un point peut-être délicat, mais qu'il est nécessaire d'exposer.

Nous voudrions que deux de ces représentants au moins fussent des représentants du monde ouvrier. M. Sandoz a dit tout à l'heure que 60,000 ouvriers sont intéressés à l'industrie horlogère. Cela représente une population de plus de 100,000 personnes. Or, la Confédération, qui va faire un énorme sacrifice ne peut pas le faire, — ce n'est pas son intention d'ailleurs, comme M. Wetter l'a dit — en faveur d'une seule classe de la population; elle doit le faire pour l'ensemble, non seulement pour le groupe patronal, mais pour sauvegarder tous les intérêts ouvriers. Ceux qui se sont occupés objectivement de la question, que ce soit la commission d'experts déjà citée, ou les membres du cartel syndical, je dis que tous ceux qui se sont occupés objectivement de la question, ont reconnu formellement qu'il était absolument nécessaire que les ouvriers contribuent à la restauration horlogère; ils y contribueront avec le même cœur et le même désintéressement que tout le monde; ils sauront faire certains sacrifices; — mais ce serait une erreur énorme de vouloir les éliminer, même partiellement.

La commission d'experts disait: « Nous avons la certitude qu'une collaboration des forces patronales et ouvrières, grâce à laquelle les questions d'intérêt général seraient étudiées en commun, est une nécessité. » Les anciens élèves des écoles techniques disaient: « Tous les concours sont nécessaires dans notre industrie: concours patronaux, concours ouvriers, concours des techniciens, concours commerciaux, concours de la finance, sans parler des pouvoirs publics et de leurs organes. »

Nous pouvons ajouter que les sacrifices consentis le sont avec l'argent de tout le monde. En définitive, ce sont les ouvriers qui vont payer de nombreux millions pour sauvegarder cette industrie et la Superholding aura d'autant plus l'appui général qui lui est indispensable qu'elle aura eu la sagesse de s'assurer toutes les collaborations.

Enfin, nous aurions voulu que la Confédération obtint, légalement, un siège au conseil de direction. Si les quatre représentants du Conseil fédéral ne font partie que du Conseil d'administration, qui se réunira plus ou moins rarement, il est évident que les pouvoirs publics n'auront pas sur la Superholding le contrôle qu'ils devraient avoir.

Nous avons été un peu surpris de voir, dans le rapport du Conseil fédéral que ce dernier espère que, de bon gré, la Superholding lui fera une place, mais nous pensons que le Conseil fédéral devrait exiger d'avoir une place au conseil de direction. J'espère que l'avenir sur ce point nous donnera raison. Les représentants de la Confédération seront les représentants neutres qui devront mettre l'intérêt général au-dessus des appétits particuliers et il est nécessaire que la voix autorisée des pouvoirs publics

se fasse entendre dans l'organisme le plus important, le conseil de direction, qui tiendra en mains les rênes de la nouvelle organisation. On a demandé si l'on avait bien paré au mal. Car vous avez pu vous apercevoir, en lisant attentivement le message, que si l'on a réorganisé toute la production, on n'a pas organisé la vente. Les fabricants seront libres demain comme hier de vendre comme ils le voudront. Ils seront astreints à acheter dans les fabriques indiquées et aux prix fixes leurs matières premières. Mais ensuite, ils pourront se livrer entre eux sur le marché international les batailles dangereuses et souvent funestes qu'ils s'y sont livrées jusqu'ici. Tant que nous n'aurons pas organisé la vente, nous n'aurons pas organisé l'ensemble de l'horlogerie.

La lutte sur le marché étranger a pour conséquence l'avilissement des prix, lequel contribue à avilir les salaires. Et l'on sait quelle en est la conséquence, non seulement pour le monde ouvrier, mais aussi pour les pouvoirs publics, qui voient diminuer leurs ressources, puisque les impôts sont plus ou moins proportionnels aux salaires.

Nous avons soumis cette question à M. Strahm. Il nous a répondu qu'il n'était pas possible de tout faire à la fois. Nous reconnaissons que les dirigeants de la Superholding ont fait, avec l'aide bienveillante de la Confédération le maximum de travail pour arriver à la concentration que nous souhaitons. Nous ne croyons pas qu'il soit possible de faire plus rapidement les choses. M. Strahm pense que l'organisation de l'horlogerie pourra se continuer par l'organisation de la vente, qui permettra de supprimer une quantité considérable de frais généraux, dont on peut se passer. De nombreuses maisons dépendent actuellement des sommes énormes comme frais de publicité. Ces sommes pourraient, dans une large mesure, être utilisées à d'autres fins, par exemple au perfectionnement de la qualité même de nos produits, ce qui est en définitive la meilleure garantie pour l'étranger. Nous pourrions édifier beaucoup mieux qu'on ne l'a fait jusqu'à maintenant des laboratoires scientifiques qui chercheraient continuellement le moyen d'améliorer la qualité de nos montres et travailleraient à résoudre les problèmes parfois très importants qui se posent aujourd'hui à l'industrie horlogère. Il est certain que si cet argent était plus judicieusement utilisé ce serait un progrès considérable pour notre industrie. Mais enfin nous sommes sur le bon chemin. Nous avons fait un premier pas, du moins j'espère bien que nous allons le faire et que les Chambres seront à peu près unanimes pour soutenir notre industrie. J'espère que demain nous en ferons un autre. Le sacrifice auquel nous allons consentir ne sera pas perdu si les hommes qui sont à la tête de l'organisation veulent s'inspirer surtout de l'intérêt général. S'il en est bien ainsi, ce sacrifice contribuera à l'assainissement de la belle industrie qui a fait vivre chez nous tant de générations.

Bundesrat Schulthess: Es ist dem Sprechenden wie dem Bundesrat in seiner Geamtheit äußerst peinlich, daß er das Parlament bitten muß, diese Vorlage gleichsam im Eiltempo zu erledigen. Nicht wir drängen, sondern wir wurden gedrängt von den Kreisen, die an der Uhrenindustrie interessiert sind, und diese Männer selbst wieder werden gedrängt durch die Verhältnisse, die gebieterisch Abhilfe fordern und

verlangen, daß endlich das Sanierungsprojekt realisiert werde. Man kann auch nicht etwa behaupten, daß die Kreise, die das Sanierungswerk geschaffen haben, sich zu spät ans Werk gemacht haben. Im Gegenteil: Die Bestrebungen zur Sanierung gehen im Grunde genommen auf das Jahr 1928 zurück; sie wurden im Jahre 1930, insbesondere aber zu Anfang des Jahres 1931, wieder aufgenommen, und seither wurde das ganze Jahr hindurch fieberhaft an dem Werk gearbeitet. Es galt, ungefähr 1200 Firmen und Unternehmungen und die verschiedenen Ihnen bekannten Branchen der Uhrenindustrie unter einen Hut zu bringen und ihre Kräfte in einem großen Werk zu vereinigen und zu konzentrieren. Das war eine schwierige Arbeit.

Als die Konvention des Jahres 1928 im Frühjahr 1931 dahinfiel, war man in den Kreisen der Uhrenindustrie und der Banken überzeugt, daß an Stelle der bisherigen mangelhaften Konvention nicht ein Nichts treten könne und dürfe, sondern daß sofort wieder etwas geschaffen werden müsse. Und um Zeit zu gewinnen, dieses Werk zu schaffen, hat man, nachdem einmal die grundsätzliche Zustimmung vorlag, den bisherigen Zustand bis Ende Juli verlängert. Dann aber haben die Kreise, die die Holding-Gesellschaft geschaffen und die neuen Konventionen ins Leben gerufen haben, den kühnen Schritt getan, die neue Gesellschaft zu gründen auch auf die Gefahr hin, daß der Bund nachher zum Subventionsbegehren ja oder nein sagt. Sie haben allerdings gewisse Kautelen angebracht, und es könnte sich das Projekt in seiner Gesamtheit und in seinen hauptsächlichsten Bestimmungen nie auswirken, wenn die Hilfe des Bundes ausbliebe.

Der Umstand, daß eine große Industrie, die so zahlreiche Unternehmen umfaßt und deren Tendenz, wie Sie wissen und wie heute schon wiederholt hervorgehoben worden ist, so ausgesprochen individualistisch ist, so einschneidende Maßnahmen trifft, beweist, daß wirklich Not ihre Führer zusammengeführt hat und die Ueberzeugung sie erfüllt, daß es nicht so weitergehen könne, wie es bis jetzt gegangen ist, und daß man die Kräfte konzentrieren muß, wenn die schweizerische Uhrenindustrie nicht zugrunde gehen soll.

Schon wiederholt habe ich Ihnen von dieser Stelle aus über diesen Zweig unserer Volkswirtschaft gesprochen, und ich habe Ihnen jedesmal sagen müssen, daß der Mangel an Zusammenarbeit und Zusammenhalt, Jalousien, Rivalitäten, die gegenseitige Unter- und Ueberbietung, dazu geführt haben, neben den ungünstigen Verhältnissen des Weltmarktes, die Uhrenindustrie in eine äußerst schwere Lage zu versetzen. Endlich hat man sich davon überzeugt. Die Uhrenindustrie hat zwar an dem Grundsatz festgehalten, und das freut mich, daß sie in erster Linie sich selbst helfen wolle. Sie hat alle diese Konventionen allein geschaffen, die wir Ihnen in dieser Botschaft mitgeteilt haben. Sie hat auch die Dachgesellschaft, die Holdinggesellschaft, ins Leben gerufen. Sie hat die Grundlagen aufgestellt, und sie hat erst nachdem sie vor der Unmöglichkeit stand, alle nötigen Mittel allein auf privatem Wege aufzubringen, sich an den Bundesrat gewendet mit der Bitte, die private Organisation und die private Initiative zu unterstützen. Es ist also nicht ein Staatswerk, das Ihnen hier unterbreitet wird, sondern ein Werk der

privaten Initiative. Nicht wir haben die Hand ausgestreckt nach der Uhrenindustrie, um sie unter unseren Einfluß zu bringen. Wir haben im Gegenteil stets erklärt: «Hilf dir selbst!» Die Uhrenindustrie ist zu uns gekommen und hat erklärt: «Ich kann mir nicht mehr allein helfen; der Bund muß mir beistehen, sonst kann ich die nötige Sanierung und die Verbesserungen im Betriebe nicht durchführen und die Zusammenarbeit nicht sichern!» Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, die da meinen, daß etwa der Bund — wenn ich das Wort gebrauchen darf — Staatssozialismus habe treiben wollen, um einen Zweig der Industrie unter seinen Einfluß zu bringen. Nein, die Industrie hat sich in ihrer Not an uns gewendet.

Die Herren Berichterstatter, insbesondere Herr Dr. Wetter, haben Ihnen das ganze Projekt auseinandergesetzt, Ihnen dargelegt, wie es sich entwickelt hat. Ich darf wohl auch annehmen, daß die Botschaft Ihre Aufmerksamkeit gefunden hat, so daß mir nur übrig bleibt, Ihnen noch über einige Punkte Auskunft zu geben.

Die erste Frage ist die: Sind die Kombination der verschiedenen Maßregeln, die vorgeschlagen werden, die Konzentration der Uhrenindustrie und ihre Bindung in der Holdinggesellschaft geeignet, die Existenz der Uhrenindustrie zu sichern? Ich teile in dieser Beziehung die Ansicht, die der Herr Kommissionspräsident Ihnen mitgeteilt hat. Die Uhrenindustrie leidet in allererster Linie unter der Krisis, unter der mangelnden Nachfrage, unter der Verarmung der Völker. Sie hat ihre Absatzgebiete infolge der Krise aus den gleichen Gründen verloren wie andere Industrien auch. Dazu kommt zweifellos, daß in unserem Lande die Produktionsbedingungen weniger günstig, die Löhne höher sind als an anderen Orten, so daß es die Schweiz auch auf diesem Gebiete schwerer hat, mit dem Auslande zu konkurrieren.

Aber neben diesen Gründen, die kein Beschluß und kein Wille des Staates aus der Welt schaffen kann, bestehen noch andere. Es ist Ihnen dargelegt worden, daß die Industrie nach und nach durch die Entwicklung der Technik in andere Bahnen gedrängt worden ist, daß sie aus einer Handindustrie, wenn ich so sagen darf, nach und nach eine technisch entwickelte Industrie geworden ist, die namentlich mit der Maschine arbeitet. Die einzelnen Bestandteile der Uhr werden heute im großen durch eine weitgehende Arbeitsteilung hergestellt, wobei die eine Fabrik z. B. nur das Rohwerk, die andere die Spiralen, die dritte den Balancier, die vierte das Assortiment usw. herstellt. So sind die Uhrenbestandteile, auch die Schalen, und nicht nur die Uhr, Handelsware geworden. Der Käufer kann heute in der Schweiz nicht nur Uhren kaufen, er kann auch alles dasjenige kaufen, was notwendig ist, um eine Uhr herzustellen.

Diese Entwicklung hat namentlich auch infolge der Zollpolitik des Auslandes die Folge gehabt, daß mehr und mehr an die Stelle des Exportes der fertigen Uhr der Export der Uhrenbestandteile oder wenigstens der unvollendeten Uhr getreten ist. Je mehr statt der fertigen Uhr aus der Schweiz die unvollendete Uhr oder die Uhrenbestandteile exportiert werden, um so mehr geht naturgemäß im Inneren des Landes die Arbeit zurück; denn die Arbeit, die im Auslande verrichtet wird, wird nicht mehr bei uns verrichtet. Um so mehr wird aber auch der

Preis für das fertige Produkt gedrückt; denn das Ausland belastet die Uhrenbestandteile sozusagen mit keinen Zöllen, verlangt aber von der fertigen Uhr, die aus der Schweiz kommt, sehr erhebliche Gebühren. So hat sich aus allen diesen Verhältnissen ein Zustand herausgebildet, der für die Beschäftigung der in der Uhrenindustrie tätigen Bevölkerung eine wahre Gefahr bildet. Es hat sich auch die weitere Gefahr herausgebildet, daß die Uhrenindustrie nach und nach zunächst durch die Montierung der Uhr aus den Bestandteilen, nachher aber in weitergehendem Maße expatriert, aus der Schweiz ins Ausland verlegt wird.

Schon lange wurde diese sogenannte Schablonage, d. h. der Export aller nötigen Bestandteile, als eine Gefahr für die Uhrenindustrie betrachtet. Man hat nach Mitteln und Wegen gesucht, um dieser Schädigung entgegenzutreten. Man ist insbesondere auch an den Bund gelangt und hat gewünscht, er möchte durch prohibitive Ausfuhrzölle oder -verbote die Ausfuhr von Rohwerken und Uhrenbestandteilen, ja sogar von unfertigen Uhren und von Mouvements, verhindern und nur noch die Ausfuhr der fertigen Uhren gestatten. Ich will offen lassen, ob diese Maßregel angesichts der Handelsverträge zulässig wäre; aber ich will feststellen, daß sie unausführbar wäre, wie ich von dieser Stelle aus schon wiederholt dargelegt habe. Eine solche Maßregel würde voraussetzen, daß der gesamte Waren- und Paketverkehr der Schweiz nach dem Auslande genau kontrolliert, daß jeder, der die Grenze übertritt, untersucht würde, ob er vielleicht in seinem Gilettäschchen Spiralen, in anderen Taschen Balanciers oder andere Bestandteile hinaustrage. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit, eine Maßregel, die unser Volk und selbst die Bevölkerung des Uhrengebietes nicht annehmen würde. Obschon diese Feststellung unbestreitbar ist, haben sich in der Gegend der Uhrenindustrie im letzten Sommer 56,000 Männer und Frauen gefunden, die in der kürzesten Zeit eine Petition unterschrieben haben, worin wir von neuem gebeten worden sind, Ausfuhrverbote oder Ausführbeschränkungen für Rohwerke der Uhren und Uhrenbestandteile aufzustellen. Wir haben von neuem erklären müssen: Das ist nicht der gangbare Weg. Die eingeweihten Kreise der Uhrenindustrie, die Industriellen selbst, haben das schon längst gewußt. Sie haben schon in den Konventionen von 1928 den Weg gesucht, um durch ihre eigene Organisation den Uhrenexport in gesunde Bahnen zu leiten und den Export der Uhrenbestandteile und Schablonen zu verhindern. Allein jene gut ausgearbeiteten und in der Tendenz lobenswerten Konventionen wurden aus zwei Gründen nicht gehalten: erstens blieben neben denjenigen Fabriken, die sich auf die Konvention verpflichtet hatten, noch eine Anzahl anderer Fabriken, die nicht beitraten und die Freiheit des Handelns für sich beanspruchten. So blieb insbesondere neben den im Ebauche-Trust vereinigten Rohwerkfabriken noch eine ganze Reihe von Ebauchefabriken, die im Schatten der Organisation und des Ebauchetrusts eine starke direkte und indirekte Ausfuhr von Rohwerken betrieben und dabei aus den Verpflichtungen Nutzen zogen, die der Ebauchetrust gegenüber den Uhrenfabrikanten eingegangen war, speziell aus der Bestimmung, daß die Verkaufspreise der Ebauches für das Ausland wesentlich höher

festgesetzt wurden als für das Inland. So stieg, obwohl der Ebauchetrust die Ausfuhr von solchen Rohwerkenkontingentierte, die Ausfuhr von Ebauches, Uhrenbestandteilen, sogenannten Schablonen. Auch sonst schienen verschiedene Lücken vorhanden gewesen zu sein, auch sonst muß festgestellt werden, daß die Konventionen nicht in allen Teilen gehalten worden sind. Solche Konventionen sind sehr kompliziert. Die Kontrolle ist eine äußerst schwierige, und die bloße Bindung durch Verträge der verschiedensten Gruppen und Unternehmungen, die sich gegenseitig nicht immer mit Vertrauen, wohl aber oftens mit Mißtrauen begegnen, führt notwendigerweise zur Umgehung. Eine Umgehung zeitigt die andere, eine Verletzung ruft wieder einer neuen.

Nun handelte es sich also darum — als zu Anfang dieses Jahres das bisherige System durch ein besseres ersetzt werden sollte — diese beiden Inkonvenienzen zu beseitigen. Dies konnte nur durch zwei Maßregeln geschehen, in erster Linie dadurch, daß diejenigen Rohwerkfabriken, die bis jetzt Dissidenten waren, also nicht mit der Mehrzahl marschierten, mit den andern vereinigt wurden. Dazu war ein Aufkauf der betreffenden Fabriken notwendig. Es waren teils Rohwerkfabriken, teils gemischte Fabriken, die Uhren und Rohwerke herstellten. Ferner war es auf der andern Seite nach den gemachten Erfahrungen notwendig, der Untreue zu wehren und an Stelle rein privatrechtlicher Verpflichtungen die Herrschaft über die betreffenden Unternehmungen zu setzen, die in die Hand einer Gesellschaft gelegt wurde, die nicht eine reine Erwerbsgesellschaft, sondern gleichsam die Treuhänderin, Fürsorgerin, Beschützerin der Uhrenindustrie ist, und die damit die allgemeinen Interessen der Industrie, der Gegend und des ganzen Landes vertritt. Von dieser Erwägung ausgehend, haben sich die Industriellen entschlossen, diese sogenannte Superholdinggesellschaft zu schaffen, die also alle die Rohwerkfabriken, die bis jetzt ihre eigenen Wege gegangen sind, aufkaufen und mit den Fabriken des Ebauchetrusts vereinigen will, überdies aber auch noch alle jene Unternehmungen unter ihren Einfluß bringen soll, die wir als Schlüsselindustrien der Uhrenindustrie bezeichnen und deren Produkte für den Uhrenfabrikanten notwendig sind. Es betrifft das insbesondere die Fabriken der Spiralen, der Balanciers, des sogenannten Assortiments, kurz, der wichtigsten «branches annexes», wie man sie zu nennen pflegt. Alle diese Unternehmungen sollen zusammengefaßt, unter einen Hut oder, wie man — weil von einer Dachgesellschaft gesprochen wird — sagen möchte, unter ein Dach gebracht werden.

Diese Aufgabe war nicht leicht. Irgendwelche Zwangsmittel standen den Initianten nicht zur Verfügung. So mußte denn auf dem Wege der Freiwilligkeit vorgegangen werden. Expropriation war nicht möglich. Notwendigerweise mußten die Etablissements nach ihrer heutigen Rendite bezahlt, teils auch etwas überbezahlt werden. Man darf aber sagen, daß die Initianten, die Banken und die Industriellen, doch das Möglichste getan haben, um diese Kaufpreise herunterzudrücken, und daß die Not, die ja gebietet, daß sich die Uhrenindustrie konzentriert, auch bei den verkauften Unternehmungen dazu führte, allzu starke Forderungen zu reduzieren. Kurz, diese Dachgesellschaft, die nun alle diese Ebauchefabriken

und Fabriken von Uhrenbestandteilen vereinigen soll, brauchte erhebliche Mittel. Sie brauchte dies um so mehr, als der Ebauchestrust in seiner bisherigen Form nicht mehr weiter bestehen soll. Man war ja nicht in allen Teilen mit ihm zufrieden. Es soll daher auch der Ebauchestrust unter die Hörigkeit, so möchte ich sagen, unter den Einfluß der Dachgesellschaft gebracht und auch zu einem Instrument der schweizerischen Uhrenindustrie und der Wirtschaftspolitik gemacht werden.

Für alle diese Ankäufe und Erwerbungen war es nun notwendig, gewaltige Summen — sie übersteigen 40 Millionen Franken — aufzubringen. Dazu haben die Banken 5 Millionen Franken durch Übernahme von Aktienkapital beigesteuert. 5 Millionen Franken hat die Industrie übernommen. Wer sind die Banken? Es sind vor allem die Neuenburger Kantonalbank, auch die Berner Kantonalbank, und eine Reihe von Privatbanken. Die Banken haben in diesem Falle keine egoistischen Ziele verfolgt — man muß auch da billig und gerecht sein, auch wenn man von Banken spricht, man muß den Mut haben, hier richtig und billig zu urteilen. Die Banken wollten die Hand bieten zur Retablierung und Aufrechterhaltung der Uhrenindustrie. Ich sehe ein Lächeln auf einem Gesicht. Es ist doch so, wie ich sagte. Selbstverständlich haben die Banken ein Interesse an der Aufrechterhaltung und am Blühen der Uhrenindustrie. Aber dieses ihr wirtschaftliches Interesse deckt sich mit dem allgemeinen Interesse des Schweizervolkes.

Die Uhrenindustrie selbst hat weitere 5 Millionen Franken aufgebracht. Die Banken schießen der Uhrenindustrie $2\frac{1}{2}$ Millionen Franken vor — und zwar nicht etwa dem einzelnen Industriellen, sondern der Vereinigung der Industriellen, der Fédération horlogère —, damit diese Aktien übernehmen kann. Sukzessive soll aus Fabrikationsgebühren, die von den einzelnen Industriellen an die Fédération horlogère abgeliefert werden, dieser Kredit der Banken zurückbezahlt werden. Allein, daneben brauchte es noch Kredite. Auch hierfür sind die Banken eingesprungen und haben solche im Betrage von 10 bis 12 Millionen Franken eröffnet. Weiter wurde ein Obligationenkapital geschaffen. Bisher erworbene Unternehmungen haben wie Aktien auch Obligationen der neuen Dachgesellschaft an Zahlungsstatt angenommen.

Bei all dem blieb aber noch zweierlei ungelöst, es blieb noch eine Lücke — ich möchte sagen eine doppelte Lücke — eine in bezug auf die notwendigen Mittel und eine zweite Lücke im Hinblick auf die unter den Aktiven der Gesellschaft befindlichen «non-valeurs», d. h. im Hinblick auf die von der Gesellschaft bezahlten Ueberpreise.

Nun haben sich die Initianten an den Bund gewendet und ihn ersucht, er möchte helfen, er möchte eine erhebliche Summe leisten, und zwar zunächst einen Betrag von $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken, als unverzinsliches Darlehen gewähren, weil ja zweifellos die Erträge der Gesellschaft, besonders in den ersten Jahren, sehr bescheiden sein werden. Wir haben uns davon überzeugen müssen, daß hierfür eine Notwendigkeit vorhanden ist; wir sind auf das Gesuch eingetreten und haben uns entschlossen, den Vorschuß zu gewähren. Diese $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken sollen von 1934 an in Raten von 1 Million Franken

sukzessive zurückbezahlt werden. Die Allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A. G. wird unsere Schuldnerin.

Dann hat man uns weiter gebeten, weitere $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken à fonds perdu zu geben, ohne irgendwelche Rechte.

Wir haben uns der doppelten Ueberzeugung nicht verschließen können, daß einmal für die Durchführung des Projektes ein Betrag ungefähr in der genannten Höhe notwendig sei, dann, daß die Hingabe dieses Geldes an die Gesellschaft in einer Form erfolgen müsse, die ihr gestattet, das vom Bunde einbezahlte Kapital zu Abschreibungen auf den Aktiven zu verwenden, und die «non-valeurs» aus der Bilanz zu beseitigen. Trotzdem konnten wir uns nicht entschließen, diese Summe — wir sind nicht auf $7\frac{1}{2}$, sondern nur auf 6 Millionen Franken gegangen — à fonds perdu zu gewähren. Wir haben uns gefragt, ob dafür Genußscheine oder Subventionsaktien gefordert werden sollen. Wir haben uns zum letztgenannten System bekannt, weil wir mit unserer Aktienbeteiligung zugleich einen Einfluß auf die Gesellschaft nehmen wollten. Dagegen werden wir diese Aktien auf einen Nominalwert von bloß 1 Fr. das Stück festsetzen, damit fast die ganze Summe von 6 Millionen Franken, genau 5,994,000 Fr., zu Abschreibungen auf den Aktiven, auf den «non-valeurs» der Gesellschaft, verwendet werden können. Das Stimmrecht dieser Aktien zu 1 Fr. aber wird gleich sein wie das Stimmrecht der Privataktien von 1000 Fr. Des weiteren haben wir selbstverständlich auch gewünscht, einen Einfluß nehmen zu können auf die Komposition des Verwaltungsrates. Wir haben uns ausbedungen, eine Anzahl Mitglieder des Verwaltungsrates ernennen zu können. Taten wir unrecht, diese Rechte vorzubehalten? Ich glaube nein, denn Sie hätten es nicht verstanden, wenn der Bund ein zinsloses Darlehen von $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken und 6 Millionen Franken Partizipation an der Dachgesellschaft gewährt hätte, ohne sich einen Einfluß auf die Gesellschaft, und die Lösung der Aufgabe, die diese Gesellschaft gleichsam als gemeinnützige Unternehmung im Interesse der Uhrenindustrie sich gestellt hat, zu sichern. Wenn aber die Bundesversammlung finden sollte, daß es ein Unglück sei, daß der Staat für seine 6 Millionen Franken Stimmrecht erhalte, wenn Sie finden, daß der Bundesrat keine Verwaltungsmitglieder ernennen, daß er die Uhrenindustrie allein unter sich Pfarrerstöchtern lassen sollte, dann wird von seiten der Uhrenindustrie nichts eingewendet werden, wenn wir ausscheiden und auf diese Rechte verzichten. Allein, ich hätte es nicht gewagt, vor Sie zu treten und zu sagen: Wir geben zwar Geld, verzichten aber auf einen Einfluß. Warum brauchen wir einen Einfluß? Deshalb, weil dafür gesorgt werden muß, daß in finanzieller Hinsicht diese Gesellschaft gewissenhaft und solid geführt wird, daß die notwendigen Abschreibungen vorgenommen und keine übermäßigen Dividenden verteilt werden. Darüber haben wir besondere Vorschriften aufgestellt; aber wir haben gefunden, daß es noch notwendiger sei, einen Einfluß auf die Führung der Gesellschaft zu nehmen aus wirtschaftlichen, aus allgemeinen Gründen. Warum? Ich habe Ihnen bereits auseinandergesetzt und Sie wissen es, wie zerfahren die Verhältnisse in der Uhrenindustrie sind, wie überall Mißtrauen herrscht, wie

keine Unternehmung der andern, keine Branche der andern vollständig traut, wie wieder jede Gegend fürchtet, sie könnte übervorteilt werden. Deshalb sagten wir uns: In die zu gründende Gesellschaft hinein muß ein Element der Unparteilichkeit und Stabilität getragen werden, und dieses kann nur bestehen im Einfluß des Bundes. Ich möchte heute mit Genugtuung feststellen, daß sich fast alle Beteiligten, fast die ganze Industrie zu dieser Ueberzeugung durchgerungen haben und daß heute die Industrie in ihrer starken Mehrheit nicht wollte, daß der Bund auf seinen Einfluß verzichtet. Gerade auf seine Mitwirkung und Unparteilichkeit und auf seine Vermittlung ist man bereit zu hören, und gerade diejenigen, die vielleicht gewisse Befürchtungen haben, erwarten Schutz und Schirm von den Vertretern des Bundes, die bei richtiger Erfassung ihrer Aufgabe einen großen moralischen Einfluß in der Gesellschaft ausüben können.

Noch ein Wort zur grundsätzlichen Frage: Soll der Bund an solchen Kombinationen überhaupt teilnehmen? Ich bedaure es mit Ihnen und bedaure es mit dem Präsidenten der Kommission, daß die Uhrenindustrie, die bis jetzt immer stolz erklärt hat, sie mache alles allein, gezwungen war, sich so straff zu organisieren und sich an uns zu wenden. Aber nachdem dies einmal notwendig geworden war, da eine große Industrie sich eine ganze «Verfassung» gibt, eine Verfassung, die nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Arbeiter- und die Angestelltenschaft, ja für das ganze Land von größter Bedeutung ist, darf der Bund sich nicht desinteressieren und erklären: «Ich gebe zwar Geld, aber im übrigen kümmerge ich mich um euch und um die Art, wie ihr eure Sache durchführt, absolut nicht.» Das wäre Pflichtvergessenheit und ein Fehler. Wir stehen heute in andern Zeiten. Neue Zeiten, neue Wege. Mit dem Verschließen der Augen und mit dem Rezitieren alter Sprüche ist es nicht getan. So hat auch die Kommission argumentiert und dem Projekte zugestimmt, wie wir es Ihnen vorschlagen.

Man hat von Eingriffen des Bundes ins wirtschaftliche Leben gesprochen. Da möchte ich betonen, daß der Bund keinen Zwang ausübt und daß die ganze Bindung, die geschaffen wird, eine freiwillige ist im Rahmen der Handels- und Gewerbe-freiheit, eine Bindung durch Vertrag. Es verpflichten sich die einzelnen Branchen, die Groupements und die einzelnen Industriellen. Sie verzichten gewissermaßen auf einen Teil ihrer industriellen Souveränität, und sie binden sich im eigenen und im öffentlichen Interesse in einer gewissen Weise. Dagegen ist nichts einzuwenden. Dieses Vorgehen ist mit dem Art. 31 der Bundesverfassung nicht unvereinbar. Allein wir haben im Bundesrat auch die Frage geprüft, ob die Kombination lebensfähig sei oder ob der Bund selbst weitere Bindungen vorschreiben müsse. Wir haben uns der Einsicht nicht verschlossen, daß vielleicht einmal eine staatliche Mitwirkung bei der Kontrolle der Ausfuhr von Rohwerken, Bestandteilen und Schablonen nötig werden könnte. Ohne Konventionen und Holdinggesellschaft wäre sie unmöglich, unter der neuen Organisation wäre sie eher denkbar, und es wurde speziell von seite des Zolldepartements darauf hingewiesen, daß ähnliche Kontrollmaßregeln in den Tabakfabriken und Mühlen bestehen, die vielleicht auch hier organisiert werden

könnten. Ich hoffe aber bestimmt, daß die Uhrenindustrie allein fertig wird und wir nicht gezwungen sind, weitere Schritte zu tun. Ich hoffe endlich auch, daß die Uhrenindustrie auf dem Wege der Freiwilligkeit sich auf der ganzen Linie verständige, und daß sie mit den Außenseitern fertig wird, damit nicht der Bund sich fragen muß, ob er es zugeben könne, daß eine ganz geringe Minorität das von ihm unterstützte Werk der großen Mehrheit zerstört und vernichtet, wie es in den letzten drei Jahren geschehen ist. Ich hoffe also, daß diese Frage vor Ihnen nicht aufgerollt werden muß. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß wir das nun einmal geschaffene Werk nicht untergehen lassen können und daß ich das Sanierungsprojekt, wie es heute vorliegt, als den Ausgangspunkt einer Entwicklung betrachte, die von der Uhrenindustrie selbst weitergeführt und nicht vom Staat diktiert werden soll. Da haben also die freie Initiative, die Intelligenz der Einzelnen, die Unternehmungslust, da haben Patriotismus und Pflichtgefühl der Industriellen Gelegenheit, sich zu entwickeln und zu zeigen, daß die letztern in der Lage sind, allein zu handeln, und daß ihnen nicht aufgedrängt werden muß, was in ihrem eigenen Interesse und demjenigen der Öffentlichkeit notwendig ist. Ich verstehe aber durchaus, daß auch gewisse Bedenken bestehen.

Die Organisierung einer so großen Industrie, eine Neuorientierung in ihren Zwecken und Zielen, kann nicht ganz schmerzlos verlaufen. Man muß seinerzeit auch nicht sagen, wenn jemals vielleicht irgendwo eine Fabrik in ihrem Betrieb eingeschränkt oder geschlossen werden muß, daß dies die Folge der Sanierung sei. Dann erinnere man sich daran, daß, wenn nichts geschähe, unsere Uhrenindustrie in der kürzesten Zeit am Boden läge und daß es dann zur Schließung von Fabriken und zur Einstellung der Arbeit in weitgehendem Maße kommen müßte. Gerade hier sind auch wieder die Bundesvertreter in der Holdinggesellschaft berufen, zu sehen, daß, nicht ein Landesteil, wie gelegentlich behauptet wird, den andern quasi übernehme, und daß die allgemeinen Interessen gewahrt, dabei aber jedermann gerecht und billig behandelt werde.

Sind auf der einen Seite Befürchtungen vorhanden, von denen ich gesprochen habe, daß die Einmischung des Staates zu weit gehe — ich glaube gezeigt zu haben, daß dies nicht zutrifft —, so besteht auch die Meinung, der Bund gehe nicht weit genug und hätte sich noch mehr Kompetenzen ausbedingen sollen. Von seite der Vertreter der Arbeiterschaft ist gesagt worden, man hätte Maßregeln vorsehen sollen zum Schutze der Arbeiterschaft, namentlich Tarifverträge, ferner Maßregeln zum Schutze der Arbeitslosen und Garantien für diejenigen, die vielleicht durch die Entwicklung der Dinge um ihre Beschäftigung kommen könnten. Wir werden nach Erledigung dieses Traktandums ein zweites zu behandeln haben, nämlich die intensivere Unterstützung der Arbeitslosenversicherungskassen speziell der Uhrenindustrie. Wir werden Ihnen aber überdies eine Vorlage zugehen lassen über die Krisenhilfe und die Unterstützung der Kantone und Gemeinden, ein Projekt, das vom 1. Januar 1932 hinweg gelten und die Arbeitslosenversicherungskassen entlasten soll.

Hier stehen wir vor einer wirtschaftlichen Frage. Gewiß hat dieses wirtschaftliche Problem auch eine

große soziale Tragweite, denn nur aus der gesunden Wirtschaft kommt die Beschäftigung, und sie ist allein geeignet, die sozialen Verhältnisse befriedigend zu gestalten. Auch hier gilt wiederum das Wort, daß die beste Sozialpolitik in einer guten Wirtschaftspolitik besteht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Beschäftigung aufrechterhalten bleibt, daß durch die Unternehmungen Geld verdient wird, daß sie anständige Löhne bezahlen und ihre Anlagen amortisieren können.

Es freut mich, feststellen zu können, daß die Einsicht in die weitesten Kreise gedungen ist und auch in der Kommission unbestritten blieb, daß der Bund das Sanierungsprojekt unterstützen müsse. Ich bin auch überzeugt, daß gerade die Arbeiterschaft es nicht zu bereuen haben wird, daß die geplante Organisation geschaffen wird. Es handelt sich aber hier nicht um die Diskussion der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Unternehmungen, denn die Uhrenindustrie soll so weit wie möglich vollständig frei bleiben. In Arbeiterfragen können wir uns hier nicht einmischen, sondern wir haben hier die Lebensbedingungen für die Existenz der Industrie zu schaffen und deren Verständigung zu fördern.

Zum Schlusse noch einige Worte — weil ja wohl auch in den Gruppen über diesen Punkt gesprochen wird — über die Verteilung des Reingewinns. Die Frage, was der Bund an Zins und Gewinnbeteiligung bekommt, tritt vor der wirtschaftlichen Aufgabe, die er durch seine Partizipation zu erfüllen hat, stark zurück. Wir haben indessen dafür gesorgt, daß, nachdem das Privataktienkapital eine bescheidene Dividende von $4\frac{1}{2}$ % bezogen hat, der Bund, wenn etwas weiteres verteilt werden soll, einen Gewinnanteil bis auf 2 % seines Subventionskapitals erhält. Allein wir sind durchaus einverstanden, daß die allfälligen Gewinne zu Amortisationen und Zurückstellungen verwendet werden, denn an dem Bestand dieser Unternehmung hängt so viel, daß wir ihre Konsolidierung begünstigen und auch Geldopfer, die hierfür nötig sind, auf uns nehmen müssen. Wir führen diese Aktion nicht durch, um Geld anzulegen und an Gewinnen teilzunehmen, sondern um zu helfen. Anderseits bezweckt die Bestimmung über die Verteilung des Reingewinns, dafür zu sorgen, daß nicht einstmals mit dem Geld des Bundes hohe Dividenden an die Privataktien ausbezahlt werden können, sondern daß der Bund am Ergebnis auch teilnimmt. Dafür ist gesorgt durch Vorschriften, auf die ich hier weiter nicht einzutreten brauche. Endlich ist vorgesehen, daß im Falle einer Liquidation der Bund, nachdem das Privataktienkapital im Nominalwert zurückbezahlt ist, zunächst seine 6 Millionen, die er als Subvention gegeben hat, zurückbekommt. Wir sind mit dieser Bestimmung weiter gegangen als dies in andern Fällen geschehen ist. Ich übergehe eine ganze Reihe von weitem Punkten und möchte zum Schluß den dringenden Appel an Sie richten, dieses Werk der Solidarität gutzuheissen. Wir haben schon einmal der Uhrenindustrie mit den sogenannten subsides de change geholfen, die Hotellerie unterstützt, die Stickereitruhandgenossenschaft gegründet und verschiedene Hilfsaktionen für die Landwirtschaft durchgeführt. Der Bund hat diese Aktionen immer allein vorgenommen und von den Kantonen keine großen Leistungen und Zuschüsse verlangt. Deshalb schien es uns auch in diesem Fall nicht tun-

lich, die betroffenen Kantone heranzuziehen, um so weniger, als der Kanton Neuenburg und auch der Kanton Bern, vor allem auch die in Betracht fallenden Gemeinden sehr zu leiden haben unter dem Steuerausfall und durch die großen Lasten, die ihnen im Hinblick auf die Arbeitslosenversicherung erwachsen. Hier muß eben wieder einmal der Bund helfen, er ist dazu berufen.

Wir haben das Unglück gehabt, daß in der Ostschweiz die Stickereiindustrie konzentriert war und den Haupterwerbszweig für die Kantone St. Gallen und Appenzell bildete, wir leiden heute darunter, daß die Uhrenindustrie fast den einzigen Erwerbszweig in Neuenburg und im Berner Jura bis hinüber in den Kanton Solothurn bildet. Unter der Krise der Industrie leiden nicht nur die Industriellen, sondern besonders auch die Arbeiter und Angestellten, ja die ganze Bevölkerung. Es kann meines Erachtens keine Rede davon sein, daß der Bund in dieser schweren kritischen Stunde einer Industrie, die mit der größten Energie und unter teilweisem Verzicht auf die Selbständigkeit der Unternehmungen sich organisiert, die Hilfe versagt, sie zurückstößt und ihrem Schicksal überläßt. Für mich ist es eine Pflicht, hier zu helfen, und ich zweifle nicht daran, daß es auch die Ihrige sein wird. (Beifall.)

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 18. September 1931.
Séance du matin du 18 septembre 1931.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträubli.

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.
 Aide à l'industrie horlogère.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 500 hier vor. — Voir page 500 ci-devant.

M. Mermod: Vous me permettez, Monsieur le président et Messieurs, d'intervenir très brièvement dans le débat.

Le Jura Vaudois, et tout particulièrement, la Vallée de Joux est intéressé au plus haut point à l'assainissement de l'industrie horlogère.

Depuis qu'elle existe, l'horlogerie a toujours été la principale ressource de cette contrée, contrée montagnaise, au sol ingrat, au climat rude.

Certes, la place que nous occupons au milieu des grandes activités horlogères est restreinte, mais toutefois ce sont plus de 600 familles qui vivent de cette industrie.

Les industriels et ouvriers fabriquant la fourniture d'horlogerie, pierre, assortiments, balanciers, le pivotage, raquetterie, pignons, etc. se sont émus en entrevoyant la concentration de l'industrie horlogère.

Le message indique clairement que cet assainissement ne peut se faire sans sacrifice, il sera nécessaire de mettre certaines entreprises hors d'exploitation.

Cette mesure ne peut être combattue, puisqu'il y va de la réussite du projet, elle intéresse nous a-t-on dit surtout les fabriques d'ébauches dissidentes. Elle peut donner un effet heureux dans les grands centres horlogers où l'on peut attribuer à telle région l'activité qui lui convient. Elle serait plus difficile dans une vallée loin des communications. Nous avons craint un instant que la concentration nécessaire ne vienne à trouver, par la suite, que nous sommes trop désaxés de la grande production, et par là même travaillant dans des conditions moins avantageuses

pour l'ensemble, que nous soyions comme dans certains cartels, tout doucement éliminés.

Les assurances données à ce sujet sont précieuses, l'aide de la Confédération étant égale pour tous; nous savons qu'il n'entre dans les vues de personne de priver toute une région de son gagnepain ou d'y implanter un autre genre d'industrie qui n'aurait pas de chance de réussite, étant donné sa situation topographique. Nous sommes heureux de collaborer à la grande œuvre de l'assainissement de cette belle industrie et pensons comme M. le rapporteur français M. Sandoz que ceux qui ont passé la frontière, ouvriers spécialistes, se rappelleront qu'ils doivent avant tout conserver au pays cette industrie qui en est une des gloires les plus pures. Nous serions douloureusement frappés si nous supposions un instant qu'un fabricant quelconque vienne à passer dans un pays voisin, emportant avec lui les méthodes et les expériences longues et coûteuses d'une fabrication purement nationale. Ce serait faire œuvre de mauvais patriote.

Nous tenons en terminant cette brève intervention à féliciter ceux qui ont su se placer au-dessus des partis politiques et voir dans le projet présenté avant tout l'intérêt national. Ils ont eux tous, depuis le Conseil fédéral jusqu'au dernier ouvrier, le cœur à la bonne place, ils entendent tous faire cesser ce souci du lendemain incertain, ils entendent également qu'il est temps de faire disparaître ce chômage déprimant qui rend la vie douloureuse à l'ouvrier, et que souvent la collectivité n'arrive pas à comprendre exactement.

Nous voterons avec plaisir ces mesures, puisqu'elles doivent tendre à sauver de la ruine toute une population et qu'il y va de l'intérêt du pays tout entier.

Schürmer: Die große grundsätzliche Bedeutung der Frage, die wir jetzt zu behandeln haben, ist schon aus den Referaten der Herren Kommissionsreferenten hervorgegangen, noch mehr aber ist sie in den persönlichen Gesprächen, in der Wandelhalle und beim zufälligen Zusammentreffen zum Ausdruck gekommen. Wir müssen uns sehr wohl bewußt sein, daß es sich hier um eine grundsätzliche Einstellung zu wirtschaftlichen Fragen handelt, die wir mit dieser Hilfe an die Uhrenindustrie anschneiden. Es handelt sich auch nicht mehr um unmittelbare Folgen der Nachkriegszeit. Wir hatten, nachdem die Krisis 1921/22 überwunden war, in der Uhrenindustrie sehr gute Zeiten, Zeiten mit Maximalsummen der Exportmenge. Der Rückschlag, der heute eingesetzt hat, ist wohl teilweise eine Folge der allgemeinen Weltkrisis, zum Teil aber eine Folge der durchaus ungenügenden Organisationsgrundlagen dieser Industrie. Es ist sicherlich eine ungeheure Arbeit geleistet worden, die Konventionen, die uns vorgelegt werden und die der Staat mit seiner Hilfe unterstützen soll, bei den vielseitig widerstreitenden Interessen zum Abschluß zu bringen. Es wird hier erstmals zugegeben, daß auch für die Verhältnisse einer Exportindustrie durch gewisse Maßnahmen im Inland eine wenigstens teilweise Hilfe geschaffen werden kann, eine Einsicht, die mich freut und die noch vor wenigen Jahren als eine absolute Unmöglichkeit bezeichnet worden wäre.

Ich möchte auch zugeben, daß die Bedeutung der Uhrenindustrie für unsere Volkswirtschaft durchaus die Hilfe rechtfertigt, die man ihr angedeihen lassen will. Wenn ich trotzdem einige Bedenken äußere gegenüber der in Aussicht genommenen Hilfsaktion, so geschieht es weniger aus prinzipieller Einstellung, denn ich war nie ein absoluter und begeisterter Anhänger der Handels- und Gewerbefreiheit, des *laissez faire* und des *laissez aller*, sondern ich war immer der Meinung, daß gewisse ordnende Eingriffe in die Wirtschaft gelegentlich nicht umgangen werden können. Hier ist, wie Herr Bundesrat Schultheß richtig bemerkt hat, der Gedanke der Hilfe nicht etwa vom Staate ausgegangen, sondern von den Beteiligten selbst. Ich begreife, daß man sich in einer gewissen Zwangslage befunden hat, sowohl was die Dringlichkeit der Aktion betrifft, als die Art und Weise, wie sie durchgeführt werden muß.

Wenn ich die Bedenken hier zum Ausdruck bringe, so geschieht es nur deshalb, weil ich der Meinung bin, daß die Frage von einer so großen Tragweite ist, daß man sie nicht einfach ohne Diskussion passieren lassen darf. Einmal stößt es mich, daß man hier mit ungefähr 11 Millionen Franken sogenannte Aussenseitbetriebe aufkaufen muß, um sie in die ganze Organisation der Industrie einzugliedern. Ich gebe zu, es besteht heute keine andere Möglichkeit — ich könnte mir nicht vorstellen, welche — als daß man eben auf dem Weg freiwilliger Vereinbarung an diese Betriebe den Preis zahlt, den sie für richtig finden. Allein es handelt sich um 11 Millionen Franken *non-valeurs*, die sofort bei Gründung der A.-G. Schweizerische Uhrenindustrie abgeschrieben werden müssen. Ich finde, es sei ein gefährlicher Weg, wenn man diese Außenseitengängerei belohnt mit dem Aufkauf des Betriebes, namentlich dann, wenn für diesen Aufkauf staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Allein ich gebe zu, daß hier die Zwangslage durchaus dringend war.

Die zwei weitem Bedenken, die ich habe, sind die folgenden: Ist es wirklich so ganz ausgeschlossen, daß nach Gründung der neuen Aktiengesellschaft, dieser Dachgesellschaft, wie man gesagt hat, keine neuen Betriebe entstehen, die man dann auch wieder aufkaufen müßte, da man ja keine andern Mittel hätte, sie der Organisation einzugliedern. Man hat uns wohl gesagt, daß es nahezu unmöglich sei, Neugründungen vorzunehmen. Ich gebe das auch zu, wenn ich auch nicht vollständig befriedigt bin von der erhaltenen Auskunft und wenn ich auch die Gefahr nicht als vollständig beschworen erachte. Es ist ganz klar, daß in dem Moment, wo neue Betriebe entstehen können, das grausame Spiel von vorn beginnt.

Das Hauptbedenken, das ich habe, liegt in der Frage: was geschieht nach 5 Jahren? Fünf Jahre sind eine so kurze Zeit, daß es sich kaum lohnt, über diesen Zeitpunkt zu sprechen. Nach 5 Jahren können die Konventionen gekündigt werden. Die gleichen Leute, die hier diese Dachgesellschaft bilden, schließen auch die Konventionen ab. Wenn man mir auch gesagt hat, in der Gründung der neuen Gesellschaft werde voraussichtlich für lange, ja vielleicht für eine für uns unabsehbare Zeit die Organisation in der Industrie geschlossen, so bin ich dieser Frage gegenüber durchaus skeptisch. Wenn es der Uhrenindustrie in 5 Jahren gut geht, werden sich die Leute herzlich

wenig um die abgeschlossenen Konventionen kümmern, dann wird die Sache zusammenfallen; wenn die Menschen nicht mehr wollen, können wir sie nicht zwingen, diese Konventionen weiterbestehen zu lassen. Dies scheint mir das größte Bedenken zu sein, namentlich weil keine Sicherheit besteht, daß wir beim Zusammenbruch der Konvention und der Gesellschaft die 6 Millionen Franken des Staates wieder zurückbekommen. Wenn wir diese 6 Millionen und die 7,3 Millionen, die wir als Darlehen gewährt haben, zurückbekommen haben, haben wir schließlich nichts mehr zu sagen, denn dann sind die Verpflichtungen dem Staat gegenüber erfüllt. Aber es steht im Bundesbeschluß nicht, und es ist sehr wohl möglich, daß wir die 6 Millionen Franken nicht zurückbekommen und daß die Holding-Gesellschaft, die mit großer Mühe aufgebaut worden ist, aufgelöst werde, ohne daß die Summen, die der Staat zur Verfügung gestellt hat, zurückbezahlt sind. Ueber dieses Bedenken komme ich nicht ohne weiteres hinweg, wenn ich auch zugebe, daß das Geld, das wir der Industrie zur Verfügung stellen, nicht unnötig angewendet ist, weil gegebenenfalls, wie Herr Bundesrat Schultheß bemerkt hat, die Arbeitslosenunterstützung in dieser Industrie mehr kosten würde als vielleicht durch die Subventionen für die Aufrechterhaltung der Betriebe und der Arbeitsmöglichkeiten geleistet werden kann.

Ein weiteres Bedenken, vielleicht nicht so bedeutender Art, geht dahin, daß in der Uhrenindustrie voraussichtlich eine ganze Reihe kleiner und mittlerer Betriebe verschwinden wird, weil sie durch die neue Gesellschaft aufgekauft und stillgelegt werden. Auch das ist im Interesse der Volkswirtschaft zu bedauern. Ich gebe jedoch auch hier zu, daß es bei den jetzigen Vorschlägen der Lösung des Problems nicht anders zu machen ist.

Ich gestehe Ihnen offen, wenn die Frage nicht so außerordentlich dringlich wäre, wie man sie mir geschildert hat, würde ich den Antrag stellen, die ganze Angelegenheit an den Bundesrat zurückzuweisen, weil mir die vorgeschlagene Lösung nicht zweckmäßig scheint und nicht die absolute Wirksamkeit verbürgt. Wenn der Staat schon einmal eine so große Summe gibt — 13½ Millionen Franken sind auch für den Bund keine Kleinigkeit —, so bin ich der Auffassung, daß man diese Hilfe dann so wirksam hätte gestalten müssen, als es nach den vorliegenden Verhältnissen praktisch möglich ist. Wir haben auf den Weltmarkt selbstverständlich keinen Einfluß; aber soweit wir intern die Verhältnisse regeln können, wäre mit der Vorschrift, dass neu entstehende Betriebe, oder Betriebe die aus der Gesellschaft austreten, sich der Konvention beugen müssen, ob sie dabei sein wollen oder nicht, der Sache besser gedient. Der Austritt ist nicht unmöglich und auch die Neugründung nicht. Dann haben wir aber kein Mittel in der Hand, die Leute, die nicht wollen, die sich den allgemeinen Interessen der Industrie nicht fügen, zur besseren Einsicht zu bringen. Ich habe ja etwas Erfahrung in diesen wirtschaftlichen Organisationsfragen und weiß genau, aus welchen Gründen Einzelne jeweils nicht mitmachen wollen. Einmal ist es der Egoismus, der die Leute verhindert, sich allgemeinen Regeln zu unterziehen, dann das Querulamentum und gelegentlich ausgesprochene Gleichgültigkeit oder sogar Dummheit. Diese Ei-

genschaften verbinden die Leute, im Interesse der gesamten Industrie liegende Maßnahmen zu unterstützen, manchmal mischen sich auch diese drei schönen menschlichen Eigenschaften.

Ich weiß, daß heute eine allgemeine Lösung nicht ohne weiteres möglich ist, weil unsere Verfassung eine solche Lösung nicht zuläßt, aber man könnte es auch mit einem dringlichen Bundesbeschluß versuchen. — Ich möchte die Verfassungsmäßigkeit der Beteiligung des Bundes an dieser Uhrenindustrie A.-G. auch nicht mit der Lupe untersuchen. Wenn man schon einen solchen Beschluß faßt, so wäre die Frage zu erwägen gewesen, ob man nicht hätte diesen Schritt weiter tun sollen; denn dann wäre es auch nicht nötig gewesen, daß der Staat sich selbst an dieser neuen Aktiengesellschaft beteiligt und eine Mitverantwortung an ihr übernommen hätte. Ich möchte bei Leibe nicht bei den fünf Herren sein, die den Bund in ihr vertreten müssen: denn es kann kommen wie es will, so wird man nachher sagen: « Sie haben auch mitgestimmt, Sie waren auch dabei. » Diese fünf Herren, die der Bund in die A.-G. abordnen wird, sind schließlich doch auch nur Menschen, denen irgend ein Versehen, eine in guten Treuen vielleicht unrichtige Handlung geradesogut unterlaufen kann wie andern.

Wenn wir den Industrien die Mittel in die Hand gäben, sich selbst zu helfen, dann brauchten wir die Beteiligung des Staates nicht; dann könnten wir auch die Industrien veranlassen, in guten Zeiten die Vorkehrungen für schlechte Zeiten zu treffen. Herr Kollega Scherer hat gestern in der Fraktionssitzung unserer Partei darauf hingewiesen, es sollte ein Krisenfonds angelegt werden. Ein durchaus richtiger Gedanke. Aber wenn man das will, dann muß man ein Mittel in der Hand haben, um alle Angehörigen der betreffenden Industrie zur Beitragsleistung an einen solchen Krisenfonds anzuhalten. Es ist ganz unmöglich, daß man nur diejenigen, die in einem Verbandsorganisiert sind, zur Tragung dieser Lasten veranlaßt und die Außenseiter frei ausgehen läßt. Das wäre nur wieder eine neue Prämie für das Außenseitertum und ganz unzweckmäßig.

Ich weiß wohl, daß das, was ich hier sage, für viele Herren im Rate vielleicht ungewohnt und neu ist. Allein wir stehen mitten drin in einer Entwicklung und Umschichtung unserer Wirtschaftsverhältnisse, und wenn schon eine so groß angelegte Hilfsaktion des Staates durchgeführt werden soll, dann ist es unsere Pflicht, klar auf diese Möglichkeiten einer neuen Einstellung hinzuweisen. Ich mache der Vorlage keine Opposition, aber ich stimme ihr auch nicht zu. Ich mache ihr keine Opposition, weil ich einsehe, daß die Verhältnisse zwingend sind; die Verantwortung, mit der Ablehnung der Sache das Chaos in der Uhrenindustrie herbeizuführen, scheint mir sehr groß zu sein. Ich kann aber auch nicht zustimmen, weil die Lösung, die getroffen worden ist, meines Erachtens nicht derart ist, wie sie nach meinen Ausführungen angestrebt werden sollte.

Zum Schluß noch ganz wenige Bemerkungen. Wir helfen hier eine Industrie mit Mitteln des Staates zu organisieren, ein Gedanke, der durchaus meinen Beifall findet. Ich möchte aber nur darauf hinweisen, daß Außenseiter, wie sie hier vorhanden sind, sich natürlich auch auf allen andern Wirtschaftsgebieten finden: in jedem Berufszweig hat man mit Quer-

lantem, Egoisten und Gleichgültigen zu rechnen, die jede Aufbauarbeit in einem Wirtschaftszweige außerordentlich erschweren, in Berufsbildungsfragen, in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse und vielen andern wichtigen Fragen.

Ich weiß nicht, ob der Bundesbeschluß, der hier gefaßt wird, nicht seine Konsequenz haben wird, ob nicht aus andern Industrien und vielleicht Gewerbegruppen ähnliche Forderungen kommen, wie sie hier von der Uhrenindustrie gestellt werden. An andern Orten war man der Meinung, daß derartige wirtschaftliche Schwierigkeiten durch die eigenen Kräfte der Betroffenen gelöst und behoben werden sollten, und ich stehe auf dem Boden, daß das das Richtige ist; aber ich weiß: Es ist heute einfach unmöglich, über gewisse Schwierigkeiten hinwegzukommen, wenn nicht die Autorität des Staates hinter den Maßnahmen steht. Hier zwar war es nicht die Autorität, sondern die Finanzkraft des Staates. Ich hätte es lieber gesehen, wenn man diese Frage den Industrien selber zu ordnen überlassen hätte und der Staat nur die Selbsthilfe der Industrie mit seiner Autorität gestützt hätte.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, meiner Meinung Ausdruck zu geben, die vielleicht für die Entwicklung unserer Wirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung ist.

M. GrosPierre: On a tant parlé et tant écrit à propos de l'industrie horlogère qu'on se sent quelque peu gêné pour continuer. Je n'aurais pas, je crois, pris la parole après le discours aussi clair et aussi complet que celui de notre collègue M. le D^r Henri Perret s'il n'y avait pas deux points particuliers sur lesquels je voudrais attirer l'attention des personnes qui peuvent s'intéresser à l'organisation nouvelle de l'industrie horlogère.

Le premier point concerne celui de la boîte, le deuxième point, celui de la rationalisation à laquelle pourrait se livrer d'une manière inconsidérée la Superholding.

M. Rais a dit hier que j'avais employé un terme qui figurait assez bien la situation. L'industrie horlogère a trois gros péchés sur la conscience. Le premier, c'est l'exportation des mouvements nus, le deuxième c'est l'anarchie commerciale. Le troisième, c'est le chablonnage.

Je ne parlerai pas des deux derniers, parce que l'on en a parlé déjà suffisamment. En revanche, en ce qui concerne l'exportation des mouvements nus, je tiens à faire remarquer quelle est l'image exacte de ce que pourrait produire le chablonnage sur l'ensemble de l'industrie horlogère.

L'exportation des mouvements sans boîtes date d'au moins 35 à 40 ans. Elle avait pour but de donner suite à certaines revendications, émanant peut-être des fabricants d'horlogerie, pour éviter le paiement d'un droit de douane élevé. On n'a pas pensé que les conséquences pourraient en être infiniment plus graves qu'on ne le prévoyait. Le résultat a été que l'on a exporté des quantités toujours plus grandes de mouvements et que l'on a laissé s'implanter à l'étranger des fabriques de boîtes toujours plus nombreuses. Aujourd'hui, les statistiques indiquent le résultat de cette façon de procéder. Si les hommes qui ont institué cette importation l'avaient fait pour transporter à l'étranger une partie

de notre industrie, on ne pourrait que les féliciter d'avoir réussi de façon aussi complète. En 1900 la proportion du nombre des boîtes en métal précieux contrôlées était de 55 % par rapport au total des mouvements exportés. En 1921 on ne contrôle plus que le 11 % par rapport au nombre des mouvements exportés. En 1929, quoique cette année-là ait été celle du plus grand rendement de l'industrie horlogère, les boîtes contrôlées n'ont atteint que le 10,5 % du total des mouvements exportés. En 1930, ce pourcentage est descendu au 8 % et en 1931 ce sera pire encore. C'est donc la preuve, par les chiffres, que l'industrie de la boîte de montre s'est développée à l'étranger dans des proportions considérables et qu'en Suisse l'industrie de la boîte a presque disparu. C'est un fait devant lequel il faut s'incliner, d'autant plus que durant ces dernières années l'Allemagne nous a envoyé près de 2 millions de boîtes plaquées or.

On se trouve donc en présence d'une industrie qui a été arrachée au pays. Cet exemple vous fera comprendre que si l'on ne lutte pas contre le chablonage, ce qui s'est produit pour les boîtes de montre se produira pour les mouvements nus, c'est-à-dire pour l'ensemble de notre industrie horlogère. Si l'on ne pouvait pas intervenir avec efficacité, on peut dire que dans un temps plus ou moins long, peut-être une dizaine d'années, il ne resterait en Suisse que le quart de l'industrie horlogère qui s'y trouve aujourd'hui.

Voilà pourquoi je ne pourrai pas m'abstenir de prendre part au vote, parce qu'il s'agit d'une question vitale pour notre industrie horlogère.

Je crois qu'il n'y a pas d'autre moyen que celui de la Superholding. C'est encore pourquoi je crois qu'il n'y a pas autre chose à faire.

Sans doute, dès l'instant où l'on apporte un nouveau système commercial ou industriel, cette nouveauté possède à la fois des bons et des mauvais côtés. Nous ne pouvons pas exactement prévoir ce qui se passera avec la Superholding, mais — et c'est ici mon second point — il y a dans le monde ouvrier des craintes qui peuvent parfaitement se justifier. C'est au nom des ouvriers que je veux parler, parce que l'on a peut-être trop oublié, dans ce débat, que l'appel demandant au Conseil fédéral d'intervenir pour sauver l'industrie horlogère a été signé par plus de 56,000 personnes. Ces signataires ne comprennent donc pas les groupements patronaux. Il faut tenir compte de cet immense pétitionnement et l'on a le droit de parler ici au nom de ces personnes intéressées grandement. Les craintes des ouvriers et des familles qui vivent de l'industrie horlogère sont basées sur le fait, que partout où il y a eu une concentration, il y a eu des massacres d'intérêts dont les ouvriers ont souffert considérablement.

C'est pour éviter cela que je voudrais vous citer quelques faits qui montrent où conduit la rationalisation à outrance et des exagérations qui pourraient être aussi fatales à l'industrie horlogère qu'elles l'ont été à d'autres industries.

Une brochure parue dernièrement en Allemagne indique qu'en 1927 on avait mécanisé le 2 % des mines et qu'en 1930 le 87 % était mécanisé. Alors qu'en 1927 il fallait 40 hommes pour produire 700 à 800 tonnes, en 1930 c'était le chiffre de 1500 tonnes par groupe de 5 hommes.

Si l'Allemagne se trouve aujourd'hui dans une situation si désespérée, c'est à la rationalisation outrancière qu'elle le doit. En ce qui concerne les forges, la production a augmenté de 250 % depuis 1913 et l'on a diminué le personnel de 19 %. La Société Harpen avait besoin en 1914 de 9000 hommes pour produire 40,000 tonnes. Aujourd'hui, 5700 hommes suffisent à la production de 90,000 tonnes. Dans l'industrie des machines, de 1924 à 1927, la production a augmenté en moyenne de 45 %.

Dans les usines Borsig il fallait 28 heures de travail pour tourner une bielle déterminée avant la rationalisation. Après l'introduction des nouvelles machines, 2 heures ont suffi.

Dans l'industrie, le prix de production qui était de 15 Mk. 68 avant la rationalisation a été abaissé jusqu'à 1 Mk. 71. Même dans les bureaux les machines ont remplacé les 2/3 du personnel.

Vous allez peut-être me dire que c'est le triomphe de la rationalisation et que c'est ce que l'on pouvait souhaiter de mieux, et qu'il doit en résulter de grands avantages, que les actions doivent avoir monté, que les bénéfices doivent s'être accru de telle sorte que chacun doit désirer placer ses capitaux dans de telles affaires.

Calmez-vous. Aujourd'hui, la situation est complètement transformée. Cela s'explique très bien. Les mêmes maisons qui avaient des actions sur le marché se sont trouvées en présence à la Bourse des mesures de rationalisation qui ont eu pour conséquence une baisse méthodique de leurs actions. La rationalisation a commis des méfaits. Permettez-moi de vous citer quelques exemples. Les usines Siemens, les plus renommées, avaient des actions cotées le 1^{er} mai 168,75, le 11 juillet 142 et le 4 septembre de cette année 102.

Pour les mines Harpen, les chiffres sont 67 au 1^{er} mai, 54 au 11 juillet et 40 au 4 septembre.

Pour les aciéries réunies: 54,6, 37, 26.

Pour les sociétés de navigation, bref, pour toutes ces sociétés jusqu'à la fabrique de machines Eckert, la baisse est générale; elle est même si générale que pour cette dernière société les actions descendent de 100 au 1^{er} mai à 48 au 11 juillet et à 0 au 4 septembre.

Si je cite ces chiffres c'est qu'au fond le résultat d'une rationalisation inintelligente pourrait être fâcheux aussi bien pour l'industrie horlogère que pour les autres usines.

Je tiens à déclarer ici que nous ne sommes pas opposés à une rationalisation intelligente, à une organisation scientifique du travail. Nous ne pouvons pas éviter ce qu'on appelle le meilleur rapport entre un produit et son prix de revient; mais il faut évidemment qu'on n'oublie pas le facteur humain et il est humain de penser que les capitaux engagés dans une entreprise ne doivent pas être usés comme ce fut le cas en Allemagne.

Ce fait s'explique d'une façon assez simple. Quand vous avez investi trop de capitaux dans une industrie, quand vous avez trop produit, quand vous n'avez plus la possibilité d'écouler, c'est une industrie qui meurt de gigantisme, incontestablement: elle meurt d'avoir trop absorbé.

Par conséquent, en ce qui concerne la Superholding, je demande que l'on tienne compte de ces facteurs, que l'on tienne compte des craintes ex-

primées dans l'ensemble de la population. Je demande que le Conseil d'administration, en particulier son comité de direction, tienne compte du fait qu'il a une tâche élevée à remplir et non pas seulement une tâche capitaliste et financière. Si l'on veut parler d'un geste de solidarité de tous, il doit déployer ses effets aussi bien pour les ouvriers que pour les patrons.

Präsident: Angesichts der Wichtigkeit des Traktandums « Hilfe für die Uhrenindustrie » möchte ich Ihnen vorschlagen, daß die Verhandlungen darüber gedruckt werden.

Angenommen. — *Adopté.*

Müller-Biel: Es ist gut, daß die Vorlage über die Unterstützung der Uhrenindustrie kommt; es ist auch höchste Zeit, daß sie kommt. Denn die schweizerische Uhrenindustrie ist nicht allein ohne Aufträge und Arbeit, sie ist auch in voller Abwanderung nach dem Auslande begriffen. Während die Ausfuhr fertiger Uhren in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres einen Rückschlag erlitt, der einem Zusammenbruch gleichkommt, machte in der gleichen Zeit die Ausfuhr von Rohwerken und andern Bestandteilen gegenüber den « besten Jahren » Fortschritte. Daher rührt es, daß gewisse Fabriken von Rohwerken und Uhrenbestandteilen Vollbetrieb haben, wogegen die eigentlichen Uhrenfabriken und -ateliers ganz oder teilweise geschlossen sind. Daher rührt es auch, daß in Pforzheim täglich gegen 4000 Schweizeruhren hergestellt werden, während die schweizerischen Uhrenarbeiter die Arbeitsämter belagern. Die von der Uhrmacherei abhängigen Landesgegenden sind gegenwärtig nicht besser, mancherorts sogar übler daran als in den Jahren 1921 und 1922, der Zeit der allgemeinen großen Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Erst kürzlich hat mir der Direktor einer namhaften Uhrenfabrik erklärt, er würde sich heute glücklich schätzen, wenn er die Aufträge hätte, die er damals, eben zur Zeit der großen Krise, noch hatte.

Die Frage ist demnach nicht, ob der Uhrenindustrie geholfen werden solle, sondern wie das geschehen soll. Der Bundesrat betritt mit seinen Vorschlägen neue Wege, denen ich im Gegensatz zum Herrn Kommissionspräsidenten gerne folge. Ich bedaure bloß, daß der Bundesrat diese neuen Wege nicht bis zu Ende gegangen ist, wahrscheinlich nicht gehen konnte, weil er auf zu starke Widerstände stieß.

Denn mit der Uhrenindustrie ist es immer so: Sie will eines und zugleich will sie das Gegenteil, d. h. hier: sie will die Staatshilfe und will sie wiederum nicht. Gerade auf dem Platze Biel, der doch von der gegenwärtigen Krise außerordentlich mitgenommen wird, wo das gesamte Geschäftsleben im Auf und Ab dieses wichtigsten Erwerbszweiges mitschwingt, gibt es heute noch einflußreiche Uhrenfabrikanten, die jeder Bindung und Organisation widerstreben. Sie weichen nur dem nachhaltigen Druck der Gläubigerbanken und der öffentlichen Meinung. Und wenn sie sich auch nicht sträuben, die Hand nach den Bundesmillionen auszustrecken, so sträuben sie sich doch bis zum Äußersten gegen jedes irgendwie geartete Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht des Bundes. Diese Herrschaften kommen mir ungefähr vor wie Leute, die ihr eigenes Haus anzünden, dann nach der Feuerwehr rufen und, wenn diese den Brand ausgelöscht hat und sich heraus-

nimmt, zur Verhütung von weitem Brandfällen, Verhaltensmaßregeln zu geben, ihr kaltblütig erklären: « Das geht dich nichts an, geh nach Haus, du hast deine Pflicht getan. » Vielleicht kann von diesen unentwegten Vertretern des Manchester-Liberalismus auch gesagt werden, daß sie nur deshalb so fest entschlossen sind, unerschütterlich zu bleiben und jede Bundeshilfe abzulehnen, weil sie genau wissen, daß sie sie schließlich doch nicht ausschlagen können.

Die Uhrenindustrie bietet uns ein klassisches Beispiel, wie und wo ungezügelter, von keiner Rücksicht auf das Ganze gehemmter Konkurrenzkampf enden muß. Ich will der Versuchung, der liberalen Wirtschaftsverfassung anhand dieses Beispiels aus der Uhrenindustrie den Prozeß zu machen, nicht nachgeben, weil ich den Herrn Präsidenten, der zur Kürze gemahnt hat, nicht betrüben möchte. Aber nicht erst seit heute und gestern leidet unsere Uhrenindustrie an Absatzschwierigkeiten und Preiszerfall. Die Weltwirtschaftsnot, die amerikanischen Sperrzölle haben nur ausgelöst, was eine unregelmäßige Produktion, leichtsinnige Kreditgewährung und gewissenlose Preisunterbietung seit Jahren vorbereitet haben. Die letzte Scheinblüte hat Eingeweihte nie darüber hinweggetäuscht, daß die Uhrenindustrie krank ist bis ins Mark. Die aus der großen Krise der Jahre 1921 bis 1923 herausgewachsenen Gruppenverbände und die unter ihnen abgeschlossenen Konventionen vermochten das tief eingefressene Uebel: Belieferung des Auslandes mit Schablonen und schrankenlose gegenseitige Preisunterbietung nicht mehr auszurotten. Wie übrigens die Vereinbarungen eingehalten wurden, wie man in Fabrikantenkreisen einander einschätzt, dafür folgende Kostprobe: Ein Fabrikant, der auf dem Weg zu einer Sitzung war, wo über das Schicksal seiner Branche beraten wurde, sagte mir ganz offen: « So, heute kommen wir zusammen, wir fassen Beschlüsse, und wenn wir fertig sind, gehen wir nach Hause, und auf dem Heimweg wird jeder überlegen, wie er am besten die getroffenen Abmachungen umgehen könne. » Also, die Schuld am Elend der Uhrenindustrie, die eine Industrie des Elends zu werden droht, tragen nicht allein die Dissidenten, die außerhalb der Organisation stehenden Firmen, sondern ebenso sehr die eigenartige Mentalität, um nicht mehr zu sagen, gewisser Fabrikanten und ihre Treulosigkeit gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und Abreden. Hauptsächlich aus diesen Gründen ist die Holdinggesellschaft nötig geworden. Indem sie alle Fabriken von Rohwerken und andern Uhrenbestandteilen in ihre Hand bekommt und damit sozusagen die strategischen Punkte der Uhrenindustrie besetzt, wird sie der ungemessenen Ausfuhr von Schablonen ein Ende machen und andere bisher geübte Durchstechereien verhindern. Die Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie A. G. setzt an Stelle des Chaos Ordnung und Einheit. Schon das für sich allein genommen ist ein so gewaltiger Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, daß man sich der vorgeschlagenen Lösung nicht verschließen kann.

Trotzdem ist mir bei der geplanten Neuordnung der Dinge nicht ganz behaglich. Warum? Der Bund wird in dem von ihm finanziell gestützten Gebilde nicht gleichberechtigter Partner. Der alte Spruch « Wer bezahlt, befiehlt » wird zu Ungunsten des Bundes auf den Kopf gestellt. Die Beteiligung verschafft der Eidgenossenschaft weder einen ent-

sprechenden vollwertigen Aktienbesitz, noch ist die Eidgenossenschaft im Verhältnis zu ihren großen Leistungen im Verwaltungsrat der Gesellschaft vertreten. Die vier oder fünf Mitglieder, die der Bundesrat in den Verwaltungsrat abordnet, bleiben gegen die 25 Vertreter der Banken und der Industrie in hoffnungsloser Minderheit.

Um die vom Bund gewährte Finanzhilfe der öffentlichen Meinung etwas schmackhafter zu machen, erklärt man, daß die Superholding kein rein geschäftliches, sondern eigentlich ein gemeinnütziges Unternehmen sei, dessen Tätigkeit die Erhaltung und die Entwicklung der schweizerischen Uhrenindustrie als Ganzes zum Ziel habe. Das ungezähmte Profitstreben der einzelnen Fabrikanten solle gebändigt und den allgemeinen Interessen untergeordnet werden.

Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Verwaltungsräte der Uhrenholding — 12 Vertreter der Banken, 12 Vertreter der Industrie und als Präsident ebenfalls ein großer Industrie- und Finanzkapitän — selber nicht verlangen, daß man sie nun ohne weiteres als Paladine des öffentlichen Wohles anerkenne. Ich will gerne an ihren guten Willen glauben, allein die Instinkte brechen immer wieder durch. Man kann sie verbergen, man kann sie manchmal überwinden, aber bei der ersten Versuchung kommen sie wieder zum Vorschein. (Zwischenruf des Herrn Hoppeler: Das werden Sie auch einmal erfahren!) (Heiterkeit.) Es ist ähnlich wie bei Aesops Jungfrau, die aus einer Katze in ein Weib verwandelt wurde. Sie saß solange sehr sittsam am Tischende, bis eine Maus vorüberlief! Ich glaube darum niemand zu nahe zu treten, wenn ich sage, der so zusammengesetzte Verwaltungsrat der Holdinggesellschaft bürge nicht ohne weiteres dafür, daß sich die mächtige Kapitalgesellschaft in ihren Beschlüssen und in ihren Handlungen ausnahmslos von reiner Gemeinnützigkeit leiten lasse. Ich kann mir deshalb auch nur schwer vorstellen, wie die Uhrenindustrie A. G. ihre besondere Aufgabe richtig lösen soll, ohne daß der Bund durch eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung in stand gesetzt wird, die von den Banken und der Industrie gepflegten Kapital- und Unternehmerinteressen in Schach zu halten.

Ich habe in der Kommission hören können, daß man an der Vertretung des Bundes im Verwaltungsrat überhaupt Anstoß nimmt und auch die Aktienbeteiligung des Bundes nur ungern sieht. Man würde es vorziehen, wenn die Eidgenossenschaft neben dem unverzinslichen Darlehen von 7½ Millionen Franken auch die Summe von 6 Millionen Franken einfach à fonds perdu leistete. Die öffentlichen Gelder sind recht und willkommen zur Stützung der zusammenbrechenden Privatwirtschaft. Der Staat soll helfen, die von den Uhrenfirmen verbrochenen Sünden auf Kosten der Allgemeinheit gut zu machen, im übrigen aber sich jeder Einmischung in die Geschäfte enthalten und die Dinge nach wie vor gehen lassen.

Nebenbei: als seinerzeit der Völkerbund an Oesterreich die Kredithilfe gewährte, konnte man sich nicht genug tun an Sicherungen und Kontrolle. Das fanden die Leute, die heute den Bund am liebsten vollständig von jedem Mitsprache- und Kontrollrecht ausschalten möchten, durchaus in Ordnung.

Endlich gibt es noch grundsätzliche Gegner der Staatshilfe; denn sie lähme die Tatkraft, und in der

Treibhausluft der Subventionen, so habe ich wenigstens den Kommissionspräsidenten verstanden, gebe es kein gesundes wirtschaftliches Gedeihen. Aber ich glaube, Herr Dr. Wetter vergißt, daß die Einmischung des Staates in die Wirtschaft, das Durchdringen der Wirtschaft mit dem Staatswillen längst Tatsache geworden ist und immer größere Fortschritte macht. Was ist denn die Schutzzollpolitik, die ja auch Herrn Dr. Wetter nicht ganz fremd ist, anderes als Staatshilfe? Der staatliche Eingriff in die Wirtschaft ist schon lange ein konstitutives Merkmal unseres Wirtschaftslebens geworden. Die in vollem Flusse befindliche Wirtschaft stellt immer neue Aufgaben und erheischt daher immer neue Lösungen.

Der Form nach ist mit der Uhrenholdinggesellschaft ein Werkzeug geschaffen, das geeignet erscheint, die schweizerische Uhrenindustrie aus der Dauerkrise hinaus der Gesundung entgegenzuführen, sofern das auf dem Boden der Privatwirtschaft überhaupt möglich ist. Ob es der Dachgesellschaft gelingen wird, inmitten der allgemeinen Wirtschaftswirrnis ein Stück Planwirtschaft aufzurichten, den erbitterten Kampf aller gegen alle durch ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zu überwinden, das wird erst die Zukunft lehren. Nicht die Gesellschaftsstatuten werden es schaffen, sondern allein der Geist, in dem die Männer, die mit der Leitung und der Ueberwachung der Gesellschaft betraut sind, ihre Aufgabe anpacken und zu meistern suchen.

Die Uhrenhilfe ist ein Versuch in extremis, ein Versuch in äußerster Not. Sie ist nur wirksam, wenn sie sofort, heute noch kommt. Ich glaube nicht an Allheilmittel, aber wer am Versinken ist, der greift nach dem Strohalm. Hoffen wir, daß die Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie A. G. kein bloßer Strohalm sei.

Schmid-Solothurn: Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, sondern nur mit kurzen Worten den Standpunkt vertreten, den unsere Fraktion einnimmt, um für die Arbeiterschaft, die von der Neuordnung betroffen wird, einigen Schutz zu verlangen. Als diese Vorlage kam, hat man von Staatssozialismus und Staatskapitalismus gesprochen. Es handelt sich um keines von beiden, sondern was hier verlangt wird, ist die Hilfe des Bundes aus öffentlichen Mitteln zur Schaffung einer Unternehmerorganisation, von der man aber immerhin erwartet, daß sie die Produktionsanarchie in der Uhrenindustrie eindämmen und etwas planmäßige Produktion einführen werde.

Es ist doch ganz klar, daß auch die Arbeiterschaft daran sehr stark interessiert ist, denn bei den gegenwärtigen Zuständen leidet die Arbeiterschaft furchtbar, nicht nur wegen der Absatzkrise, in der wir stehen, sondern weil die wilde Konkurrenz der Unternehmer in der Uhrenindustrie auf dem Auslandsmarkte die Preise drückt. Aber wenn wir nun Hand bieten wollen — und unsere Fraktion hat ja beschlossen, für Eintreten zu stimmen, um eine Sanierung in der Uhrenindustrie mit Bundeshilfe zu ermöglichen —, dann nur unter gewissen Bedingungen, unter Bedingungen, die wir im Interesse der Arbeiterschaft stellen müssen. Sie werden sich nachher bei der Detailberatung über die Anträge der Minderheit zu entscheiden haben.

Es ist vom Hauptpunkte unserer Forderungen schon gesprochen worden. Das ist die Vertretung im Verwaltungsrat und im Ausschuß der Dachgesellschaft. Der Antrag liegt Ihnen ja vor. Wir können es nicht so durchgehen lassen, daß der Bund seine Millionen à fonds perdu in dieses Unternehmen hineinsteckt, ohne nachher gleichberechtigt zu sein, in dem Sinne, daß er durch seine Vertretung auf den Gang der Dinge Einfluß gewinnen kann.

Was hier mit den Bundesmillionen geschaffen wird, ist eine Organisation von ungeheurer Macht in der Uhrenindustrie, eine Organisation, die imstande sein wird, diejenigen Unternehmer, die nicht mitmachen wollen, an die Wand zu drücken, aber auch die Arbeiterschaft unter Zwang zu nehmen, wie er bis jetzt noch nicht bestanden hat. Erinnern wir uns an die große Aussperrung der Uhrenarbeiter von 1914. Damals hatte der einzelne ausgesperrte Arbeiter immer noch Gelegenheit, in einer andern Region der Uhrenindustrie unterzukommen. Wenn aber einmal die neue Organisation geschaffen ist, dann fällt diese Möglichkeit ohne weiteres dahin. Der Arbeiter ist dem Unternehmer vollständig ausgeliefert. Nun sollte doch im Verwaltungsrat und im Ausschuß auch in Hinsicht auf diese ungeheure Macht gegenüber der Arbeiterschaft eine starke Vertretung des Bundes bestehen. Es sind ja öffentliche Mittel, mit denen man hier sanieren will.

Noch etwas anderes. Glaubt man denn, daß man eine Sanierung in der Uhrenindustrie herbeiführen könne ohne die Hilfe der Arbeiterschaft? In der Botschaft ist davon die Rede, daß die Arbeiterschaft zur Mithilfe herangezogen werden soll. Die Form aber, wie das geschehen soll, davon spricht man nicht. Diese Form ist doch die — wie wir es z. B. im Buchdruckgewerbe haben —, daß die Organisation der Uhrenarbeiter mithelfen muß, wenn es darum geht, die wilde Konkurrenz, die sich nicht in das neue organisatorische Gebilde einfügen will, zu bekämpfen. Es müssen gegenseitige Verträge zwischen Unternehmerorganisation und Arbeiterorganisation abgeschlossen werden. Die ganze Arbeit in der Uhrenindustrie muß auf die tarifliche Grundlage gestellt werden. Wenn die Dachgesellschaft die Kontrolle über die ganze Produktion der Uhrenindustrie übernommen hat, dann ist es dieser Dachgesellschaft auch möglich, die Produktionsgesellschaften, die sie vereinigt hat, zu zwingen, ihre Arbeit auf diese Grundlage zu stellen.

Voraussetzung dazu ist nun wieder das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft. Dieses Koalitionsrecht, das in der Verfassung garantiert ist, existiert an vielen Orten der Uhrenregion überhaupt nicht. Wir haben heute noch Unternehmer, und zwar große, die hier bei dieser Neuorganisation mitmachen, die es bis heute nicht geduldet haben, daß organisierte Arbeiter in ihren Betrieben arbeiten. Nicht nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, sondern solche, die ihrer wirtschaftlichen Organisation nicht einmal beigetreten sind, die aber denunziert wurden, daß sie Sozialdemokraten seien oder einer Arbeitersportorganisation angehören, sind ohne weiteres bei nächster Gelegenheit und bei gemachter Gelegenheit entlassen worden.

Wie wollen Sie nun von uns erwarten, daß wir ohne weiteres mithelfen, hier diese Bundesmillionen hinzugeben an Leute, die nur das eine kennen, nämlich sich selbst und ihren Profit, die der Arbeiter-

schaft auch die primitivsten Rechte absprechen? Nein! Das können Sie nicht erwarten. Wir wollen wenigstens gewisse Sicherungen — die in unsern Anträgen postuliert sind —, wonach der Bund mit einer starken Vertretung auf die Gestaltung der Dinge in dieser neuen Organisation einen starken Einfluß nehmen soll.

Wir werden Ihnen nachher noch ein Postulat unterbreiten, worin die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gefordert wird, worin die tariflichen Abmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation ebenfalls zur Bedingung gestellt werden und worin auch eine vermehrte Fürsorge für die Opfer dieser Neuorganisation in der Uhrenindustrie gefordert wird.

Die Neuorganisation in der Uhrenindustrie ist so gedacht, daß diejenigen Unternehmen, die ihr beigetreten sind und deren Betriebe eventuell stillgelegt werden sollen, aufgekauft werden. Die Inhaber dieser Betriebe werden entschädigt, und zwar sehr gut. Dafür gibt man ja diese 6 Millionen Franken Bundesgelder und dann noch 5 Millionen Franken der Dachgesellschaft, die ohne weiteres abgeschrieben werden.

Nun aber die Arbeiterschaft und die Angestellten in diesen Betrieben, was geschieht mit denen? Diese bekommen die Arbeitslosenunterstützung, dann vielleicht noch die Wartefristunterstützung und nachher die Fürsorgeunterstützungen aus dem zu schaffenden Krisenfonds. Das ist alles. Wir müssen aber mehr verlangen. Wir müssen verlangen, daß auch jene Gemeinden, die durch diese Umstellungen in der Uhrenindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden, ebenfalls der Fürsorge des Bundes teilhaftig werden. Wir müssen verlangen, daß dieser Arbeiterschaft, die außer Betrieb gesetzt wird, die Möglichkeit gegeben wird, wiederum eine Existenz zu finden. Wenn Sie diese Leute nur abschieben auf die Arbeitslosenunterstützung und sie nur auf die Fürsorge vertrusten, so geht das nicht an.

Man hat in der Kommission gesagt: « Ja, es werden nicht so viele Betriebe stillgelegt werden. » Ich glaube und begreife, daß man da vorsichtig sein und daß man keine Stilllegungen ohne Notwendigkeit durchführen wird. Aber mit dieser Reorganisation der Uhrenindustrie wird eine ganz scharfe Rationalisierung eingeführt werden. Die Arbeitsteilung wird noch mehr zunehmen. Und die stärkste Konzentration aller Betriebskräfte muß ja stattfinden, wenn man besser und zugleich billiger produzieren soll. Ich kann mir aber dennoch nicht vorstellen, daß diese Dachorganisation es ermöglichen würde, Monopolpreise auf dem Weltmarkt aufzustellen! Sobald dort die Uebersetzung der Preise kommt, wächst auch die Konkurrenz, wenn nicht auf inländischem, so doch auf ausländischem Boden — vielleicht mit schweizerischer Mithilfe, das kennen wir ja auch.

Wir müssen noch Maßnahmen fordern in dem Sinne, daß einmal die Rekrutierung der jungen Arbeitskräfte, der 14- und 15jährigen Bauernbuben und -mädels, direkt aus den Dörfern, wo sonst keine Uhrenindustrie existiert, aufhört, und daß die gelernten Uhrenarbeiter wieder vermehrt Arbeit erhalten. Wir unterstützen gegenwärtig Tausende von gelernten Uhrenarbeitern und Arbeiterinnen, die ganz arbeitslos sind; Zehntausende sind teil-arbeitslos. Dabei finden wir immer wieder auf den Arbeitsnachweisen die Anmerkung « Mangel an ländlichen

Dienstboten, an häuslichem Dienstpersonal usw. »). Dabei mutet man diesen Arbeitern und Arbeiterinnen, die eine Lehrzeit als Feinmechaniker oder in irgendeiner Branche der Uhrenindustrie gemacht haben, zu, daß sie sich beruflich umstellen sollen, währenddem man fortwährend neue Kräfte aus den Dörfern des Juras rekrutiert, aus Familien, die vorher gar nicht in der Uhrenindustrie beschäftigt gewesen sind. Das alles nur, um die Löhne herunterzudrücken. Das ist ein Zustand, den wir nicht mehr dulden können. Wir verlangen deshalb auch in unserem Postulat, daß der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung in diesen Gegenden der Uhrenindustrie vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Wenn man in der Botschaft auf Seite 25 unten die Bemerkung liest, daß der Bund, wenn es sein müsse, auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken dürfe — gemeint ist die Einmischung der Staatsgewalt in den Gang der Industrie —, wenn man einsieht, daß man unter Umständen soweit gehen muß, um eine Industrie vor ihrem Untergang zu retten, dann darf und muß man auch soweit gehen, daß man diesen Herren, denen man nun hilft, ganz energisch bedeutet, daß sie der Arbeiterschaft das gleiche Recht gewähren müssen, das sie für sich in Anspruch nehmen. Die Arbeiterschaft als wohl der wichtigste Bestandteil der Uhrenindustrie muß vermehrten Schutz erhalten, man darf ihre Menschenrechte nicht antasten, man muß einmal mit den Maßregelungen der organisierten Arbeiter aufhören. Man muß einmal auch mit Zwangsmaßnahmen des Staates diesen Herren Unternehmern klar machen, daß sie das Koalitionsrecht, wie es in der Verfassung steht, respektieren sollen.

Sie können die Industrie nicht sanieren, wenn sie nicht den ganzen Körper von unten bis oben sanieren. Es werden diese Maßnahmen, die uns jetzt vorgelegt werden, nicht zum Ziele führen, wenn nicht eine straffe Arbeitslosenorganisation unter Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft, unter Mithilfe der Gewerkschaft durchgeführt wird. Stellen Sie sich doch diese Sache einmal vor! Diejenigen Unternehmer, die der Dachorganisation in der Uhrenindustrie nicht beigetreten sind, können sich ohne weiteres miteinander vereinigen. Sie können die Konkurrenz — Schmutzkonkurrenz hat man sie auch schon genannt — wieder aufnehmen. Sie werden, wenn die Arbeiterorganisation am Sanierungswerk nicht mitbeteiligt wird, genügend Arbeitskräfte erhalten. Dann hat die ganze Maßnahme keinen Wert und führt nicht zum Ziele. Wenn sie aber keine Arbeitskräfte erhalten, dann wird es unmöglich sein, das Werk, das jetzt aufgerichtet wird zur Rettung der Uhrenindustrie, zu gefährden. Wenn man das gesteckte Ziel also erreichen will, wird man ohne weiteres einsehen, daß dasjenige, was wir verlangen, notwendig ist. Es hat mich sehr gefreut, als Herr Bundesrat Schultheß in der Kommission von anständigen Unternehmern gesprochen hat, von anständigen Unternehmern im Gegensatz zu wem? Zu jenen Unternehmern, die außerhalb der Organisation stehen, die nicht mitmachen. Ich habe das ohne weiteres als ein Bekenntnis angesehen, das sich übertragen läßt auch auf die Arbeiterschaft. Der anständige Arbeiter ist organisiert und macht seinen Kollegen keine Schmutzkonkurrenz. Er hält die Tarife. Es ist genau das gleiche wie hier bei dieser Unternehmer-

organisation. Wenn man also das Verständnis für die Organisation hat, warum dann nur bei der einen Kategorie und nicht auch bei der andern? Warum wollen Sie unsere Forderung, die wir unbedingt im Interesse der Arbeiterschaft stellen müssen, nicht annehmen? Warum schrecken Sie hier vor den Maßnahmen zurück, die in der Botschaft zugunsten der Unternehmerorganisation ohne weiteres anerkannt werden? Was wir verlangen, das ist das gleiche Recht für die Arbeiterschaft wie für die Unternehmer. Das liegt im Interesse der Uhrenindustrie selbst.

Ich möchte Sie also doch bitten, daß Sie dann unsern Anträgen, über die in der Detailberatung zu sprechen sein wird, zustimmen. Unsere Fraktion hat eingesehen, daß es notwendig ist, diesen Schritt für die Uhrenindustrie zu unternehmen. Sie verlangt aber vermehrte Rechte für die Arbeiterschaft durch eine stärkere Vertretung des Bundes in der Leitung der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G.

Damit empfehle ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 21. September 1931.
Séance de relevée du 21 septembre 1931.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträuli.

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.

Aide à l'industrie horlogère.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 518 hievor. — Voir page 518 ci-devant.

Postulat Schmid-Solothurn.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht:

1. die Allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. zu verpflichten sei, in der Uhrenindustrie das freie Koalitionsrecht der Arbeiterschaft vorbehaltlos anzuerkennen;
2. sein Einfluß im Verwaltungsrat der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. dahin geltend zu machen sei, daß die Arbeit in der Uhrenindustrie auf die Grundlage tariflicher Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gestellt wird;
3. dafür zu sorgen sei, daß bei der Stilllegung von Betrieben zum Zwecke der Sanierung der Uhrenindustrie für die von dieser Maßregel betroffenen Gemeinden und Arbeiter eine genügende Fürsorge eingerichtet und in den Regionen der Uhrenindustrie dem öffentlichen Arbeitsnachweis und

der Berufsberatung ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Mitunterzeichner: GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Perret.

Postulat Schmid-Soleure.

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne devrait pas:

- 1° obliger la société générale de l'horlogerie S. A. à reconnaître sans réserve la liberté d'association aux ouvriers horlogers;
- 2° s'employer auprès du conseil d'administration de la société précitée pour que le travail soit organisé, dans l'industrie horlogère, sur la base de conventions tarifaires entre patrons et ouvriers;
- 3° faire en sorte que, lors de la fermeture d'établissements en vue de l'assainissement de l'industrie horlogère, des secours suffisants soient organisés en faveur des communes et des ouvriers frappés par cette mesure et que les bureaux publics de placement et d'orientation professionnelle fassent dans les régions horlogères l'objet d'une attention toute particulière.

Cosignataires: GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Bienne, Perret.

Gnägi: Unsere Gruppe hat immer die Auffassung vertreten, daß es bei heftigen Störungen im Wirtschaftsleben, wo große Volksteile in ihrer Existenz bedroht werden, eine selbstverständliche Pflicht des Staates, der Öffentlichkeit sei, hier mit starker Hand beizustehen, solange wenigstens die finanzielle Möglichkeit hierzu vorhanden ist. Es geht nicht an, solche Volkskreise einfach dem Schicksale zu überlassen. Wir haben diese Staatshilfe verlangt und auch erhalten in der Landwirtschaft, für die Arbeitslosen, die Hotellerie, die Stickerei usw. An Hand der Erfahrungen dieser Eingriffe des Staates in die Wirtschaft dürfen wir wohl sagen, daß die angewendeten und angewendeten Mittel und Maßnahmen von Erfolg begleitet waren. Es ist uns gelungen, unsere Wirtschaft, gemessen an derjenigen anderer Kulturländer, verhältnismäßig gut durch dieses Chaos der Nachkriegszeit hindurchzuführen. Außerordentliche Zeiten verlangen eben auch außerordentliche Maßnahmen. Vor 10 Jahren hätte unser Parlament einen solch weitgehenden Eingriff des Staates in die Privatwirtschaft, wie es die heutige Vorlage darstellt, nicht angenommen. Wir erinnern uns noch ganz gut an die Widerstände und Kämpfe in dieser Richtung in früheren Zeiten. Heute aber wird die Erkenntnis vorhanden sein, daß der einzelne Bürger und auch ganze Erwerbsschichten diese Störungen der Wirtschaft aus eigener Kraft nicht mehr meistern können. Sicherlich ist diese Tatsache für viele hier im Saale sehr fatal, da die Verhältnisse sie zu Maßnahmen zwingen, denen sie nur mit großem Widerwillen zustimmen, weil sie mit ihrer grundsätzlichen Einstellung in wirtschaftlichen Fragen im Widerspruch stehen. Sagen wir zu ihrem Troste, das alles, was wir da unter dem Druck der heutigen Verhältnisse beschließen müssen, seien nur vorübergehende Maßnahmen. Heute aber geht es ohne das nicht. Wir werden beobachten, daß nach dieser Richtung auch hier in diesem Saale eine gewisse geistige Umstellung stattfinden muß.

Nach diesem kurzen Rückblick komme ich zur Sache selbst. Die Uhrenindustrie leidet äußerst schwer unter einer gewaltigen Ueberproduktion und unter schlechten Absatzverhältnissen mit einem wilden Preiskampfe. Jeder sucht noch zu retten, was zu retten ist. Daß dieser Zustand innert kurzer Zeit zu einem vollständigen Zusammenbruch führen muß, ist wohl selbstverständlich. Hier steht aber das Wohl ganzer Landesgegenden auf dem Spiele. Es muß der Versuch gemacht werden, diesen Niedergang aufzuhalten.

Ist der vorgeschlagene Weg richtig und wird er zum Ziele führen? In erster Linie muß die Produktion eingeschränkt werden. Sie soll dem Absatz besser angepaßt sein. Durch Aufkauf und Stilllegung von Betrieben hofft man, dieses Ziel einigermaßen zu erreichen. Ferner soll durch die Neuorganisation der Warenverkauf in geordnete Bahnen geleitet werden. Diese Neuorganisation der Uhrenindustrie ist sehr stark der schweizerischen Käseunion nachgebildet. Man will eine geregelte Produktion und einen geordneten Verkauf anstreben. Man geht aber hier bedeutend weiter, als man bei der Käseunion gegangen ist, indem in der vorgeschlagenen Aktion die wilde Konkurrenz dadurch beseitigt werden soll, daß die Betriebe aufgekauft und stillgelegt werden. Zu diesem Zwecke sind auch Gelder des Bundes notwendig. Wir haben volles Vertrauen zu diesem Vorgehen, weil es das einzig richtige ist. Wir hoffen aber, in Zukunft auch für die Käseunion in diesem Sinne etwas mehr Verständnis zu finden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Sollte es dazu kommen, daß auch wir in der Käseunion gegen die wilde Konkurrenz hier im Rate Schutz suchen müssen, so wird man uns sicherlich auch entgegenkommen müssen. Wir werden ja keine finanzielle Hilfe verlangen. Die Hilfe liegt auf einem anderen Wege.

Ob nun der vorgeschlagene Weg zum erhofften Ziele führen wird, das wird heute niemand garantieren können. Die Lage ist aber so bitter ernst, daß dieser Versuch gemacht werden muß. Wer diesen Sanierungsvorschlägen — die besten, die wir bis heute kennen — in die Arme fallen würde, der müßte eine schwere Verantwortung tragen. Es ist uns auch bekannt, daß noch nicht alle Uhrenindustriellen dieser Neuorganisation gewogen sind, sondern dieser Sache mit großem Mißtrauen gegenüberstehen. Diese Stimmen dürfen nicht den Ausschlag geben. Die Zwangslage, in der sich die Uhrenindustrie befindet, verlangt neue Beschlüsse und neue Wege. Diese notwendigen Maßnahmen zeigen blitzartig, wo unsere Wirtschaft heute steht. Es ist unendlich schwer, bei solch abnormalen Verhältnissen dasjenige zu treffen, was der bedrängten Gruppe hilft und auch von der Allgemeinheit getragen werden kann. Es ist auf alle Fälle viel leichter, die getroffenen Maßnahmen zu kritisieren als selber besseres vorzuschlagen. Leider fürchten wir, daß sich die Verhältnisse in der Schweiz noch schlimmer gestalten werden. Man hat sehr oft das Gefühl, daß große Teile unseres Landes den Ernst der Lage noch nicht erfaßt haben. Es wird gut sein, wenn sich Behörden und Volk bewußt werden, wo wir stehen und gehen, wenn wir die Entwicklung der Dinge verfolgen. Es geht heute nicht mehr nur um Grundsätze und Prinzipien, sondern um die Erhaltung unserer gesamten Wirtschaft, sagen wir also: um unsere ganze Existenz. Wir

müssen durch wohl überdachte Maßnahmen die kranke Wirtschaft zu stützen suchen. Heute ist es so bei der Uhrenindustrie; morgen kann eine andere Gruppe in diese Lage versetzt werden. Wir möchten also Eintreten auf die Vorlage empfehlen.

Scherer-Basel: Die Art und Weise, wie diese Vorlage in unserm Rate behandelt werden muß, ist wenig erfreulich. Gewiß, es ist so, daß der Bundesrat unter Druck steht und uns diese Vorlage mit Beschleunigung vorlegen mußte. Man wird jedoch den Eindruck nicht los, daß diejenigen Kreise, die diese Vorlage an den Bundesrat brachten, bewußt darauf hingearbeitet haben, daß alles sehr rasch und überstürzt gehen muß. Man hat den Eindruck einer gewissen Regie, die hier von Seiten der Vertreter der Uhrenindustrie betrieben worden ist. Heute vor acht Tagen, als wir abends nach Bern kamen, ist die Vorlage ausgeteilt worden; am Dienstag wurde die Kommission bestellt; am Donnerstag wurde bereits referiert, und am Freitag wurde man schon nervös, als man noch nicht mit allem zu Ende war. Damit haben wir zweifellos im Tempo der Behandlung eines Gegenstandes einen Rekord aufgestellt, einen Rekord, auf den ich aber nicht stolz sein möchte. Ich fühle mich etwas in der Lage des Mannes, dem einer die Pistole auf die Brust setzt und kommandiert: «Hände hoch!». Man ist überrumpelt worden. So hat man diese Vorlage nicht mit der ruhigen Ueberlegung prüfen können, die bei diesem so wichtigen Gegenstande unbedingt notwendig wäre. Von den Vertretern der betroffenen Gegenden wird uns zugerufen: Wir setzen auf diese Vorlage unsere Hoffnung; wir wissen nicht, ob sie hilft, aber wir greifen zu wie Ertrinkende nach dem Strohalm — so ist letzten Freitag gesagt worden. So wird uns nichts anderes übrig bleiben in dieser Situation, als zuzustimmen.

Trotzdem möchte ich Ihnen einige der Ueberlegungen unterbreiten, die bei diesem Tempo, das ich Ihnen geschildert habe, zweifellos zu kurz gekommen sind. Eine erste Ueberlegung ist die: Hat diese Super-Holding-Gesellschaft überhaupt die praktische Tragweite, daß wir von ihr eine Rettung aus dieser Krisis der Uhrenindustrie erwarten können? Gewiß, diese Vorlage bringt in die Uhrenindustrie eine gewisse einheitliche Ordnung, die bis jetzt gefehlt hat. Aber sie kann einige wesentliche Schwierigkeiten nicht überwinden. Mit eine Hauptursache der gegenwärtigen Krisis der Uhrenindustrie ist zweifellos die schwindende Kaufkraft in den Absatzländern. Wenn in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England die Arbeitslosigkeit um Millionen Arbeitsloser zunimmt und die ganze Volkswirtschaft von ihr erdrückt zu werden droht, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Kaufkraft in diesen Ländern nicht hinreicht, um unsere Uhren im bisherigen Umfange abzunehmen. Sodann ist zweifellos eine weitere Ursache der gegenwärtigen Krise die scharf nationalistische Tendenz der Handelspolitik aller Länder. Diese scharf nationalistische Tendenz der Handelspolitik, die im diametralen Gegensatz zu dem steht, was in Genf an den Wirtschaftskonferenzen den Handelsministern der verschiedenen Länder ans Herz gelegt wird, führt dahin, daß sich das Ausland von unserem Export, bzw. — vom Auslande aus gesehen — vom Importe unabhängig zu machen sucht

und eine eigene Uhrenindustrie zu etablieren trachtet. Es ist ja zum Teil unsere eigene Industrie, die mithilft, im Auslande die Konkurrenz unserer Industrie zu schaffen. Die Berichte des Eidg. Fabrikinspektors des ersten Kreises melden die Auswanderung von Uhrenfabriken nach Frankreich, ferner u. a. die Kapitalbeteiligung der Zenith-Fabrik in Le Locle an der Société Française d'horlogerie in Besançon, Zweigniederlassungen schweizerischer Unternehmen in Paris, Morteau, Seloncourt, Charquemont (Doubs), Annemasse, Cluses, Gaillard (Haute Savoie) und Bellegarde (Ain), die Zweigniederlassung einer bekannten Unternehmung von Grenchen in Como, Zweigniederlassungen schweizerischer Firmen in den Vereinigten Staaten nach dem Inkrafttreten des McCumber-Tarifs von 1922, u. s. w. Das sind Ursachen der Krisis, die natürlich mit dieser Konzentration der Uhrenindustrie und der Schaffung des Trusts mit Hilfe des Bundes nicht überwunden werden. Trotzdem wird diese Neuordnung der Uhrenindustrie wertvoll sein, auch dann, wenn der Export nie mehr zu der Höhe gelangen kann, auf der er in früheren Jahren stand.

Eine zweite Ueberlegung, die ich anstellen möchte, ist folgende: Ist denn die Uhrenindustrie nicht aus eigener Kraft in der Lage, die Mittel zur Schaffung dieses Trustes zu beschaffen? Auf Seite 20 der Botschaft heißt es so schön — ich weiß nicht, ob das ironisch gemeint ist —, die Vorschläge seien «aus den bekanntlich individualistisch eingestellten Kreisen der Uhrenindustrie hervorgegangen». Das ist mir eine schöne individualistische Einstellung, wenn man in guten Jahren seinen hohen Gewinn verteilt und in schlechten Jahren einfach kommt und sagt: ich habe nichts mehr, Bund hilf mir! Sie finden auf Seite 3 die Ziffern der Exportwerte der früheren Jahre. Im Jahre 1900 betrug der Exportwert der Uhren 123 Millionen Franken, 1905 132,7 Millionen Franken, 1914 120,8 Millionen Franken, 1920 325,8 Millionen Franken, in den Krisenjahren 1921 und 1922 sinkt der Wert auf 169,3 bzw. 180 Millionen Franken. Dann kommt wieder eine Reihe von sehr schönen Jahren. In den Jahren 1925/1929 hat die schweizerische Uhrenindustrie für insgesamt 1441½ Millionen Franken Uhren exportiert, also durchschnittlich für 300 Millionen Franken pro Jahr. Da frage ich mich nun: Ist die Uhrenindustrie, die so gute Jahre hatte, die so reichlich exportieren konnte, heute wirklich darauf angewiesen, wenn sie zur Erhaltung ihrer Branche einen Trust schaffen will, daß ihr der Bund mit 13½ Millionen Fr. beispringt? Das ist in höchstem Maße unerfreulich; das ist eine Art «von der Hand in den Mund leben», die allerdings sehr wenig nach Planwirtschaft aussieht. Ich muß doch sagen: Diese Art Privatwirtschaft, die in guten Jahren den vollen Erlös für sich in Anspruch nimmt, während sie dann in schlechten Jahren die Verluste sozialisieren will, diese Art ist mir nicht besonders sympathisch. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhange noch etwas erwähnen. Wir hatten ja schon einmal eine Hilfsaktion für unsere Uhrenindustrie in den Krisenjahren 1921/22. Damals sind, wie Herr Bundesrat Schultheß sagte, zur Ankurbelung der Uhrenindustrie die «subsidés de change» gegeben worden, d. h. Beiträge an den Export nach valutaschwachen Ländern. Der Bundesrat hat uns damals vorgeschlagen, für diese «subsidés de change»

20 Millionen Franken zu geben. Die Räte sind dann bescheidener gewesen und haben sich zunächst im Bundesbeschluß vom 6. Dezember 1921 mit 5 Millionen Franken begnügt. Ein Jahr später wurden noch einmal 6 Millionen Franken zugefügt. Insgesamt verfügte also das Volkswirtschaftsdepartement über einen Kredit von 11 Millionen Franken. Diese Kredite sind damals im Ausmaße von $9\frac{1}{2}$ Millionen Franken für diese «subsidés de change» verwendet worden. Nun stand im damaligen Bundesbeschluß ein Art. 4, der lautete: «Die Kantone haben einen Anteil von höchstens 25 % der aus diesem Beschlusse sich ergebenden Ausgaben zu übernehmen.» Diese 25 % der aufgewendeten $9\frac{1}{2}$ Millionen Franken betragen 2,375,000 Fr, die also von den Kantonen zurückgezahlt werden sollten. Die Bundeskasse hat diese 25 %, diese 2,37 Millionen nie mehr zu sehen bekommen. Irgendwo und irgendwann, ich weiß nicht wie, soll die Bundesversammlung auf diesen Anspruch gegen die Kantone verzichtet haben, und auch die Uhrenindustrie selbst kam nach ihren schönen Jahren mit dem 1,4 Milliardenexport nicht etwa zu den Kantonen und erklärte: Hier steht das Geld zur Verfügung, damit Ihr es dem Bund zurückgeben könnt, es sind die 25 % der öffentlichen Mittel, mit denen unsere Wirtschaft wieder angekurbelt worden ist. Das ist eine nicht gerade ermutigende Reminiscenz. Ich habe den Eindruck, daß wenn es nicht so pressiert hätte, wenn wir nicht heute abend fertig sein müßten, wenn wir die Vorlage ruhig hätten prüfen und überlegen können wie andere Vorlagen, sich dann doch die Prüfung der Frage aufgedrängt hätte, ob nicht die Uhrenindustrie selber über die Mittel verfügt, um ihren Trust aufzubauen. Aber wir sind in einen Notstand gedrängt worden.

Und eine weitere Ueberlegung: Wozu werden diese 13,5 Millionen Franken verwendet, die der Bund hier ausgeben soll? Es handelt sich um die Finanzierung des Aufkaufes der Outsiders durch die in der neuen Super-Holding zusammengeschlossene Industrie, d. h. nicht um den Aufkauf der Outsiders schlechthin, sondern um die Deckung desjenigen Betrages, um den die Outsiders überzahlt werden. Es wird uns dargestellt, daß diese Outsiders ihre Betriebe nicht einfach zum realen Werte verkauft haben, sondern daß sie zum Teil zu hoch bezahlt worden sind, so hoch, daß die neue Super-Holding nicht wagen kann, die effektiven Kaufpreise als Aktivum in ihre Eingangsbilanz aufzunehmen. Damit diese Bilanz von Anfang an sauber ist, damit nicht fiktive Mehrwerte in der Bilanz stehen, muß von vornherein eine Abschreibung auf den effektiven Kaufpreisen stattfinden in der Höhe von 12—15 Millionen, um welche diese Outsiders überzahlt werden. Nun kommt der Bund, und seine Funktion ist es, dem neuen Trust die Ueberpreise zu decken, sozusagen à fonds perdu zu decken, die für diese Outsiders bezahlt werden müssen. Da sage ich, es ist in hohem Maße unerfrenlich, daß wir diesen Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes noch diese Millionen Ueberpreise in den Schlund werfen sollen. Aber man tröstet uns, das sei eben eine Lösung auf dem Boden der Handels- und Gewerbefreiheit. Das ist ein schlechter Trost. Herr Bundesrat Schultheß hat uns allerdings auch in Aussicht gestellt, daß er uns eine Aenderung des Art. 31 der Bundesverfassung vorschlagen wird, die die rechtliche Grundlage schaffen

wird, in solchen Fällen direkt durchzugreifen, ohne daß wir viele Millionen auf den Tisch legen müssen.

Aber das Entscheidende, was in dieser Vorlage liegt, ist die Tatsache, daß hier zum ersten Male der Bund seine wirtschaftliche Neutralität aufgibt, zu der er auf dem Boden der Privatwirtschaft selbstverständlich verpflichtet ist, und mit eigenen Mitteln in die Organisation einer Industrie eingreift. Ich will nicht eine Kritik dieser Tatsache vorbringen, ich möchte sie nur unterstreichen und sagen: hier liegt ein Wendepunkt in unserer schweizerischen Wirtschaftsgeschichte. Wir haben sonst geholfen mit sogenannten Krisenhilfen, wir haben Wunden verbunden, Unterstützungen geleistet; aber daß der Bund selbst sich an der Organisation eines Wirtschaftszweiges, an der Schaffung eines Trusts mit eigenen Mitteln beteiligt, eines Trustes, der sich im Wirtschaftskampf wieder gegen andere wenden muß, das ist ein Novum, auf das ich mit allem Nachdruck hinweise. In der nervösen Stimmung, ich möchte nicht sagen Panikstimmung, unserer Beratung scheint diese Tatsache unbeachtet unterzugehen. Man darf sich aber nicht verwundern, wenn in Zukunft dieses Vorgehen des Bundes zu Konsequenzen führen wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede andere Branche im Lande, der es schlecht geht, in ihrer Verlegenheit kommen wird und unter Berufung auf diese Beteiligung beim Uhrentrust auch irgend eine derartige Maßnahme des Bundes verlangen wird, Beteiligung an der Schaffung eines Trustes, finanzielle Hilfe des Bundes und alle diese schönen Dinge mehr.

Herr Gnägi hat sich bereits für die Käseunion gemeldet, damit er nicht zu spät kommt. Ich wollte diese paar Ueberlegungen, die sich bei ruhiger Prüfung der Vorlage ergeben, nicht unterdrücken und wollte nicht, daß diese Vorlage einfach durchgepeitscht wird, ohne daß das Wesentliche und Entscheidende, das darin steht, beachtet wird.

Zum Schluß noch einen Wunsch, damit vielleicht diese ganze unerfreuliche Sache am Ende aller Enden doch noch etwas Gutes zeitigt. Es ist ein Fehler der Privatwirtschaft, auf deren Boden ich stehe, daß die einzelnen Berufsbranchen als solche keine finanziellen Mittel besitzen. Es ist die einzelne Unternehmung, die floriert und große Reserven besitzt. Aber die Gesamtheit des Berufszweiges der Branche besitzt keine finanziellen Reserven. Würden solche finanziellen Reserven für den Berufszweig geschaffen, so wären in den Jahren 1925—1929 in der Uhrenindustrie sicherlich die Mittel gewonnen worden für einen solchen Berufsfonds, der der Uhrenindustrie erlaubt hätte, diesen Trust aufzubauen, ohne sich an den Bund wenden zu müssen. Herr Bundesrat Schultheß, unser wirtschaftlicher Führer, der uns durch die Schwierigkeiten des Krieges hindurchgeführt hat und der auch jetzt unsere Wirtschaft klug und überlegen leitet, hat seinerzeit gestützt auf die Kriegsvollmachten des Bundesrates den Bundesratsbeschluß vom 5. August 1918 betreffend die Fürsorge bei Arbeitslosigkeit veranlaßt, durch den in allen Branchen Krisenfonds geschaffen worden sind, die allerdings in der Hauptsache der Arbeitslosenfürsorge dienten. Er hat dekretiert, daß jeder Betrieb, je nach Branche, die Lohnsumme von 2—6 Wochen in diesen Krisenfonds zu legen hatte, über den nicht der einzelne Betrieb, sondern die Gesamt-

heit der Betriebe unter Mitwirkung des Volkswirtschaftsdepartements verfügte. Ich frage: wäre es nicht gut — und ich möchte Herrn Bundesrat Schultheß bitten, das zu überlegen — wenn wir anordnen würden, daß auch jetzt wieder für die Gesamtheit der Betriebe eines Berufszweiges solche Krisenfonds geschaffen werden, aus denen die Mittel geschöpft werden können, um in solch kritischen Zeiten die vitalen Interessen des Berufszweiges zu wahren und über das Schwerste hinwegzukommen.

Welti-Basel: Wenn ich die Situation näher betrachte, so ist es, als ob ein Schwerkranker in der Agonie läge und als ob die lieben nächsten Anverwandten mit einem größeren Stab von Aerzten sich bemühten, die richtige Diagnose zu stellen und die therapeutischen Maßnahmen zu besprechen und Vorkerungen zu treffen, um dem Kranken wieder auf die Beine zu helfen. Ich will mich weder in dieses Verwandtengremium einmischen, noch irgendwie teilnehmen an dem Aerztekonsilium. Meine Gedanken weilen in dieser Zeit vielmehr bei den Leidtragenden der ganzen Angelegenheit, bei den Heimgesuchten, bei der Uhrenarbeiterschaft. Da mahnt schon die Ziffer der Teilarbeitslosen und die Ziffer der Totalarbeitslosen, wie sie in der Botschaft des Bundesrates nach den Mitteilungen der Arbeitsämter auf den Monat Juni 1931 festgestellt worden ist, zum Aufsehen. Ich denke, daß die Zahl von 4752 Totalarbeitslosen im Juni seither nicht vermindert, sondern eher gesteigert worden ist. Ich denke, daß das nämliche der Fall sein wird bei den Kurzarbeitern, die damals im Juni mit 15,385 Personen registriert worden sind. Ich nehme an, daß die Arbeitsämter nicht einmal alle Teil- und Ganzarbeitslosen erfaßt haben werden. Als wir vor sehr geraumer Zeit auch von dieser Stelle aus die Weltwirtschaftskrise signalisierten und auf ihre Auswirkungen aufmerksam machten, haben wir namentlich den Standpunkt vertreten, daß die Schweiz von der Krise in sehr hohem Maße bedroht sei und mit einer starken Auswirkung dieser Krise in baldiger Zeit gerechnet werden müsse. Da hat man uns entgegengehalten, daß wir Kommunisten Schwarzseher und Miesmacher seien. Da wurde uns gesagt, das entspringe alles unserem Wunsche, unserer Theorie der Verelendung. Es gab sogar solche, die über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise glaubten, sehr weise zu sprechen, und die ausgerechnet den Bolschewismus als die Ursache der Weltkrise bezeichnet haben. Wenn wir in diesen Zeiten die bundesrätlichen Botschaften lesen und die Vertreter in den Räten hören, so klingt das doch wesentlich anders. Und wenn in diesen Tagen, hier in diesem Saale, darauf hingewiesen wurde, wir stehen in einem Moment, in welchem alles aus Rand und Band zu gehen drohe, so kommt man fast zur Ueberzeugung, als ob man die Schwere der Weltwirtschaftskrise und die Schwere der Krise, in der sich das Land befindet, allmählich erkenne. Ich will nicht eintreten auf die Darlegungen der Botschaft hinsichtlich der Ursachen, speziell der Krise in der Uhrenindustrie. Ich habe nur den Eindruck gewonnen, daß diese Ursachen nicht erschöpfend zur Darstellung gelangt sind. Das soeben gehörte Votum des Herrn Kollegen Scherer bestätigt mir das.

Ich möchte hier nur die Frage aufwerfen, ob neben der allgemeinen Handelspolitik, die von der

Nationalrat. — Conseil national. 1931.

Schweiz getrieben wird, nicht auch die Tatsache eine Rolle spielt, daß die wirtschaftlichen und ordentlichen politischen Beziehungen zu einem großen Staate bis heute nicht aufgenommen worden, sondern mit einer gewissen Borniertheit fortgesetzt abgelehnt worden sind. Ich kann heute nicht sagen, daß eine frühere Anknüpfung der politischen und Handelsbeziehungen mit Sowietrußland die Krise in der Uhrenindustrie nicht hätte eintreten lassen. Aber es läßt sich sehr wohl untersuchen, ob und in welchem Maße eine Milderung der Krise bei dem Vorhandensein dieser Beziehungen eingetreten wäre.

Jetzt muß klar und deutlich gesagt werden, wem eigentlich die geplante Sanierungsaktion zugute kommen soll. Ich glaube, das ist bereits mehr oder weniger deutlich ausgedrückt worden, und zwar einheitlich. Jedermann ist sich klar, daß es die Banken und die Industriellen sind, die davon profitieren. Die Banken, die Industriellen und einzelne Kapitalisten. Man könnte hier fragen, ob diese Aktion wirklich den Wert besitze, den man ihr beimißt, d. h., ob sie geeignet sei, in der Weise zu helfen, wie das in der Botschaft und durch Herrn Bundesrat Schultheß sehr vorsichtig zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich bin der Meinung, und zwar nach den Erfahrungen der letzten Jahre und bei anderen Industrien — z. B. der Stickerie, bei der sehr eingreifende Aktionen zur Stützung dieser Industrie und zur Milderung der Krise gemacht worden sind —, daß hier jener Optimismus nicht angebracht sei, der noch von verschiedenen Seiten und namentlich von Seiten der Sozialdemokratie gehegt wird.

Nun die andere Seite der Medaille: Wem kommt diese Stützungsaktion nicht zugute? In erster Linie haben wir hier an jene Kategorie von Arbeitern zu denken, denen durch die vorgesehenen Maßnahmen die weitere Arbeit direkt weggenommen wird. Die Zahl dieser Arbeiter geht ja schon in die Tausende. Wenn Sie dem Vorschlage des Bundesrates zustimmen, werden Sie sich bewußt sein müssen, daß Sie direkt Hand dazu geboten haben, diese Arbeiter aus dem Produktionsprozeß auszuschalten. Die Hilfe kommt aber auch der übrigen Uhren-Arbeiterschaft nicht zugute, weil sie nichts anderes bringt als Illusionen, eine verderbliche Rationalisierung und jene große Gefahr, von der Herr Nationalrat Schmid am Freitag Morgen schon gesprochen hat.

Mit Recht hat Herr Schmid festgestellt, daß die Arbeiter unter der Weltwirtschaftsanarchie am meisten leiden und daß die Uhrenarbeiter in sehr hohem Maße unter der Krise leiden. Er hat aber auch mit Recht auf die Gefahr hingewiesen, die darin bestehe, daß man dieser Gesellschaft, die jetzt subventioniert werden soll, dieser mächtigen Dachgesellschaft, jene Kompetenzen gebe, die vorgesehen sind zur sog. Neuordnung der Verhältnisse in der Produktion und im Absatze. Ich behafte Herrn Schmid bei dieser Erkenntnis und bei dieser Erklärung. Ich behafte ihn dabei, daß er bewußt diese Gefahren auf die Arbeiter-schaft hereindringen läßt. Wenn er dazu Hand bietet, daß diese Vorschläge des Bundesrats angenommen werden mit oder ohne sozialdemokratische Zusatzanträge, dann setzt er bewußt die Arbeiter schutzlos der Gefahr einer mächtigen Trustgesellschaft aus.

Herr Schmid hat an das Jahr 1914 erinnert, an die Massenaussperrung von Uhrenarbeitern. Er hat

zeigt, wie damals die Fabrikanten schwarze Listen angelegt haben, wie damals die Gemaßregelten nur noch bei Außenseitern unterkommen konnten, und er hat gezeigt, daß jetzt durch die Gründung der neuen Holdinggesellschaft die Gefahr bestehe, daß diese Gemaßregelten nirgends mehr bei Außenseitern Arbeit finden können, weil es eben keine Außenseiter mehr gebe.

Ich schätze es sehr, daß Herr Schmid in dieser Beziehung offen gesprochen hat. Bevor ich auf seine Ausführungen und auf diejenigen seines Fraktionskollegen Perret näher eintrete, gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, was Herr Bundesrat Schultheß am Donnerstag zum Rate gesagt hat. Er hat zunächst für seine Person sehr große Reserven gemacht. Er hat Reserven gemacht nach jeder Richtung hin, und er hat sie teils durch sein Schweigen, teils aber ausdrücklich namentlich nach der Seite der Uhrenarbeiter hin gemacht. Er hat damit eigentlich schon die Antwort gegeben auf alles das, was von der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Frage an Forderungen gestellt wird. Nicht umsonst hat Bundesrat Schultheß erklärt, daß man die Frage in zwei Teile teilen müsse, in die wirtschaftliche Frage und in die soziale Frage, und daß die wirtschaftliche Frage zuerst gelöst werden müsse. Wenn Herr Bundesrat Schultheß den Satz ausgesprochen hat, die beste Sozialpolitik bestehe in einer guten Wirtschaftspolitik, dann wollen wir uns aber auch vergegenwärtigen, was er unter einer guten Wirtschaftspolitik versteht. Er sagte, das Haupterfordernis sei jetzt, daß verdient werde. Das ist die gute Sozialpolitik, wie sie Herr Bundesrat Schultheß versteht. (Zwischenruf des Herrn Bundesrats Schultheß: Damit man Löhne bezahlen kann!) Ganz richtig, wir verstehen uns schon! Herr Bundesrat Schultheß hat Sie dann getröstet, für die Arbeiterschaft werde nachher gesorgt werden durch die Subventionierung der Arbeitslosenkassen und durch die Krisenhilfe. Wie sieht es damit aus? Wir haben ja inzwischen schon eine Probe erlebt. Herr Kollega Moser (Thalwil) hat einen Antrag gestellt auf Subventionierung der Arbeitslosenkassen der Textilarbeiter. Kalt lächelnd hat der Rat diesen Antrag abgelehnt. Wir sehen, in dieser Sache geht es nicht nach den Wünschen der Arbeiter.

Herr Bundesrat Schultheß hat Ihnen aber auch zum vornherein noch etwas anderes gesagt. Er hat Ihnen erklärt, die Uhrenindustrie müsse vollkommen frei sein und frei bleiben in der Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen. Was bedeuten diese Sätze, ausgesprochen von Herrn Bundesrat Schultheß? Was bedeutet das unter dem heutigen Zustand, und was bedeutet es für die Zukunft, wenn jenes mächtige Gebilde geschaffen wird, dessen Gefährlichkeit uns Herr Nationalrat Schmid so drastisch aufgezeigt hat? Die Herren wollen sich gut merken, was es in dieser Beziehung geschlagen hat.

Wir sehen also, daß nicht nur bei jenen schwere Bedenken bestehen, die sich vor dem Staatskapitalismus ebenso sehr wie vor dem Staatssozialismus fürchten, sondern daß schwere Bedenken selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion vorhanden sind. Nun erhebt sich die Frage, in welcher Weise diesen Bedenken Rechnung getragen werden soll und wird. Herr Schmid hat hier

Postulate und Anträge angekündigt und dargetan, wie sein Kollege Perret, daß eine der wichtigsten Forderungen, die von sozialdemokratischer Seite quasi als Bedingung gestellt wird, die Vertretung der Arbeiterschaft im Verwaltungsrate dieser Gesellschaft sei, daß mit andern Worten der Bundesrat von den vier von ihm beanspruchten Sitzen zwei der Arbeiterschaft überlassen solle. Ich kann mir ja denken, wer diese Vertreter der Arbeiterschaft im Verwaltungsrat sein werden. Aber wenn man mit Recht schon von bürgerlicher Seite darauf hinweist, daß die Vertretung des Bundesrats in einer solchen Gesellschaft nicht von großer Bedeutung sei, so gilt das in vermehrtem Maße für eine Vertretung oder für eine sogenannte Vertretung der Arbeiterschaft in diesem Verwaltungsrate. Man soll sich doch über solche Dinge nicht täuschen. Man soll doch nicht auf der einen Seite der Arbeiterschaft Wunden schlagen lassen und glauben, es sei schon viel getan gegen das Wundenschlagenlassen, wenn man mit der leeren Verbandskiste in der Nähe sei. Nein, da ist doch die Logik die, daß man nicht zuläßt, daß Wunden geschlagen werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Antwort auf eine derartige Proposition, der Uhrenindustrie 13 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen, nur darin bestehen kann, daß man den Arbeitern sagt, dieser Beschluß könne sich nicht zu ihren Gunsten auswirken und werde sich auch nicht zu ihren Gunsten auswirken, daß sie ihre Interessen nicht in die Hand einer kapitalistischen Unternehmerorganisation legen dürfen, auch wenn der Bundesrat dabei ist oder erst recht, wenn der Bundesrat dabei ist, und daß es nichts nützt, wenn wirkliche oder Pseudo-Arbeitervertreter in den Verwaltungsrat delegiert werden, weil diese ja nichts anderes sein können, vorausgesetzt sie wollten es, als Gefangene dieses Gremiums.

Jetzt gilt es vielmehr, zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn schon Gelder mobilisiert werden zur Linderung der Krisennöte, man nicht denken soll an die Fabrikanten- und Aktionäre, die beteiligten Banken und Kapitalisten, sondern an die wirklichen Opfer, die bereits auf der Straße sind, und an jene, die vor der Arbeitslosigkeit stehen. Hier heißt es nicht ausweichen, sondern den Kampf aufnehmen.

Aus allen diesen Gründen werden wir gegen Eintreten auf diese Vorlage stimmen. Wir stellen auch einen bezüglichen Antrag. Wir werden der Arbeiterschaft zeigen, daß das nicht der Weg ist, der aus der Krise hinausführt und ihr hilft, sondern daß es ein Weg ist, eine kranke Wirtschaft zu stärken, den kranken und schwachen Gegner noch einigermaßen stark zu machen, damit er der Arbeiterschaft noch weitere Wunden schlagen kann. Wir werden den Arbeitern namentlich zeigen, was Herr Nationalrat Schmid gesagt hat, daß nichts gefährlicher ist, für die Arbeiterschaft, als die Förderung eines derartigen monopolistischen Gebildes.

Escher: Durch den uns zur Beratung vorgelegten Bundesbeschluß unterstützen wir zweifelsohne eine große wirtschaftliche Konzentration, eine Konzentration ganz großen Stils, denn diese Superholding-Gesellschaft oder diese «Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie A. G.» soll, wie die Botschaft selbst

sagt, die Interessen der gesamten schweizerischen Uhrenindustrie wahrnehmen.

Unsere Fraktion hat von dieser Vorlage nur mit gemischten Gefühlen Kenntnis genommen. Ich stelle fest, daß auch in andern Fraktionen, deren Vertreter wir heute hörten, diese Vorlage nicht eitel Freude auslöste, daß das Tempo, das wir anschlagen müssen, das Unbehagen noch vergrößert hat, will ich nicht noch weiter unterstreichen. Für uns aber ist nicht das die Hauptsache. Der Stein des Anstoßes für uns liegt in der Form der Unterstützung, die hier gewährt werden soll. Wir haben andern Hilfsaktionen ohne Zögern zugestimmt; wir haben zugestimmt der Hilfsaktion für die notleidende Hotellerie, für die Käseunion, die Stickereiindustrie, weil bei all diesen Aktionen nach unserer Ansicht der Staat im Rahmen seiner Aufgabe geblieben ist. Im vorliegenden Fall scheint uns das nicht mehr zuzutreffen. Der Staat tritt hier selbst in die Wirtschaft ein, wie das bereits betont worden ist. Er wird Aktionär, Verwaltungsrat, und wenn es nach dem Wunsche der sozialdemokratischen Fraktion geht, wird er sogar ein sehr einflußreicher Verwaltungsrat, indem er im Verhältnis zum Kapital vertreten sein soll. Weiter verlangt man auch, daß der Staat Mitglied des Direktionskomitees werde usw. Der Bund übernimmt also damit alle Gefahren, alle Risiken, die mit der Leitung eines industriellen Unternehmens naturgemäß verbunden sind. Gewiß, die Konsequenzen können nur harmlose, aber sie können auch von großem Ausmaß sein. Männer, die mit der Lage vertraut sind, behaupten, daß die uns vorgelegte Sanierungsaktion nicht von großer Tragweite sein werde. Man habe nicht allzu großes Vertrauen. Es liegt daher im Bereich der Möglichkeit, daß diese Superholding-Gesellschaft, die gegründet ist und die wir heute unterstützen sollen, einmal, in absehbarer Zeit, liquidieren muß, aufgelöst wird. Dann wird es nicht an Kritik fehlen, die sagt, daß dieses große wirtschaftliche Unternehmen, an dem sich selbst der Bund beteiligt habe, pleite gegangen sei. Gewiß, sagt man uns heute, der Bund hat diese Beteiligung gar nicht gewünscht; es waren die Industriellen selbst, die ausdrücklich verlangten, daß der Bund im Verwaltungsrat vertreten sei. Das ändert nach meiner Ansicht an der Sache gar nichts. Es beweist höchstens, daß die Uhrenindustrie — die mit ihrer planlosen, kopflosen Wirtschaft, wie sie im Jura teilweise betrieben worden ist, auch mit ihrem übertriebenen Individualismus, mit ihrer Ausnützung der Handels- und Gewerbefreiheit eigentlich auf der ganzen Linie Fiasko gemacht hat — nun kommt und den Bund um Hilfe angeht, während man, wie bereits Kollega Schirmer antönte, in den Jahren des Glücks sich ängstlich hütete, den Bund auch nur intervenieren zu lassen. Auch die Bemerkung, die anderseits von seiten des Bundesrats, sogar in offiziellen Reden, gefallen ist, daß es selbstverständlich sei, daß der Bund eine Kontrolle ausüben müsse, wenn er Geld gebe, steht für uns nicht in Frage. Es handelt sich darum, welche Kontrolle durchgeführt werden soll; es handelt sich um die Art der Kontrolle, welche in dieser Vorlage vorgesehen ist, darum, daß der Bund selbst Mitglied des Verwaltungsrates sein müsse. Das, glaube ich, ist sehr diskutabel. Ich glaube doch, in Gegensatz zu Herrn Dr. Welti, daß jemand Freude an dieser Vorlage hat. Das ist die

sozialdemokratische Fraktion. Ich glaube, sie kann jetzt schon in dieser Vorlage eine Erfüllung jenes Postulates erblicken, das Herr Dr. Welti zitiert hat und das einen Teil der großen Resolution des letzten Parteitages mit Hinblick auf die Nationalratswahlen bildet. In dieser Resolution heißt es, daß der Sozialismus die Einflußnahme des Staates auf die privaten, monopolistischen Wirtschaftsgebilde und ihre öffentliche Kontrolle verlange. Das ist hier tatsächlich erfüllt. Ich glaube, die Sozialisten können diesen Teil der Resolution ruhig abschreiben. Das bürgerliche Parlament kommt ihnen bereits zuvor. Ich glaube, Herr Kollega Huggler hätte hier mit viel mehr Recht als bei der Sozialversicherung — dort ist es zu Unrecht geschehen — das Wort prägen können, daß wir es hier mit einer notwendigen Etappe auf dem Weg zum Sozialismus zu tun haben. Trusts, Superholding-Gesellschaft mit Beteiligung des Bundes, Sozialisierung, Sozialismus, direkter Weg! Ich sehe, daß Herr Graber zustimmt, daß ich also nach seiner Ansicht das Richtige sagte.

Die Grundsätze unserer Fraktion sind nun aber doch andere. Wir haben von jeher Stellung genommen gegen die ungezügelte und ungehemmte Handels- und Gewerbefreiheit. Die Angelegenheit der Uhrenindustrie im Jura scheint uns ein Schulbeispiel zu sein, wie gerade diese Theorie eigentlich undurchführbar wird. Wir können aber auf der andern Seite die Hand nicht bieten zu einer gefährlichen Wirtschaftskonzentration, ohne daß dabei die notwendigen Garantien gegeben werden. Das Ideal auf unserer Seite ist Ihnen ja bekannt. Sie wissen, daß wir einen möglichst großen unabhängigen Mittelstand erstreben und dann die beruflich-kooperative Organisation der Wirtschaft, welche wohl, nach dem, was wir heute gehört haben, die einzige Rettung ist, um aus dieser Anarchie der heutigen Wirtschaft herauszukommen.

(Zwischenruf: « Ja woher. »)

Eine andere Lösung haben Sie uns jedenfalls nicht vorgeschlagen.

Es wäre zu wünschen, daß nun einmal die hierfür vorgeschlagene Verfassungsrevision — ich erinnere an das Postulat Berthoud — an die Hand genommen werde, daß man auf diesem Grund arbeiten kann. Die Rolle des Staates ist nach meiner Ansicht hierbei einzig diejenige des Vermittlers. Die Grenze seiner Einmischung liegt nach meiner Auffassung im Gemeinwohl aller Staatsangehörigen.

Doch grau ist auch hier alle Theorie. Wir haben uns gesagt, daß für den vorliegenden Fall diese Theorie und diese Grundsätze, die wir nicht aufgeben, in den Hintergrund gesetzt werden müssen, weil uns die große Not der Uhrenindustrie bekannt und, wie man uns heute gesagt hat, weil in diesem Moment keine andere Lösung möglich ist, weil wir auch an die große Zahl der Arbeitslosen denken müssen, uns erinnern müssen, wie die Arbeiterschaft im Jura unter dieser Krise leidet. Aber, entgegen dem, was heute gesagt wurde, darf diese Aktion kein Wendepunkt sein in unserer Wirtschaftspolitik. Man hat nämlich von einem Wendepunkt gesprochen. Es darf auch kein Präjudiz geschaffen werden. Man darf unsere Haltung nicht auslegen, als ob wir damit unsere bisherigen Grundsätze in dieser Richtung aufgeben würden. Unsere Zustimmung verhindert auch nicht, daß wir gewisse Vorsicht walten lassen. Gerade

die Nachrichten, die wir aus dem Jura erhalten haben, sind nicht übereinstimmend mit dem, was uns gesagt wurde in der Kommission und von Vertretern der Uhrenindustrie. Wir haben auch andere Sachen gehört, und es ist möglich, daß auch der Bundesrat in diesem Punkt noch näher orientiert wird. Es fehlt uns die Zeit, diese Frage eingehend zu prüfen. Wir haben daher einen Antrag gestellt unter Art. 8. Wir wollten in diesem Antrag den Bundesrat ermächtigen, gewappnet zu sein für alle diese Eventualitäten, daß er die Ausgabe dieser 13 Millionen, wenn die Notwendigkeit da sein sollte, auch noch an andere Bedingungen knüpfen sollte. Herr Bundesrat Schultheß hat unsern Antrag im Prinzip bereits angenommen. Er hat ihn nur anders redigiert; darüber kann man ja reden. Bei diesem Antrag wollen wir ganz besonders auch den Schutz der kleinen Fabrikanten, der Gewerbetreibenden, auch der Arbeiter, die in den Betrieben tätig gewesen sind, die im Interesse der Allgemeinheit stillgelegt werden mußten. Wir verlangen mit unserem Antrag nicht, wie schon erwähnt worden ist, daß diese Outsiders, diese Dissidenten, ungebührlich entschädigt werden. Die Entschädigungssummen sind bereits festgesetzt auf dem Wege der Freiwilligkeit, es hat ja in den meisten Fällen ein Kauf stattgefunden; wir haben uns damit nicht mehr zu befassen. Aber ich sehe mich doch veranlaßt, eine Bemerkung einzuflechten. Herr Kollega Schirmer hat bereits gesprochen von diesen Außenseitern, von diesen Dissidenten, und wie es traurig sei, heute, daß man diese Leute, die die Schädlinge des Wirtschaftslebens sind, entschädigen müsse. Herr Scherer ist noch weiter gegangen. Er hat sie als die Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde bezeichnet. Wir sind anders orientiert worden. Man hat uns gesagt, daß im Jahre 1927, als die Ebauches S. A. gegründet worden ist, auch eine Reihe von andern Fabrikanten, die in der Folge Außenseiter geblieben sind, eintreten wollten, daß man ihnen aber derart horrende Bedingungen stellte, daß das Eintreten nicht möglich gewesen sei. Man hat sie faktisch ausgeschlossen. Also muß man heute auch etwas vernünftiger von diesen Leuten denken, als sie zu Hyänen des Schlachtfeldes zu stempeln. Sie waren damals die ersten Opfer, und wenn sie sich selbst gewehrt haben, war das selbstverständlich ihr gutes Recht. Man ist also hier offenbar etwas ungerecht gewesen gegen die als Außenseiter Bezeichneten, und wenn sie recht entschädigt worden sind, ist das nicht mehr als recht und billig. Was wir wollten, ist, daß Maßnahmen getroffen werden, daß die Eigentümer dieser kleinen Betriebe und auch die Arbeiter, die hier brotlos geworden sind, wenn immer möglich beschäftigt bleiben in der gleichen Industrie, daß sie dort an einem andern Orte weiterarbeiten können, und nicht gezwungen werden, schließlich über die Grenze des Landes zu gehen und zu versuchen, die Uhrenindustrie mit ihren Kenntnissen, die sie haben, nach dem Ausland zu transportieren, zu expatriieren. Wir wollen, was gerade Dr. Welti gesagt hat, daß sich dieser Schutz auswirke nicht nur für die Fabrikanten, sondern auch für die Kleinen, für die Arbeiter. Das ist unser Wille und das ist auch in unserem Antrag enthalten. Es wurde uns dann auch mitgeteilt, daß eine Reihe von Fournisseuren — jene, die die kleinen Bestandteile der Uhr fabrizieren — überhaupt nicht in die neue Superholding aufgenommen werden.

Diese haben eine gewisse Angst, daß sie später kaltgestellt werden, daß sie ihre Lieferungen nicht mehr machen können. Auch in diesem Sinne ist der Antrag aufzufassen, daß für diese gesorgt werde, die bisher mitgearbeitet haben, daß man auch diese leben lasse. Man kritisierte auch die Preispolitik der Ebauches S. A. Man behauptet, daß gerade durch die Preispolitik, die in dieser Gesellschaft getrieben wurde, die Preise künstlich hochgehalten wurden. Der Preis des Rohwerkes sei heute ganz entschieden noch übersetzt, und wenn das so weiter gehe, werde das Ausland immer mit Erfolg unsere eigene Industrie konkurrenzieren können. Wir glauben, daß auch in diesem Sinne Remedur geschaffen werden sollte. Endlich glauben wir, daß auch andere Schwierigkeiten auftauchen können, die wir heute nicht kennen, die wir nicht übersehen können, über die vielleicht durch eine Eingabe der interessierten Kreise an den Bundesrat noch Aufklärung geschaffen werden könnte. Wir wollen aber gewisse Garantien in dieser Hinsicht allgemein schaffen, nicht in Form von bestimmten Vorschriften, sondern in der bloßen Vollmachtteilung an den Bundesrat, gegebenenfalls Maßnahmen in diesem Sinne ergreifen zu können. Wir wissen uns da einig, die Mitglieder unserer Fraktion in der Kommission mit den Vertretern des Gewerbes, und ich glaube auch, die Sozialdemokraten werden mit uns einig gehen, wenn wir in diesem Antrag wollen, was sie wollen, nämlich für die arbeitslos gewordenen Arbeiter zu sorgen im Rahmen des Möglichen. Wir stimmen also für Eintreten mit gewissen, ich möchte sagen mit großen Hemmungen, nach allem, was uns gesagt worden ist und was wir gehört haben. Wir stimmen dafür, weil uns die Not derart geschildert und gesagt wurde, daß das Unglück immer größer werde, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das für uns kein Präzedenzfall ist. Wir wollen den Bundesrat wappnen, daß er für alles gerüstet sei, was sich in den nächsten Tagen ereignet.

Joß: Nur einige Bemerkungen. Die Auswirkung der Beschlüsse, die wir im Begriffe zu fassen sind, läßt sich in keiner Weise überblicken. Es ist kaum einer unter uns, der die Auswirkung zu ermessen vermag. Für uns ist es eine Sache des Vertrauens, also nicht ein Ermessen und Beurteilen, in die Hände der Vorarbeiten für die Vorlage bis heute geführt haben und die zum Schluß gekommen sind, daß diese Lösung für heute die beste und zweckmäßigste sei. In diesem Sinne möchte auch ich für Eintreten stimmen. Der Berner Jura war an der Eingabe der 56,000 in hohem Maße beteiligt. Der Kanton Bern hat nach den Statistiken ungefähr 21,000 Arbeiter, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, 5—6000, die dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind. Wir schätzen die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Berner Jura auf 26—27,000 Personen. Sie sehen daraus, daß der Kanton Bern und namentlich der Berner Jura in hohem Maße an der Lösung interessiert ist. Man wartet im Jura mit großer Spannung auf den Entscheid der eidgenössischen Räte. Nun ist in letzter Zeit im Jura eine gewisse Unruhe eingetreten. Die Unruhe stammt aus zwei Quellen, die eine davon möchte ich strikte ablehnen. Es sind die Herren, die sich von der Dachgesellschaft teuer aufkaufen lassen, die Herren, die bis heute außen gestanden sind und deretwegen man nun die ganze Bewegung durch-

führen muß, die Wilden, die nun noch hinter den Kulissen arbeiten und Mißtrauen gegen die ganze Lösung schaffen. Dieses Treiben ist zweifellos verwerflich. Mit diesen wollen wir uns hier nicht weiter beschäftigen. Eine andere Gruppe aber verdient unsere Fürsorge und wir müssen die Beunruhigung, die durch diese Kreise geht, ernster nehmen. Es sind die kleinen Firmen, die wir zusammenfassen unter dem Begriff Fournisseure. Alle sie glauben, daß die Superholding sich entwickeln werde in der Richtung der Großen, daß sie sich nach dem Großbetrieb rationalisieren werde, daß die Kleinbetriebe als gemacht zum Verschwinden gebracht und daß sie infolgedessen arbeitslos werden. Alle Zusicherungen, die man diesen Kreisen gibt, fruchten nichts. Am Samstag ist im «Démocrate», dem Organ der freisinnig-demokratischen Partei des Jura, ein langer Artikel, Cri d'alarme, erschienen. Eine Interpellation, die im Großen Rat nicht begründet werden konnte, wird breitgeschlagen und die Unruhe wird durch diese Darlegungen wieder aufgefrischt. Nun ist es zweckmäßig, bei der Vorlage, die in Beratung steht, für die Kleinen gewisse Sicherungen zu schaffen. Ich habe mit den Angehörigen meiner Fraktion dem Antrag Escher zugestimmt und habe den Antrag Escher einreichen helfen, weil nach meiner Auffassung dieser Antrag in der Richtung dieser Zusicherungen und Sicherungen geht. Nun habe ich seit letzten Freitag Besuch gehabt von zwei Herren, die in hervorragender Weise bei den Vorarbeiten beteiligt waren. Und wenn ich eingangs gesagt habe, daß die ganze Lösung für uns, die wir nicht vom Fach sind, eine Sache des Vertrauens ist, so müssen wir nun auch in dieser Frage das Vertrauen aufbringen. Ich habe in dieser Sache eine Unterredung gehabt mit den Direktoren Scherz und Colomb. Die beiden Herren Strahm und Scherz, die der Direktion der Dachgesellschaft angehören, geben mir folgende Erklärung ab, eine Erklärung, die mir genügt. Meinen Freund Escher möchte ich bitten, diese Erklärung ebenfalls zu prüfen. Wir können unsern Antrag nach dieser Erklärung, die zu Protokoll gegeben wird, zugunsten des Mehrheitsantrages zurückziehen. Die Erklärung lautet:

« Pour faire suite à la conférence que Messieurs E. Scherz, directeur, et F. L. Colomb, directeur de la F. H., ont eu l'honneur d'avoir avec vous ce matin, nous vous confirmons que nous exercerons notre influence pour que dans toute la mesure possible et justifiable il soit tenu compte des intérêts des petites entreprises horlogères et de leurs circonstances particulières.

Vous savez d'ailleurs que notre société ne poursuit pas essentiellement un but commercial mais, ainsi que le souligne, à juste titre, le message du Conseil fédéral, qu'elle est au service de l'industrie horlogère et du pays et que la justice et l'équité doivent être à la base de toute son activité.

Nous aurons soin de soumettre cette question et le contenu de la présente à la première séance du bureau de notre société. »

Diese Erklärung der Herren Scherz und Strahm dürfte genügen, so daß wir uns ruhig dem Antrag des Bundesrats anschließen können.

Noch eine Bemerkung zum Votum von Herrn Dr. Scherer. Er hat sich verwundert und eigentlich

darüber entsetzt, daß man die Kantone nicht zur Finanzierung herangezogen hat. Diese Frage ist reichlich erwogen und diskutiert worden — ich bin zu einer besondern Konferenz im Bundeshaus eingeladen worden — weil der Bundesrat die Auffassung des Kantons Bern über die Beteiligung vernehmen wollte. Wir haben diese Beteiligung aus verschiedenen Gründen ablehnen müssen, von denen ich nur einige wenige hier bekanntgebe. Einmal hat schon die Zusammensetzung des Verwaltungsrates außerordentlich zu reden gegeben. Es ist klar, daß wenn die Kantone sich finanziell beteiligt hätten, sie auch ihre Vertreter im Verwaltungsrat hätten haben müssen. Es ist auch in unserer Kommission als wünschbar bezeichnet worden, daß die Kantone durch die Beteiligung an der Finanzierung sich das Mitspracherecht gesichert hätten. Wir haben darauf verzichtet. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates ist ein Grund zur Beunruhigung im Berner Jura, weil von allen 24 Vertretern nur vier Vertreter aus dem Kanton Bern genommen sind, alle übrigen 20 aus andern Kantonen, trotzdem das Schwergewicht der Uhrenindustrie heute unzweideutig im Kanton Bern liegt. Das hat die Jurassier beunruhigt; wir beunruhigen uns aber nicht, weil der Kanton Bern in Herrn Scherz einen Vertreter hat, der die öffentlichen Interessen und die Interessen des Kantons Bern in weitgehendem Maße wahren wird; wie übrigens auch die andern Herren, die aus unserm Kanton in den Verwaltungsrat gewählt worden sind. Ich betone aber nochmals, daß die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Hauptgrund der Beunruhigung ist. Die Berner Kantonalbank hilft zunächst einmal das Aktienkapital beschaffen. Die Berner Kantonalbank ist beteiligt an der Beschaffung und Sicherstellung der Kredite und des weitern ist sie in hohem Maße an unsern industriellen Unternehmungen im Berner Jura interessiert, indirekt ist also der Kanton auf breiter Front engagiert. In noch viel höherem Maße ist dies der Fall im Kanton Neuenburg. Ähnliche Verhältnisse zeigt auch der Kanton Solothurn. Das ist das Zweite.

Und dann das Dritte. Die Kantone, die unter der Uhrenkrise leiden, haben den Ausfall an direkten Steuern zu ertragen; hier ist der Bund in keiner Weise beteiligt. Der Steuerausfall im Berner Jura beträgt in einigen Gemeinden bis zu 50 %. Das ist ein ganz wesentlicher Minderertrag für den Kanton, den wir irgendwie ausgleichen und parieren müssen. Und dann hat der Kanton Bern für den Jura bedeutende Notstandsarbeiten vorgesehen. Von den öffentlichen Arbeiten, die mit einer Bausumme von rund 20 Millionen Franken für das Jahr 1931 vorgesehen waren, gehen nicht weniger als 12 Millionen, weit mehr als die Hälfte, in den Berner Jura. Das sind Anstrengungen der öffentlichen Hand, die bei der Beteiligung der Kantone an der Finanzierung der Holdinggesellschaft in Betracht gezogen werden müssen. Dazu kommen die unerwarteten Armenlasten, die vermehrt werden. Der Kanton Bern hält sogar zur Fürsorge für seine verarmten Kantonsbürger in La Chaux-de-Fonds ununterbrochen zwei Beamte, die die Fürsorge für die rund 18,000 Berner im Neuenburger Jura zu betreiben haben. Auch hier wieder unvorhergesehene Millionen, die von den betroffenen Kantonen ausgegeben werden müssen. Unter all diesen Gesichtspunkten hat der Bundes-

rat darauf verzichtet, die Kantone bei der Finanzierung der Dachgesellschaft heranzuziehen.

Ich habe nun die bernischen Verhältnisse gezeichnet. Schwieriger sind die Verhältnisse im Kanton Neuenburg, sehr ähnlich liegen sie im Kanton Solothurn. Das ist der Grund, warum man darauf verzichtet hat, den Kanton außer der Mitarbeit der Kantonalbank noch direkt heranzuziehen. Ich glaube, daß man es nach diesen Ausführungen doch begreifen wird, wenn die Kantone außerhalb der Uhrenindustrie A. G. gelassen worden sind. Nun kommt der Bund zu Hilfe. Wir danken ihm für diese Hilfeleistung und wünschen nur, daß das eidgenössische Parlament einmütig seine Vorschläge billige.

M. Graber: Il y a vingt ou trente ans, nous n'avions pas à nous préoccuper de questions théoriques, il fallait plutôt se laisser dominer par les faits eux-mêmes. Je pense que le moment actuel n'est pas indiqué non plus pour donner des conseils d'ordre théorique. Nous avons en effet derrière nous une expérience économique si formidable et intéressante en elle-même qu'il est absolument inutile, je le répète, de faire intervenir la théorie dans ce débat. Laissons-la donc de côté.

En face de quoi nous trouvons-nous ?

Depuis trente ans, jour après jour, nous avons observé l'évolution d'une industrie devenue la plus florissante de celles de notre pays, à travers ses avatars, ses difficultés, ses succès. Eh bien, nous constatons maintenant, après trente ans d'expérience et d'observations, que cette industrie est acculée à une faillite presque complète, qu'elle se trouve dans le plus grand désarroi, non pas essentiellement, parce qu'il y a une crise mondiale, parce que nous sommes soumis à une épreuve, mais parce que l'application de l'initiative privée, l'application du régime de la concurrence et de la rivalité l'a complètement désorganisée et ruinée.

Si vous voulez savoir pourquoi à l'étranger on fait déjà une concurrence aussi redoutable à l'industrie horlogère, allez en rechercher l'explication dans la poursuite de l'intérêt privé, de l'intérêt personnel, de l'intérêt des entreprises qui, pour s'assurer des bénéfices personnels, ont transplanté à l'étranger nos propres industries et organisé la concurrence faite au travail national. Allez rechercher quels sont les fabricants de machines qui sont allés vendre à l'étranger les machines avec lesquelles on fait concurrence à nos produits suisses. Allez voir à Pforzheim au sud de l'Allemagne... Ce sont des maisons suisses, des capitaux suisses, des techniciens suisses qui y ont créé l'industrie de la boîte de montre, si bien qu'aujourd'hui, c'est le centre industriel horloger mondial le plus florissant; c'est de Pforzheim que nous viennent les boîtes or en très grande quantité, et ce sont des personnes, qui jouent en ce moment-ci un rôle considérable dans les organisations des fabricants établis, qui sont les représentants en Suisse des maisons de Pforzheim, qui viennent nous vendre ses produits, qui font concurrence aux nôtres; ce sont ces personnes qui font partie de nos organisations patronales et ce sont elles qui, dans leur publicité, recommandent à leurs clients de l'étranger l'achat, non seulement des boîtes de Pforzheim, mais aussi les mouvements que ce centre horloger vend actuellement.

Nous pourrions montrer les erreurs commises lorsque, année après année, les fabricants eux-mêmes, chassés par la concurrence, ce fameux principe de la vie économique, chassés par l'intérêt privé, comment ces fabricants, dis-je, pour obtenir des commandes de l'Amérique, de l'Angleterre ou de tel autre pays, ont abaissé les prix, abaissé les qualités, les salaires, le bénéfice du fabricant lui-même et comment tous les intérêts économiques de notre pays ont été trahis les uns après les autres par ces fameux principes que vous voulez défendre aujourd'hui.

Ah! l'histoire de l'horlogerie à faire est beaucoup plus tragique que vous ne l'imaginez et que l'on ne se l'imagine encore au moment où ceux qui parlent de l'organiser, comme ils l'ont tenté en 1927, et qui sont à la tête de ces organisations, sont les premiers à la trahir.

Vous nous disiez que nous nous réjouissions beaucoup de la création d'une Superholding.

Je pourrais dire deux choses. Il y a dans la Superholding, à côté de points lumineux, des points sombres. Le plus sombre, il faut le dire à l'avance, c'est le manque de confiance absolue que nous avons dans les hommes qui la dirigeront.

En voulez-vous un exemple ? On parle de l'ébauche. Eh bien! lorsqu'on a créé en 1927 l'« Ebauches S. A. », que d'erreurs ont été commises! On a laissé les dissidents de côté; on avait cru bien faire en disant: « Ils tomberont d'eux-mêmes; ils feront faillite, ils couleront », et, au lieu de couler, ce sont eux qui au contraire, ont développé le chablonnage; ce sont les dissidents qui l'ont fait. Les Allemands sont venus les trouver et leur ont dit: « Ne voulez-vous pas nous vendre vos ébauches et vos chablon, nous les acheterons à un bon prix », et ce sont les dissidents, qui avaient été mis de côté par « Ebauches S. A. », qui ont développé le chablonnage et créé une concurrence redoutable; c'est toujours l'égoïsme des gens qui ont de nouveau sacrifié aux leurs l'intérêt général du pays et son industrie; même à l'intérieur, ces gens, qui ont dirigé d'autres entreprises, ne méritent pas notre confiance. Combien de fabricants sont venus nous raconter les procédés employés. Un fabricant vient dans le bureau de l'établissement et dit: « Je vais vous vendre tant la grosse d'ébauches, nous ferons la facture à tel chiffre pour être en ordre avec le règlement »... et cela rapportait une ristourne de 2000 ou 3000 francs. Aucun prix n'est respecté et combien de fabricants d'ébauches qui, au cours de ces mois derniers encore, ont vendu dans ces conditions-là des ébauches à des gens qui n'étaient pas même fabricants.

Nous ne pouvons guère avoir confiance dans ces personnes-là, dans ce monde-là. M. Joss vient de lire une lettre de M. Colomb et de M. Strahm. Mais M. Strahm n'a pas signé; il était là cependant; mais nous ne pouvons pas avoir confiance et il ne suffit pas que M. Colomb dise qu'il faut faire autant d'efforts que possible pour conserver du travail à ces entreprises pour que nous soyons rassurés; on se trompe étrangement; pour nous, c'est un simple chiffon de papier, comme en 1914. Nous n'avons aucune confiance dans de telles déclarations et je touche ici au problème soulevé par M. Escher, au très important problème des sacrifiés.

Y aura-t-il, oui ou non, des sacrifiés?... (Un membre du Conseil: « Voyez, Monsieur Graber, la

signature de M. Strahm. » Il montre la lettre.) J'ai dit qu'elle était là...

Il y aura des victimes chez les patrons et chez les ouvriers, et c'est parce que nous savons à l'avance qu'il y en aura beaucoup chez les ouvriers que nous ne nous emballons pas pour la Superholding. Il y a une ligne directrice qui ne vient pas de nous, mais des faits eux-mêmes; c'est l'évolution même du régime capitaliste, qui veut que chaque fois que ce régime se trouve en face d'expériences difficiles et des faillites, il soit sacrifié en s'en éloignant davantage pour marcher vers l'initiative collective. Ce n'est pas de la théorie. On a passé du patron privé aux sociétés anonymes, puis aux cartels, puis aux holdings, enfin à la Superholding, à l'intervention de l'Etat et vous nous demandez que ce ne soit pas un précédent. Je ne demande pas que ce soit un précédent; je dis que les faits eux-mêmes vous amèneront devant les mêmes circonstances que celles que vous rencontrez aujourd'hui dans l'industrie horlogère, dans la mécanique, dans la soierie, dans d'autres entreprises. Vous allez de plus en plus vous rencontrer, grâce aux effets du principe intérieur du régime capitaliste, vous allez vous trouver successivement en face de crises redoutables, qui entraîneront l'Etat à intervenir, car notre vie économique nationale ne pourra être sauvegardée que, non pas par le secours de l'initiative privée et de la concurrence, mais par l'intervention de l'Etat dans le domaine économique. Vous ne sortirez pas de là, ni l'Allemagne, ni l'Angleterre, ni l'Amérique qui intervient même dans le domaine international. Vous ne pouvez pas réagir contre ces phénomènes. Ce n'est pas de la théorie. Mais il y aura des victimes aujourd'hui, dans le monde patronal comme dans le monde ouvrier, je le reconnais. C'est bien ce qui nous rend soucieux. Que M. Welte ne se mette pas en peine pour nous. Après les expériences que nous avons faites, nous qui depuis trente ans sommes dans la bataille que nous livrons pour chercher à restaurer l'industrie horlogère, nous savons, certes, les dangers que nous courons au point de vue des intérêts ouvriers. La Superholding présentera pour nous certains caractères très dangereux. Lorsque cette crise sera terminée et lorsque cette organisation aura à sa disposition des millions, y compris les millions de la Confédération, et des ouvriers qui ne seront pas tous occupés, nous savons que la première bataille que la Superholding livrera sera contre nous. Et il en sera ainsi parce que si le contrôle ouvrier s'exerce, la Superholding ne pourra pas faire tout ce qu'elle voudra. Qu'on ne nous dise pas que tout ce qui se fait est réalisé dans l'intérêt d'une industrie et non pas pour des intérêts personnels.

Nous allons néanmoins soutenir la Superholding parce que, entre celle-ci et l'anarchie dissolvante, nous ne pouvons pas hésiter. C'est un mal, mais c'est un moindre mal. C'est une tentative de guérison qui vaut mieux que la situation actuelle. Nous acceptons cela plutôt que d'en rester où nous en sommes aujourd'hui. Mais qu'on ne s'imagine pas que nous ne savons pas les risques que nous courons. Qu'on ne s'imagine pas que nous ignorons les batailles terribles que nous aurons à livrer. Comme représentants de la classe ouvrière, nous savons fort bien où nous allons.

Mais c'est parce que nous n'avons pas confiance dans les hommes et parce que nous connaissons

l'âpreté des luttes qui seront livrées que nous voulons que le Conseil fédéral soit largement représenté dans le Conseil d'administration et que la classe ouvrière elle-même y pénètre.

Si je faisais de la théorie et si j'étais bourgeois, je dirais: Jamais nous n'admettrons que la classe ouvrière soit représentée dans le conseil d'administration, parce que c'est contraire à nos principes. Nous avons dit en 1925, lorsque nous avons proposé une concentration — peut-être pas sous la forme actuelle, mais sous une forme meilleure peut-être — nous avons dit que pour qu'une telle organisation nous offre des garanties, il fallait que parmi ceux qui la dirigent, il y ait les représentants du gouvernement, des banques, des patrons et des ouvriers. Et nous avons dit: Si vous n'acceptez pas la représentation des ouvriers, vous n'aurez pas de contrôle effectif, car les représentants du Conseil fédéral ou des banques ne seront pas en mesure d'exercer un contrôle effectif et les patrons ne désireront pas exercer ce contrôle, seuls les ouvriers peuvent l'exercer, parce qu'ils savent mieux que quiconque ce qui se passe à l'intérieur de l'industrie. Aussi longtemps que l'on tiendra les ouvriers à l'écart, la Superholding sera menacée.

Encore une fois, si je faisais de la théorie, je dirais: restons à l'écart. Il y aura des difficultés, tenons-nous en éloignés. Nous qui savons ce qui se passe dans les régions jurassiennes, nous voyons bien quelles seront les difficultés. Sans doute, il serait plus facile de rester à l'écart, et c'est peut-être ce que fera M. Welte parce que c'est bien davantage dans les cordes de son parti.

Nous savons qu'il y a des risques, mais ces risques, nous voulons les courir. Il y a parfois plus de courage à courir des risques qu'à rester à distance.

Nous pensons que vous devriez accepter qu'il y ait une place pour la classe ouvrière au conseil d'administration, parce que c'est dans l'intérêt du contrôle. Il fallait bien dire cela. Et ce sera un pas en avant quand même que de voter une telle disposition. Qu'est-ce que vous voulez? Je suis de ceux qui tiennent compte du temps. Ah, si je croyais, avec M. Welte et d'autres, que, d'ici à une dizaine d'années, la révolution mondiale s'opérerait et que le régime socialiste remplacerait le régime capitaliste d'ici à un délai très court, je dirais: Ne perdons pas notre temps à des expériences transitoires; courons au plus pressé et réalisons la construction magistrale que vous et nous rêvons. Mais les temps ne se passent pas si rapidement et nous devons compter avec cette lenteur. Lorsqu'un pas en avant est possible, lorsqu'on le franchit, on fait un progrès. C'est ainsi que, pas à pas et d'étape en étape, on arrive à réaliser quelque chose.

Cette Superholding sera un commencement. Et c'est peut-être cela qui effraie quelqu'un. Ce qui a l'air d'effrayer M. Escher, c'est que c'est un commencement, ou un précédent, comme il disait. Ne vous effrayez pas, M. Escher, vous en verrez bien d'autres dans votre existence!

Nous traversons maintenant la période économique la plus révolutionnaire — et je prends le mot révolutionnaire dans le bon sens (sourires) — qui ait jamais existé: Tout est transformé autour de nous, avec une rapidité vertigineuse, partout et dans tous les pays et personne n'y peut résister. Que quelques théoriciens, quelques journalistes s'amu-

sent encore à faire de l'esprit autour de vieilles formules périmées, qu'est-ce que cela peut bien faire? La vie est là, qui se déploie et c'est cette vie qui nous entraîne. Et M. Escher, à quoi sert-il que vous disiez: Nous demandons que cela ne soit pas un précédent? Cela ne sert à rien. Si telle circonstance ne se répète pas, ce ne sera pas un précédent; mais si elle se répète — comme je l'entrevois et comme vous le pensez vous-mêmes — il y aura eu précédent et il y aura une suite.

Ne nous attardons pas sur ces questions de théorie. Allons au fond des faits. Notre vie économique et nationale est en jeu. Le danger, au cours de l'hiver 1931/32 prendra des proportions encore plus étendues et il faut que nous tentions de réaliser quelque chose. Qu'est-ce que c'est que de mettre 13 millions dans une entreprise pour tenter de sauver l'industrie nationale, alors que si elle échoue et nous conduit à l'abîme, ce sera des centaines de millions que nous perdrons!

Nous n'avons pas le temps, aujourd'hui, de nous arrêter à ces questions-là et je pense que nous pourrions tous maintenant soutenir ce projet, tout en faisant les réserves et critiques que nous pourrions formuler et tout en demandant que l'on précise les conditions sans lesquelles on n'aura pas le crédit demandé.

Je salue quant à moi cette expérience qui va se faire. Cette expérience, vous voyez qu'elle est pour nous à la fois lumineuse et ténébreuse, à la fois encourageante et redoutable. Mais je la salue, parce que nous sommes forcés, étant donné la gravité de la crise économique et nationale, de faire cette expérience redoutable. Si nous reculons devant cette expérience, nous risquerions de sacrifier toute notre vie économique, tout notre avenir, celui des employeurs et ouvriers, comme celui de la finance, et, dans cette faillite générale, nous serions, pour une fois, tous solidaires! (Bravos.)

Bundesrat Schultheß: Der Mahnung des Herrn Präsidenten folgend, will ich aus den zahlreichen Voten, die seit meiner Rede gefallen sind, nur einige Punkte herausgreifen. Ich konnte aber beim besten Willen nicht einfach schweigen und sofort zur Abstimmung schreiten lassen, denn es handelt sich doch darum, eine Reihe von unrichtigen Auffassungen richtigzustellen und eine Reihe von Feststellungen zu machen.

Auch heute abend ist wieder vom Eiltempo gesprochen worden. Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß nicht wir es sind, die Eile verlangen und die drängen. Die Initianten haben eine möglichst rasche Erledigung erbeten, und sie werden gedrängt von den Verhältnissen. Ich möchte gegenüber den Ausführungen, wie sie verschiedene Redner gemacht haben — namentlich auch mein bedächtiger Freund Scherer aus Basel, der eine Vorliebe für die langsame Erledigung zu haben scheint, was ich ihm als Basler gar nicht zugetraut hätte — sagen, daß es heute Parlamente gibt, die noch größere Dinge rascher erledigen müssen. Denken Sie daran, was heute in London geschieht. Dem englischen Parlament stehen nicht einmal soviel Stunden zur Verfügung, um über jenes Projekt zu entscheiden, wie Ihnen Tage, und trotzdem wird heute in beiden Kammern in London das Gesetz erledigt. Die Gemütlichkeit im politischen wie im Wirtschaftsleben ist

vorbei. Das Vorkriegsidyll ist ausgeträumt. Jetzt ist bitterer Ernst die Signatur der Stunde. Man muß auch in unserem Parlament rascher vorgehen als man es früher gewohnt war. Ich bitte Sie also, nicht die Voriage das Eiltempo entgelten zu lassen.

Aus einer ganzen Reihe von Voten tönte das Bekenntnis heraus: «Ich bin für das Projekt, aber eigentlich doch nicht». Diesen Herren ist ja Gelegenheit geboten, dem Antrag des Herrn Dr. Welti auf Nichteintreten zuzustimmen, wenn ihre Bedenken so groß sind, daß sie die Uhrenindustrie ihrem Schicksal überlassen wollen.

Ein gewisses Maß von Bedenken verstehe ich ganz wohl. Der Bundesrat hatte sie auch. Aber wir sind an fast alle Hilfsaktionen mit Bedenken herangetreten, und haben sie trotzdem immer wieder genehmigt, weil sie notwendig waren. Wir stehen vor einer außerordentlichen Aufgabe, und wie ich schon gesagt habe, fordern neue Verhältnisse auch, daß neue Wege gegangen werden. Und was wird nun speziell als neuer Weg bezeichnet?

Herr Escher hat insbesondere darauf hingewiesen, es handle sich nicht um eine Hilfsaktion, wie die früheren es waren. Früher habe man ja wohl Millionen hingegeben an die Landwirtschaft, an die Stickereiindustrie, das erstmal an die sogenannten subsidies de change für die Uhrenindustrie. Aber man habe sich nicht in das Wirtschaftsleben eingemischt und keine Bedingungen gestellt. Die Mililinen seien ohne weiteres Zutun des Bundes ausgegeben worden. Wer der Ansicht ist, daß der Allgemeinen Uhrenindustrie A. G. 7½ Millionen Franken unverzinsliches Darlehen und 6 Millionen Franken Subvention à fonds perdu gegeben werden sollen, wer auf Aktien, auf das Stimmrecht, auf die Verwaltungsratssitze verzichten will, der stehe auf und sage es. Er stelle einen Antrag auf Streichung der betreffenden Bestimmungen des Beschlusses. Aber ich glaube, bevor das ein Mitglied Ihres Rates tut, wird es sich die Sache noch einmal überlegen und mit uns zum Schlusse kommen, daß es doch nicht gut wäre, wenn der Bund nichts zu sagen hätte und nicht einmal die Rolle des Vermittlers zwischen den verschiedenen Branchen der Uhrenindustrie und zwischen dieser und den Banken und der ganzen Wirtschaft spielen könnte. Diese Rolle ist angesichts der notorischen Uneinigkeit im Lager der Uhrenindustrie eminent wichtig und nötig. Also dieses Bedenken zerfließt wie Butter an der Sonne. Ich bin überzeugt davon, daß niemand daraus irgend eine Konsequenz ziehen wird.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht, unser Vorschlag sei viel zu etatistisch. Es hat mich etwas amüsiert, zu lesen, daß das Votum des Herrn Nationalrat Schirmer von denjenigen, denen ich — zu Unrecht — als großer Etatist erscheine, als anti-etatistisch qualifiziert wurde. Fast wäre in einzelnen Blättern Herr Nationalrat Schirmer aus St. Gallen so zum antistaatsozialistischen Nationalhelden erhoben worden, eine Ehre, nach der er gar nicht strebt, eine Ehre, die er aber auch gar nicht verdient. (Heiterkeit.) Denn Herr Nationalrat Schirmer ist mit den Forderungen, die er aufstellte, wenn man schon von Etatismus sprechen will, teilweise weiter gegangen als ich. Er hat gesagt, es sei ein Aergernis, daß die Außenseiter, die nicht mitmachen wollten, so large entschädigt werden sollen. Denen

sollte man von Staats wegen sagen können: «Macht mit und marschiert mit der Mehrheit!» Es sei ihm, sagt er ferner, nicht recht, daß nach fünf Jahren die Konvention zu Ende gehe. Was kommt dann? Herr Schirmer hätte lieber eine noch weiter ausholende Lösung gehabt. Er hat auch das Bedenken, ob die Kontruktion geeignet sei, praktisch zu helfen. Er hat dann zum Schluß die Erklärung abgegeben, er werde sich der Stimme enthalten und der Vorlage keine Opposition machen. Sie sehen also daraus, daß Herr Schirmer unserm Antrag nicht Staatssozialismus vorgeworfen hat.

Aber auch Herr Escher hat mich gefreut. Er hat gefunden, wir hätten noch nicht genug Rechte, und hat dem bösen Bundesrat im Art. 8 der Vorlage das Recht verschafft, auch noch beliebige andere Bestimmungen an die Subvention zu knüpfen, und namentlich die Eigentümer und Arbeiter allfällig geschlossener Betriebe zu berücksichtigen. Die Kommission hat dem Bundesrat mit unsrer Zustimmung eine allgemeine Kompetenz eingeräumt, wahrscheinlich doch nicht in der Absicht, die Macht des Staates zu mindern!

Man kann also alle möglichen Bedenken haben und alle möglichen Vorschläge machen, und schließlich kommt man immer wieder darauf zurück, daß das, was wir vorschlagen, nicht zu weit geht und nicht über das Ziel hinausgeschossen hat.

Ueber das Ziel hinausgeschossen haben aber einzelne Redner, und das sind z. B. die Redner der sozialdemokratischen Partei. Sie wünschen eine stärkere Vertretung im Verwaltungsrat der A. G. Man hat sich in der Kommission fast einstimmig darauf geeinigt, daß die Vertreterzahl im Maximum nicht auf vier, sondern fünf fixiert werden solle. Ich möchte Sie sehr bitten, diesem Beschluß beizutreten. Aber davon, daß der Verwaltungsrat mit fünf Achtel Privatkapital und, weil 6 Millionen Franken Bundessubvention einbezahlt werden, zu drei Achtel vom Bunde besetzt werden sollte, davon kann keine Rede sein. Ich habe schon gesagt, und davon gehe ich in gar keiner Beziehung ab, es muß die Privatwirtschaft in dieser Gesellschaft eine starke, undiskutable Mehrheit haben und die Verantwortung tragen. Die Mitwirkung des Staates soll sich im wesentlichen auf Raterteilung und auf Kontrolle beschränken. Wir wünschen nicht, den Industriellen die Verantwortung für die Führung der Geschäfte abzunehmen, und wir wünschen nicht, daß wenn alles nicht klappt, man sagen kann: «Wenn wir allein gewesen wären, so würde es viel besser herausgekommen sein. Der Staat hat uns die Sache verdorben!» Nein, die Gesellschaft ist ein privatwirtschaftliches Gebilde und soll auch privatwirtschaftlich geleitet sein. Aber trotzdem haben wir das Recht, ein Wort mitzusprechen und zu sehen, was gehen soll. Das widerspricht im Grunde genommen auch nicht den Auffassungen, die Herr Nationalrat Escher und andere entwickelt haben. Ich will darauf nicht näher eingreten, weil keine Gegenvorschläge vorliegen.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht, speziell von Herrn Scherer, es sei doch mißlich, daß der Bund hier eingreifen müsse; warum die Uhrenindustrie nicht selbst in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Reserven angelegt habe, so daß heute die nötigen Summen vorhanden wären. Ja, meine Herren, die Uhrenindustrie hat im Kriege nicht mit den Uhren, sondern mit andern Waren eine relativ

gute Konjunktur gehabt. Sie fiel dann nachher in große Schwierigkeiten. Eine bessere Konjunktur dauerte eigentlich kurze Zeit. Sie ist 1929 zu Ende gegangen, nachdem sie sich schon früher abgeschwächt und überhaupt erst in den Jahren 1924 und 1925 begonnen hatte. Da galt es, die Ruinen aufzubauen und die früheren Schulden zu bezahlen und die nötigen Abschreibungen vorzunehmen. Dazu kommt, daß in der Zeit der Hochkonjunktur die Industrie nicht organisiert war, weil sie nicht auf Zusammenarbeiten eingestellt und noch nicht fähig war, dazumal schon eine Organisation zu schaffen, wie sie heute besteht. Rivalitäten und Jalousien haben eine große Rolle gespielt. Man hat sich am ausländischen Markt nach Belieben unterboten. So sind die goldenen Berge nicht verdient worden. Die Reserven sind nicht bei den einzelnen angelegt worden, geschweige denn, daß es möglich gewesen wäre, von Verbands wegen Millionenreserven zurückzulegen. Wenn aber solche Reserven vorhanden gewesen wären, würden sie die Jahre 1930 und 1931 aufgesogen haben. So kommt es, daß die Uhrenindustrie in ihrer Gesamtheit leidet, und dieser Krankheitszustand drückt sich in der großen, ausgesprochenen Arbeitslosigkeit aus.

Was die Verwendung der Subvention anbetrifft, so ist es nicht ganz richtig, daß die Abschreibungen bloß deshalb nötig seien, weil Dissidenten aufgekauft werden müssen. Das spielt eine gewisse Rolle, zugegeben. Darüber hinaus besteht eine Anzahl von sogenannten fabriques mixtes, die zugleich Uhren und Ebauches fabrizieren; namentlich aber mußten gewisse Betriebe der Schlüsselindustrien, Spiralen, Balanciers, Assortiments usw. aufgekauft werden, und auch hiefür brauchte es erhebliche Mittel, und diese um so mehr, als diese Geschäfte bis jetzt ganz gut gelaufen sind. Die Holdinggesellschaft mußte sie aber in ihre Hand bringen, wenn sie die Herrschaft über die Industrie wirklich ausüben will. So tragen wir zu einer Konzentrationsbewegung bei; wir ermöglichen sie erst durch gewisse Zuschüsse. Wir ziehen die Konsequenz daraus, daß diese ganze Kombination von den Initianten auf dem Wege der Freiwilligkeit durchgeführt werden muß, und daß es nicht möglich war, irgend einen Zwang auszuüben oder gar an eine Expropriation zu denken. Man mag wiederum sagen, das sei eine Schwäche. Wir müssen uns aber damit abfinden.

Es hat mich gefreut, daß ich heute daran gemahnt worden bin, einmal den Verfassungsartikel über die Wirtschaftspolitik des Bundes und über die Möglichkeiten einer gewissen Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit vorzulegen. Aber wenn ich ihn schon gebracht hätte, dann hätte man von verschiedenen Seiten geantwortet: Warte doch erst einmal ab, wie die Abstimmung über die Versicherung ausfällt und vorbei ist; eins nach dem andern, man muß nicht pressieren und drängen, sondern abwarten und zurückhalten. Ich habe es also klug gefunden, das Parlament nicht mit wichtigen Vorlagen zu überschütten, sondern etwas zuzuwarten. Sie werden die Vorlage bekommen und Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen, und ich hoffe sehr, daß die Herren, die mich heute daran gemahnt haben, eifrig sein werden in ihrer Befürwortung und helfen werden, sie durchzubringen. Es wird eine interessante Vorlage sein. Sie wird vielleicht auch von den Berufsvereinigungen sprechen . . . vielleicht findet sie

dann sogar vor Herrn Perrier Gnade, was mich sehr freuen würde.

Eine weitere Einwendung gegen die Vorlage ist die Aufgabe der wirtschaftlichen Neutralität, die in der Beteiligung des Bundes liege. Davon ist aber keine Rede, sondern gerade um die wirtschaftliche Neutralität zu betonen und sie aufrecht zu erhalten, ihr zum Durchbruch zu verhelfen, deshalb bedingt sich der Bund ein Mitspracherecht aus.

Ich möchte mich nicht weiter bei dem aufhalten, was Herr Dr. Welti geäußert hat, aber immerhin doch erwähnen, daß natürlich Handelsbeziehungen mit Rußland die heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnisse und auch die Lage der Uhrenindustrie im Besondern nicht verbessert hätten. Es haben ja verschiedene Länder praktische Beziehungen mit Rußland angeknüpft; gewisse Lieferungen sind erfolgt, auch bezahlt worden, aber es sind doch sehr viele Enttäuschungen eingetreten. Ich glaube darum, das ceterum censeo, das Herr Welti uns bei den verschiedensten Gelegenheiten serviert, sei auch diesmal nicht begründet gewesen.

Zum Schluß noch zwei Worte über die Ideen, die Herr Nationalrat Schmid entwickelt hat. Es ist vor allem der Gedanke, es sollte bei dieser Gelegenheit für die Wahrung der Koalitionsfreiheit Sorge getragen und der Superholding die Verpflichtung auferlegt werden, gewissen Wünschen der Arbeiter in der Uhrenindustrie zum Durchbruch zu verhelfen. Ich erinnere Sie daran, daß die Superholding keine Fabrikationsgesellschaft und nicht in der Lage ist, den Unternehmungen der Uhrenindustrie Arbeitsbedingungen zu diktieren. Ich habe dies vorhin schon betont und ich möchte es hier auch gegenüber Herrn Escher wiederholen, da er bei der Begründung seines Antrages von einer irrtümlichen Voraussetzung ausgegangen ist, die durch einen hier mitgeteilten Brief der Allgemeinen Uhrenindustrie A.-G. an Herrn Regierungsrat Joß rektifiziert worden ist. Aber ganz abgesehen von dieser Tatsache, kann nicht davon die Rede sein, daß ein so umstrittenes und schwieriges Gebiet wie die Koalitionsfreiheit nun nebenbei anläßlich eines Bundesbeschlusses und auf ein Postulat hin, geregelt und eine Industrie besonders darauf verpflichtet werde. Es gibt nun einmal verschiedene Auffassungen darüber: die einen verstehen unter Koalitionsfreiheit, daß der Arbeitgeber z. B. keinen Arbeiter entlassen darf, weil er einer gewissen Vereinigung angehört; andere verstehen darunter umgekehrt, daß dem Arbeitgeber nicht verwehrt werden darf, zu verlangen, daß Leute, die er anstellt, gewissen Vereinigungen nicht angehören. Wenn wir dieses Problem heute behandeln wollten, würden wir nicht fertig. Bereits hat auch der Bundesrat früher schon in Beantwortung einer kleinen Anfrage oder Interpellation Gelegenheit gehabt, durch Vermittlung des Justizdepartementes, darzulegen, wie schwierig und heikel diese Frage ist. Aber wie gesagt, Tarifverhältnisse und ähnliche Fragen kommen schon deshalb nicht in Frage, weil die Holdinggesellschaft kein Fabrikationsunternehmen ist; hier möchte ich doch den Herren auf der Linken noch besonders zu bedenken geben, daß die Verhältnisse bei der Uhrenindustrie anders liegen als z. B. im Buchdruckereigewerbe. Die Buchdruckerei arbeitet ausschließlich für das Inland, die Uhrenindustrie ist auf die auswärtigen Märkte angewiesen; deshalb

sind so weitgehende vertragliche Bindungen, wie sie im Buchdruckereigewerbe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließlich bestehen können, auf dem Gebiet einer Exportindustrie, wie der Uhrenindustrie, kaum denkbar.

Ueber andere Bedingungen habe ich bereits gesprochen, so über das Maß der Beteiligung an der Gesellschaft und ihrer Verwaltung. Das glaube ich sagen zu dürfen, daß wir in allem, was wir Ihnen vorgeschlagen haben, das gefordert haben, was notwendig ist, und daß wir darüber nicht hinausgegangen sind. Schließlich müssen wir uns auch sagen, daß diese Aktion für eine so wichtige und große Industrie auch ihre innere und moralische Berechtigung hat. Die Arbeiterschaft, die die Vorlage unterstützt, ist sich darüber völlig klar, daß eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten ihr vor allem die beste Aussicht auf einen anständigen Verdienst und rechte Beschäftigung eröffnet, und daß sie selber das größte Interesse daran hat, daß die Uhrenindustrie bestehen kann und nicht an innerer Schwäche zugrunde geht.

Wird die ganze Aktion, das Sanierungswerk, von dem der Bund ja nur den Teil « Subvention » regelt, während die Konventionen zwischen den verschiedenen Gruppen der Industrie abgeschlossen worden sind, Hilfe bringen? Ich glaube, die Frage darf und muß bejaht werden. Denn es kann dadurch doch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die bis heute in dieser Industrie wegen ihrer Zerfahrenheit bestanden haben, aus dem Wege geräumt werden, und andererseits ist die Gefahr der Entstehung von Außenseitern im Inland und im Ausland nicht sehr groß. In der Kommission hat ein berufener Vertreter der Uhrenindustrie Ihnen dargelegt, wie schwer und unrationell es wäre, einen Betrieb zu schaffen, der alle Bestandteile für die Uhr herstellte und sie selbst auch noch fabrizierte. Er hat erklärt, ein Versuch sei bis jetzt überhaupt noch nicht gemacht worden; er würde gewaltige Kosten erfordern und deshalb kaum gelingen, weil es gerade für die Fabrikation der Bestandteile notwendig sei, eine erhebliche Kundschaft an der Hand zu haben, was aber hier nicht zu erreichen sei, weil sozusagen die ganze Uhrenindustrie durch die Konvention und die Holding gebunden ist. Die verschiedenen Gruppen beliefern sich, sind aber auch ihrerseits Bezüger der andern.

Soviel ist von dem, was die verschiedenen Redner namentlich Herr Regierungsrat Joß und Herr Escher mitgeteilt haben, richtig: Daß in gewissen Kreisen der Uhrenindustrie noch Bedenken bestehen, daß verschiedene Gruppen, ursprünglich namentlich gewisse große Fabrikanten, nicht recht mitmachen wollen. Es gibt aber auch noch andere Betriebe, die zögern und Klagen erheben, auch kleinere. Ich habe ein ganzes Dossier von Zuschriften aus der Uhrenindustrie beisammen; sobald dieser Bundesbeschuß von Ihnen und vom Ständerat angenommen sein wird, werden wir uns nächste Woche an die Arbeit machen und die Differenzen zu erledigen suchen. Denn Sie erteilen uns durch den Bundesbeschuß ja bloß die Ermächtigung, die Holdinggesellschaft zu unterstützen, aber Sie werden mit mir einverstanden sein, daß wir von dieser Ermächtigung nur Gebrauch machen, wenn die Uhrenindustrie uns Bedingungen bietet, von denen wir annehmen dürfen, daß sie die Erfüllung des Gesellschaftszweckes und des ganzen Sanierungsprojektes ermöglichen und

sichern. Wir wollen aber unsere Pflicht tun und zur Unterstützung die Hand bieten. Ich bin überzeugt davon, daß die, die zaudern und die, die für sich etwas Besonderes herauschlagen möchten, die Verantwortlichkeit für ein Scheitern der Unternehmung nicht übernehmen möchten.

Von dieser Erwägung ausgehend halte ich es für wünschenswert, daß Sie das Projekt rasch erledigen und uns dadurch in die Lage versetzen, der Uhrenindustrie zu Hilfe zu kommen. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß diese Organisation heute nicht nur die einzige Hoffnung der Industrie, sondern auch die einzige Hoffnung der Arbeiterschaft ist. Und wenn heute noch Lücken bestehen und die Konventionen noch nicht in allen Teilen befriedigen, dann können Sie sich damit trösten, daß die einmal organisierte Zusammenarbeit weitergeführt wird, daß die Lücken ausgefüllt, die Fehler verbessert werden und daß aus der Uhrenindustrie eine ausreichende und wirksame Organisation herauswächst. Allerdings ist dazu nötig auch eine Verbesserung der allgemeinen Weltlage und ein Abflauen der Krise. Diese kann nicht von uns und nicht auf diesem Wege gebannt werden, aber wir können helfen, die Industrie in die Lage zu versetzen, sich zu organisieren und den Schwierigkeiten leichter Trotz zu bieten und günstigere Verhältnisse auszunutzen.

Ich empfehle Ihnen also, obwohl sich zugebe, daß man nicht mit aller Sicherheit sagen kann, der erhoffte und erwartete Erfolg werde eintreten, im vollen Maße die Vorlage anzunehmen. Ich tue es namentlich auch darum, weil ich überzeugt bin, daß im gegenteiligen Fall für die Uhrenindustrie eine wahre Katastrophe eintreten wird. Bietet der Bund die Hand zur Hilfe, so ist der Anfang zur Organisation und zur Sanierung geschaffen, die wir alle der Uhrenindustrie von ganzem Herzen wünschen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Eintreten auf den Beschlußentwurf	große Mehrheit
Dagegen	2 Stimmen
Für Annahme des Postulates Schmid-Olten	39 Stimmen
Für Ablehnung	83 Stimmen

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Titel und Ingreß

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Titre et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Wetter, Berichterstatter: Art. 1 umschreibt den Umfang der Bundeshilfe: 6 Millionen Beteiligung am Aktienkapital, von dem nachher zu sprechen ist und $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken zinsloses Darlehen. Dieses Darlehen dient zur Verstärkung der Betriebsmittel der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G., die nötig sind zum Kauf der Aktienmehrheit der Spiraux-, Balanciers- und Assortimentsgruppen, zur Uebernahme von größeren « Fabriques mixtes » und zum Kauf der großen Mehrheit der Ebauches-Aktien. Das Betriebskapital wird außer diesen $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken noch aufgebracht durch das Aktienkapital von 10 Millionen Franken und Bankenkredite von 10—12 Millionen Franken. Das zinslose Darlehen des Bundes von $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken bedeutet also für den Trust während der Zeit seiner Kinderjahre billige Betriebsmittel. Der Kredit soll rückbezahlt werden vom 1. Juli 1934 in jährlichen Raten von 1 Million Franken. Sollte, was nicht wahrscheinlich ist, der Trust vor völliger Abzahlung des Darlehens liquidiert werden, also beispielsweise im Jahre 1935 anlässlich des Ablaufes der verschiedenen Konventionen, so würde das Darlehen selbstverständlich eine Schuld des Trustes bedeuten, die vor Rückzahlung des Aktienkapitals zu begleichen ist.

Art. 1 beginnt mit der Wendung: « Der Bundesrat wird ermächtigt. » Der Bundesrat ist also nicht gezwungen, die Subvention zu sprechen, sofern noch hängige Unsicherheiten nicht behoben werden sollten. Diese Unsicherheiten bestehen noch zum Teil.

Die Botschaft sagt nämlich auf Seite 33: « Bis in die letzten Tage hinein bestanden auch noch gewisse Divergenzen und einzelne Unternehmungen zauderten, ob sie sich der getroffenen Organisation anschließen wollen oder nicht. Verhandlungen, die in allerletzter Zeit stattfanden, haben indessen zu einer Einigung geführt, die in Beschlüssen der einzelnen Gruppen demnächst den formellen Abschluß finden wird. » Wir setzen voraus, daß diese Abmachungen so fixiert werden, daß alle schutzwürdigen Interessen der Industrie geschont werden. Ich empfehle Ihnen Art. 1 zur Annahme.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2 und 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Wetter, Berichterstatter: Ich nehme die Erklärungen für Art. 2 und 3, die die Beteiligung des Bundes von 6 Millionen Franken betreffen, zusammen. Diese 6 Millionen Franken sind zu Abschreibungen zu verwenden, zusammen mit den 5 Millionen, die von der Industrie aufzubringen sind und die durch eine Produktionsabgabe, von der man jährlich 1,4 Millionen Franken Ertrag erwartet, hereingebracht werden sollen. Diese Abschreibungen haben zu erfolgen, wenn man die Bilanz von allen Nonvaleurs säubern will, die herrühren von einer teilweisen not-

wendigen Ueberzahlung der aufgekauften Betriebe und der übernommenen Aktien, aber auch von der Bezahlung von Verzichts- und Stilllegungsentschädigungen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Bemerkung zurückkommen, die Herr Scherer erwähnt hat. Herr Dr. Scherer hat die Sache so dargestellt, als ob den aufgekauften Unternehmungen eine Art Bundesgeschenk verabfolgt werde, indem der Bund diese Betriebe überzahle. Die Sache ist nicht ganz so. Man darf nicht vergessen, daß ja in erster Linie die Unternehmungen der Uhrenbestandteile und Ebauches-Unternehmungen zurückgekauft werden, oder daß man in ihnen die Aktienmehrheit zu erreichen sucht. Diese Unternehmungen waren in ihrer Produktion durchaus rentabel und würden es auch bleiben und würden infolgedessen einen gewissen innern Wert haben. Wenn der Trust diese Unternehmungen zurückkauft, wird er einen Teil stilllegen, einen Teil in ihrer Produktion reduzieren müssen. Sie werden also für den Trust nicht mehr den gleichen innern Wert besitzen, den sie besessen haben in der Hand der privaten Unternehmer. Deshalb muß der Trust diese Unternehmungen anders in seine Bilanz einsetzen, als sie die privaten Unternehmer selbst hätten einsetzen können. Er muß diese Unternehmungen auf den reduzierten Wert herabsetzen, der der Reduktion der Produktion entspricht.

Für diese 6 Millionen Franken, die der Bund einwirft, erhält er 6000 Aktien, abgeschrieben auf 1 Fr. Diese kleinen Aktien besitzen aber das gleiche Stimmrecht wie die 10,000 Privataktien der Industrie und der Banken zu je 1000 Fr. Der Bund ist also in der Gesellschaft Großaktionär, mit dem man rechnen muß, ohne daß er aber die Generalversammlung zu majorisieren in der Lage sein wird. Es soll also immerhin der Aktiengesellschaft der vorwiegend privatwirtschaftliche Charakter erhalten werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Industrie für die 5 Millionen Franken, die sie zu Abschreibungen beizutragen hat, keine solchen Aktien erhält, sich also in dieser Beziehung in einer ungünstigeren Lage befindet als der Bund. Ich beantrage Ihnen Annahme von Art. 2 und 3.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Wetter, Berichterstatter: Dieser Artikel regelt die Verteilung des Reingewinns der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G. Um diese Bestimmungen richtig einschätzen zu können, muß man sich der Natur des Trustes bewußt bleiben. Er soll keine Erwerbsgesellschaft, sondern eine Organisation zur Wahrung der Gesamtinteressen der Uhrenindustrie sein. Er hat schwere finanzielle Verpflichtungen auf sich zu nehmen und auch nach den beabsichtigten Abschreibungen von 11 Millionen Franken bleibt ihm eine Bilanz, bei der wohl Privatbetriebe weitere bedeutende Reservestellungen als notwendig und selbst-

verständlich erachten würden. Es sollen also die Bestimmungen über die Verteilung des Reingewinns diese Reservestellungen begünstigen und die Gesellschaft stärken. Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements hat in der Eintretensdebatte erklärt, daß dem Bund nicht so sehr an der Verzinsung seiner Beteiligung als an der inneren Stärkung des Trustes gelegen sei. Dieser Standpunkt ist wohl der einzig richtige. Deshalb ist auch folgende Verteilung des Reingewinns vorgesehen: Zuerst eine Verzinsung von $4\frac{1}{2}\%$ an das private Aktienkapital nach Vornahme der nötigen Abschreibungen. Diese $4\frac{1}{2}\%$ entsprechen einer normalen Verzinsung. Dann sollen eventuell außerordentliche Abschreibungen und Reservestellungen erfolgen zur finanziellen Stärkung der Gesellschaft. Erst nachher verlangt der Bund für seine Beteiligung von 6 Millionen Franken eine Verzinsung bis auf 2% . Selbstverständlich bleiben auch hier die von der Industrie zu Abschreibungen eingebrachten 5 Millionen Franken ohne jede Verzinsung. Ein allfällig noch verbleibender Ueberschuß wird auf beide Aktienkategorien verteilt bis zu einer Maximaldividende von 6% für das private Aktienkapital und $3\frac{1}{2}\%$ für das Aktienkapital des Bundes. Es ist anzunehmen, daß sicher für die nächsten Jahre, wohl aber auch für eine weitere Zukunft, die finanziellen Ergebnisse des Trustes kaum so sein werden, daß die Verteilung des Reingewinns irgendwelche Schwierigkeiten bereiten werde, denn der Trust hat noch viel Arbeit vor sich, und die Mittel, die er dazu nötig haben wird, belaufen sich wohl auf hohe Summen.

Angenommen. — Adopté.

Art. 5.

Antrag der Kommission.

Im Falle der Liquidation der Gesellschaft wird zunächst das private Aktienkapital bis zum Nominalbetrage zurückbezahlt. Den Rest erhält der Bund bis auf den einbezahlten Betrag von 6 Millionen Franken. Ein allfällig weiterer Rest entfällt proportional auf das private Aktienkapital und auf das Subventionskapital des Bundes.

Proposition de la commission.

En cas de liquidation de la société, le capital social constitué par les fonds privés sera remboursé en premier lieu, jusqu'à concurrence de sa valeur nominale. La Confédération sera désintéressée ensuite, jusqu'à concurrence des 6 millions de francs qu'elle a versés. Le solde, s'il y en a un, sera réparti proportionnellement entre le capital social constitué par les fonds privés et le capital fourni par la Confédération à titre de subvention.

Wetter, Berichterstatter: Art. 5 regelt die finanziellen Verhältnisse bei einer eventuellen Liquidation der Gesellschaft. Zuerst soll das private Aktienkapital von 10 Millionen Franken, dann die Bundeseinlage von 6 Millionen Franken zurückbezahlt werden. Auch hierbei erinnere ich daran, daß die von der Industrie zu Abschreibungen weiter eingeschossenen 5 Millionen Franken bei dieser Verteilung unberücksichtigt bleiben. Und doch ist die Kommission nun noch etwas weiter gegangen als der

Bundesrat in Berücksichtigung der Einlage des Bundes. Während der Bundesrat vorgesehen hat, daß ein allfälliger weiterer Rest nach Rückzahlung der 10 Millionen Franken Aktienkapital an Industrie und Banken und der 6 Millionen an den Bund dem privaten Aktienkapital überlassen werden sollte, wohl mit Rücksicht auf die bei der Gründung von der Industrie eingebrachten 5 Millionen Franken à fonds perdu, will die Kommission diesen allfälligen weiteren Rest proportional auf die beiden Aktienkapitalien verteilen. Wenn man annehmen müßte, daß eine allfällige Liquidation wirklich solche Ueberschüsse zutage fördern würde, könnte man sich fragen, ob es gerecht wäre, daß der Bund schlußendlich aus dieser Sanierungsaktion noch ein Geschäft machen sollte. Weil aber aller Voraussicht nach die Schätze der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G. bei einer allfälligen Liquidation nicht ins Ungemessene gestiegen sein werden, ist es nicht von sehr großer Bedeutung, ob die eine oder die andere Fassung gewählt wird. Die Kommission schlägt Ihnen mit Zustimmung des Vertreters des Bundesrats die abgeänderte Fassung vor, wonach ein allfälliger Rest im Verhältnis der beiden Aktienkapitalien zu verteilen wäre.

Angenommen. — Adopté.

Art. 6.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Der Bundesrat ist berechtigt, bis auf 5 Mitglieder des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G. zu bezeichnen, die die gleichen Rechte haben wie die übrigen Mitglieder.

Ihre Aktienhinterlage gilt durch die unveräußerliche Beteiligung des Bundes als geleistet.

Minderheit:

(GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Perret, Schmid-Solothurn.)

¹ Der Bundesrat ist im Verwaltungsrat und im Ausschuß der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G. im Verhältnis seiner Beteiligung am Aktienkapital und zur Anzahl der Mitglieder in beiden Behörden vertreten. Die Hälfte seiner Vertretung ist der Arbeiterschaft zu überlassen.

² Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.

Propositions de la commission.

Majorité:

Le Conseil fédéral est autorisé à désigner au maximum cinq membres du conseil d'administration de la société générale de l'horlogerie suisse S. A.; les membres ainsi désignés auront les mêmes droits que les autres.

La participation intransmissible de la Confédération tient lieu de dépôt d'actions pour ces cinq membres.

Minorité:

(GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Bienne, Perret, Schmid-Soleure.)

¹ Le Conseil fédéral sera représenté dans le conseil d'administration et dans le comité de direction

de la société générale de l'horlogerie suisse S. A. par un nombre de membres proportionné à la participation de la Confédération au capital social. Les membres désignés par le Conseil fédéral devront être, pour moitié, des représentants de la classe ouvrière.

² Adhérer à la proposition de la majorité.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Nach diesem Artikel soll der Bundesrat ermächtigt sein, bis auf 5 Mitglieder des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A. G. zu bezeichnen, die die gleichen Rechte haben wie die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates. Sie sollen also nicht nur Beobachter, sondern Mitarbeiter und mitbestimmend sein. Der Bundesrat wollte sich mit vier Mitgliedern begnügen. Die Kommission versuchte im Einverständnis mit dem Vertreter des Bundesrats eine Einigung mit weitergehenden Anträgen der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission und erhöhte die Zahl auf fünf. Der Einigungsversuch schlug trotzdem fehl, wie der vorliegende Antrag der Minderheit zeigt.

Ueber diese Beteiligung des Bundes kann man verschiedener Meinung sein. Es gibt im Rate viele — ich gestehe Ihnen offen, daß ich zu ihnen gehöre — die es lieber gesehen hätten, wenn der Bund sich mit eingehenden Rapporten des Verwaltungsrates begnügt hätte, ohne auf die eigentliche Geschäftsführung Einfluß zu nehmen. Sie haben Bedenken gegen diese Mitarbeit, die eine entsprechende Mitverantwortung nach sich zieht. Doch diese Frage steht heute nicht mehr zur Diskussion. Allen denen, die glauben, daß der Bund eine numerisch stärkere Vertretung haben sollte — und dazu gehört in erster Linie die Kommissionsminderheit — möchte ich zu bedenken geben, daß die Vertretung des Bundes doch vielleicht eine etwas besondere Stellung einnehmen wird, weil hinter ihr der große Geldgeber steht, und daß ihre Bedeutung und auch ihr Gewicht im Verwaltungsrat doch größer sein dürfte, als ihrem zahlenmäßigen Verhältnis entspricht. Aber noch weiter zu gehen, dazu kann sich die Kommission nicht entschließen, im Gegenteil, sie war eigentlich in ihrer Mehrheit für vier Mitglieder. Wenn sie gewußt hätte, daß der Minderheitsantrag dennoch vor den Rat kommt, wäre sie vielleicht auch bei dieser Zahl geblieben.

Mit bezug auf den Direktionsausschuß hat der Bund keine Bedingungen aufgestellt. Der Bundesrat spricht allerdings in seiner Botschaft (Seite 30) die Hoffnung aus, daß der Verwaltungsrat von selbst dazu kommen werde, eine Vertretung des Bundes in den maßgebenden Ausschuß zu wählen. Der Wunsch ist somit ausgesprochen; ich will mich dazu nicht weiter äußern.

Die im Antrag der Kommissionsmehrheit vorgesehene Vertretung des Bundes in den leitenden Organen soll dazu angetan sein, den privatwirtschaftlichen Charakter des Trustes zu dokumentieren. Dieser Auffassung gegenüber bringt nun der Minderheitsantrag eine grundsätzlich andere Einstellung. Er will der Holdinggesellschaft gar nichts an Rechten schenken. Er verlangt die Beteiligung des Bundes im Verhältnis seines Aktienkapitals, und zwar in beiden Behörden, im Verwaltungsrat und im leitenden Ausschuß. Dagegen haben alle übrigen Mitglieder der Kommission ausgesprochen Stellung genommen, und wir nehmen ebenso entschieden Stellung da-

gegen, daß im Bundesbeschluß die Hälfte der Bundesvertretung der Arbeiterschaft garantiert werde. Nicht daß Bundesrat und Kommission sich gegen das Prinzip ausgesprochen hätten. Im Gegenteil hat der Vertreter des Bundesrats erklärt, daß der Bundesrat bereit sei, der Arbeiterschaft, respektive deren Vertrauensleuten, eine Vertretung zu geben. Aber ein Recht mit bezug auf ein bestimmtes Zahlenverhältnis ist grundsätzlich abzulehnen und noch entschiedener ist eine Formulierung abzulehnen, die besagt, daß der Bund die Hälfte seiner Vertretung der Arbeiterschaft überlassen müsse; das würde nicht mehr und nicht weniger heißen, als daß der Bundesrat sich seiner Wahlfreiheit begeben würde. Er soll aber nach Ansicht der Kommission in der Bestellung seiner Vertretung durchaus frei sein und keine Weisungen von irgendwelcher Seite entgegenzunehmen haben. Ich empfehle Ihnen deshalb den Antrag der Kommissionsmehrheit und Ablehnung des Minderheitsantrages.

Präsident: Zu Art. 6 liegt ein Antrag der Kommissionsminderheit vor. Der Vertreter der Kommissionsminderheit erklärt, er habe in seinem Votum diesen Antrag bereits begründet und verzichte auf weitere Ausführungen.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Mehrheit	65 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	35 Stimmen

Art. 7.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Wetter, Berichterstatter: Art. 7 bringt die Dringlichkeitsklausel. Ich glaube nach allem, was hier über die Dringlichkeit dieser Hilfsaktion gesprochen worden ist, bedarf die Dringlichkeitsklausel selber keiner weiteren Begründung.

Angenommen. — Adopté.

Art. 8.

Anträge der Kommission.

Mehrheit.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

I. Minderheit.

(GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Perret, Schmid-Solothurn.)

...beauftragt. Er ist berechtigt, an die Auszahlung der in Art. 1 erwähnten Summen noch weitere in diesem Beschlusse nicht enthaltene, im öffentlichen Interesse gelegene Bedingungen zu knüpfen.

II. Minderheit.

(Escher, Joß, Müller-Schmerikon, Perrier, von Streng, Wunderli.)

Abs. 2 (neu). Er ist ermächtigt, an die Auszahlung der in Art. 1 erwähnten Summen weitere Bedingungen zu knüpfen, namentlich betreffend die Lage der Eigentümer und Arbeiter jener Betriebe der Uhrenindustrie, die im Interesse der Allgemeinheit stillgelegt werden müssen oder die in die allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. nicht aufgenommen werden.

Propositions de la commission.

Majorité.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

I^{re} Minorité.

(GrosPierre, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Perret, Schmid-Soleure.)

Le Conseil fédéral est chargé de l'exécution du présent arrêté. Il est autorisé à subordonner le versement des sommes fixées par l'article premier à des conditions qui ne sont pas énoncées dans le présent arrêté et que justifie l'intérêt public.

II^e Minorité.

(Escher, Joß, Müller-Schmerikon, Perrier, von Streng, Wunderli.)

2^o al. (nouveau). Il est autorisé à subordonner le versement des sommes mentionnés à l'article premier à d'autres conditions, notamment quant à la situation des propriétaires et ouvriers des fabriques qui devront être fermés dans l'intérêt de la collectivité ou qui ne sont pas admises dans la société générale de l'horlogerie suisse.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Zu Art. 8 beantragt die Kommission eine Ergänzung. Der Bundesrat soll berechtigt sein, an die Auszahlung der in Art. 1 erwähnten Summen noch weitere, in diesem Beschluß nicht enthaltene, im öffentlichen Interesse gelegene Bedingungen zu knüpfen. Mit dieser Ergänzung ist auch der Bundesrat einverstanden. Sie soll ihm die Möglichkeit geben, dafür zu sorgen, daß bei Ausrichtung seiner Subvention alle Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung der allgemeinen schweizerischen Uhrenindustrie A. G. gegeben sind.

Zu dieser allgemeinen Formulierung beantragt Ihnen Herr Dr. Escher eine Ergänzung, indem er nach zwei Richtungen hin diese Möglichkeit eines bundesrätlichen Eingriffes präzisiert. Er will, daß der stillgelegte Unternehmer nicht zu kurz komme und daß bei Stilllegungen auf die örtlichen Verhältnisse und die Arbeiterschaft gebührend Rücksicht genommen werde.

Wenn auch die Wichtigkeit dieser beiden Punkte nicht verneint werden soll, so ist es nach Ansicht der Kommissionsmehrheit gefährlich, in diesem Zusammenhang zwei spezielle Punkte zu erwähnen, während vielleicht andere ebenso wichtig sind. Nach den Erklärungen der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A. G., die Ihnen durch Herrn Joß zur Kenntnis gebracht worden sind, ist es wohl nicht nötig, daß man diese beiden gewiß wichtigen

Punkte extra erwähnt. Ich würde glauben, daß Herr Dr. Escher und seine Freunde auf die Beifügung verzichten könnten, indem die allgemeine Fassung, die die Kommission diesem Artikel gibt, Herrn Dr. Escher vollständige Beruhigung geben könnte. Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen und den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Präsident: Zu Art. 8 liegt ein Antrag der ersten Kommissionminderheit vor, der bereits begründet worden ist.

Escher, Berichterstatter der zweiten Minderheit: Ich kann leider dem Wunsche des Herrn Präsidenten der Kommission nicht willfahren, ich muß den Antrag aufrecht erhalten. Ich möchte ihn nicht weiter begründen, aber doch einer Behauptung entgegen treten. Es ist gesagt worden, ich sei bei der Begründung des Antrages von einer falschen Voraussetzung vorausgegangen, da diese Superholdinggesellschaft keine Fabrikationsbetriebe inne habe. Dem gegenüber stelle ich fest, daß gerade diese Gesellschaft die Aufkäufe macht, daß sie über 44½ Millionen Franken Aktiven besitzt, von denen Abschreibungen gemacht werden müssen. Mein Antrag geht gerade dahin, daß für die stillgelegten Betriebe, wenn möglich zum Schutze der Arbeiter und auch der Fabrikanten Maßregeln getroffen werden.

Der Antrag hat keine imperative Form, man will dem Bundesrat bloß die Möglichkeit geben, Bestimmungen aufzustellen, wenn die Verhältnisse es nötig machen. Ich glaube, wenn man wirklich mit dem Sinn und Geist des Antrages einverstanden ist, dann sehe ich auch kein Hindernis, dem Antrag zuzustimmen, damit er in dem Bundesbeschlusse aufgenommen wird. Mit der Erklärung, die heute verlesen wurde, können wir uns nicht begnügen. Wir haben ja volles Vertrauen in diese Herren und wir glauben, daß sie ihr Möglichstes tun werden, um diesen Wünschen Nachachtung zu verschaffen. Aber es sind zwei Privatmänner, die diese Erklärung unterzeichnen, die keinen Auftrag haben, und die die Gesellschaft als solche nicht vertreten können. Wenn sie in diesem Sinne wirken, ist es gut und schön, aber sie werden darin gerade durch meinen Antrag wirkungsvoll unterstützt werden.

Ast: Ich möchte Ihnen ganz kurz eine dieser Bedingungen, die der Bundesrat an die Auszahlung der Subvention knüpfen sollte, nennen, ich meine die Schaffung einer Rekursinstanz für diese Organisation.

Man hat in der Eintretensdebatte mit Recht darauf verwiesen, daß den Mitgliedern der Bundesversammlung mit der Zustimmung zum Beschlusse eine große Verantwortung auferlegt werde. Ich meine damit nicht in erster Linie die Subvention in ihrer finanziellen Auswirkung. Die finanzielle Tragweite der Subvention von 6 Millionen und die übrigen zinslosen Vorschüsse können wir sehr wohl überblicken. Aber ich denke in erster Linie daran, daß wir hier eine moralische Verantwortung gegenüber den durch die Maßnahmen Betroffenen übernehmen. Nach meiner Auffassung sollte eine gewisse Sicherheit stipuliert werden.

Dieser Gedanke ist mir schon beim Studium der bundesrätlichen Vorlage gekommen, in vermehrtem Maße aber beim Studium der mir zufälligerweise zur Verfügung gestellten Statuten der Organisation. Es heißt in Art. 19: «Der Verwaltungsrat kann einen beliebigen Teil der Befugnisse dem Direktionsausschuß, einzelner Verwaltungsratsmitglieder als Delegierte, einer oder mehrerer Drittpersonen der Direktion oder Spezialkommission, der außer Mitgliedern des Verwaltungsrates noch Drittpersonen angehören, übertragen.»

Ich habe die Auffassung, wenn wir in diesem Statut von drei oder vier Vollzugsorganen sprechen, die auf keine Weise Gewähr bieten, daß der Beschluß nach einheitlichen Prinzipien angewendet werde, so sollte man diesen Leuten, die durch diese Maßnahmen betroffen werden, ein rechtliches Instrument zur Verfügung stellen, in Form einer Rekursinstanz.

Ich verstehe ganz wohl, die Vollzugsdirektion ist eine Verwaltungsbehörde, die das Ganze im Auge hat, die einfach das Gedeihen der Organisation zu ihrem Ziele macht. Da werden bei Vollzugsheschlüssen naturgemäß Härten für Betroffene resultieren, bei denen nicht immer die mögliche Rücksichtnahme stattfindet. Wird eine Rekursinstanz geschaffen, so kann der Einzelfall besser untersucht und es können unter Umständen Härten gemildert werden.

Daß ich mit diesem Gedanken nicht allein auf diesem Boden stehe, dafür scheint mir der Umstand zu sprechen, der mir seit Freitag zur Kenntnis gekommen, daß dieser Gedanke auch in der Beratung der Statuten in Form eines Antrages zum Ausdruck kam, der folgendermaßen lautete: «Es wird eine Spezialkommission geschaffen unter dem Namen 'Wirtschaftliche Kommission', um eine richtige und billige Durchführung der Verträge zu gewährleisten und um die Unterzeichner dieser Verträge gegen alle willkürlichen Maßnahmen zu schützen und um ihren speziellen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Diese Kommission wird in letzter Instanz entscheiden über die von einem oder mehreren Vertragsunterzeichnern eingereichten Rekurse gegen die Entscheidungen kompetenter Organe der Organisation.»

Dieser Antrag ist in der Beratung mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt worden. Mir scheint, wenn 27 dieser Konvention Zustimmende das Gefühl haben, man sollte durch ein solches Rechtsmittel einen gewissen Schutz haben, so dürfte man diesem Gedanken Rechnung tragen.

Aus Gründen des Rechtsschutzes für die durch Maßnahmen Betroffenen, aber auch um das Gefühl der Verantwortung für uns etwas zu erleichtern, sollte der Bundesrat von dieser Bedingung Gebrauch machen.

Präsident: Stellt Herr Ast einen formellen Antrag oder ist das nur ein Wunsch?

Ast: Ich möchte, daß der Bundesrat nach dieser Richtung an die Auszahlung die Bedingung knüpft, daß in dieser Organisation eine Rekursinstanz geschaffen werde.

Präsident: Können Sie das nicht als Wunsch äußern?

Ast: Ja.

M. Perrier: Je regrette infiniment de prendre la parole à cette heure avancée mais permettez-moi cependant quelques paroles pour soutenir la proposition Escher. Nous avons certes hésité beaucoup à entrer en matière sur ce projet. Ce que nous regrettons, ce n'est pas la subvention. Des subventions, nous devons encore en donner dans cette période de crise. Ce que nous regrettons avec M. Escher et ce que je souligne avec lui, c'est que pour la première fois on fait intervenir directement les représentants de l'Etat dans la gestion d'une industrie et qu'on les fait asseoir dans les fauteuils du conseil d'administration. Si finalement nous acceptons le projet du Conseil fédéral, c'est qu'on nous assure que ce projet est non seulement exceptionnel, mais aussi temporaire: Je voudrais d'ailleurs à cet égard, avant le vote final, avoir une assurance à ce sujet. Il est au surplus préférable actuellement de donner du travail plutôt que de payer des indemnités de chômage.

Il y a un instant, M. Graber, dans un discours d'ailleurs fort éloquent, a dit qu'il y avait des côtés sombres et des côtés lumineux dans cette question. Cela est vrai, mais nos appréciations sont cependant différentes. Le côté sombre, je l'ai signalé il y a un instant. Il y a par contre un côté lumineux, que je voudrais rappeler dans ce débat.

Au fond, ce projet est la consécration d'un commencement d'organisation professionnelle, cette organisation professionnelle qui m'est chère et qui, de plus en plus, fait son chemin.

Nous pouvons affirmer, que l'anarchie qui règne actuellement dans la production est une des causes principales de la crise. L'incohérence qui a régné dans la production horlogère en est un exemple frappant.

Nous ne pouvons pas nous livrer à cette heure tardive à de longues considérations et je le regrette parce que ce sont là des problèmes qui mériteraient d'être discutés de façon approfondie.

Lorsque l'on parle d'organisation professionnelle, il y a parfois des confusions. Je crois même en voir dans le discours qu'a prononcé il y a un instant M. le Conseiller fédéral Schultheß, qui ne nous comprend pas complètement. Pour nous, il est bien entendu qu'une organisation professionnelle ne doit pas être une organisation étatiste. Et malgré les mérites indiscutables de l'organisation corporative italienne je ne crois pas que ce soit du côté italien que nous devions chercher nos exemples. L'organisation professionnelle doit être spontanée; la profession doit avoir son autonomie. L'Etat doit se réserver seulement le droit de haute surveillance qui lui appartient naturellement.

Je dois renoncer pour aujourd'hui à en dire davantage. Il y a une seule chose toutefois que je regrette: c'est que nous soyons obligés de prendre la décision qu'on nous propose sans avoir, sinon un statut professionnel complet, au moins l'embryon d'un statut professionnel. Nous nous trouvons dans la situation d'un chauffeur obligé de lancer sa locomotive sur la voie avant que les rails soient placés.

En revanche, ce que nous pouvons faire et ce que nous devons faire, aujourd'hui, c'est prendre les mesures les plus élémentaires et les plus urgentes pour empêcher les abus. Je suis un grand partisan de l'organisation professionnelle, mais je n'ignore pas que, de même que toute institution humaine, elle

pourra provoquer des abus. C'est ici que je rejoins la proposition de M. Escher, qui vous a signalé à juste titre certains écueils.

Ce que nous voulons, c'est sauvegarder en particulier la petite industrie qui, tout particulièrement dans l'horlogerie, est intéressante. Nous voulons empêcher qu'elle soit absorbée par la grande. Nous voulons que ces petits industriels si voisins de l'artisanat et qui veulent par ailleurs se soumettre à la loi professionnelle puissent s'intégrer dans l'organisme que nous allons sanctionner.

M. Ast a fait une proposition intéressante; elle ne peut pas aujourd'hui entrer en ligne de compte, mais ce qui me paraît nécessaire, c'est un commencement de protection des droits individuels. Vis-à-vis de l'Etat on est arrivé à une protection efficace de ces droits. Il devra en être de même dans l'organisation professionnelle.

M. le Conseiller fédéral Schultheß nous dit: «C'est vous qui demandez aujourd'hui de nouvelles compétences pour l'Etat». Je constate une fois de plus que j'ai un peu de peine à me mettre d'accord avec l'honorable chef du département de l'économie publique, lorsqu'il s'agit de questions économiques et sociales et particulièrement du rôle de l'Etat dans ce domaine. J'ai dit que j'étais opposé à l'entrée des représentants de l'Etat dans le conseil d'administration d'une entreprise, mais la question est entièrement différente lorsqu'il s'agit de replacer l'Etat sur le plan supérieur qu'il n'aurait jamais dû abandonner, et de le restituer dans sa fonction naturelle d'ordonnateur et d'arbitre suprême.

M. le Conseiller fédéral Schultheß a finalement accepté une formule générale permettant au Conseil fédéral de subordonner la subvention à d'autres conditions que celles de l'arrêté, mais il ne veut pas que nous précisions les cas auxquels M. Escher fait allusion. Mais nous sommes en présence d'un dilemme. Ou bien nous sommes d'accord, et alors pourquoi ne le disons-nous pas expressément, ou bien nous ne sommes pas d'accord, et alors nous voulons des assurances en faveur des petites industries et aussi de la classe ouvrière.

Je regrette la hâte qui m'est imposée par les circonstances, mais je me permets d'insister encore en faveur de la proposition de M. Escher.

Präsident: Ich möchte Sie dringend bitten, sich bei ihrer Aussprache möglichst kurz zu fassen. Morgen ist Herr Bundesrat Schultheß verhindert. Wir müssen also diesen Gegenstand heute noch zu Ende behandeln, damit der Ständerat sich noch mit dieser Vorlage zeitig genug befassen kann.

Büro: Ich möchte die Redaktionskommission einladen, zu prüfen, ob nicht in diesem Artikel gesagt werden sollte: «nicht genannten Bedingungen», statt: «nicht enthaltenen Bedingungen». Ich glaube die Kommission habe, wie dies auch die französische Fassung verrät, das erstere gemeint, da die letztere Fassung inhaltlich zu Beanstandungen führen müßte.

Bundesrat Schultheß: Ich bedaure, noch antworten zu müssen. Ich brauche dazu immerhin zehn Minuten oder eine Viertelstunde. Wenn Sie es wünschen, kann ich die Antwort auf morgen verschieben, die Sache ist wichtig genug.

Präsident: Ich denke, wir erledigen das Geschäft heute noch.

Bundesrat Schuitheß: Zunächst möchte ich zum Antrag Ast sprechen. Dabei ist folgendes klarzustellen. Das Sanierungsprojekt zerfällt in zwei Teile. Zunächst haben wir die Konvention, die die verschiedenen Groupements der Uhrenindustrie getroffen haben, die auf fünf Jahre abgeschlossen ist, in welcher sich die beiden Gruppen und die Industriellen gegenseitig Verpflichtungen auferlegt haben. In dieser Konvention sind den Generalversammlungen der betreffenden Gruppen und den Delegationen dieser Generalversammlungen gewisse Kompetenzen eingeräumt. Diese Kompetenzen haben einzelnen Industriellen etwas groß geschienen, und infolgedessen sind uns gegenüber Bedenken geäußert worden. In einer Konferenz wurde mit uns, also nicht in der Generalversammlung der Uhrenindustriengesellschaft jener Vorschlag redigiert, den Herr Ast vorgelesen hat. In der Folge haben aber dann Verhandlungen zwischen einzelnen Gruppen der Uhrenindustrie stattgefunden, in deren Verlauf die beanstandeten Artikel der Konvention, Ebauches-Manufactures, nämlich 7, 9 und insbesondere 11, gestrichen wurden. Damit wurden jene Kompetenzen, die den Delegierten der Versammlungen, den sogenannten *délégations réunies*, zugestanden waren, aufgehoben.

Nachher erklärte man, unter solchen Umständen sei die wirtschaftliche Kommission nicht mehr nötig. Diese wäre auf Wunsch der Uhrenindustrie in ihrer Mehrheit vom Volkswirtschaftsdepartement gestellt worden, welch fürchterlicher Staatssozialismus! Die Verbände hätten nur drei Sitze besetzt. Ich habe nicht darauf bestanden, eine solche wirtschaftliche Kommission zu ernennen. Wenn Herr Ast auf seiner Idee beharren sollte, so könnte diese Idee auf Grund des Textes, den die Kommission vorschlägt, verwirklicht werden. Herr Ast steht somit auf unserem Boden und nicht auf dem Boden der Herren Escher und Perrier, wenigstens mit seiner Motivierung. Sie finden, Herr Ast, in der Redaktion der Kommission, wie auch der Referent bestätigen wird, volle Genugung.

Darüber, ob wir auf die Kommission zurückkommen sollen, werden wir mit den Uhrenindustriellen zu verhandeln haben. Ich erkläre: Aufdrängen werden wir den Herren diese Kommission nicht.

Und nun der Antrag Escher. Dieser wurde ursprünglich von Herrn Joß unterstützt, allein Herr Joß hat, was ich betonen möchte, ihn fallen lassen, nachdem er durch den hier verlesenen Brief der Allgemeinen Uhrenindustrie A.-G. befriedigt ist. Dieser Brief enthält eine Interpretation der Aufgabe und der Texte, die dem Vorgehen zugrunde liegen. Herr Escher hat geglaubt, an seinem Antrag festhalten zu sollen, er möchte also, daß wir nicht nur noch im allgemeinen Bedingungen stellen können, die nicht im Bundesbeschluß schon genannt seien, sondern er wünscht, daß wir dann noch ganz spezielle Bedingungen stellen sollen, « *notamment quant à la situation des propriétaires et ouvriers des fabriques qui devront être fermées dans l'intérêt de la collectivité ou qui ne sont pas admises dans la société générale de l'horlogerie suisse* ».

In diesem ganzen Text sind zwei verschiedene

Nationalrat. — *Conseil national*. 1931.

Dinge vermengt und an der Basis der beiden Vorschläge befinden sich Irrtümer. In erster Linie wird hier gesagt, wir sollten darauf dringen, daß die Eigentümer und Arbeiter der Fabriken, die geschlossen werden, im allgemeinen Interesse entschädigt werden. Wenn die Holdinggesellschaft eine Fabrik schließt, so ist es eine solche, deren Aktienmehrheit sie bereits erworben hat und deren Eigentümer sie schon ausgekauft hat. Dann muß sie doch diese Eigentümer nicht nochmals entschädigen! Davon kann keine Rede sein. Wenn auf der andern Seite von Arbeitern gesprochen wird, so bin ich absolut dafür, daß die Arbeiter nach Möglichkeit berücksichtigt werden, aber man wird sich doch überlegen müssen, ob man für die Arbeiter, die zufällig in Unternehmungen tätig sind, die unter dem Einflusse der Holdinggesellschaft stehen, andere Grundsätze aufstellen soll, als für die übrigen Arbeiter. Aber es handelt sich nicht nur darum, sondern um das Prinzip, daß man der Holdinggesellschaft hier noch gewisse Lasten auferlegt und uns eine schwere Aufgabe überbindet. Es wird auch noch von den Betrieben gesprochen, die in die Allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. nicht aufgenommen werden. Was heißt das? Die Allgemeine Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. ist eine Aktiengesellschaft, in die man nicht eintritt wie in einen Gesangsverein. Man muß Aktien zeichnen, um Mitglied zu werden. Diese Aktiengesellschaft hat, wie erwähnt, gewisse Betriebe erworben. Wenn Sie den Text annehmen, den Herr Escher vorschlägt, dann könnte der Bundesrat von der Allgemeinen Schweiz. Uhrenindustrie A.-G. verlangen, daß sie eine Gesellschaft deshalb entschädigt, weil sie sie vorher nicht gekauft hat (Widerspruch). So steht es schwarz auf weiß; wenn das nicht so gemeint sein sollte, bitte ich, anders zu redigieren. Die Dinge sind kompliziert. Ich beklage mit Herrn Perrier, daß wir eilen müssen. Daran ist weder er noch ich schuld. Die Vorschläge sind nicht klar; es ist ein gewisses Durcheinander entstanden. Was eine Anzahl von Uhrenindustriellen eigentlich fürchtet, das ist nicht die Holdinggesellschaft, sondern die Beschlüsse, die auf Grund der Konventionen getroffen werden. Ich möchte betonen, daß wir der Grundidee, die die Herren geäußert haben, beigestimmt haben und daß wir uns von Ihnen die Kompetenz geben lassen wollen, noch weitere Bedingungen aufzustellen, als sie schon im Bundesbeschluß enthalten sind. Wir bitten Sie, diese Bedingungen nicht noch in einzelnen ganz bestimmten Richtungen zu präzisieren. Aufzählungen in Gesetzestexten sind immer verhängnisvoll und schwierig. Erstens riskiert man, nicht vollständig zu sein, und zweitens läuft man Gefahr, wenn es etwas schnell geht, wie hier, daß man nicht ganz bestimmte Ausdrücke wählt. Ich bitte die Herren, nicht darauf zu bestehen. Wir können, was nötig ist, tun; wir werden für gerechte und billige Erledigung sorgen, aber die Anträge, die hier vorliegen, können wir nicht akzeptieren, sie gehen über die eigenen Gedanken der Antragssteller hinaus. Ich will nicht noch einmal davon sprechen, daß Sie uns diskretionäre Gewalt in die Hände geben, die wir gar nicht verlangt haben. Wenn wir sie nicht verlangen, bekommen wir Kompetenzen; wenn wir sie verlangen, macht man sie uns streitig. Auf diese Rechte hätten wir verzichtet. Stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsmehrheit

zu und geben Sie uns nicht noch mehr Rechte; wir haben genug.

Präsident: Die Herren Ast und Biroll haben keine bestimmten Anträge gestellt, sondern nur Wünsche geäußert; es bleibt also nur abzustimmen zwischen dem Antrag Escher und dem Antrag der Kommissionsmehrheit.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Mehrheit Mehrheit

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble.

Für Annahme des Beschlußentwurfes Mehrheit

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Ständerat
Conseil des Etats

Sitzung vom 24.9.1931
Séance du 24.9.1931

Vormittagssitzung vom 24. September 1931.
Séance du matin du 24 septembre 1931.

Vorsitz — Présidence: M. Charmillot.

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.

Aide à l'industrie horlogère.

Botschaft und Beschlusentwurf vom 11. September 1931
 (Bundesblatt II, 189). — Message et projet d'arrêté du
 11 septembre 1931 (Feuille fédérale II, 193).

Beschluß des Nationalrates vom 21. September 1931.
 Décision du Conseil national du 21 septembre 1931.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

M. le Président: Le Conseil national ayant décidé l'impression de la sténographie de ses débats sur l'aide à l'industrie horlogère, nous vous proposons de faire sténographier la discussion de votre Conseil sur ce même objet.

Zustimmung: -- *Adhésion.*

M. Béguin, rapporteur: Aide-toi, le ciel t'aidera. Tel est, en deux mots — en admettant qu'en l'espace le ciel, c'est la Confédération suisse — le résumé du remarquable message, du 11 septembre 1931, par lequel le Conseil fédéral saisit l'Assemblée fédérale du problème, vaste et complexe, d'une aide en faveur de l'industrie horlogère.

C'est dans un sentiment mélangé de soulagement et d'espoir qu'au cours de l'été pluvieux et maussade dont nous venons de sortir, les populations et les autorités des régions où l'on fabrique la montre ont appris la constitution de la Société générale de l'horlogerie suisse S. A.

Tous ceux que préoccupent les difficultés actuelles de notre horlogerie étaient impatients de connaître le résultat d'un travail de recherches de méthodes de réorganisation que l'on savait être particulièrement laborieux. Spécialement dans les régions où l'on vit en quelque sorte exclusivement de l'industrie horlogère, la satisfaction a été grande de savoir qu'une œuvre solide et durable allait être créée et qu'un rayon d'espérance pouvait luire enfin dans des âmes dès longtemps angoissées et inquiètes. C'est dire qu'indépendamment des considérations d'ordre matériel et politique, dont nous avons à estimer aujourd'hui la portée et la valeur, l'aspect moral de la restauration de l'industrie horlogère ne saurait nous échapper. L'aboutissement de ce plan de reconstruction, auquel d'emblée le Conseil fédéral a réservé

le meilleur accueil, est de nature à faire naître un peu de confiance, en même temps qu'il contribuera à vaincre le découragement et le défaitisme. Il nous plaît de constater que c'est par un ample geste de large solidarité confédérale que le parlement suisse s'apprête à mettre fin aux travaux de la 28^e législature fédérale.

Il y a des hésitations; nous les comprenons. Cependant, il est certain que, si l'industrie horlogère n'était pas l'une des branches essentielles de la vie économique du pays, on ne songerait pas à venir à son secours en une forme aussi nouvelle que celle dont il s'agit présentement. En Suisse, l'importance de l'horlogerie est si considérable qu'elle occupe plus de 55,000 ouvriers et ouvrières. Dans les années normales, l'horlogerie suisse exporte des montres pour près de 300 millions de francs. Aussi l'on a pu dire avec raison que « Suisse » et « montre » sont devenus des termes presque inséparables.

C'est par la réparation de pendules de tous genres qu'ont débuté les artisans qui furent chez nous, après Daniel Jean-Richard, les précurseurs de la fabrication de la montre. Quand bien même l'étranger les avait devancés, ils se sont mis à la besogne avec autant d'ardeur que de soin. Dans l'ensemble de la partie française du Jura, de Genève jusqu'à la frontière soleuroise, puis jusqu'à Soleure, enfin, plus tard, jusqu'à Bâle-Campagne et Schaffhouse, la confection de la montre s'est successivement étendue. A l'origine, la montre est un produit du travail de la famille. Plus tard, l'atelier, que les horlogers appellent le comptoir, voit le jour; l'usine lui succède, en particulier pour la construction de l'ébauche; la manufacture est le dernier stade du développement de la fabrication.

L'horlogerie suisse offre à tous, à des prix modérés, souvent trop bas, des montres de tous calibres: la montre ancre courante ou la montre ancre de précision, le chronomètre de poche, le chronomètre de bord et le chronomètre de marine. Nos horlogers ont voulu satisfaire tous les désirs et n'ont rien négligé pour attirer la clientèle avec ses goûts changeants: le commerce horloger offre au public mondial la montre de poche, la montre-bracelet, l'article fantaisie ou l'article classique. En vue de multiplier les occasions de vente et d'écoulement de leurs produits, nos fabricants ont mis le mouvement d'horlogerie dans les métaux les plus divers, vils ou précieux; la fabrication moderne a même fait de la montre un bijou soumis aux fluctuations et aux caprices de la mode.

De tous temps, l'horlogerie suisse a dominé d'une manière indiscutable ses concurrents étrangers par la qualité et la supériorité de ses produits. Cette concurrence existe en Amérique, au Japon, en Allemagne, en France. Cependant ces concurrents étrangers ne peuvent se passer des fournitures essentielles venant de la Suisse; ils sont dépendants de nos usines produisant les balanciers, les spiraux, les assortiments, et cela pour tous leurs produits de qualité. On sait que l'industrie concurrente n'a pu se maintenir que par une protection douanière toujours plus accentuée.

L'horlogerie suisse est donc au bénéfice d'une situation acquise par l'excellence de ses produits. Incontestablement, c'est une de nos grandes industries. La soutenir et la protéger contre ceux qui,

à l'intérieur, comme à l'extérieur, la compromettent et l'avalissent, tel est le souci des hommes de cœur, de foi et de volonté — industriels, financiers, magistrats — auxquels nous sommes redevables du projet d'arrêté fédéral adopté lundi soir, 21 septembre, par le Conseil national.

Si, d'une part, notre horlogerie est spécifiquement suisse, en ce sens que tout est suisse dans les principes techniques qui en inspirent la fabrication de Schaffhouse à Genève, on doit constater que cette industrie est née dans un pays étroit et de territoire modeste, ne lui offrant qu'un marché intérieur de cadre restreint et insuffisant. Tandis que, lorsqu'elle travaille, l'horlogerie suisse est la grande animatrice du Jura tout entier, c'est, croyons-nous, la seule industrie du monde, de cette importance, qui soit obligée d'exporter sur les marchés étrangers, où elle se heurte à des concurrents, le 95 % au moins de sa production totale. Cet élément d'appréciation permet de se représenter la capacité d'expansion de notre si précieuse horlogerie, lorsque le monde, dont la Suisse est une infime partie, n'est pas en état de déséquilibre ou d'instabilité.

L'horlogerie suisse a connu alternativement les périodes de grande prospérité et les moments pénibles d'arrêt presque complet de travail. La fréquence des crises en horlogerie est due au fait que la montre de qualité étant un article de luxe, les exportations de montres diminuent presque automatiquement dès que la marche générale des affaires à l'étranger traverse quelque part une période difficile, à la suite, par exemple, de récoltes anéanties, de bouleversements politiques, ou de fléaux quelconques.

En 1914, la guerre a mis fin à une longue période de progression des exportations. Durant la guerre, on a enregistré des fluctuations attribuables au fait qu'au cours des hostilités nos usines ont livré des munitions au lieu de montres, réalisant, par ce moyen, des bénéfices extraordinaires qui, hélas, se sont volatilisés, dans toute la mesure où ils ont échappé aux exigences du fisc fédéral. C'est là ce qui explique, en particulier, l'absence, dans l'industrie horlogère, de fonds dits de crise.

La crise de 1921, d'une intensité particulière, et qui frappait d'ailleurs aussi d'autres industries d'exportation, a nécessité l'intervention des pouvoirs publics. Vous n'avez pas perdu le souvenir, Monsieur le président et Messieurs, de l'action appelée subsides de change, grâce à laquelle l'inactivité ouvrière, due au chômage, a été heureusement enrayerée. Une somme totale de 9,5 millions de francs a été ainsi dépensée utilement sur le crédit de 11 millions bienveillamment accordé par l'Assemblée fédérale.

La dépression économique générale constatée dès la fin de 1929 ne devait pas manquer d'entraîner, pour l'industrie horlogère, les plus tristes conséquences. Les objets de luxe qui forment la notable partie de ses exportations sont, dès cette date, sans écoulement quelque peu suivi. L'augmentation des droits sur les produits étrangers, décidée par l'Amérique, vient encore aggraver sensiblement une situation déjà difficile. Et celle-ci se complique de plus en plus du fait d'agissements profitables à quelques-uns, mais nettement contraires à l'intérêt général qu'aucune disposition législative quelconque ne permet, malheureusement, de sauvegarder.

Il n'est pas sans intérêt de consacrer quelques mots à la structure interne de l'horlogerie.

Les divers modes de fabrication de la montre et la façon dont la montre est répandue dans le monde ont été résumés en ces termes, ce printemps, dans une conférence publique, par le technicien entendu la semaine dernière, à titre d'expert, en séance de réunion commune des deux commissions parlementaires:

Il y a, à l'heure actuelle, deux grands modes de fabrication de la montre: la fabrication par établissage et la fabrication par la manufacture.

La base de l'établissage est la fabrique d'ébauches. L'ébauche, c'est la platine en laiton sur laquelle se fixent les ponts, en laiton également.

L'ébauche est produite par des usines dites fabriques d'ébauches, qui vendent l'ébauche avec certaines fournitures, sous forme brute, à des fabricants d'horlogerie dits établisseurs.

Lorsque la fabrique d'ébauches ne l'a pas fait, l'établisseur fait dorer, nickeler ou argenter les platines, les ponts et les roues, il fait également sertir les pierres.

L'établisseur achète les balanciers, les ressorts, les spiraux, les assortiments, ainsi que toutes les autres pièces détachées de la montre.

Toutes les pièces de la montre étant réunies, l'établisseur en fait faire une montre, comme le ferait une manufacture.

L'établisseur peut être un travailleur à domicile. Il peut avoir un comptoir dans lequel il occupe des ouvriers, concurrentement à d'autres ouvriers, travaillant pour lui à domicile. Rien n'empêche l'établisseur de créer une grande entreprise, occupant un nombre élevé d'ouvriers, entreprise organisée d'une manière moderne et accusant un gros chiffre d'affaires.

Il est généralement admis que les fabriques d'ébauches produisent au moins la moitié des ébauches nécessaires à l'horlogerie suisse — plus de 60 % a-t-on même affirmé — le reste étant produit par les manufactures. Aucune statistique n'a jamais été dressée pour déterminer ce point.

La grosse partie de la production de l'établissage comporte la fabrication de la montre bon marché et l'article courant. Il y a cependant des maisons d'horlogerie produisant la montre par la voie de l'établissage et qui sont au bénéfice d'une réputation aussi bonne que celle des manufactures.

On compte en Suisse plus de 500 établisseurs.

La manufacture exécute son ébauche elle-même. Elle fait presque toujours les fournitures de finissage et sertit ses mouvements. Elle fait quelquefois ses balanciers ou ses assortiments. Elle achète aux spécialistes ses ressorts, ses spiraux et toutes les autres fournitures qu'elle ne fait pas elle-même.

La manufacture est une usine disposant d'une machinerie assez complexe.

Plusieurs manufactures ne font pas toutes les ébauches dont elles ont besoin. Fréquemment, elles en achètent. On compte environ 80 manufactures d'horlogerie en Suisse.

L'horlogerie suisse est vendue dans le monde entier sous des formes différentes: en montre complète, boîte métal, argent ou or; en mouvements nus; en chablons. A cet égard, il est bon de rappeler que

tous les horlogers suisses n'ont qu'un désir: vendre la montre complète.

Il a fallu cependant compter avec l'étranger.

Il y a, un peu partout, des orfèvres et des bijoutiers; la fabrication de la boîte de montre a ainsi retenu l'attention des bijoutiers du monde entier. Pour pouvoir créer chez eux l'industrie de la boîte, l'Australie, le Japon, l'Angleterre, l'Allemagne, quantité d'autres Etats encore et, surtout, les Etats-Unis, ont frappé de droits très élevés les montres en métaux précieux.

C'est ainsi que l'horlogerie suisse a été amenée à vendre le mouvement nu; il est mis en boîte au delà de la frontière.

A côté de la montre complète et des mouvements nus, l'on exporte encore l'horlogerie suisse sous forme de chablons.

Lorsque l'exportateur suisse d'horlogerie fait ses expéditions en pièces constitutives de mouvements, mais non assemblés, il chablonne.

Si le chablon n'était resté que le moyen de défense à disposition de l'horlogerie suisse pour combattre des tarifs douaniers exagérés, il n'aurait pas la mauvaise presse dont il jouit dans le monde horloger. Malheureusement, le chablon est devenu autre chose; il constitue depuis quelque temps une plaie à laquelle il est urgent d'appliquer d'énergiques remèdes.

Parmi les graves inconvénients imputables au chablon, il faut signaler, en premier lieu, le fait qu'il est, en règle générale, une marchandise de qualité discutable. Le chablon porte cependant très en vue l'indication de sa provenance suisse, ce qui contribue à compromettre sérieusement, dans le monde, la réputation de l'horlogerie suisse.

Puis, le chablon est une marchandise qui pénètre sur les marchés à des conditions de prix anormales, et qui exerce une influence nettement défavorable sur les prix réguliers de la montre en général.

Le chablon est l'élément qui procure, au détriment de nos propres ouvriers, des possibilités de travail aux ouvriers étrangers cherchant à apprendre le métier d'horloger. On mesure d'ici le danger: lorsque les groupements d'horlogers étrangers auront acquis une certaine importance, lorsque ces horlogers auront appris leur métier, lorsqu'ils pourront former un tout suffisant pour alimenter la production mécanique d'une fabrique d'ébauches, ils ne remonteront plus les chablons suisses, mais termineront les montres de leur pays.

On ne doit pas s'étonner, dès lors, que le chablon ait causé tant d'émoi dans le monde horloger et qu'il ait donné lieu à un pétitionnement populaire approuvé par les représentants des communes et des cantons et sur lequel le message appelle à bon droit notre attention.

Pour combler le malheur, la persistance de la crise donne à cette grave question un caractère dont on ne saurait assez souligner les côtés périlleux.

Le recul accusé par les exportations d'horlogerie étant très clairement mis en relief dans le message du Conseil fédéral, je puis me dispenser de reprendre ici des données statistiques qui soulignent clairement la nécessité d'agir efficacement et rapidement.

Des changements considérables étant survenus dans le domaine de la montre, qui se fabrique aujourd'hui avec une précision et une rapidité inconnues des générations précédentes, il est indispensable que

l'horlogerie nationale s'adapte à cette situation nouvelle. Malgré le sérieux effort entrepris dans cette direction, cette adaptation est loin d'être un fait accompli. Cependant, tous nos horlogers sont plus ou moins pénétrés de la conviction que quelque chose n'est pas encore au point dans la vaste organisation que constitue l'horlogerie suisse.

Lorsqu'on lit le message du Conseil fédéral, on est frappé de la multiplicité des organes professionnels auxquels la fabrication de la montre a donné naissance. L'existence de nombreuses associations industrielles locales, des grandes fédérations inter-cantoniales comme la Fédération des associations de fabricants d'horlogerie, avec siège à Bienne, l'Union des branches annexes de l'horlogerie, avec siège à La Chaux-de-Fonds, la Holding qui groupe une dizaine de fabriques d'ébauches suisses, avec siège à Neuchâtel, la Fiduciaire horlogère, avec siège à Bienne, qui bénéficie du précieux concours de toutes les banques suisses intéressées à l'horlogerie, est significative. Toutes ces institutions, de fondation relativement récente, sont le signe évident de la grosse inquiétude qui étirent chacun devant le danger que représentent la concurrence aiguë qui règne partout, le développement de l'exportation des chablons, l'insuffisance des prix, la menace de la politique industrielle et douanière des pays où l'industrie horlogère pourrait facilement écouler ses produits.

Dès 1928, ces institutions se sont employées à réaliser un statut horloger nouveau, à obtenir une stabilisation du prix des fournitures, afin d'arriver à de meilleurs prix de vente de la montre, à limiter et à réglementer le chablon et son exportation, à délimiter le champ d'activité de chaque groupe de producteurs horlogers.

Concurremment, les pouvoirs publics, convaincus qu'on ne pouvait laisser la situation s'aggraver indéfiniment, intervenaient en vue de stimuler l'action de l'initiative privée et d'arrêter un plan de réforme destiné à mettre fin à un état de désordre dénoncé par chacun et dont souffrent les contrées essentiellement horlogères. Les conclusions détaillées de l'importante étude confiée à une commission d'experts, dont les membres ont été désignés le 5 avril 1927 par le gouvernement neuchâtelois, sont rappelées dans le message du Conseil fédéral; elles démontrent que, déjà à ce moment-là, l'on songeait, dans les milieux compétents, à instituer un programme de transformation de la nature de celui prévu dans les conventions stipulées dans la suite et dont plus tard la portée a été étendue. Ce que cette commission d'experts proclamait sans équivoque aucune, c'est qu'il fallait, au plus vite, mettre fin au manque de collaboration et de solidarité des industriels. Ceux-ci d'ailleurs ne se firent pas faute d'affirmer qu'ils pouvaient arriver par eux-mêmes, au résultat désiré et que le concours de l'Etat était absolument superflu. Leur langage n'est plus entièrement le même aujourd'hui!

Il est juste de constater aussi que, dans la mesure des possibilités, la politique commerciale du Département fédéral de l'économie publique a pris en considération les desiderata de l'horlogerie suisse dont les représentants ont été fréquemment consultés.

Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1928, le régime des conventions que vous connaissez, aux termes du message en vos mains, n'a pas eu toutes les consé-

quences espérées et n'a pas apporté des entraves réelles à l'exportation des chablons, c'est-à-dire des ébauches et de toutes les autres pièces détachées, nécessaires à la fabrication de la montre. Or, l'un des buts poursuivis par les initiateurs du système des conventions était précisément d'endiguer le commerce de cette exportation spéciale qui favorisait l'établissement, dans divers pays, d'une industrie concurrente.

Ce mode de faire pouvait avoir comme conséquence, à brève échéance, un anéantissement douloureux, pouvant devenir définitif, de notre industrie horlogère nationale. Les conventions de 1928 obligeaient bien les groupements intéressés à limiter cette pratique funeste du chablonage et un système de contingentement a été institué. Mais il existait des producteurs non organisés, c'est-à-dire non affiliés à l'un des grands groupements déjà nommés et liés par conventions. Il y avait donc des lacunes. La dissidence était, croyait-on, quantité négligeable. En réalité, elle devait se révéler assez active pour faire échec au faisceau des conventions. C'est surtout dans la fabrication des ébauches que les procédés des dissidents sont devenus néfastes, car celles des maisons qui n'étaient pas soumises aux conventions se sont substituées aux autres pour l'exportation des parties détachées; elles sont favorisées, d'une part, parce que les entreprises affiliées aux organisations dont nous avons parlé, sont contingentées et, d'autre part, parce que ces mêmes entreprises sont tenues de majorer les factures de 20 % pour les envois hors de Suisse de parties détachées. C'est ainsi qu'une pléiade de fabricants d'ébauches libres traitant presque uniquement avec l'étranger sont parvenus à développer l'exportation du chablon dans une proportion qui conduit directement à la catastrophe. Malgré toute sa bonne volonté, l'autorité fédérale a dû avouer l'impossibilité dans laquelle elle se trouve de prendre d'utiles mesures contre ces agissements. Un seul moyen serait à sa portée: il consisterait à ouvrir et à contrôler au passage à la frontière le contenu de tous les envois, paquets et expéditions quelconques, qui sortent de notre pays, c'est-à-dire doubler, ou à peu près, le nombre des fonctionnaires chargés des vérifications douanières. Il n'en est évidemment pas question.

Les conventions de 1928 sont arrivées à échéance le 31 mars 1931; les divers groupements s'y rattachant n'ont consenti à les renouveler qu'après des discussions longues et ardues. En outre, les fabricants d'horlogerie ont posé comme condition du renouvellement l'absorption complète, pas le trust, de la dissidence existant dans la fabrication de l'ébauche. Un délai de 4 mois a été imparti aux négociateurs pour arriver à ce but et après avoir triomphé de bien des obstacles, ils y ont réussi, accomplissant ainsi, en un temps extrêmement court, un véritable tour de force.

Mais pour ne pas s'exposer à faire oeuvre vaine, il fallait encore englober dans l'organisation à créer, la totalité des fabriques de spiraux, de balanciers et des assortiments. Après des négociations non moins laborieuses, on est parvenu à gagner ces fabriques à la cause commune. Spiraux, balanciers, échappements sont des pièces dont la fabrication nécessite une technique impeccable, qui ne peut s'acquérir d'un jour à l'autre et une main d'oeuvre particulière-

ment qualifiée, qui ne saurait se trouver n'importe où. L'incorporation de cette fabrication au trust des ébauches est heureuse.

Les conventions ont donc été renouvelées après toutefois que diverses améliorations y eussent été apportées; signées à Bienne, le 31 juillet 1931, elles sont entrées en vigueur pour une durée de 5 ans.

Une énorme besogne de redressement de la situation intérieure de l'horlogerie suisse a donc été effectuée, au cours de ces derniers mois, par toutes les instances compétentes des producteurs de la montre; une commission dite de revision des conventions a travaillé à la mise au point du régime de 1928 et à son adaptation à la situation de fait constatée à fin 1930. Les grandes lignes des études, ainsi consacrées à la détermination des principes de base devant présider au regroupement des forces horlogères suisses, peuvent être résumées comme suit:

1. Maintien des conventions de 1928, précisées, améliorées, étendues;
2. Absorption de toutes les fabriques d'ébauches libres, par le trust de l'ébauche;
3. Groupement en une seule entreprise financière de toutes les maisons livrant aux horlogers les fournitures principales de la montre: l'assortiment, le spiral, le balancier;
4. En collaboration avec les banques de la région horlogère et grâce à leurs efforts, constitution d'une vaste société financière possédant la grosse majorité du capital du trust de l'ébauche et du trust des fournitures.

Ce monument industriel est en voie d'achèvement. Nous sommes sollicités d'en parfaire la construction. Les bons ouvriers qui l'ont édifié se proposent comme but final:

1. d'améliorer la montre;
2. de perfectionner toujours les moyens de production à disposition, reconnaissant qu'ils constituent la meilleure des sécurités;
3. de vendre le produit du travail horloger à des prix convenables, laissant des bénéfices en rapport avec les immobilisations consenties et les efforts accomplis;
4. de permettre à l'industrie horlogère, dans son ensemble, patrons, employés, ouvriers, de vivre et de subsister;
5. d'opposer à la concurrence étrangère lorsqu'elle usera contre nos industries de mesures exagérées, toutes nos forces nationales, aussi bien industrielles que commerciales ou financières en vue, si possible, de vaincre l'adversaire et de conserver, en tous lieux, les positions acquises.

Destiné à assurer, on ose le croire, des jours meilleurs à l'horlogerie suisse, ce plan de redressement a pris une forme concrète par la fondation, le 14 août 1931, à Neuchâtel, de la Société générale de l'horlogerie suisse S. A. (Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie A. G.), laquelle a pour objet, selon ses statuts:

1. de stimuler en Suisse, par tous les moyens appropriés, la concentration de la fabrication de l'horlogerie et de ses branches annexes dans l'intérêt de la réorganisation de l'industrie horlogère dans son ensemble;
2. de participer financièrement, sous n'importe quelle forme, aux entreprises horlogères et à leurs exploitations annexes;

3. d'exercer le contrôle, de coopérer d'une manière efficace au choix des organes de la direction générale et de fixer des directives pour toutes les entreprises industrielles auxquelles la société participe, dans une mesure déterminée, de même que pour toutes celles dont elle assume ces fonctions.

En outre, la société a pour principes fondamentaux de son activité et de sa gestion, de rechercher et d'adopter toutes les mesures propres et utiles au maintien, à l'assainissement et au développement de l'industrie horlogère suisse.

La mise sur pied de cette organisation nécessite des capitaux que, dans les circonstances actuelles, l'industrie horlogère ne s'est pas vue dans la possibilité d'apporter elle-même dans leur totalité. Un capital de dix millions de francs, fourni moitié par les industriels, moitié par les banques, a pu être constitué. Mais pour être en mesure d'agir en conformité de son programme, la Société appelée Superholding de l'horlogerie, devait pouvoir compter encore sur une quinzaine de millions non productifs d'intérêts. A qui s'adresser pour les obtenir, sinon à la Confédération dont c'est le rôle, quoiqu'on en dise, de sauver une industrie en détresse, sa ruine ayant une répercussion sur l'économie générale et sur les finances du pays.

Sans aller jusqu'à la somme demandée, le Conseil fédéral, entrant dans les vues des promoteurs de la Superholding, s'est déclaré disposé à proposer: a) un prêt de 7½ millions; b) une participation de 6 millions au capital actions.

Ces capitaux ne pourront prétendre à une rémunération que lorsque les fonds fournis par les autres actionnaires auront bénéficié d'un dividende de 4½ %.

Appelée à porter un jugement sur l'ensemble des matières traitées dans le message du Conseil fédéral et à l'étude desquelles elle a consacré deux séances, votre commission formule cette remarque préliminaire: pour que, dans notre pays où l'esprit d'individualisme règne encore trop dans le domaine industriel, l'on ait pu aboutir à la création d'un commandement unique, si l'on peut dire, de toute une industrie, il faut que la situation de l'horlogerie soit des plus graves. De fait, elle l'est et à tergiverser plus longtemps on courrait le risque de marcher tout droit à l'abîme.

Due aux seules conceptions des milieux non officiels qui en assument la paternité, la Superholding est bien l'instrument nécessaire de concentration qui fait actuellement défaut dans l'industrie horlogère.

En effet, c'est par la Superholding que pourra être opéré le rachat, reconnu indispensable, d'un certain nombre de petites fabriques d'ébauches en voie de développement et prospères en raison de leur situation anormale actuelle. Avec toutes ces fabriques dissidentes, au nombre d'une quinzaine environ, les pourparlers de rachat ont abouti, en principe. Ce qu'il faut mettre hors combat, — c'est-à-dire empêcher de nuire plus longtemps —, ce sont les fabriques d'ébauches dont la clientèle est exclusivement étrangère. Cependant, à ce sujet, il est reconnu dès maintenant, qu'il ne sera pas possible de prendre en considération, en ce qui concerne la continuation de l'exploitation, le seul point de vue commercial; il devra être tenu compte, — certains engagements ont déjà été pris à cet égard —, des

circonstances locales et de la situation des ouvriers qui seraient brusquement privés de travail.

A propos de ces opérations de rachat, on n'a pas manqué de faire observer qu'il est peu plaisant d'avoir à indemniser les auteurs d'un dommage causé au pays et à la collectivité. Il serait facile aux dissidents de répliquer qu'ils se sont mis au bénéfice, — sans songer à d'autres intérêts que les leurs, — des dispositions constitutionnelles sur la liberté du commerce et de l'industrie et, qu'étant l'objet d'une procédure d'expropriation n'ayant rien d'obligatoire, ils seraient en droit d'y résister. On conçoit au reste que la mesure de salut public décidée contre les dissidents exige des sacrifices financiers; sans ces sacrifices financiers, le dommage général dont souffre la communauté horlogère suisse deviendrait toujours plus considérable. Pour en apprécier l'étendue, on peut se borner à rappeler que, tandis que la valeur des exportations contingentées de chablons est de 12 à 13 millions, le total de toutes les exportations de chablons est de 27 à 28 millions de francs. Ces chiffres donnent à réfléchir.

Les milieux bancaires, banques cantonales et banques privées, ont participé à la création de la Superholding, eu égard non à d'exclusives considérations pécuniaires, mais pour des motifs d'intérêt général et parce que ces spécialistes du monde des affaires ont reconnu que c'est par la Superholding que l'on parviendra à la restauration unanimement réclamée.

Le remède dicté par les expériences faites de 1928 à 1931 consiste bien à former un trust des branches principales de la fabrication de la montre, à savoir: les fabriques d'ébauches, de spiraux, de balanciers et d'assortiments. Car une application intégrale des dispositions, vitales pour l'industrie, contenues dans les conventions, n'est réalisable que si une organisation supérieure dispose de moyens de contrainte à l'égard des francstireurs toujours trop nombreux et toujours prêts à utiliser à des fins personnelles les lacunes insoupçonnées d'un régime. Avec la Superholding, on entre dans cette voie d'une organisation supérieure indépendante et qui ne nuira à aucun fabricant ou manufacturier scrupuleux.

La caractéristique de cette société de participation, c'est que la formule choisie pour la souscription du capital-actions permet un contrôle efficace et agissant de la production horlogère; la défense des intérêts généraux de cette industrie sera facilitée par le droit de regard que s'assurera la Superholding dans les entreprises auxquelles elle participera financièrement. Ce droit de regard devant être exercé dans toutes les contrées où l'industrie horlogère est répandue, la nomination d'un conseil d'administration d'une trentaine de membres, soit d'un nombre élevé de personnes, est, exceptionnellement, avantageuse et doit être approuvée.

Si le plan décrit dans le message du Conseil fédéral est réalisé complètement, la Superholding sera assez puissante pour absorber toute nouvelle dissidence isolée qui pourrait surgir à ses côtés par la suite, ou pour venir à bout de la résistance des industriels qui ne s'en tiendraient pas aux prix établis par elle. Etant donné l'ampleur de l'action exercée par la Superholding, on ne voit pas comment une autre puissance industrielle et financière poursuivant le même but pourrait, avec l'écoulement des

années, exister à côté d'elle et battre en brèche son action. Cette crainte n'est pas fondée. Quiconque voudrait en Suisse mettre sur pied de nouvelles entreprises tendant à paralyser les effets du fonctionnement de la Superholding se heurterait à d'insurmontables difficultés, d'autant plus que les groupes formant la Superholding, ayant pris d'emblée à leur charge une très forte part des sommes à amortir et devant payer ces sommes par le moyen de taxes de fabrication, mettront un zèle justifié à se défendre contre tout procédé nuisible à un assainissement opéré au prix de lourds sacrifices. L'étendue du projet d'assainissement présente pour ce projet, quant à l'avenir, une importance primordiale. Les maisons affiliées à l'organisation seront celles où, à l'exclusion des autres, toutes les entreprises englobées par la Superholding s'approvisionneront en fournitures. L'écoulement des produits d'une nouvelle fabrique serait donc un problème difficile à résoudre; une clientèle suffisante ferait défaut. A l'étranger, des entreprises concurrentes seraient placées dans une position non moins défavorable. La Superholding aura d'ailleurs à régler au mieux les tractations avec l'étranger. Ce point, actuellement si vulnérable, fera, de sa part, l'objet d'un examen particulièrement attentif, les intérêts de l'industrie suisse étant actuellement en souffrance à l'extérieur.

On ne serait pas fondé à formuler des objections tirées du fait de la durée des conventions qui arriveront dans 5 ans à échéance, exactement le 31 mars 1936. Dans l'horlogerie, le régime des conventions a acquis droit de cité puisque, institué en 1928, il est consacré à nouveau en 1931, en fortifiant le système. Il n'y a pas de motif de supposer qu'il en sera différemment en 1936. D'ailleurs la Superholding n'est pas de durée limitée; elle sera là pour aviser au nécessaire et remplir sa mission constante de protection de l'industrie horlogère. On peut admettre aussi que, dans cinq ans, la restauration, aujourd'hui en voie d'exécution, sera complètement achevée et que le renouvellement des conventions ne suscitera aucune difficulté.

Il ne viendra sans doute à l'esprit de personne de prétendre que la constitution de la Superholding puisse, du jour au lendemain, restaurer l'industrie horlogère dans la plénitude de sa prospérité d'antan. L'oeuvre de redressement qui incombe à la Superholding sera de longue haleine et exigera un travail intense. Ce que l'on peut d'ores et déjà affirmer, avec certitude, c'est que la Superholding portant un coup mortel au chablonnage par la disparition de fabriques dissidentes et par l'élimination des gâcheurs de prix, aura pour effet de provoquer un revirement d'attitude de la part des grossistes étrangers. On nous a dit qu'un grand nombre d'entre eux réservaient en effet depuis des mois leurs achats dans l'espoir que les efforts en cours pour l'assainissement de l'industrie horlogère aboutiraient à un échec. Ils espéraient que l'avilissement des prix s'accroîtrait encore et qu'ils pourraient se ravitailler à très bon compte. Les circonstances vont les contraindre à changer d'attitude. Toutefois, ce n'est là qu'un premier et immédiat avantage; d'autres seront obtenus dans la suite du fait que la Superholding sera en mesure de procéder à une pénétration des marchés d'une manière méthodique et non plus en ordre dispersé, qu'elle pourra établir des prix et des conditions de vente rationnels

et qu'elle sera à même de limiter au minimum les risques inhérents aux opérations commerciales. Mais, répétons-le, il s'agit d'une oeuvre de longue durée. car ce n'est pas du jour au lendemain que l'on peut rétablir une situation aussi compromise que celle de l'horlogerie. Encore faudra-t-il que les circonstances soient quelque peu propices. Disons, en d'autres termes, que le redressement qu'il appartient à la Superholding d'entreprendre est conditionné par la situation économique mondiale. Or, celle-ci est encore trop troublée pour que la Superholding puisse obtenir rapidement des résultats de grande envergure.

Quelques industriels ayant fait part ces derniers temps de leur inquiétude au sujet de l'application du plan d'assainissement horloger de la Superholding, nous croyons pouvoir les rassurer. L'art. 8, deuxième alinéa, du projet d'arrêté donne au Conseil fédéral des armes pour empêcher toute mesure injustifiée ou arbitraire. Soucieux d'apaisement, le Département fédéral d'économie publique s'empressera, après l'entrée en vigueur de l'arrêté, de convoquer les artisans avec lesquels des négociations seront reconnues nécessaires et il s'efforcera de trouver un terrain d'entente. Les droits légitimes de chacun seront examinés, les frottements et les vexations seront évités.

En résumé, on ne peut contester que la Superholding soit de saine conception. Elle contient en elle-même tous les éléments de succès pour réaliser le but qui est le sien. De plus, les hommes qui sont à sa tête méritent confiance.

Et maintenant, M. le Président et Messieurs, que penser de la demande de subvention et de l'aide financière de la Confédération? C'est le pivot de toute l'affaire. Le Conseil fédéral l'a admis d'emblée et a apporté à l'examen du problème une sollicitude empressée, qui lui vaut la reconnaissance de tous ceux, particuliers et autorités, qui s'alarment de la situation de l'industrie horlogère.

Tout ce que nous avons exposé au sujet de la Superholding démontre que ses revenus seront modestes, que le rôle des banques s'inspire avant tout, en l'espèce, de l'intérêt national, qu'en un mot la société générale d'horlogerie S. A. entend faire oeuvre d'utilité publique dans toute la mesure où la prospérité d'une notable partie du pays est subordonnée à l'essor de l'industrie horlogère. Ce qu'il faut maintenir, notamment dans le Jura, c'est l'activité essentielle, traditionnelle, de la population de ses villes et de ses villages; à cet égard des éléments d'ordre moral doivent aussi être invoqués, indépendamment des conditions d'ordre matériel; ajoutons que toutes les tentatives ayant consisté à vouloir introduire de nouvelles industries dans le Jura n'ont jamais donné aucun résultat satisfaisant.

La commission souscrit entièrement aux développements par lesquels le Conseil fédéral motive ses propositions, relatives à une aide au bénéfice de l'industrie horlogère. Le cas n'est pas sans précédent. La Confédération est intervenue avec succès dans le même sens en faveur de l'hôtellerie, de la broderie, de l'industrie horlogère elle-même et, plusieurs fois, de l'agriculture. Rejeter le principe même d'une participation de la Confédération à l'entreprise en voie de formation, c'est abandonner à ses propres moyens, très limités actuellement, une industrie en détresse; en d'autres termes, c'est faire échouer la combinaison grâce à laquelle on pourra empêcher l'industrie hor-

logère de sombrer sous le poids des difficultés multiples dont elle est entourée. Le projet d'assainissement a donné lieu aux négociations les plus laborieuses; il a fait l'objet d'un examen approfondi par les représentants des autorités fédérales; ses modalités ont été étudiées avec le plus grand soin. Notre commission envisage qu'il ne convient pas d'apporter des modifications au montant des crédits prévus dans l'arrêté fédéral; il n'y a pas de divergence entre elle et le Conseil national, ou le Conseil fédéral, sur le montant des capitaux à mettre, au moment opportun, à la disposition de la Superholding. Car les explications contenues dans le message et qui certainement ont déjà formé votre conviction, démontrent surabondamment que le capital-actions ne suffirait pas à la réalisation de la première étape de concentration. Pour son exécution, le concours financier de la Confédération est indispensable, sous forme d'un prêt, sans intérêt, de 7½ millions de francs et d'une prise d'actions de jouissance pour un montant de 6 millions de francs, avec une affectation spéciale conforme au but pour lequel la Superholding a été imaginée. Pour être complet, ajoutons encore que cette intervention financière importante de l'Etat se justifie pleinement du fait que l'oeuvre de centralisation industrielle projetée nécessitera une immobilisation très grande de capitaux en raison du rachat, sous une forme ou sous une autre, de certaines entreprises; or ce rachat sera, dans quelques cas, réalisé dans des conditions inévitablement onéreuses, de telle sorte que les capitaux investis ne pourraient être rentés si l'argent nécessaire était emprunté aux conditions habituelles. L'amortissement de la dette contractée vis-à-vis de la Confédération — il s'agit du prêt sans intérêt — se fera en plusieurs années par les organisations intéressées de l'industrie horlogère, qui se substitueront ainsi progressivement au prêteur primitif, comme bailleurs de fonds. Cette ingénieuse combinaison permet de constater que tout a été prévu pour réaliser une orientation de l'activité de la Superholding conforme à l'intérêt général; il ne s'agit nullement d'une entreprise capitaliste destinée à servir des intérêts particuliers.

Votre commission se rallie à l'opinion du Conseil fédéral quant aux conditions mises à l'octroi de l'aide fédérale. C'est, il est vrai, la première fois que la Confédération réclame des actions, amorties d'ailleurs à un franc chacune, mais qui lui donnent les mêmes droits qu'aux autres actionnaires. On s'étonne que la Confédération devienne actionnaire et membre d'un conseil d'administration. Cet étonnement se légitime. Pourtant, à regarder les choses de près, on comprend qu'une situation exceptionnelle conduise à des mesures extraordinaires. A l'origine, on avait considéré que le versement demandé à la Confédération aurait le caractère d'une subvention à fonds perdus; cette notion s'est modifiée au cours des tractations. Dès lors, l'Assemblée fédérale aurait trouvé étrange que le Conseil fédéral n'ait rien à dire dans une affaire qu'il soutient de ses deniers, c'est-à-dire avec l'argent de tout le monde.

Il est tout naturel que l'Etat exerce un contrôle. La place de ses représentants est donc bien indiquée au conseil d'administration, de même qu'au comité de direction. Ce contact permettra aussi d'assurer l'unité de vues indispensable entre la politique écono-

mique et commerciale du Conseil fédéral et la situation de l'horlogerie à l'étranger.

Insistons encore sur le fait que les mesures proposées par le Conseil fédéral, au sujet de cette forme nouvelle d'aide financière, sont complètement étrangères à toute pensée de nationalisation des moyens de production, système dont les conséquences déplorables, tant au point de vue industriel que politique, doivent nous engager à nous en tenir complètement éloignés. L'aide de la Confédération ne signifie pas davantage, non obstant la présence de délégués du Conseil fédéral dans les organes de la Superholding, la main mise de l'Etat sur un domaine de l'activité industrielle. Cette aide marque bien plus une collaboration qu'une subordination. Et l'on peut se demander si cette politique-là ne devrait pas être pratiquée encore plus souvent.

Le rejet par le Conseil national de toutes les propositions socialistes (postulat Schmid) concernant la liberté d'association, les contrats d'engagement et de salaires pour les ouvriers, etc., atteste la volonté formelle du Parlement de ne point étatiser l'industrie. L'autorité fédérale entend bien laisser à l'initiative privée la responsabilité de toute l'entreprise et des conditions dans lesquelles cette entreprise travaillera.

Votre commission adhère à la proposition de porter de 4 à 5 le nombre des représentants de la Confédération au conseil d'administration. La participation du salariat dans l'organisation d'une société du genre dont il s'agit est une conception nouvelle que les milieux patronaux envisagent avec une certaine appréhension. Cependant l'expérience mérite d'être tentée. Et l'on peut espérer que les craintes exprimées s'avèreront mal fondées, que l'on pourra reconnaître les avantages d'une collaboration effective entre employeurs et employés.

Au moment même où, jeudi dernier, le Conseil national abordait l'examen de l'objet soumis maintenant à nos délibérations, M. le président de la Confédération, au cours de son discours à la journée officielle du Comptoir suisse de Lausanne, disait, non sans malice, en substance ceci :

« J'avoue être personnellement de ceux qui, ici et là, laisseraient volontiers se débattre quelque temps les solliciteurs de subventions fédérales. Chez ceux-ci les anti-étatistes figurent aussi nombreux que les étatistes et, parmi les autorités appelées à examiner les requêtes, il est des pères sévères et des mères indulgentes. Prenons l'exemple de l'industrie horlogère qui aujourd'hui s'adresse suppliante à la Confédération. En cette occurrence, déclarait M. Häberlin, je n'hésite pas un instant à affirmer la nécessité de l'action de secours pour venir en aide à des milliers de personnes qui souffrent et soutenir les communes et les cantons écrasés sous le fardeau de l'assistance, puis aussi pour conserver à notre pays une industrie que nous ont léguée près de deux siècles de travail assidu et qui risquerait de s'éteindre au cours de la génération présente si la collectivité n'intervenait pas avec énergie. Mais on me concèdera que si nous demandons à l'Etat de sacrifier des millions, notre devoir est de nous assurer de l'efficacité de ce sacrifice. L'action de secours doit aller à la racine du mal et nous ne saurions raisonnablement permettre que les résultats en soient compromis à bref délai par une concurrence effrénée et par un égoïsme dénué de tout scrupule. »

Nous faisons nôtres ces fortes paroles qui expriment une pensée contenue déjà dans le message du Conseil fédéral et, au nom de la commission unanime, j'ai l'honneur de vous demander de vouloir bien entrer en matière.

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

Dietschli: Ich habe die Ehre, einen Kanton zu vertreten, der durch diese Vorlage in hohem Maße berührt wird. Sie werden es daher verstehen, wenn ich mir einige Bemerkungen zur Sache erlaube.

Die Uhrenindustrie spielt im wirtschaftlichen Leben des Kantons Solothurn eine beträchtliche Rolle; sie war bis in die jüngste Zeit in unserem industrie-reichen Kanton eine der hervorragendsten und blühendsten. Um so stärker empfinden wir auch den eingetretenen Rückschlag und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die auch eine empfindliche Rückwirkung auf unseren ganzen Staatshaushalt ausübt. Insbesondere beanspruchen die außerordentlichen Beihilfen an die Arbeitslosenkassen unserer notleidenden Industriezweige unsere Staatsfinanzen in fühlbarer Weise, während die Steuereinnahmen einen beträchtlichen Ausfall aufweisen.

Wir haben also alle Ursache, diese Vorlage zu begrüßen und dem Bunde für seine energische und kraftvolle Hilfsaktion dankbar zu sein, obwohl von verschiedenen Seiten eine Reihe Bedenken allgemeiner staatspolitischer Natur geäußert worden sind und trotz anfänglicher Bedenken, die bei einem Teil der Uhrenindustriellen selber vorhanden waren, und die nur überwunden werden konnten durch die Einsicht in die außergewöhnliche Notlage und durch die drastische Erkenntnis, daß ein anderer Ausweg sich nicht darbiete, um aus der heutigen schweren Situation herauszukommen.

Die schweizerische Uhrenindustrie ist in der Handelsfreiheit und durch ihren initiativen Geist groß geworden. Es ist ihr daher schwer gefallen, in den Konventionen und in der Superholding gewisse Bindungen zu übernehmen und auch gegenüber dem Bunde sich in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu begeben. Sie mußte sich dazu durchringen in der Erkenntnis, daß ihre Existenz in Frage steht, und mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Industrie sowohl als auch der Landesegend, mit der sie verbunden ist.

Nun bestehen bei einem Teil unserer Uhrenindustriellen noch Bedenken besonderer Art, die sich auf einzelne bestimmte Anordnungen und Maßnahmen in der Organisation dieser Hilfsaktion bezogen. Unsere Solothurner Uhrenindustrie weist große Etablissements in beiden Lagern auf, sowohl Ebauches-Fabriken, welche Rohwerke verfertigen, als auch Manufakturen, die fertige Uhren fabrizieren. Speziell bei den letztern zeigte sich anfänglich keine große Lust, sich dem Zwang der Organisation zu unterwerfen. Eine Reihe von Bestimmungen lautete in der Tat so, daß sie diese Befürchtungen zu rechtfertigen schienen. Es bestand die Befürchtung, daß die abgeschlossenen Konventionen einseitig die Interessen einzelner Kontrahenten garantieren könnten, und daß einzelne Bestimmungen der Konventionen, hinsichtlich der Kontingentierung der Produktion, der Preisfestsetzungen und der Qualitätsbestimmung einen Teil der Unternehmungen der Willkür der Trustleitung auszuliefern geeignet seien. Man hätte es daher

hier gerne gesehen, wenn der letzte Entscheid in diesen Fragen einer vom Bunde festgesetzten neutralen Instanz übertragen worden wäre.

Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, hatte Herr Bundesrat Schultheß bereits in den Vorverhandlungen für die Hilfsaktion den Vorschlag gemacht, gegen alle wirtschaftlichen Maßnahmen, die auf Grund der Konventionen ergehen, den Parteien ein Rekursrecht an eine Wirtschaftskommission, eine « commission économique » einzuräumen, welche zum größten Teil aus neutralen, vom Bundesrat ernannten Vertretern bestehen würde. Die Vereinigung der Uhrenindustriellen hat diesen Vorschlag abgelehnt, weil sie jede unnötige Einmischung des Staates in die Privatwirtschaft vermeiden wollte. Dagegen ist nun nach dem Beschluß des Nationalrates ein Zusatz zu Art. 8 der Vorlage aufgenommen worden, der den Bundesrat ermächtigt, an die Ausrichtung der Bundes-subvention noch weitere, im vorliegenden Beschluß nicht genannte, im öffentlichen Interesse liegende Bedingungen zu knüpfen. Diese Bestimmung gibt die Möglichkeit, zwischen den widerstrebenden Interessen der verschiedenen divergierenden Gruppen innerhalb der Uhrenindustrie einen Ausgleich herbeizuführen und so die nötige Garantie zu schaffen, um die Bundeshilfe für die Gesamtheit der Uhrenindustriellen wirksam zu machen. Ich nehme daher auch gerne Akt von den Zusicherungen, die Herr Bundesrat Schultheß in der Kommission in dieser Richtung abgegeben hat. Man darf also annehmen, daß es gelingen wird, das ganze schwierige Problem einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Es war keine leichte Aufgabe für Herrn Bundesrat Schultheß, alle widerstrebenden Interessen und Wünsche zu versöhnen und alle Beteiligten dem großen Hauptgedanken unterzuordnen, einer der ältesten und vornehmsten Landesindustrien die Hilfe zu bringen, die sie zum Nutzen des gesamten Landes verdient.

Gewiß sind auch so nicht alle Bedenken behoben. Auch diese Vorlage kann nicht die völlige Garantie geben, daß es gelingt, die Expatriierung der schweizerischen Uhrenindustrie ganz zu verhindern. Gewiß ist ferner, daß auch diese Hilfsaktion des Bundes die Grundursache der heutigen Krisis in der Uhrenindustrie, die in der allgemeinen Weltkrise selber liegt, nicht beseitigen kann. Aber was unter den heutigen Verhältnissen möglich war, ist getan worden. Der Bund hat rasch, energisch und großzügig gehandelt und, was an ihm liegt, erfüllt. Man wird ihm dafür in den betroffenen Landesgegenden Dank wissen. An der Uhrenindustrie selber liegt es nun, zu tun, was man von ihr erwarten darf und was in ihren Kräften steht, um das Vertrauen der Bundesbehörden zu rechtfertigen und dem großen Gedanken der eidgenössischen Solidarität, der in dieser Bundeshilfe zum Ausdruck kommt, den der Solidarität derjenigen beizugesellen, denen diese Hilfe in erster Linie zugute kommen soll.

Ich empfehle Ihnen ebenfalls Eintreten auf die Vorlage.

M. Bosset: Après l'exposé si détaillé et si complet de M. le rapporteur, il me paraît quelque peu superflu d'intervenir dans ce débat pour recommander l'acceptation des propositions du Conseil fédéral. Et pourtant il est de mon devoir, comme représentant d'un canton que cette question intéresse, de

donner son opinion et d'exposer quelques-uns des aspects du problème qui n'ont pas été examinés par M. le rapporteur, mais qui ont été soulevés au sein de la commission, afin que, dans cette lutte commune contre la disparition de notre industrie horlogère suisse, il soit possible de réunir et de concentrer tous les efforts. M. le chef du département sera d'accord avec nous: pour obtenir un résultat, il est nécessaire que tous les intérêts soient envisagés, de façon à éviter des divergences de vues et des conflits d'opposition susceptibles de porter atteinte au but qu'on désire réaliser. Etant donné ce but, qui doit être obtenu à brève échéance, nous passons sur quelques-unes des critiques formulées.

Nous avons, tout d'abord, un devoir pressant à remplir: c'est d'exprimer à M. le conseiller fédéral Schulthess la reconnaissance des milieux intéressés pour toute la peine qu'il s'est donnée afin de mettre sur pied l'œuvre qui est soumise aujourd'hui à la ratification du Conseil des Etats. Nous savons qu'il est très difficile de concilier les intérêts en jeu. Dans un instant, je montrerai combien ces divergences de vues ont été vives et avec quelle violence elles ont éclaté parfois au sein des milieux intéressés. On aurait pu demander que les Chambres aient plus de temps pour examiner cette question et pour permettre aux représentants des cantons de prendre contact avec les organisations cantonales et les milieux en cause. Le message s'est expliqué à ce sujet et je ne voudrais en faire grief à personne, car nous savons combien il est difficile, dans les activités gouvernementales, d'observer les délais qui seraient désirables pour l'étude plus attentive des affaires.

Nous voulons passer de même sur certaines critiques qui pourraient être faites au sujet de la constitutionnalité de l'arrêté et notamment au sujet de la clause d'urgence qui y figure. Comme le rapporteur de la commission, nous ne verrons que l'intérêt général.

Nous laisserons aussi de côté les critiques formulées par certaine presse au sujet de la nature étatique de ce projet. Nous nous bornerons à dire que nous sommes parfaitement d'accord sur un point: c'est que le caractère étatique d'une institution dépend non pas de la forme, mais de la nature et de l'esprit donnés à cette institution. Nous espérons que, dans le cas particulier, c'est l'esprit qui l'emportera sur la forme dans les mesures d'application de l'arrêté. Nous reviendrons sur deux ou trois questions d'application.

Nous aurions beaucoup à dire sur la crise horlogère, examinée de très près dans le message et dans le rapport si fouillé et si documenté de M. Béguin.

Un point nous paraît particulièrement de nature à intéresser notre Conseil. Nous désirons que les appréhensions que nous avons souvent entendu exprimer dans les milieux dont nous avons fait partie avant d'entrer au gouvernement cantonal ne se réaliseront pas. On a souvent fait remarquer que les écoles techniques spéciales, si leur création n'est pas entourée d'un certain nombre de conditions, sont de nature à susciter une concurrence au pays. L'Extrême-Orient, qui était autrefois un débouché pour l'industrie horlogère, crée maintenant des fabriques immenses où des milliers d'ouvriers travaillent sous la direction d'élèves des écoles d'horlogerie de notre pays, élèves appartenant à ces pays ou à notre

patrie. Après avoir bénéficié de l'instruction que nous leur avons donnée de façon très libérale, certains élèves sont allés créer dans les pays étrangers des industries dont la concurrence est dangereuse pour le nôtre.

Dans le domaine de la fromagerie, nous voyons nos écoles former des fromagers qui vont ensuite dans le Jura français diriger des entreprises qui font concurrence à celles de notre pays. Il y a là un problème à examiner.

Nous reconnaissons que les nombreuses discussions qui ont eu lieu depuis des mois et même des années au sein de la Fédération horlogère suisse ne doivent pas se répéter devant notre Conseil. Pourtant je veux rappeler certains faits.

Les conventions qui lient soit les fabricants d'horlogerie soit les fabricants d'ébauches et de pièces détachées figurent à la page 10 du message. Il est nécessaire de savoir que plusieurs industriels — et non des moindres — estiment ne plus être liés par ces conventions et cela pour des motifs divers. Un motif essentiel est que les conventions du mois de mars prévoyaient un programme défini qui n'a pas été réalisé. Enfin, la création de la Superholding n'était pas prévue. On a transformé toute la question, puisque cette Superholding est composée en grande partie de banquiers et de représentants de diverses industries. Les opposants redoutent une véritable oppression et des tracasseries qui ne seraient pas inspirées toutes par l'intérêt général. Il est indéniable que, si l'on prend connaissance de la liste des membres du conseil d'administration de la Superholding, on ne peut s'empêcher de constater que diverses influences paraissent y prévaloir à l'exclusion d'autres qui, par leur importance économique, devraient faire jour dans cette organisation.

Les preuves de la transformation de la Fédération horlogère résultent d'ailleurs d'une circulaire qui pourrait être lue ici, si cela était nécessaire. N'est-il pas exact qu'au début des pourparlers engagés par le Département de l'économie publique, les millions de la Confédération devaient être remis à l'industrie horlogère, alors qu'aujourd'hui c'est à la Superholding qu'ils sont confiés?

Ceux qui n'étaient pas d'accord avec les projets du Département de l'économie publique ont eu l'occasion de faire valoir leur opinion au cours de nombreuses discussions avec le chef de ce département. Je me hâte de dire que ces oppositions ne venaient pas seulement de notre canton, mais de tous les cantons intéressés à l'industrie de l'horlogerie. Il n'est pas dans l'intérêt de ces personnes et de ces dirigeants de faire opposition au projet d'arrêté fédéral et de risquer d'empêcher ceux qui sont d'accord avec la nouvelle organisation de bénéficier de l'appui de la Confédération.

En revanche, et nous insistons sur ce point-là, il ne faudrait pas que ceux qui, pour un motif ou un autre, ou jusqu'à ce que des garanties leur soient données, n'ont pas adhéré à la nouvelle organisation, soient dans la crainte de voir s'exercer contre eux des représailles sous toutes espèces de formes.

M. le chef du Département de l'économie publique sait du reste à quoi il est fait allusion. Je voudrais rappeler ce que l'un des industriels, et des plus importants du canton de Berne, écrivait à M. le conseiller fédéral Schulthess pour expliquer, justifier en quelque

sorte son point de vue et pour montrer combien il désire voir éviter, par la création d'un organisme auquel vient de faire allusion M. Dietschi, qu'il soit en butte à des difficultés et que son industrie risque de supporter les conséquences de cette aide de la Confédération à l'industrie horlogère. Les termes montrent l'excellent esprit qui anime tous ceux que la question touche de près, mais qui désirent cependant sauvegarder leur indépendance, leur liberté et qui, surtout, tiennent à se mettre à l'abri de mesures tracassières.

« Malgré cela, dit cet industriel, et dans notre vif désir de participer à toute tentative d'assainissement de l'industrie horlogère, nous sommes disposés à y collaborer, si les principes ci-après sont respectés :

a) Maintien de notre liberté individuelle pour tout ce qui concerne la production, les prix de vente et l'organisation commerciale, ce qui suppose qu'aucune mesure restrictive ne pourra nous être imposée sans notre consentement;

b) Garantie que l'utilisation des subventions envisagées par la Confédération ne pourra, en aucun cas, entraver la marche normale des manufactures. »

C'est précisément ce que l'on pourrait craindre et c'est la raison pour laquelle il nous a paru nécessaire d'intervenir dans ce débat, pour obtenir des garanties, des précisions de la part de M. le représentant de l'autorité fédérale.

Il est nécessaire que nous ayons, pour ces représentants d'industrie, la certitude que la pression des banques notamment ne s'exercera pas contre eux pour les contraindre à entrer dans l'organisation de la Superholding. Une décision de boycott ne pourrait pas être prise contre eux de la part de cette nouvelle organisation ou de la part notamment d'autres fabriques de pièces détachées.

Ces critiques, ces craintes, maintes fois exprimées, ont permis à M. le conseiller fédéral de faire une proposition à laquelle nous voudrions revenir et qui consiste en la création de cette commission économique à laquelle a fait allusion, il y a un instant, notre collègue M. Dietschi. C'est précisément pour donner cette satisfaction, cette garantie, que nous voudrions émettre le vœu formel que le Conseil fédéral crée cette commission économique.

Dans la discussion qui a eu lieu, c'est, sauf erreur, le Département de l'économie publique lui-même, qui avait proposé la création de cette commission, dont le rôle pourrait être délimité comme suit :

« Il serait créé une commission spéciale, dite commission économique, pour assurer une application juste et équitable des conventions et pour protéger les signatures de celles-ci contre toutes mesures arbitraires ou de nature à menacer leur existence économique et en tenant compte de leurs circonstances spéciales.

Cette commission prononcera en dernière instance sur les recours formulés par un ou des signataires conventionnels contre les mesures prises par les organes compétents prévus aux art. 7 et 9 de la convention « Manufacture ébauches S. A. »

Il était prévu que cette commission serait composée de sept membres.

Si elle était créée, nous avons le sentiment très net que les nombreuses oppositions qui ont surgi tomberaient, parce qu'on aurait ainsi la certitude, dans ces milieux, que les craintes de représailles,

de répression, de boycott, seraient éliminées du fait du jeu de la commission économique, à laquelle M. le chef du Département de l'économie publique avait songé le premier.

Il nous paraît du reste que la question peut être tranchée sans difficulté, puisque le Conseil national a complété l'arrêté fédéral par l'adjonction d'un art. 8 disant ceci :

« Le Conseil fédéral est autorisé à subordonner le versement des sommes fixées par l'article premier à des conditions qui ne sont pas énoncées dans le présent arrêté, mais que justifie l'intérêt public. »

Il nous paraît que ces conditions doivent être précisées dans l'arrêté. Le Conseil fédéral a la faculté, en vertu de cet art. 8, modifié et complété par le Conseil national, de créer cette commission économique. Cela rendrait d'autant plus service qu'aujourd'hui, en présence des événements tout récents qui bouleversent la vie publique et la vie économique — nous faisons allusion tout particulièrement à ce qui vient de se passer en Angleterre — il se pourrait qu'un certain nombre des conditions prévues dans le message, notamment le rachat des maisons, puissent se réaliser à de meilleures conditions que précédemment. La commission économique serait précisément appelée à trancher les divergences de vues éventuelles.

C'est là un simple exemple pour montrer combien il est nécessaire que dans une affaire de cette importance, où des millions de la Confédération sont engagés, des garanties puissent être données.

Enfin je veux émettre un second vœu à l'adresse de M. le représentant du Conseil fédéral.

Si nous considérons la composition du conseil d'administration de cette Superholding — je m'empresse de reconnaître qu'il s'agit d'une institution privée qui échappe aux frontières cantonales et qui est en dehors des contingences régionales — nous devons constater que ce conseil comprend onze membres du canton de Neuchâtel, quatre de Berne, six de Soleure, deux de Bâle et deux de Zurich; treize membres sont des représentants des banques, les autres membres représentent soit les fabricants, soit les fabriques d'ébauches ou de parties détachées ou d'autres établissements, ainsi qu'un certain nombre de manufactures.

Nous émettons le vœu que dans le choix des cinq membres qui seront nommés par le Conseil fédéral, celui-ci tienne compte, d'une part, de la nécessité de représenter toutes les parties du pays intéressées à l'industrie horlogère — nous pensons particulièrement à notre canton, qui n'est pas représenté —, et nous émettons également le désir qu'il soit possible de tenir compte des oppositions formulées par un certain nombre de maisons, et les plus importantes du pays, pour permettre à cette œuvre d'assainissement de se développer en plein et d'atteindre son épanouissement complet.

Nous ne pouvons obtenir ce résultat que si nous appliquons, pour les maisons qui n'ont pas voulu faire part de la Superholding, la garantie que nous avons formulée, à savoir la création de cette commission économique qui donne toute sécurité à ceux qui craignent des mesures tracassières à leur égard et, en même temps que, lors de la désignation que fera le Conseil fédéral, le Conseil d'administration de cette Superholding soit complété par des membres pris dans des milieux qui n'ont pas de représentant,

soit pour des considérations d'ordre régional, soit pour des considérations d'ordre économique.

Si ces garanties nous sont données aujourd'hui, nous avons le sentiment que l'œuvre d'assainissement dans le domaine horloger sera plus efficace et c'est le désir et le vœu que nous formulons tous aujourd'hui.

Il nous a paru nécessaire de faire entendre ce son de cloche sans oublier de réitérer tous nos remerciements à M. le chef du Département de l'économique publique.

Moser: Ueber die Bedeutung der Uhrenindustrie im Kanton Bern möchte ich mich nicht näher aussprechen. Sie ist so groß, daß sie einen sehr wichtigen wirtschaftlichen Faktor in unserem Kanton bildet. Ich möchte mich aber ganz kurz äußern über einige Auslassungen, die von den Herren Vorrednern gemacht worden sind, speziell von unserem verehrten Herrn Kollegen Bosset.

Ich möchte zuerst darauf hinweisen, daß es außerordentlich viel Arbeit gebraucht hat, bis diese 1200 oder mehr Inhaber von Fabriken einerseits zu den Konventionen gebracht werden konnten und sich auch einverstanden erklärten, daß diese Superholding geschaffen werde. Die Konventionen sind ja schon vor einigen Jahren entstanden. Ich möchte darauf dem Inhalt nach nicht weiter eintreten, sondern nur darauf hinweisen, daß sie eben notwendig wurden mit Rücksicht auf den Export von Rohwerken, die Chablonnage usw. Nun genügten aber diese Konventionen nicht, und ein weiterer Zusammenschluß der Uhrenindustrie war unbedingt notwendig, wenn sie nicht einem Chaos entgegengehen wollte.

Es ist klar, daß einzelne dieser Fabrikhaber gerade bei den heutigen Zuständen noch profitierten, während andere darunter nach und nach eben sehr schwer zu leiden hatten. Es ist auch begreiflich, daß diejenigen, die heute im Schatten der Konventionen sehr gute Geschäfte machen konnten, nicht ohne weiteres damit einverstanden waren, sich diesem Zusammenschluß zu fügen. Allein über dem Interesse einzelner Weniger, die speziell noch in den letzten Wochen eine ziemlich starke Opposition gegen die Vorlage gemacht haben — mehr hintenherum als offen — steht das Gesamtinteresse der Uhrenindustrie, und dieses Gesamtinteresse ist nicht etwa eine kantonale Angelegenheit, sondern eine schweizerische von allergrößter Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß in dem Exportwert von 300 Millionen der Hauptsache nach Arbeitslöhne stecken und der Wert der Metalle, speziell der importierten, eine verhältnismäßig sehr bescheidene Summe ausmacht. Man muß deshalb alles daran setzen, um unsere Uhrenindustrie in dem Umfange, wie sie heute besteht, nach Möglichkeit zu erhalten.

Da darf man schon sagen, wenn man näher eingeweiht ist, daß die verschiedensten Wege probiert wurden, diesem Ziele näher zu kommen, und daß der Weg, wie er vorgeschlagen wird, nach Ansicht der großen Mehrheit der Interessenten, nach Ansicht auch der Banken, der einzig mögliche ist, der einigermaßen Aussicht hat, zum Ziele zu führen.

Ich verhehle mir nicht, daß mit der Annahme dieser Vorlage die Sache noch nicht nach allen Richtungen hin sicher fundiert ist, und daß ein weiterer Ausbau dieser Organisation sich wahrscheinlich als notwendig

erweisen wird. Es hat sich ja bei allen derartigen Maßnahmen gezeigt, daß man nicht von Anfang an alle Momente und Eventualitäten kennt und erfassen kann, denen man zu begegnen hat.

Nun verlangt Herr Bosset eine sogenannte Kommission économique, also eine Art Wirtschaftskommission, die die Aufgabe hat, Differenzen zu erledigen, welche sich unter den Fabrikanten ergeben können, oder welche speziell bei Auslegung und Anwendung der sogenannten Konventionen entstehen können. Es ist ein gewisser Widerspruch, wenn man einerseits sagt, der Staat solle möglichst wenig in eine Industrie hineinreden, man solle sie selbständig lassen, wie das ja auch die Uhrenfabrikanten im großen und ganzen wünschen, während man dann doch wünscht, daß der Staat sich hineinmische, wenn Differenzen entstehen. Es ist ganz begreiflich, daß es immer Interessenten gibt, die einander weniger trauen und etwas mehr Vertrauen haben zu einer staatlichen Institution als zu ihresgleichen. Ich glaube aber immerhin, eine derartige Bedingung sollten wir hier im Ständerat nicht stellen, sondern das dem Bundesrat überlassen. Er hat nach Art. 8 die Möglichkeit, jederzeit, wenn sich wirklich das Bedürfnis einstellt, eine derartige Institution zu schaffen.

Was die Vertretung der Kantone anbetrifft, so wäre jedenfalls der Kanton Bern der erste, der sich beklagen könnte, wenn man auf das Territorium und den Umfang der Industrie abstellt, denn wenn Sie die Botschaft nachlesen, werden Sie zugeben müssen, daß die Uhrenindustrie im Kanton Bern jedenfalls bedeutend mehr ausmacht als den siebenten Teil der Gesamtindustrie. Nun hat der Kanton Bern nur vier Vertreter und Neuenburg elf, Solothurn sechs usw. Allein wir dürfen nicht vergessen, daß die Uhrenindustriellen ihre Vertreter selber gewählt haben und daß sie da weniger auf das Kantonsgebiet als auf die einzelnen Branchen Rücksicht genommen haben, so daß es einem gewissen Zufall zuzuschreiben ist, daß die Verteilung der Vertretung auf die einzelnen Kantone dieses Verhältnis angenommen hat. Nach dieser Richtung sollte man die Industriellen selbst machen lassen und sollte von Kantons wegen weniger in die Vertretungsverhältnisse hineinreden, weil ja die Industrie über diese verschiedenen Kantone verteilt ist, und zu sagen ist, daß die einzelnen Branchen eben nicht gleichmäßig auf die einzelnen Kantone entfallen, sondern daß große Verschiedenheiten nach dieser Richtung vorhanden sind. Nachdem die Angelegenheit im Nationalrat eine sehr eingehende Beratung erfahren hat, nachdem die Kommission einstimmig beantragt, die Vorlage, wie sie aus der Beratung des Nationalrats hervorgegangen ist, unverändert anzunehmen, nachdem der Bundesrat gewisse Wünsche entgegengenommen hat und nach Art. 8 die Möglichkeit hat, weitere Bedingungen an die Ausrichtung der Subvention zu knüpfen, sollten wir es unterlassen, im jetzigen Moment Differenzen mit dem Nationalrat zu schaffen, weil gerade in Art. 8 die Garantie vorhanden ist, daß der Bundesrat die Bedingungen, wenn eine Notwendigkeit sich einstellt, ebenfalls aufstellen kann, und damit in Verbindung denjenigen Einfluß gewinnen kann, der im Interesse einer guten Durchführung der ganzen Organisation erwünscht ist.

Schöpfer: Sie dürfen sich nicht wundern, wenn auch ein Mitglied des Rates, welches der Kommission nicht angehört hat, sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, insbesondere deshalb, weil ich aus einem Kanton komme, in welchem die Uhrenindustrie ein außerordentlich wichtiges Glied der Volkswirtschaft bildet. Sie haben gehört, daß durch den Bundesbeschluß und durch den Zusammenschluß der Uhrenindustriellen ein Hauptzweck erreicht werden soll. Dieser geht dahin, den Export fertiger Uhren zu heben und die Ausfuhr von Rohwerken und Schablonen aus der Schweiz nach dem Auslande zu bekämpfen. Das ist mit wenigen Worten die Erklärung dessen, was durch den Zusammenschluß der Uhrenindustrie, durch den Bundesbeschluß und vorab durch die Bundesmillionen bezweckt werden soll.

Um das zu erreichen, soll der Zusammenschluß der Uhrenindustriellen überaus eng gestaltet werden. Die Freiheit des einzelnen Industriellen wird außerordentlich eingeschränkt. Es können von dem zu schaffenden Trust gegenüber einem einzelnen Industriellen Bestimmungen über die Produktionsmengen, über den Verkaufsumfang, sogar über die Verkaufspreise und über die Fabrikationsmöglichkeit aufgestellt werden, Rationierungsbestimmungen usw. Dieser Trust bekommt also außerordentlich weitgehende Machtbefugnisse. Unrentable und schädigende Etablissements und Fabriken können vom Trust aufgekauft werden. Wenn Sie die Botschaft gelesen haben, haben Sie derselben entnehmen können, daß selbst dort davon gesprochen wird, daß nicht nur angemessene, sondern hohe, gute Preise an diese Fabrikanten bezahlt werden. Für diese Entschädigungen an die Fabrikanten, deren Fabriken aufgekauft werden, zahlt der Bund à fonds perdu 6 Millionen Franken.

Wenn ich daran denke, daß Ueberpreise an die zu schließenden Fabriken bezahlt werden müssen, drängt sich mir sofort eine erste Frage auf. Die Vorbereitungen für den Zusammenschluß der Uhrenindustrie und für den Erlaß der Botschaft, welche in außerordentlich verdankenswerter Weise vom Chef des Volkswirtschaftsdepartement befördert wurden — ich schließe mich da der Dankesbezeugung meines Freundes und Kollegen von Solothurn an die Adresse von Herrn Bundesrat Schultheß vollkommen an — alle diese Arbeiten, Verhandlungen unter den Industriellen, auf dem Departement und auf dem Bundesamt für Gewerbe, Industrie und Arbeit wurden vorgenommen in einem Zeitpunkt, als wir von dem Zusammenbruch der englischen Finanzwirtschaft noch gar keine Ahnung hatten. Dieser Zusammenbruch wird auf dem Weltmarkt außerordentlich große, vielleicht zur Stunde noch gar nicht absehbare Erschütterungen mit sich bringen. Unser Land ist ein Exportland und wird unter diesen wirtschaftlichen Erschütterungen wahrscheinlich am allermeisten leiden von allen europäischen Ländern, weil wir auf den Export unserer Produkte angewiesen sind. Da muß man sich unwillkürlich fragen, ob es denn mit der Sanierung und mit der Ausbezahlung dieser Bundesmillionen so außerordentlich pressiere, und ob nicht der Bund und mit ihm die gesamte Uhrenindustrie ein besseres Geschäft macht, ob der Rückkauf der unrentablen und der schädigenden Fabriken nicht vorteilhafter sei, wenn man noch etwas zuwartet?

Der Wert derjenigen Fabriken, welche man stilllegen will — man bezeichnet ihn mit *valeur commerciale* — wurde von kompetenten Leuten der Uhrenindustrie festgelegt. Man wollte einen ungefähren Ueberblick darüber haben, was die Sache kostet. Allein man hat bei der Feststellung des Wertes dieser Fabriken auf die Periode der Hochkonjunktur abgestellt, die wir in der Uhrenindustrie hatten, auf die Periode der Jahre 1928/30. Wenn man heute diese Etablissements bewerten würde, müßte man zum Schluß kommen, daß sie bedeutend weniger wert sind, als derjenige Wert beträgt, den man ihnen nun auszahlen will. Es sind da — ich weiß das rein persönlich aus meiner Kenntnis der Verhältnisse in meinem Heimatkanton — direkt stoßende Erledigungen vorgesehen, wo Betrieben, die vor einigen Jahren am Rande des Ruins standen, noch sogenannte Stilllegungsprämien ausbezahlt werden, Leuten, die, ich möchte fast sagen, zu den Hyänen auf dem Wirtschaftsschlachtfeld gezählt haben. Diese werden nun dadurch prämiert, daß man ihnen hohe Beiträge ausbezahlt für die Stilllegung. Wenn ich das ausspreche, so will ich damit nicht etwa die größten Fabriken treffen. Es handelt sich um mittlere und kleinere Etablissements, welche während der Kriegszeit illegal außerordentliche Gewinne eingesackt haben, die nachher wieder zurückgegangen sind, die jetzt schwere Zeiten zu überstehen haben und die man nun mit hohen Beträgen entschädigen will. Wäre es nicht zweckmäßig, den Zeitablauf für den Rückkauf arbeiten zu lassen? Der Zeitablauf würde die Fabriken von selbst in ihrem « *valeur commerciale* » herunterbringen. Dadurch könnten sich die Uhrenindustriellen, die Ebauches-Fabriken, und vor allem die größten unter ihnen, Hunderttausende von Franken sparen, indem sie ja selbst auch an die Stilllegung dieser Fabriken mit hohen Bezahlungen beitragen müssen. Der Bund könnte, ich halte das gar nicht für ausgeschlossen, mit weniger als 6 Millionen auskommen. Es wäre kein Unglück. Oder wenn er die 6 Millionen braucht, dann kann er sie für Arbeiten verwenden, für welche das Geld sonst nicht ausreichen würde. Ich hätte also die Meinung, daß man mit der Auszahlung der Bundesmillionen nicht allzu sehr pressieren sollte.

Was könnte sonst passieren? Die Uhrenindustrie selber muß die Gelder wieder erarbeiten und die 7½ Millionen Franken, die der Bund der Uhrenindustrie leiht, müssen wieder zurückbezahlt werden. Allein ich hege schwere Zweifel, ob bei der zukünftigen Entwicklung unserer Wirtschaftslage, wenn allzu hohe Ueberpreise an die stillzulegenden Fabriken bezahlt werden, es der Uhrenindustrie überhaupt möglich sei, die 7½ Millionen zu verdienen, um sie dem Bund zurückzuzahlen. Wenn alzu rasch vorgegangen wird, so kann letzten Endes der Bund der leidtragende Teil werden, dadurch, daß er um sein Guthaben kommt. Ich möchte damit nicht etwa gegen den Bundesbeschluß als solchen auftreten, ich werde für Eintreten stimmen, weil ich niemals die Verantwortlichkeit auf mich laden wollte, einen für unser Land so wichtigen Teil der Industrie zu schädigen. Allein ich glaube, daß der Bund die Möglichkeit und die Kompetenz hat, im Sinne meiner Anregungen vorzugehen, gestützt auf Art. 8 und auf den Zusatz, der im Nationalrate glücklicherweise beigefügt worden ist: Der Bund kann noch weitere, in

diesem Beschluß nicht genannte Bedingungen, die im öffentlichen Interesse liegen, an die Auszahlung der Bundesmillionen knüpfen.

Ich gestatte mir die Frage, ob man nicht im Sinne meiner Ausführungen die Bedingung an die Auszahlung knüpfen könnte, daß man noch etwas zuwartet, daß man der Entwicklung der Zeit und der natürlichen, durch die Zeitabläufe gegebenen Entwertung der zurückzukaufenden und zu schließenden Etablissements noch etwas zusieht, bevor man die Bundesmillionen in die Tasche der Uhrenindustriellen fließen läßt.

Eine zweite Frage, die sich mir aufdrängt, deckt sich ungefähr mit dem, was Herr Ständerat Dietschi bereits angedeutet hat, ob und wie die freibleibenden Fabriken, die Ebauches fabrizieren und sie in ihrem eigenen Betrieb zur Uhrenfabrikation verwenden, die sogenannten « manufactures » gegen allfällige Erdrosselungsversuche des Trusts geschützt werden könnten. Wir müssen über diese Frage sprechen, wir Solothurner. Es gibt im Schweizerlande 4 große Uhrenfabriken, welche zu den allergrößten nicht nur in unserem Lande, sondern vielleicht in ganz Europa zählen. Die eine steht in Tavannes, im Kanton Bern, die zweite in Biel, also ebenfalls im Kanton Bern, und zwei weitere liegen im Kanton Solothurn. Die beiden in unserm Kanton liegenden Fabriken beschäftigen in normalen Zeiten rund 2500 Arbeiter. Wir haben also ein lebhaftes Interesse daran, daß diese Fabriken während den 5 Jahren oder gar nach deren Ablauf in ihrer Existenz nicht bedroht werden.

Wenn man die Kompetenzen, welche die Superholding erhält, etwas näher betrachtet, so sieht man die ungeheure Machtvollkommenheit, die ihr bezw. den von ihr gewählten Delegationen zugesprochen ist. Ich will mit einem Beispiel illustrieren, wie es herauskommen könnte. Wir haben bei unsern solothurnischen Fabriken, wenigstens bei einer, die Gepflogenheit, die Lieferungen, die nach Südamerika, besonders nach Argentinien gehen, so einzurichten, daß die Lieferung direkt an die Detaillisten erfolgt und nicht an die Grossisten. Wenn ein Produzent, — es braucht kein Uhrenfabrikant zu sein, — den Markt mit den Detaillisten in der Hand hat, dann ist sozusagen jede Konkurrenz ausgeschaltet. Bei der Lieferung an die Grossisten kann die Konkurrenz viel besser eingreifen. Wer den Detailhandel in der Hand hat, besitzt seinen guten Absatzmarkt. Wie ist es, wenn eine solche Delegation als Organ der Superholding erklärt, daß inskünftig in der Verkaufsorganisation die Lieferung an die Detaillisten verboten ist? Oder, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, wäre es nicht möglich, daß eine Uhrenfabrik mit ihren Produkten in eine andere Preiskategorie gesetzt wird, daß man von ihr verlangt, sie dürfe ihr Produkt nicht zum Preise x, sondern nur zum Preise x plus y auf den Markt bringen? Wie ist es aber dann, wenn der Preis eines solchen Fabrikates so hoch gesetzt wird, daß die betreffende Uhr überhaupt nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurrieren kann? Oder, um ein drittes und letztes Beispiel zu erwähnen, was geschieht, wenn Rationalisierungsmaßnahmen gegenüber einer Fabrik getroffen werden, wenn von einer Fabrik, die vielleicht täglich 3000 Uhren herstellt, inskünftig nur 1500 produziert werden dürfen, wenn sich dann die Generalunkosten dieses Etablissements auf die Hälfte der früheren

Produktion erstrecken und dadurch die einzelne Uhr um so und soviel teurer wird, so teuer, daß sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist? Was geschieht in allen diesen Fällen?

Könnte nicht der Bundesrat, das Volkswirtschaftsdepartement, von den im Nationalrat beigefügten Bestimmungen des Art. 8 Gebrauch machen? Könnte nicht dasjenige Organ, welches nivellierend und in gerechter, loyaler Würdigung der Sachlage eingreifen kann, geschaffen werden? Er ist so, wie Herr Ständerat Dietschi gesagt hat, wir sind im Kanton Solothurn besorgt, wir haben eine ungeheure Last an Arbeitslosenentschädigungen zu bezahlen. Dazu kommt noch die Verminderung der Steuereingänge zufolge der großen Krise in unserem Kanton. Wir haben auf der einen Seite Erhöhung der Ausgaben, die uns bevorstehen, und auf der andern Seite Verminderung der Einnahmen. Deshalb liegt es uns daran, daß das Heer der Arbeitslosen nicht noch erhöht werde dadurch, daß unsere Fabriken durch die Superholding geschädigt werden. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß dadurch dem Bundesrat oder dem Volkswirtschaftsdepartement vermehrte Kompetenzen zugeschanzt werden wollen, daß dadurch der sogenannte Staatssozialismus, in dem wir hier machen, noch vergrößert wird. Das trifft durchaus zu. Aber der Bund beteiligt sich eben einmal an dieser Industrie und darin liegt das Grundsätzliche dieses Entscheides. Während der Bund bisher die anderen Produktionsstände gestützt hat, ihnen geholfen hat, daß sie nicht zugrunde gehen konnten, verläßt er mit diesem Beschluß die bisherige Basis und beteiligt sich an der Industrie. Ich glaube sogar, daß die 5 Herren, die in den Verwaltungsrat der Superholding hineinkommen, darin eine außerordentlich wichtige Rolle zu spielen berufen sind. Herr Kollege Bosset hat zwar von dem Geist und von der Form des Staatssozialismus gesprochen und hat erklärt, die Sache sei ja nicht so außerordentlich bedeutend, es komme auf den Geist an; in formeller Beziehung sei es allerdings ein Stück Staatssozialismus, aber dem Geiste nach liege kein Staatssozialismus vor. Da bin ich direkt gegenteiliger Auffassung. Der Staat beteiligt sich an der Gesellschaft und seine fünf Vertreter im Verwaltungsrat der Superholding werden nicht Strohpuppen sein und keine Rolle spielen wollen. Im Gegenteil: der Geist ist vor allem das Wesentliche, und er bringt uns hier ein Stück Staatssozialismus, den die Herren sonst, z. B. auf dem Gebiete des Strafrechts, mit Abscheu von sich weisen. Hier aber kann man sich auf einmal damit abfinden!

Auch bei denjenigen, die heute die Hilfe des Staates anrufen, die aber sonst in zahlreichen Fällen immer die staatliche Einmischung zurückgewiesen haben, z. B. auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und noch in vielen andern Fragen, bei solchen Uhrenindustriellen drängt sich einem unwillkürlich der Satz auf: « difficile est satiram non scribere »; wenn man weiß, wie gerade in der Uhrenindustrie alles Staatliche zurückgewiesen und abgelehnt wurde und wie die Herren heute, wo sie mit ihrem Latein zu Ende sind, den Staat rufen und erklären: Helft uns doch, beeilt euch, und wir stellen uns gnädigst unter eine Vormundschaft! Und so ist es in Tat und Wahrheit!

Allein man erklärt, es gehe nicht mehr anders.

man könne nichts anderes mehr versuchen, als eine Beteiligung des Staates ins Auge zu fassen. Ich glaube das selbst: Es bleibt uns nichts anderes mehr übrig als mitzumachen. Aber darüber, wie sich das Volkswirtschaftsdepartement den Schutz der freien Industrien, die noch nicht abhängig geworden sind, denkt, darüber hätte ich gerne ein beruhigendes Wort, das ich dann auch gerne im Protokoll des Ständerates nachlesen möchte, damit man in späteren Zeiten, mag dann die Entwicklung so oder anders gekommen sein, sich etwa auf das Protokoll berufen kann.

Nun noch eine letzte Frage. Ich möchte fragen, ob dem Departement bekannt ist, was ich gehört habe: daß bereits im Kanton Neuenburg, in La Chaux-de-Fonds, ein Komitee gegründet wurde zur Zusammenfassung der dissidenten Fabrikanten? Die Dissidenz ist also bereits an der Arbeit. Das ist eine gefährliche Sache. Wenn wir helfen wollen, müssen wir vorab dadurch helfen, daß alle zusammengeschlossen werden. Jetzt wird aber mit aller Bestimmtheit behauptet, daß sich dort die Unternehmer, die dem Trust nicht beitreten wollen, zusammentun. Wie verhält es sich damit? Und was kann gegen diese Dissidenten vorgekehrt werden? Sollen sie auch zurückgekauft werden, soll man ihnen also eine Prämie dafür zahlen, daß sie möglichst zurückhaltend gewesen sind und nicht mitmachen wollten, und soll man ihnen dafür einen noch höheren Preis zahlen, als die vom Komitee berechnete valeur commerciale, die doch auch nicht gerade gering ist? Was soll geschehen, wenn einzelne Uhrenindustrielle, Ebauchesfabrikanten, Fournitürenfabrikanten ins Ausland ziehen, wenn sie ihre Fabriken und die stillgelegten Maschinen wegnehmen und nach St. Louis oder Lörrach verpflanzen und dort die Fabrikation zu händen derjenigen Staaten wieder aufnehmen, die wir unserem Markt erhalten wollen? Gibt es überhaupt ein Mittel, dagegen einzuschreiten? Wie gedenkt man sich in solchen Fällen zu verhalten? Es bestehen übrigens in Deutschland und Frankreich bereits Ebauchesfabriken und Fournitürenfabriken, die die unentbehrlichen Fournitüren für die Uhrenfabrikation herstellen. Was soll geschehen, wenn diese deutschen und französischen Fabriken die Trustbildung in unserem Lande dazu ausnützen, ihre eigenen Anlagen zu vergrößern, indem sie sich sagen: «Jetzt ist die Gelegenheit günstig, jetzt führt die Schweiz nicht mehr so viele Ebauches und Schablonen aus, jetzt wollen wir unsere eigene Fabrik vergrößern und denjenigen Markt, den sich die Schweiz durch die Vertrustung erhalten will, selber bedienen»? Was soll geschehen, wenn solche Erscheinungen im Anschluß an die Vertrustung unserer Ebauchesfabriken und der ganzen Uhrenindustrie auftreten? Oder was soll geschehen, wenn ganz neue Fabriken gegründet werden?

Da haben wir ja ein Beispiel in einer andern Industrie unseres Landes erlebt. Sie wissen alle, daß die Zementindustrie sehr eng aneinander gekettet und geschlossen war und daß sie eine ausgezeichnete Verkaufsorganisation hatte mit ausgezeichneten Preiskonventionen. Und was ist nun geschehen? Einzelne spekulative Köpfe haben sich gesagt: So, jetzt liegt die Sache günstig, jetzt baust du auch eine Zementfabrik. Dadurch wurden die vereinigten Zementfabriken gezwungen, die neugegründeten Fabriken zu hohen Preisen aufzukaufen, und sie haben

das praktiziert, bis ihnen selber der Atem ausgegangen ist, bis die beiden großen Neubauten in Olten und Hausen gekommen sind und der gewaltige Preiskampf in der schweizerischen Zementindustrie eintrat. Erleben wir nun hier ein zweites Beispiel in der Ebauches- und Uhrenfabrikation? Wie wollte man dem begegnen? Ich zweifle an der Möglichkeit. Aber ich denke, daß alle diese Fragen auch von andern schon erwogen sind. Ich bin ja nicht der erste, der sie stellt. Ich bin fest überzeugt, daß Herr Bundesrat Schultheß sich auch solche Fragen gestellt hat, so daß er mir zweifellos darauf wird antworten können. Aber ich lege Wert darauf, daß das heute noch besprochen wird und möchte auch darüber Auskunft erbitten, ob und welches Bild man sich darüber gemacht hat, was mit den Uhrentechnikern und den Arbeitern, die durch die Vertrustung brotlos geworden sind, angestellt werden soll. Ich begreife sehr wohl, daß im Nationalrat verschiedene Fragen gestellt und Befürchtungen geäußert worden sind. Mit diesen Leuten muß man sich beschäftigen. Ich vermute, daß diejenigen Herren, die dem Trust zu Gevatter stehen und vorab das Volkswirtschaftsdepartement sich mit diesen Fragen auch beschäftigt haben. Denn der Bund ist nun einmal an diesem Trust beteiligt und als Beteiligter ist er auch mitverantwortlich dafür, was mit diesen brotlos gewordenen Technikern und Arbeitern, die dem Trust am meisten gefährlich werden könnten, geschehen soll.

Das sind die Bemerkungen, die ich Ihnen zum vorliegenden Traktandum habe machen wollen. Ich bitte Sie, aus meinen Ausführungen nicht etwa den Schluß zu ziehen, daß ich ein Gegner des Bundesbeschlusses oder einzelner seiner Bestimmungen sei. Ich werde für den Bundesbeschluß eintreten und auch zu den einzelnen Bestimmungen stimmen, in der Meinung, daß sie nicht abgeändert werden sollen.

Aber gewisse Fragen muß man eben bei solchen Angelegenheiten regeln, damit eine klare und bestimmte Abgrenzung des Tatbestandes herbeigeführt wird.

Bertoni: Signor Presidente e Signori colleghi! Io devo qualche spiegazione sopra il punto di vista che intendo assumere in questa discussione. Il mio Cantone è forse il meno industriale di tutta la Svizzera e quello che, per il suo sviluppo economico alquanto primitivo, sarebbe il più interessato ad attenersi, ancora per lungo tempo almeno, al principio del liberalismo economico. Dovrei quindi negare il mio consenso all'azione di soccorso straordinario che il governo federale ci propone a favore dell'industria degli orologi nella regione del Giura.

Tuttavia io non credo di rinnegare i miei principi nè il mio mandato, se voto la proposta del Consiglio federale. Non credo di rinnegarli perchè sono profondamente convinto che ogni teoria economica, ed eziandio ogni sistema politico è di sua natura relativo e costruito entro i limiti di un principio universale che è quello dell'evoluzione biologica. Fustel de Coulange, nel suo meraviglioso studio storico sulla formazione del feudalismo, dimostra, contro tutto ciò che ci fu insegnato nella scuola, che il feudalismo si è formato non già ad opera di un governo, ma contro ogni tendenza governativa. Il feudalismo è sorto contro le stesse leggi dell'impero romano d'Occidente e d'Oriente. Esso è sorto, ha

prevalso, è decaduto ed è perito per la forza delle cose, come un fenomeno naturale.

Lo stesso si può dire della borghesia. Quale è stato il sovrano, quale è stato il governo che ha decretato la borghesia, che l'ha voluta con un sistema di leggi nuove? Quale è la legge, quale è il giurista, quale è stato l'uomo politico che ha inventato, e imposto il capitalismo che è, mutato nomine, il sistema della borghesia? Il capitalismo si è formato per formazione spontanea, per evoluzione biologica: esso è un fatto di biologia sociale e come tale è un fatto suscettibile di evoluzione e non comporta alcun dogma. Il dogma del non intervento dello Stato, della libera concorrenza è stato smentito alcun tempo fa dal signor consigliere federale Schultheß, in un discorso, credo al Consiglio nazionale, nel quale disse: «Di fronte alla formazione dei trust moderni dove è andato a finire il principio della libera concorrenza?» Non dogma dunque ma dottrina, che comporta in ogni modo le trasformazioni che la vita impone e richiede.

Ho notato nella stampa, e specialmente da parte di qualche zelatore del principio liberale economico del non intervento dello Stato (a proposito di questa azione di soccorso in favore dell'orologeria), una campana d'allarme come se quest'azione non fosse altro che una capitolazione dello Stato liberale di fronte al socialismo. Su questa teoria e sul fondamento di questo rimprovero, mi sono espresso recentemente in un discorso ai miei elettori a Stabio: «Ciò che temo per l'equilibrio economico dell'Europa moderna e della Svizzera in particolare, non è tanto il socialismo in sé medesimo, quanto la psicologia di certi socialisti. Temo quella mentalità catastrofica e miracolista alla maniera di Carlo Marx che in fondo fa la parodia dell'Apocalisse, dell'ira di Dio e della fine del mondo. È una concezione trasmessaci, attraverso la Bibbia, dal mondo ebraico, del quale può darsi che, forse anche inconsciamente, Carlo Marx sia stato l'ultimo profeta. Ma questa teoria apocalittica e catastrofica è contraddetta assolutamente dal principio scientifico dell'evoluzione e non quadra punto nella vita biologica. Quadra soltanto in un concetto teologico della vita. I socialisti, avversari inconciliabili della teologia, cadono in contraddizione, perchè è proprio teologica l'idea di promettere al mondo il Paradiso sulla terra alla fine di quell'altra ira di Dio che si chiamerà rivoluzione sociale, che durerà forse 24 ore, forse 24 mesi e dopo i quali gli uomini entreranno nel regno della felicità, nuova edizione della Civitas domini di Santo Agostino. Sono questi i socialisti da temere.

In quanto al socialismo, devo constatare che i suoi più logici contraddittori non sono i letterati alla Pierre Grellet che criticano in così bella forma accademica, ma anche con una punta di malignità, la nostra attività parlamentare. Sono gli anarchici. È Luigi Bertoni del Risveglio, che legge con molto piacere, chiosa e annota le corrispondenze di certi giornali e vi trova i più preziosi elementi per combattere insieme la borghesia ed il socialismo, la sovranità dello Stato ed ogni idea di sovranità e di potere. L'individualismo dogmatico è assai più vicino all'anarchismo di quanto si supponga. Gli scrittori anarchici citano come un nuovo evangelo L'individuo contro l'Etat di E. Spencher. È assai

curioso vedere in questo fatto una conferma del vecchio principio «les extrêmes se touchent».

Io non so cosa penseranno gli anarchici dell'azione in favore dell'orologeria, non so cosa ne penseranno i socialisti catastrofici, ma so che tutte le obiezioni d'ordine teorico contro l'azione che stiamo per intraprendere, sono viziati dal sistema di attribuire ai principi economici un valore dogmatico che la vita non può consentire. Oggi più che mai io devo riconoscere che ci troviamo di fronte ad una di quelle anomalie collettive al cospetto delle quali l'animo, l'istinto dell'uomo, più ancora della sua ragione, corre all'idea del soccorso. Il soccorso statale può ben essere pericoloso, ma non altrimenti che riuscì spesso nociva l'antica carità; però l'istinto li giustifica anche contro la ragione.

Io darò dunque il mio consenso al progetto del Consiglio federale per quanto contraddica a tutte le dottrine che mi furono insegnate ed alle quali non intendo rinunciare.

Bundesrat Schultheß: Ich möchte doch auch in diesem Rat, der ja nicht gern von seinen bewährten Prinzipien reiflicher Ueberlegung und genauer Behandlung der Traktanden abgeht, noch speziell ein Wort über das Tempo sagen, das eingeschlagen wurde und eingeschlagen werden mußte.

Die Bestrebungen für die Sanierung der Uhrenindustrie gehen auf längere Zeit zurück, allein erst im Laufe des Sommers, als nun die Ergänzung der Konventionen durch die Gründung der Superholding, die für deren Vollzug notwendig ist, ins Auge gefaßt wurde, gelangte man dazu, an eine Beteiligung des Bundes zu denken. Die Beratungen und Verhandlungen in den interessierten Kreisen erstreckten sich über den 1. August hinaus, der eigentlich als Enddatum galt, bis in den September hinein, und noch in der letzten Zeit mußte mit den letzten Dissidenten oder Zaudernden verhandelt werden. Bald kam der, bald jener, und stellte noch eine Bedingung und wollte noch einen Wunsch berücksichtigt wissen, so daß es absolut unmöglich war, dem Bundesrat die Angelegenheit rascher zu unterbreiten, als es seitens der Initianten geschehen ist. Und was uns betrifft, so können wir mit gutem Gewissen sagen, daß wir die Angelegenheit so gut als möglich gefördert haben und keine Mühe scheuten, um die Botschaft rasch fertig zu stellen und dem Parlamente zu ermöglichen, den Entscheid noch in der Septembersession zu fassen.

Inzwischen hatte sich die Holdinggesellschaft provisorisch gegründet, ohne indessen zu den Auszahlungen zu schreiten, ohne die Optionen, die Vorkaufs- und Kaufrechte, die sie erworben hatte, auszuüben, sondern einfach, um wenigstens da zu sein und gewisse Bedingungen der Verträge zu erfüllen. Nun ist aber alles so ziemlich vorbereitet, einige Dissidenten von denen ich noch sprechen werde, vorbehalten. Aber inzwischen besteht der alte Zustand weiter, hinsichtlich der Fabrikation, und während z. B. die Ebauchesfabriken, die dem Ebauches-trust angeschlossen sind, heute noch zu den Bedingungen, die sie auch jetzt noch gegenüber den Manufakturen als in Geltung stehend betrachten, arbeiten, und durch die Kontingentierung gehindert sind, auf dem freien Markt in Konkurrenz mit andern, wilden Fabriken, die Rohwerke verkaufen, zu treten, genießen die Elemente, die in der letzten Zeit

neben dem Ebauchestrust, in dessen Schatten, aufgekomen sind und sich entwickelt haben, den Vorteil dieses Provisoriums. Das ist ein Zustand, der einfach nicht nur materiell, sondern auch psychisch nicht mehr zu ertragen ist. Wenn die Angelegenheit jetzt nicht zu Ende kommt und man die Entscheidung weiter hinausschiebt, dann riskiert man, daß alles aus Rand und Band geht, die Organisation sich auflöst, daß die provisorisch gegründete Gesellschaft die 20 oder 25 % Aktienkapital, die die Aktionäre eingezahlt haben, wieder zurückzahlt und die Möglichkeit einer Lösung schwindet. Diese Erwägung hat uns dazu geführt, daß wir Sie gebeten haben, vorwärts zu machen. Denn der jetzige Zustand ist wirklich unerträglich und kann nicht mehr lange dauern.

Es braucht aber zur Ueberführung in den normalen Zustand natürlich noch eine ganze Reihe von Beratungen und Vorarbeiten, die immerhin auch noch eine gewisse Zeit dauern werden. Das ist der Grund, warum gedrängt werden mußte. Ich möchte auch hier noch betonen, was ich im Nationalrat schon gesagt habe: Die Gemütlichkeit in der Politik und namentlich in der Wirtschaft ist vorbei. Die idyllischen Zustände, wie sie vor dem Kriege bestanden sind verschwunden. Heute heißt es rasch handeln. Sie haben ja auch gelesen, wie am letzten Montag in wenigen Stunden das englische Parlament einen Beschluß über die Währung gefaßt hat. Der schweizerischen Bundesversammlung standen für die Behandlung dieser Frage viel mehr Tage zur Verfügung, als die beiden englischen Kammern Stunden hatten, um das Währungsproblem, das doch noch ungleich wichtiger und weitertragend ist als unsere Aufgabe, zu verabschieden. Wir werden uns also, Departement, Bundesrat, Bundesversammlung und selbst das Volk, daran gewöhnen müssen, daß das Tempo und die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft andere geworden sind, und daß wir nicht zurückbleiben dürfen, wo die Rettung nur durch rasches Zugreifen erfolgen kann. Es ist also nicht unnötiges Drängen, es ist unsere Pflicht, Sie zu bitten, diese wichtige Frage in dieser Session zu behandeln.

Es ist durchaus zutreffend, daß auch heute noch gewisse Bedenken in einzelnen Kreisen bestehen, und daß noch einzelne, die gebunden sind, andere, die glauben, sie seien nicht gebunden, und endlich solche umgehen, die wirklich nicht gebunden sind und dem einen dieses, dem andern jenes ins Ohr flüstern. Sie wissen nicht, was sie wollen, diese Herren, sie möchten der Sache keine Schwierigkeiten machen, sie möchten, daß eine Organisation bestünde, möchten sogar ihre Vorteile genießen, aber um Gottes Willen keine Lasten und keine Einschränkung der Freiheit übernehmen. Ich habe auch bei mir noch ein Dossier von Zuschriften von Interessenten und kann Ihnen nur sagen, alle diese Dinge werden die nächste Woche, wenn diese Vorlage verabschiedet ist, gewissenhaft geprüft und untersucht werden, und wir werden, soweit immer möglich, Ungerechtigkeiten zu vermeiden suchen und probieren, alles unter einen Hut zu bringen. Aber zuerst soll nun das Parlament den Beschluß fassen und den Bundesrat ermächtigen, ihm auch noch Freiheit geben, wie es in Art. 8 gesagt ist, über die Bestimmungen des Bundesbeschlusses hinausgehende Bedingungen zu stellen, dann werden wir vorwärts machen, dann werden wir der Industrie selbst in ihrer Gesamtheit, den einzelnen Gruppen,

den einzelnen Industriellen sagen können: Wir sind bereit; wir können handeln; wenn die Sache scheitert, so liegt es nicht an uns, sondern dann scheitert diese Kombination an euch, und ihr habt die Verantwortung zu übernehmen. Dann werden wahrscheinlich verschiedene Bedenken zerfließen wie der Nebel vor der Sonne und niemand wird dann der sein wollen, der eine Verantwortlichkeit übernimmt.

Nun will ich eine Idee, die die Herren Bosset, Dietschi und Schöpfer erwähnt haben, gleich in diesem Zusammenhang behandeln. Ob man, um die verschiedenen zögernden Kreise zu versöhnen und ihnen gewisse Garantien zu geben, noch eine wirtschaftliche Kommission schaffen soll, bleibe für heute dahingestellt. Wir verweigern es nicht, aber wir suchen auch diese neue Kompetenz nicht. Ich muß Ihnen sagen, in welchem Zusammenhang man überhaupt von dieser Möglichkeit gesprochen hat. Die Konventionen, die Ihnen der Herr Berichterstatter erläutert hat, sahen sehr weitgehende Kompetenzen bezüglich Abänderung der Texte vor. Da stand z. B. in einem Art. 11 der Konvention zwischen ébauches und manufactures, daß die délégations réunies, also die von beiden bezeichneten Vertreter, das Recht haben sollen, diese Verträge zu ergänzen, abzuändern und überhaupt alle möglichen Dispositionen zu treffen. Das war ein Stein des Anstoßes, und es verlangten verschiedene, nicht kleine, sondern größere Fabrikanten, auch aus den Kreisen, von denen Herr Schöpfer gesprochen hat, Abänderung der Bestimmung oder doch Schutz.

Weiter ist in diesen Konventionen eventuell der Ausschluß der Dissidenten und Widerspenstigen von der Lieferung der Fournitüren vorgesehen. Die Holdinggesellschaft wird ja gerade gegründet, um die Konventionen ausführen zu können, um die Macht an die Stelle der etwas mangelnden Vertragstreue zu setzen. Da hieß es, auch da könnte man ungerecht behandelt werden. Es hieß weiter, man könne endlich noch kontingentiert werden und alle möglichen andern Maßregeln könnten getroffen werden, kurz, man möchte eine Garantie haben. Da sagte ich den Herren: Sie sind unter sich; in diese Dinge mischt sich der Staat nicht, er schränkt Sie nicht ein, er verbietet Ihnen nichts, Sie haben Konventionen unterschrieben und Verpflichtungen übernommen und diese Konventionen sind nicht ungültig und verstoßen nicht gegen die Handels- und Gewerbefreiheit. Sie können sich binden oder nicht; haben Sie Vertrauen zu Ihren Organisationen, zu Ihren Kollegen! Da antwortete man mir: Gerade daran mangelt es; die Großen haben Angst vor den Kleinen, und die Kleinen vor den Großen; eine Gegend schaut mißtrauisch auf die andere; keiner traut bei der Geschichte so ganz dem andern. Und in dieser Lage sagte man: Staat, hilf. Es tauchte die Idee auf, eine wirtschaftliche Kommission einzusetzen, bestehend aus sieben Mitgliedern, von denen vier nicht etwa von den Interessenten, sondern vom Volkswirtschaftsdepartement oder vom Bundesrat bestellt werden sollten. Nur drei Mitglieder sollten Vertreter der beteiligten Gruppen sein. Ich habe gesagt, wenn dieser Vorschlag dem Trust und den einzelnen Industriellen Beruhigung biete, könne man ihn annehmen, aber ich suche diese Kompetenz nicht. Nachher gingen die Herren nach Hause, die verschiedenen Organisationen traten zusammen, und man sah, daß man in

der Redaktion der Konventionen eigentlich über die eigenen Absichten und Gedanken hinausgegangen sei. Man strich den erwähnten Artikel und erklärte, nun bedürfe es dieser Kommission doch eigentlich nicht mehr. Falle die Voraussetzung weg, von der man ausgegangen sei, so brauche nachher auch ein besonderer Schutz nicht mehr gewährt zu werden. Dieser Beschluß wurde, wie es scheint, in der Fédération horlogère mit 31 gegen 27 Stimmen gefaßt. Sie sehen, eine Minderheit, die fast die Hälfte erreichte, wollte auch damals diese wirtschaftliche Kommission trotzdem noch haben.

Nun sind wir bereit, die Idee nochmals zu prüfen, und wir werden sehen, ob wirklich zur Beruhigung gewisser Gruppen diese Kommission nötig ist. Ist dies der Fall, so werden wir der Fédération horlogère und den groupements überhaupt empfehlen, sie zu akzeptieren, nicht etwa, um uns eine neue Kompetenz des Staates anzumaßen, sondern um schließlich eben unsere Pflicht zu tun und die Organisation der Privatindustrie zu erleichtern. Es ist immerhin nicht uninteressant, festzustellen, wie gern man kritisiert, was der Staat alles für Kompetenzen an sich ziehen, wie er in alles hineinregieren wolle, während man, wenn er sich zurückzieht und die Privatwirtschaft bittet, sie möchte sich selbst arrangieren, dann verlangt, er möchte zu Hilfe kommen und vermitteln, er sei den Beteiligten immer noch lieber und sicherer als die Konkurrenten, von denen jeder nur an sich selbst und sein eigenes Portemonnaie denke. Sie sehen, wir sind nicht so schrecklich und willkürlich, wie diejenigen vorgeben, die in allem, was wir tun und lassen, immer nur den Wunsch nach Ausbreitung der Staatskompetenzen und Weiterentwicklung des Etatismus sehen. Diese Frage wird also im Laufe der Verhandlungen zu prüfen sein. Ueberhaupt werden wir, ich wiederhole es, mit der Uhrenindustrie ein klares Wort sprechen und von ihr verlangen, daß die Garantien geschaffen sind, bevor wir ausbezahlen. Eine einheitliche und geschlossene Organisation der Industrie ist die Voraussetzung für den Erfolg der ganzen Kombination.

Das war die eine Gruppe der Gründe, über die ich Ihnen zu sprechen hatte. Und nun ist weiter, insbesondere auch von Herrn Schöpfer gefragt worden: Wird nun diese ganze Organisation überhaupt zu etwas führen, kann sie helfen, entstehen nicht neue Außenseiter, bricht nicht schließlich alles zusammen? Die Ausführungen meines Freundes Schöpfer klangen mir vertraut; ich glaubte, die Stimmen auch schon gehört zu haben, die so sprachen und habe die Bedenken auseinandergesetzt bekommen, die in der Tat in einzelnen Kreisen bestehen, und die sich in einem gewissen Konflikt befinden und hin und herschwanken zwischen dem Wunsch, ja die Sache nicht zu stören, die Uhrenindustrie retten zu helfen, und auf der andern Seite sich nicht zu binden. Es handelt sich dabei um Industrielle, die eigentlich nicht so recht den Mut finden, den Sprung aus den jetzigen Verhältnissen hinaus in neue Zustände zu machen. Aber die Herren werden sich doch entschließen müssen, diesen Sprung zu tun oder sitzen zu bleiben. Im ersten Fall kommt die Sanierung zustande, im zweiten Fall bleiben sie in der Tat sitzen, mit ihnen aber die ganze Uhrenindustrie, die dann ihrem Schicksal überlassen wird.

Und nun, warum dürfen wir hoffen, daß die Kom-

bination, die wir auf die Beine gestellt haben, reüssiert? Um Ihnen das klarzulegen, möchte ich daran erinnern, daß das ganze Sanierungsprojekt in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil wird gebildet durch die Konventionen, von denen wir in der Botschaft gesprochen haben und deren Funktion Herr Ständerat Béguin Ihnen so lebendig geschildert hat. Wenn alles in der Welt glatt zugehe und alle Menschen zuverlässig wären, dann könnte man sich mit diesen Konventionen behelfen, denn darin verpflichten sich die einen, die andern zu beliefern und niemand anders; die andern verpflichten sich, die Fournituren nur von dem Gegenpart zu beziehen und von niemand anderm. Das ist das Geheimnis der ganzen Kombination. Es soll nur derjenige, der sich den Regeln der Uhrenindustrie und ihrer Verfassung unterwirft, die Möglichkeit haben, diese Industrie auszuüben, sich die nötigen Fournituren zu beschaffen, und überhaupt fabrizieren zu können.

Ein weiterer Zweck der Konvention ist der, dafür zu sorgen, daß tunlichst die ganze vollendete Uhr und nicht nur Bestandteile ins Ausland exportiert werden. Diesen Zweck verfolgte schon die Konvention von 1928. Sie hätte ihn an und für sich erreichen können, wenn Menschen nicht Menschen gewesen wären. Allein was geschah? Neben der Ebauches S. A., in welcher die wichtigsten Rohwerkfabriken vereinigt waren, bestanden noch einige kleine Ebauches-Fabriken. Die einen behaupteten, diese kleinen Fabriken hätten sich nicht anschließen wollen, die andern sagen, die Ebauches S. A. habe « du haut de sa grandeur » erklärt: « Euch brauchen wir nicht; macht was Ihr wollt; Ihr kommt gar nicht in Betracht. » Für die Lage, die heute entstanden ist, ist es gleichgültig, wer den Fehler begangen hat. Was geschah? Es war der Gedanke des Herrn Leopold Dubois, der sagte, der Ebauches-Trust sei der Ausgangspunkt der Sanierung der Uhrenindustrie. Er hatte recht, aber diese Organisation allein erlaubte die Lösung noch nicht. Die Ebauches S. A. verpflichtete sich, Rohwerke ins Ausland nur in beschränktem Maße und nur zu teureren Preisen zu liefern, als sie sie im Inland abgab. Von diesen Abmachungen profitierten nun diese kleinen sogenannten dissidenten Fabriken. Sie lieferten in beliebigen Quantitäten, sie lieferten zu Konkurrenzpreisen, und so geschah es, daß der Export von Ebauches zunahm, aber nicht der Export durch den Trust, sondern durch die sogenannten wilden Fabrikanten und daß diese kleinen Fabrikanten stark wurden, sich entwickelten, viel Geld verdienten.

Das war die erste Lücke in der Organisation und das war namentlich der erste Grund, warum die erste Konvention von 1928 nicht zum Ziele führte. Allein auch sonst haperte es etwas mit der Vertragstreue und der Zuverlässigkeit. Und so konnte man sich denn auch Fournituren verschaffen, die für die Uhren notwendig sind und konnte die Fabrikation weiterführen, auch wenn ein Fabrikant sich den Konventionen nicht fügt. Namentlich aber ging der Export der sogenannten Ebauches, der Rohwerke und der Fournituren, die neben dem Rohwerk notwendig sind, um eine Uhr zu montieren, weiter. So haben die mangelnde Zuverlässigkeit und eine Lücke in der Organisation dazu geführt, daß diese Konventionen von 1928 nicht weiter dauern konnten, und es ist

verständlich, daß der Ebauches-Trust sie auf dieser Basis nicht verlängern wollte.

Diese beiden Fehler mußten in der neuen Kombination aus der Welt geschafft werden. In bezug auf den ersten Punkt war die Lösung klar, die Ebauches-dissidenten mußte man zur Organisation bringen. Das ging nicht anders als durch den Aufkauf. Darunter waren Firmen, Herr Schöpfer, die vor einigen Jahren nicht in glänzenden Verhältnissen sich befunden hatten, die aber während der Dauer der Konventionen von 1928 ihre Freiheit ausnützten, um im Schatten der Organisation groß zu werden und Geld zu verdienen. Diese sagen, wenn man uns kaufen will, muß man uns bezahlen, sonst lassen wir uns nicht aufkaufen. Man kann also nicht behaupten, daß die Verkaufspreise unbegründet hoch seien. Die Initianten mußten, wenn der Aufkauf zustande kommen sollte, weil ihnen Zwangsmittel nicht zur Verfügung standen, heruntermarkten, so gut es ging. Das geschah, wie in der Botschaft ausgeführt wurde, aber es mußten immerhin gelegentlich noch Preise bezahlt werden, die als hoch bezeichnet werden dürfen. Daß diese hohen Preise nicht gerade den besten und verdientesten Elementen der Uhrenindustrie zugute kommen, damit muß man sich abfinden. Das Glück lächelt auch nicht immer dem Würdigen, sondern gelegentlich auch den andern; diese Wahrheit läßt sich nicht aus der Welt schaffen.

Der zweite Punkt betrifft gleichsam das Surrogat für die Vertragstreue. Dieses Surrogat für die Vertragstreue ist etwas eigentümliches, es ist eine große Aktiengesellschaft. Weil nämlich die Erfahrung zeigt, daß solche Konventionen nicht gehalten werden, sagte man sich, es gebe nur eines, um die Konventionen zu sichern, die Herrschaft über die Fournitürenfabriken und damit das Kommando über sie zu erwerben und so ein Zusammenspannen der Interessen zu erreichen. Mit andern Worten, es mußte eine Trustgesellschaft gegründet werden. Die einen nennen sie Dachgesellschaft, die anderen Superholding, in der alle Schlüsselindustrien der Uhrenindustrie vereinigt sind, die Lieferanten der Fournitüren, der Balanciers, der Spiralen, der Assortiments und der Ebauches. Diese Dachgesellschaft nennt sich die Allgemeine Schweizerische Uhrengesellschaft A. G. und sie präsentiert sich heute vor uns mit der Bitte, um eine Subvention, um ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. Diese Holdinggesellschaft vereinigt einmal die sämtlichen Ebauches-Fabriken, diejenigen, die dem Ebauches-Trust S. A. angeschlossen waren und die andern, in der Weise, daß sie die Mehrheit der Aktien des Ebauches-Trustes erwirbt, so daß sie Herrin ist über die Ebauches-Fabrikation und den Ebauches-Export.

Diese gleiche Dachgesellschaft mußte auch die verschiedenen Fournitürenfabriken erwerben, wenigstens die Mehrheit in diesem Unternehmen haben, um auch dort von oben herab als Herr des Geschäftes befehlen zu können, Ihr dürft die Fournitüren nur an diejenigen Firmen liefern, die die Konventionen halten, die sich der Verfassung der Uhrenindustrie unterwerfen, und die das allgemeine Interesse der Industrie und des Landes über die momentanen Privatinteressen stellen. So werden also gleichsam die Schlüsselindustrien der Uhrenindustrie unter einem Dach vereinigt. Diese Holdinggesellschaft hat

die Uhrenindustrie in der Hand und sie kann Ordnung schaffen.

Die Konventionen werden wiederum auf fünf Jahre abgeschlossen. Von der Holdinggesellschaft will ich nicht sagen, sie daure ewiglich, sie ist aber nicht auf fünf Jahre beschränkt, sie ist dauernd Herrin über die Schlüsselindustrien und sie wird auch nach Ablauf der fünf Jahre der Kern sein, um den sich die Organisation der Uhrenindustrie gruppieren kann, wird und muß. Ich nehme aber an, daß die Konventionen umgearbeitet werden, schon bevor fünf Jahre vorüber sind, daß sie gleichzeitig verlängert werden und daß dasjenige, was heute geschaffen worden ist, noch weiter ausgebaut wird. Es handelt sich wie gesagt, um eine « action continue », es ist keine abschließende Aktion, die in der Uhrenindustrie vorgenommen wird. Nach unsern Erfahrungen und unter Berücksichtigung der Interessen und der Bedürfnisse muß das, was einmal gegründet worden ist, weiter entwickelt und den Bedürfnissen angepaßt werden.

Wer bildet diese Holdinggesellschaft? Die Hälfte des Aktienkapitals wird durch die Banken geliefert, die andere Hälfte durch die Industrie. Ich habe die Banken in der Aktion schon wiederholt in Schutz nehmen müssen. Ich muß anerkennen, daß sie in dieser Beziehung das allgemeine wirtschaftliche Interesse vertreten, nicht das Interesse irgendeiner Firma, weil sie in allen möglichen Gruppen und Branchen Kunden haben und deshalb auch ihrerseits dazu berufen sind, zu vermitteln. Sie haben im Grunde genommen das gleiche egoistische wirtschaftliche Interesse, das die Öffentlichkeit hat, nur ist es bei der Öffentlichkeit ein allgemeines und nicht ein geschäftliches Interesse. Sie sind also ein gutes, ein begrüßenswertes Element. Gleichzeitig sorgen die Banken dafür, daß die ganze Gesellschaft kommerziell gut geführt wird.

Die zweite Hälfte der 5 Millionen wird von der Uhrenindustrie geliefert. Die Hälfte dieser Hälfte, also 2,5 Millionen, entfällt auf die Uebernahme an Zahlungsstatt für die Abtretung von Unternehmungen. So verknüpfen die betreffenden Unternehmer ihr Interesse mit der Holdinggesellschaft. 2½ Millionen Franken sollen als Aktien in den Besitz der Fédération Horlogère übergehen. Diese Organisation der Uhrenindustrie besitzt heute keine 2½ Millionen Franken, die sie einzahlen könnte. Die Banken müssen den Betrag vorschießen, wohl gegen Hinterlage der Aktien. Die Uhrenindustriellen erheben eine Fabrikationsgebühr und lösen daraus im Laufe der Jahre die 2½ Millionen Franken sukzessive ab. Auf diese Art wird die Fédération Horlogère mit der Zeit zu einem Viertel Inhaberin des Aktienkapitals der Dachgesellschaft. Sie wird Eigentümerin der liberierten Aktien der Holdinggesellschaft sein. Sie wird wiederum dafür sorgen, daß die Holdinggesellschaft nicht im Interesse einzelner aufgekaufter Unternehmungen geführt wird, sondern im Interesse der Gesamtheit der Industrie.

So sage ich, diese Gesellschaft, die sich in einem rein privaten Gewande präsentiert, war von vornherein ihrem Beruf und Zwecke nach eine Art gemeinnütziger Unternehmung, eine Gesellschaft zur Rettung und zur Erhaltung der schweizerischen Uhrenindustrie.

Ich komme zurück auf die Frage, die insbesondere von Herrn Ständerat Schöpfer gestellt worden ist: Ist das ganze Sanierungsprojekt, die Konvention und die Holdinggesellschaft, sind beide Aktionen miteinander in der Lage, dafür zu sorgen, daß die Uhrenindustrie bestehen bleibt und daß nicht dasjenige, was heute ihr zum Verderben gereicht, die Außenseiteri auf's neue entsteht? Diese Frage ist durchaus verständlich. Ich habe sie mir auch gestellt und wir haben sie des gründlichsten in den vereinigten Kommissionen diskutiert. Herr Strahm, Direktor der « Zenith », der bei der Lösung eine große und verdienstliche Rolle gespielt hat, hat uns Auskunft gegeben. Vergessen Sie nicht, daß durch die Konventionen die ganze Uhrenindustrie verflochten und daß alle Vertragsfirmen verpflichtet sind, das, was sie kaufen, um die Uhr herstellen zu können, — es ist eine weitgehende Arbeitsteilung vorhanden — von den Vertragsfirmen zu kaufen und daß die Fournitürenfabriken sich verpflichten, die Bestandteile, gewisse Ausnahmen vorbehalten, wiederum nur an Vertragsfirmen zu liefern.

Wenn irgendwo eine neue Uhrenfabrik entstehen sollte, dann würde sie, das ist der Zweck der Konventionen, keine Fournitüren bekommen, sie würde infolgedessen nicht oder nur mit größter Mühe und unverhältnismäßigen Opfern gegründet werden können. Niemand würde das Geld dazu hergeben. Die Banken werden wohl klug geworden sein und solche Unternehmungen nicht mehr finanzieren. Nehmen wir aber an, es wolle sich eine Ebauches-Fabrik gründen, nicht eine Manufacture. Sie würde in der ganzen Schweiz keinen Kunden finden, denn alle, die in der Schweiz Ebauches brauchen, haben sich verpflichtet, die Ebauches von den Vertragsfirmen zu kaufen. Die Gründung, sagen wir einer Spiralenfabrik z. B., ist eine ganz heikle Sache. Ein solches Unternehmen braucht viel Erfahrung, aber auch viel Geld und bisher hat nur die Schweiz Spiralen für die ganz guten Uhren herstellen können. Diese Spiralenfabrik würde wiederum bei uns keine Kunden finden können, und der Absatz im Ausland würde ihr nicht genügen, um bestehen zu können. Es bliebe noch die Möglichkeit, daß eine Fabrik aller Bestandteile und der fertigen Uhr gegründet würde. Davon sagt man uns, es wären hierfür gewaltige Mittel nötig, diesen Versuch habe bis jetzt auch aus andern Gründen noch niemand gewagt, er wäre von vornherein verurteilt, denn diese Bestandteile, speziell die Spiralen usw. können nur in großem Maße fabriziert werden. Eine einzelne Fabrik könne rationell nur für ihre eigenen Bedürfnisse die nötigen Bestandteile nicht herstellen. Die Industrie ist darüber beruhigt, wenigstens die offizielle schweizerische Industrie, daß Außenseiter nicht entstehen können, weder im Inland noch im Ausland. Der Ausländer hat eben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie der Inländer. So dürfen wir annehmen, daß in dieser Beziehung genügend Sicherheit geschaffen sei.

Wenn nun aber alle diese Verpflichtungen und Bindungen und Konventionen, wenn die Superholding nicht genügen würde, um der Industrie zu helfen, dann würde sich vielleicht die Frage doch noch stellen, ob der Bund nicht weitere Vorschriften zu erlassen habe. Diese Frage wurde im Bundesrat auch ventilert; es wurde aber darauf hingewiesen, daß wenn die Oberzolldirektion die Mühlen, die

Tabakfabriken kontrolliert, dann gar kein Grund besteht, unter der neuen Herrschaft schließlich nicht auch eine Kontrolle des Exportes von Ebauches und Bestandteilen bis hinein in die Uhrenfabriken zu organisieren. Heute unter der Herrschaft der Freiheit wäre das nicht möglich, aber in Zukunft, unter der neuen Organisation, wäre es, wurde gesagt, denkbar. Ferner wäre, wenn einmal Not am Mann wäre, und bevor die Uhrenindustrie ganz zugrunde geht, noch einmal die Frage zu prüfen, ob dann der Bundesrat nicht erklären könnte: So gut verboten wurde, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt neue Hotels gebaut werden, gerade sogut kann auch verboten werden, daß in der Schweiz neue Uhrenfabriken erstellt werden, die nur dazu dienen würden, die Uhrenindustrie in ihrer Gesamtheit zu ruinieren und das Land zu schädigen. Dem Bund stünde in Zukunft das Recht zur Initiative in dieser Richtung aus moralischen und materiellen Gründen um so eher zu, als er jetzt in die Sanierungsaktion eingreift, und sie durch seine Hilfe erst ermöglicht. So darf uns die Befürchtung, daß neue Außenseiter entstehen könnten, nicht abhalten, zu handeln. Ich weiß, daß vieles herumgeboten wird von Leuten, die aus diesem oder jenem Grund der Organisation nicht günstig gesinnt sind, oder vielleicht für sich noch etwas besonderes herauswirtschaften möchten. Solchen Mitteilungen gegenüber ist Vorsicht am Platz. Wir können ja nicht in die Zukunft hinaus sehen, aber wir haben doch Grund, anzunehmen, daß das Sanierungsprojekt seinen Zweck erfüllen werde.

Ferner ist schon im Nationalrat und heute hier wieder von der Gefahr der Fabrikationseinschränkung der Betriebe gesprochen worden. Einige der Herren, die diese Angst geäußert hatten, sind seither in die sogenannten « délégations réunies » gewählt worden. Ich habe der Uhrenindustrie geraten, doch die Herren, die Bedenken haben, auch zur aktiven Mitwirkung zu berufen. So werden diese am raschesten erkennen, wie es um ihre Befürchtungen bestellt ist. Ich glaube auch, sie seien nunmehr beruhigt und nehme an, sie werden nicht die Furcht, die sie vorher andern gegenüber gehegt hatten, nun etwa gegen sich selbst fortsetzen. Allein daneben ist denn doch zu sagen, daß man gar nicht daran denkt, irgendeine Uhrenfabrik auszusuchen und ihr eine Betriebsreduktion zuzumuten. Es können höchstens allgemeine Einschränkungen für die ganze Organisation der Industrie in Betracht kommen.

Zerbricht man sich nicht in Genf schon längst den Kopf darüber, wie man die Ueberproduktion in der Welt einschränken könnte und denkt man nicht daran, eine Zurückbildung der gesamten Produktion herbeizuführen? Daß man diesen Ausweg in der Uhrenindustrie von vornherein ausschließt, wäre doch nicht angemessen. Diese wird übrigens den Weg von selber nur dann wählen, wenn er unbedingt notwendig ist; aber einen einstimmigen Beschluß als Voraussetzung der Gültigkeit zu erklären, würde die Lahmlegung der Organisation bedeuten. Den Verbänden müssen gewisse Kompetenzen zustehen. Die Uhrenindustrie soll zu sich selbst und zu ihren Organen das nötige Vertrauen haben.

Es wurde noch darüber gesprochen, was geschehen solle, wenn die Holdinggesellschaft einen Betrieb stilllegt. Man wollte uns im Nationalrat die Annahme einer Fassung zumuten, nach der der betreffende

Betrieb eventuell noch einmal hätte entschädigt werden müssen. Ich habe darauf geantwortet: Die Holdinggesellschaft wird nur Betriebe stilllegen, die sie erworben hat. Soll sie sich dann selbst noch einmal entschädigen, oder etwa den, den sie bereits aufgekauft hat? Davon kann keine Rede sein. Was aber die Arbeiter betrifft, da können Sie beruhigt sein; da wird man namentlich in der Holdinggesellschaft, in der der Bund ja mitzusprechen hat, offenbar eher dafür sorgen, daß kein Mißbrauch eintreten wird, als an gewissen andern Orten.

Ein weiterer Punkt: Der sogenannte neue Weg. Man hat im Nationalrat und hier betont: was vorgeschlagen werde, sei etwas ganz neues; Subventionen habe der Bund zwar schon oft gegeben — das ist eine Binsenwahrheit —, aber gewöhnlich habe er sich, wenn sie hingegeben gewesen seien, weiter nicht mehr in die Sache gemischt. Heute komme nun eine ganz neue Kombination: jetzt beteilige sich der Bund direkt an der Gesellschaft. Ich habe darauf geantwortet: Wenn Sie davor Angst haben, 6000 Aktien zu 1 Fr. zu bekommen und damit ein Stimmrecht auszuüben, dann mag ein Mitglied aufstehen und den Antrag stellen: Wir wollen darauf verzichten und wollen lieber die 6 Millionen einfach hingeben. Damit wäre die Gesellschaft ohne weiteres einverstanden. Wir haben im Bundesrat geglaubt, wir müßten aus fiskalischen und wirtschaftlichen Erwägungen uns ein gewisses Mitspracherecht sichern, ein vernünftiges, bescheidenes, so daß wir immerhin gegenüber der Privatwirtschaft im Hintergrund bleiben. Deshalb haben wir uns Aktien zu reduziertem Nennwert, die uns aber trotzdem ein Stimmrecht geben, und eine Beteiligung am Verwaltungsrat ausbedungen. Dieser hat bereits 25 Mitglieder. Wir schlagen Ihnen abweichend vom frühern Antrag vor, daß der Bund noch 5 weitere — statt 4 — bestimmt. Damit steigt der Verwaltungsrat auf 30 Mitglieder: das ist fast soviel wie der Ständerat. Es wurde von gewisser Seite verlangt, man hätte noch mehr Sitze verlangen sollen. Aber 30 Mitglieder genügen; es brauchen ihrer nicht 44 zu sein. Es wären fast so viele geworden, wenn man dem Subventionskapital des Bundes proportional die gleiche Zahl von Vertretern zugestanden hätte, die auf das private Aktienkapital entfällt: dann hätten wir 15 Sitze bekommen, und damit wäre der Ständeratssaal gerade noch groß genug gewesen, um diesen Verwaltungsrat zu fassen. Die Privatwirtschaft soll den Ton angeben; wir wollen nur kontrollieren. Die Delegation des Bundes muß einen moralischen Einfluß haben, eher als einen solchen durch die Zahl der Mitglieder. Heute wünscht die Uhrenindustrie, die dem Gedanken zuerst ablehnend gegenüber gestanden hatte, in ihrem eigenen Interesse, daß der Bund eine Delegation bezeichne und viele würden eine Teilnahme des Bundes an der engern Geschäftsleitung begrüßen. Wir haben auch bereits erklärt, daß wir vom Verwaltungsrat erwarten, er werde Mitglieder der Delegation des Bundes jeweils auch in die wichtigsten Ausschüsse wählen. Das wird wiederum keine Schwierigkeiten machen. Wir sind aber bereit, der Gesellschaft vor Auszahlung der Subvention zu erklären: Wir stellen diese Bedingung, das private Element muß natürlich auch hier das starke Uebergewicht haben.

Neue Wege sind wir also nur insoweit gegangen, daß wir mitwirken bei der Verwaltung und damit

Ständerat. — *Conseil des Etats. 1931.*

Einblick in den Geschäftsgang haben und nicht schlechthin die Industrie, die zerrissen und uneinig ist, ihrem Schicksal überlassen dadurch, daß wir als Vermittler auftreten, sowohl in der Generalversammlung als auch in der Verwaltung. Dieses Prinzip ist aber offenbar richtig.

Herr Schöpfer hat darauf hingewiesen, daß gewisse Entschädigungen und Preise, die die Holdinggesellschaft zugestanden habe, zu hoch seien und daß man mit der Realisierung zuwarten soll, bis die Verhältnisse sich geklärt haben, und dies um so mehr, als ja der Zusammenbruch des englischen Pfundes eingetreten sei. Ich muß betonen, daß es ausgeschlossen ist, im allgemeinen auf die Abfindungssummen zurückzukommen. Würde man aber auch einen solchen Versuch in vereinzelten Fällen machen wollen, dann würden die Betroffenen zweifellos jegliches Entgegenkommen von vornherein ablehnen, wenn nicht auf alle gleiches Recht angewendet würde. Damit würde alles in Frage gestellt und die ganze Diskussion wieder eröffnet. Dafür fehlt es wohl an der Zeit. Wir werden indessen nicht ermangeln, uns über gewisse uns signalisierte Fälle zu informieren und uns zu vergewissern, wie es damit steht.

Den Rückgang des Pfundkurses sollte man doch auch nicht überschätzen. Es liegt lediglich ein Abgehen von der Goldwährung vor. Man ist sich vielleicht nicht ganz bewußt, daß England erst seit 1924, wenn ich nicht irre, offiziell die Goldwährung wieder eingeführt hat und daß auch die Schweiz keine Einlösungspflicht für ihre Banknoten hatte, daß aber trotzdem ihr Change auf der Parität stand. Hoffen wir, daß die Entwicklung der englischen Währung eine günstige sei und daß diese nicht weiter wesentlich zurückgehe, denn das wäre eine Katastrophe für die ganze Welt. Ob im Hinblick auf diese Gefahr die zugestandenen Abfindungen neu revidiert werden können, scheint uns doch mehr als fraglich zu sein. Wie bereits bemerkt, bin ich bereit, noch einmal zu prüfen, ob gewisse Aufkaufssummen zu hoch sind und reduziert werden können. Eine Folgerung des Herrn Schöpfer muß ich ablehnen, daß man nun abwarten müsse. Täte man das, so würde die Uhrenindustrie zusammenbrechen und dann wäre es nicht mehr möglich, auf die Konventionen zurückzukommen.

Schließlich wurden gewisse Wünsche geäußert über die regionale Berücksichtigung der Industrie im Verwaltungsrat. Wir haben leider nur fünf Sitze; ich glaube fast — um einen höflicheren Ausdruck zu wählen als seinerzeit Stämpfli — daß wir mehr als fünf Kandidaten haben werden, daß also einige eliminiert werden müssen. Aus Billigkeitsgründen werden wir die Arbeiterschaft berücksichtigen müssen. Es wäre ein Fehler, wenn man das nicht täte. Wenn ihre Vertreter dabei sehen, wie schwierig die Verhältnisse in der Industrie sind, dann kann dies nur von gutem sein. Es wird den Vertretern der Arbeiter gehen wie jenem neugebackenen Mitglied eines Gemeinderates, das kurze Zeit nach seiner Wahl erklärte, es hätte nie geglaubt, daß es im Gemeinderat so ehrlich zugehe! Diese moralische Wirkung der Einsichtnahme und der Verantwortlichkeit ist gar nicht zu verkennen. Ob wir auch noch einen Waadtländer wählen können, das kann ich nicht zusagen. Aber weil auch vom Kanton Bern gesagt worden ist, er sei ungenügend vertreten, kann ich Sie trösten.

Es wird wahrscheinlich unter den Bundesvertretern solche geben, die ihren Wohnsitz im Kanton Bern haben. Damit wäre dafür gesorgt, daß jedenfalls hier in dieser Beziehung eine gewisse Korrektur eintritt.

Sie haben noch eine ganze Reihe von Fragen in der Diskussion berührt. Sie gestatten mir aber wohl im Interesse der Oekonomie der Zeit, darüber hinwegzugehen.

Niemand kann heute sagen, daß dieses Sanierungsprojekt wirklich die Uhrenindustrie definitiv zu retten geeignet sei. In erster Linie brauchte es bessere Zeiten, intensivere Nachfrage nach Waren, größere Kauflust und Kaufkraft in den Absatzgebieten. Aber die in Diskussion stehende Kombination hat zuvorderst zweifellos den Vorteil, daß die Inkonvenienzen, die durch die Krise entstehen, nicht noch vermehrt werden durch die Schwächung, die die Folge innerer Zerrissenheit der Industrie wäre. Die Sanierung wird dazu beitragen, daß in der Krisenzeit die Industrie ihre Lage nicht selbst verschlechtert und daß sie in Zeiten besserer Konjunktur fähig ist, diese auch wirklich auszunützen und daß sie nicht selbst eine sogenannte Hochkonjunktur in ihrem Effekt durch übermäßige Konkurrenzierung und durch den Krieg aller gegen alle in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen beeinträchtigt oder sozusagen vernichtet.

Es war zweifellos ein sehr schwerer Entschluß für die Uhrenindustrie, sich so straff zu organisieren. Alle Beschlüsse sprechen für den Ernst der Situation, für den Willen zusammenzustehen und in Zukunft zusammenzuarbeiten, die alten Rivalitäten und Jalousien zu beerdigen. Wir haben meines Erachtens die Pflicht, diesen großen und schweren Entschluß zu erleichtern und die Hilfe zu gewähren, die man von uns verlangt. Im Grunde genommen handelt es sich um 6 Millionen, die riskiert werden. Nach meiner Auffassung sollten die andern $7\frac{1}{2}$ Millionen, die die Allgemeine Uhrenindustrie A.-G. als Schuldnerin zurückbezahlen hat, nicht als gefährdet betrachtet werden. Das sind die Gründe, aus denen ich Ihnen, sicherlich auch nicht ohne Bedenken, und im Bewußtsein, daß es ein weitgehender und schwerwiegender Entschluß ist, aber aus voller Ueberzeugung, empfehle, einzutreten und dem Beschluß, wie er vom Nationalrat angenommen worden, zuzustimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Eintreten

26 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Titel und Ingeß.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Titre et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: La décision des Chambres consiste en une autorisation donnée au Conseil fédéral — le verbe autoriser est employé deux fois dans cet article —, ce qui signifie que l'aide fédérale ne deviendra effective qu'au moment où le Conseil fédéral sera en mesure de constater que la Société générale de l'horlogerie suisse S. A. sera en situation de commencer à exercer son activité aux termes de ses statuts. Ceux-ci devront d'ailleurs être modifiés et mis en harmonie avec les clauses insérées dans l'arrêté fédéral. L'aide fédérale ne sera fournie que lorsque le capital actions aura été intégralement versé par les fondateurs. Nous proposons d'adhérer au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: La rédaction de cet article est de nature à éviter toute discussion au sujet de l'emploi de la participation de la Confédération à l'œuvre d'assainissement, qui ne peut être menée à bien sans le concours des finances publiques. Nous proposons l'adhésion au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: Nous n'avons rien à ajouter aux explications contenues dans le message et dans le rapport de la commission. Proposition: Adhésion au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: Il convient de prendre toutes les précautions nécessaires pour qu'on ne

s'écarter jamais de la ligne de conduite admise aujourd'hui par chacun, à savoir que la Superholding ne devra, en aucun cas, se transformer en une affaire cherchant à procurer à quiconque des profits personnels.

Ces prescriptions sont raisonnables; elles contiennent en elles-mêmes leur justification. Proposition: Adhérer au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 5.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: Pas d'observation. Proposition: Adhésion au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 6.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Minderheit: (Klöti.)

Der Bundesrat ist berechtigt, bis auf fünf Mitglieder des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A. G. und ein Mitglied des Direktionsausschusses zu bezeichnen, die die gleichen Rechte haben wie die übrigen Mitglieder.

(Rest Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.)

Propositions de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil national.

Minorité: (Klöti.)

Le Conseil fédéral est autorisé à désigner au maximum cinq membres du conseil d'administration et un membre du comité directeur de la société générale de l'horlogerie suisse S. A.; les membres ainsi désignés auront les mêmes droits que les autres.

(Pour le reste adhérer à la proposition de la majorité.)

M. Béguin, rapporteur de la majorité: La présence de délégués du Conseil fédéral au sein du Conseil d'administration de la Superholding est la conséquence naturelle de l'aide accordée. D'autre part, le deuxième alinéa de l'art. 8 permettra au Conseil fédéral de faire valoir sa manière de voir au sujet de la nomination d'un représentant du Conseil fédéral dans les organes directeurs de la Société. Le rapporteur l'a déjà dit dans son premier rapport; il le répète ici, et la commission est d'accord avec cette idée.

La proposition Klöti est donc superflue. Il n'y a

pas lieu de créer, avec le Conseil national, une divergence sans utilité pratique et nous insistons pour que cette considération engage le Conseil à ne pas modifier l'art. 6 tel qu'il a été voté par le Conseil national, quand bien même, sur le fond, nous sommes d'accord tant avec le Conseil fédéral qu'avec M. Klöti pour qu'on obtienne de la Superholding la nomination d'un représentant du Conseil fédéral dans les organes directeurs. Ce point nettement établi, et aucun doute n'étant possible à ce sujet, nous pensons que le Conseil des Etats pourra, sans inconvénient, adhérer sans autre au Conseil national et nous lui en faisons la proposition.

Klöti, Berichterstatter der Minderheit: In der Eintretensdebatte habe ich das Wort nicht ergriffen, trotzdem es mich gereizt hätte, auf die Ausführungen der Herren Béguin, Dietschi, Bosset, Schöpfer, Bertoni zu antworten. Immerhin möchte ich bemerken, daß wir Sozialdemokraten die Beteuerungen, diese Aktion des Bundes sei kein Eingriff des Staates in die Privatwirtschaft, den Herren als Beruhigungsmittel ganz gern gönnen mögen. Ich bin allerdings gegenteiliger Ansicht. Ich bin der Auffassung, daß das ein freilich ganz kleiner Schritt in einer Evolution ist, die man nicht aufhalten kann, in einer Evolution nach einer Planwirtschaft hin, die national und international mit der Zeit notwendig wird. Ich will nur hoffen, daß wenn weitere solche Schritte des Bundesrates auf ökonomischem Gebiete vorgeschlagen werden, die Herren Vorredner dann auch wieder eine Erklärung finden, um sich selbst zu beruhigen. Wir kommen so vielleicht etwas rascher zu dem Ziel, das wir anstreben.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit den Aeusserungen des Herrn Béguin, der zum Beweis dafür, daß es sich nicht um Einmischung des Staates in die Industrie handle, darauf hinwies, daß der Nationalrat die Forderungen der Sozialdemokraten auf Schutz der Arbeiterschaft in der Uhrenindustrie abgelehnt habe.

Wir haben von der Arbeiterschaft aus drei Forderungen gestellt: Die erste derselben ist abgelehnt worden. Das war die Forderung, daß der Bund proportional seiner Beteiligung, und zwar proportional seinen 6 Millionen Aktienkapital, im Verwaltungsrat vertreten sein solle. Man hat sich mit 5 Vertretern begnügt. Wir wollen keinen Gegenantrag mehr stellen.

Dem zweiten Begehren, daß der Arbeiterschaft, die am meisten unter der Krise in der Uhrenindustrie zu leiden hat, eine Vertretung im Verwaltungsrat eingeräumt werde, wurde insofern praktisch entsprochen, daß der Vertreter des Bundesrates die Erfüllung dieses Wunsches in Aussicht stellte. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß der Bundesrat zwei Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in den Verwaltungsrat delegiere. Diese machen dann erst einen Fünftel des dreißigköpfigen Verwaltungsrates aus. Nach meiner Ueberzeugung — Herr Bundesrat Schultheß hat das heute eigentlich auch erklärt — hat der Bund an der Vertretung der Arbeiterschaft ein großes Interesse, denn wenn die Arbeiter durch ihre Vertreter im Verwaltungsrat allgemein zur Ueberzeugung gebracht werden, daß die Superholding nicht ein gewöhnliches Unternehmersyndikat ist, sondern ganz besonders im Interesse der Arbeiterschaft liegt,

werden sie auch nicht, wie dies heute der Fall ist, Tag für Tag gleichgültig zusehen oder als Werkzeuge mitwirken, wenn ihre Arbeitgeber die unterschriebenen Kontingentierungsverpflichtungen umgehen. Sie werden ihren Vertretern, denen sie ihr Vertrauen entgegenbringen und von denen sie Diskretion erwarten können, von solchen Fällen Kenntnis geben. Es ist von großer Bedeutung, daß das geschieht, denn der Erfolg der unternommenen Aktion hängt zum großen Teil davon ab, daß die Arbeiterschaft das Bewußtsein hat, die neue Gesellschaft wolle sie vor Not und Elend bewahren und sie werden auch mit Argusaugen und einer Solidarität unter sich dafür sorgen, daß die Unternehmer sich nicht wieder drücken können von ihren Vereinbarungen, wie das leider heute in großem Ausmaß geschieht.

Das dritte Begehren, das dahinging, es möchte ein Vertreter des Bundes in das Direktionskomitee der neuen Gesellschaft gewählt werden, ist im Nationalrat mit der andern Forderung auf Proportionalvertretung des Bundes im Verwaltungsrat verknüpft gewesen und mit ihr unter das Eis gegangen. In den Bestimmungen des Bundesbeschlusses finden sich darüber keine Vorschriften. Es hat vorhin, wenn ich nicht irre, Herr Bundesrat Schultheß das formelle Versprechen gegeben, daß der Bundesrat eine Vertretung im Direktionskomitee begehren werde gestützt auf Art. 8, Abs. 2. Ich möchte nur mit wenigen Worten sagen, daß dies außerordentlich notwendig ist.

Nach den vorliegenden Statuten der Holdinggesellschaft liegt, wie bei den meisten Gesellschaften dieser Größe, die eigentliche Leitung nicht bei dem 30köpfigen Verwaltungsrat, sondern bei dem Direktionsausschuß. Will nun der Bundesrat genau orientiert sein — nur orientiert sein und nicht hineinbefehlen — über das, was in der Superholding geht, so muß er einen Vertreter im Ausschuß haben, der den vollen Ueberblick über die Geschäftsführung der Gesellschaft hat, der auch jederzeit dem Volkswirtschaftsdepartement Auskunft geben kann über die Wirkung der Hilfsaktion, über die Mängel ihrer Organisation und ihm bei allfällig weiterem Ausbau, welcher vielleicht bitter notwendig werden kann, wertvolle Ratschläge auf Grund seiner Erfahrung zu geben in der Lage ist. Durch die Entsendung eines Vertreters in den Direktionsausschuß, den der Bundesrat wählt, zu dem Sie wohl Zutrauen haben, wird die Initiative und Selbsthilfe der Uhrenindustrie in keiner Weise unterbunden. Wenn wir aus öffentlichen Mitteln Millionen von Franken zur Verfügung stellen wollen, dann sind wir als Behörde dem Volke gegenüber verpflichtet, diese Kontrolle auszubedingen.

Ich hätte es sehr gern gesehen, wenn Herr Bundesrat Schultheß dieser Aenderung zugestimmt hätte. Der Nationalrat würde zweifellos ohne weiteres zustimmen, wenn der Ständerat diese Aenderung beschlossen hätte.

Aber da erklärt wird, man wolle eine Differenz zwischen den Beschlüssen der beiden Räte vermeiden und Herr Bundesrat Schultheß versprochen hat, er wolle das Begehren auf eine Vertretung im Ausschuß stellen, so kann ich meinen Antrag fallen lassen. Ich tue es nicht gern, denn ich betrachte die Bedingung, daß wir die Kontrolle bis in das Direktionskomitee hinein ausüben wollen, als ein Essentiale des ganzen Beschlusses. Aber ich will nicht doktrinär sein. Ich

ziehe meinen Antrag zurück, nachdem diese Zusage gegeben worden ist.

Bundesrat Schultheß: Ueber Art. 6 ist in der nationalrätlichen Kommission und im Nationalrat ausgiebig gesprochen worden. Ich möchte noch einmal sagen, nachdem ich es bereits betont habe, daß es verfehlt gewesen wäre, neben die Vertreter des privaten Aktienkapitals von 25 Mitgliedern 15 oder eine ähnliche Zahl von Vertretern des Staates zu setzen. Denn wir wünschen und wollen, daß in dieser Gesellschaft die Privatinitiative die klare starke Mehrheit habe, denn wir möchten uns nicht der Privatindustrie substituieren.

Was die weitem Wünsche anbetrifft, von denen Herr Ständerat Klöti gesprochen hat, und die auch im Nationalrat durch Herrn Schmid geäußert worden sind, daß die Holdinggesellschaft verpflichtet werden sollte, die Tarifverträge und das Koalitionsrecht anzuerkennen, so kann von einer Berücksichtigung an dieser Stelle unseres Erachtens kaum die Rede sein. Das Problem des Koalitionsrechtes ist ein sehr kompliziertes: es hat eine positive und eine negative Seite. Wie der eine Arbeiter fordert, er solle nicht entlassen werden dürfen, weil er organisiert sei, so gibt es andere, die sich dagegen wehren, nicht angestellt oder nicht in gleicher Art und Weise behandelt zu werden, wie organisierte Arbeiter. Aber auch die Arbeitgeber haben ihre Wünsche. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage haben wir uns von Bundeswegen auf Antrag des Justizdepartementes über das Problem ausgesprochen. Es ist eine eminent schwierige Frage, die nicht im Handumdrehen bei dieser Gelegenheit für eine Industrie so beiläufig gelöst werden kann.

Die Holdinggesellschaft wird nicht selbst Unternehmungen betreiben, und es kann keine Rede davon sein, wie man in einzelnen Kreisen gemeint hat, daß man via Holdinggesellschaft gleichsam der ganzen Uhrenindustrie Arbeitsbedingungen aufzwingen könne. Der einzelne Industrielle bleibt in der Durchführung und in der Leitung seines Betriebes frei. Im übrigen kann auch der Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen nicht auf diese Art und Weise angeordnet werden. Endlich sind die Verhältnisse der Exportindustrie wesentlich andere als in einem Inlandsgewerbe wie der Buchdruckerei. Ich konstatiere gerne, daß Herr Ständerat Klöti diese Anträge nicht aufnimmt. Er hat nur einen Wunsch geäußert, über die Vertretung des Bundes im Direktionskomitee. Ich stehe nicht an, zu bestätigen, was in der Botschaft steht, daß wir hoffen, daß vom Verwaltungsrat in die leitenden Ausschüsse — es kann ja auch deren mehrere geben, ich weiß es nicht — jeweils ein Vertreter des Bundes gewählt wird. Das « Hoffen » ist ein höflicher Ausdruck für die Erwartung und diese entspricht einer Bedingung. Wir werden also der Gesellschaft mitteilen, daß wir im Interesse eines harmonischen Zusammenarbeitens und um uns den Einblick in den Betrieb zu erleichtern, wünschen, daß in die leitenden Ausschüsse jeweils ein Mitglied gewählt wird, das der Delegation des Bundesrates im Verwaltungsrat angehört. Das dürfte durchaus keine Schwierigkeiten bieten. Die Herren werden froh sein darüber, indem ja auch handelspolitische Fragen zur Sprache kommen. Und dann kann es nur gut sein, wenn der Kontakt gefunden wird und

vorhanden ist. Diese gewünschte Zusicherung kann ich also Herrn Ständerat Klöti ohne weiteres geben. Ich finde, daß gegen eine solche Mitwirkung des Bundes kein Bedenken besteht.

Ein Antrag ist nicht gestellt, sodaß Art. 6 ohne weiteres akzeptiert werden kann.

M. le Président: Il n'y a qu'une proposition: celle de la commission, qui recommande d'adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 7.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: L'opportunité de permettre à la Superholding d'entrer sans délai en activité ne faisant pas de doute, il y a réellement urgence, soit péril au retard; la proposition d'urgence correspond ainsi à un état de fait; elle est donc justifiée en droit. Proposition: Adhésion au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 8.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Béguin, rapporteur: Le deuxième alinéa de l'art. 8 introduit dans le projet par décision du Conseil national, d'accord avec le Conseil fédéral, précise un point de vue conforme au sens général de l'aide fédérale dont il s'agit. Nous n'avons pas de raison de combattre cette décision. Proposition: Adhésion au Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble.

Für Annahme des Beschlusentwurfes 26 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 26. September 1931.
Séance du matin du 26 septembre 1931.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Sträubli*.

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.
Aide à l'industrie horlogère.

Siehe Seite 500 hiervor. — Voir page 500 ci-devant.
 Beschluß des Ständerates vom 24. September 1931.
 Décision du Conseil des Etats du 24 septembre 1931.

Schlußabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes	70 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

An den Ständerat.
 (Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 26. September 1931.
Séance du matin du 26 septembre 1931.

Vorsitz — Présidence: M. *Charmillot*.

2720. Uhrenindustrie. Unterstützung.
Aide à l'industrie horlogère.

Siehe Seite 580 hiervor. — Voir page 580 ci-devant.
 Beschluß des Nationalrats vom 26. September 1931.
 Décision du Conseil national du 26 septembre 1931.

Schlußabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes	18 Stimmen
Dagegen	1 Stimme.

An den Bundesrat.
 (Au Conseil fédéral.)

Schluß des stenographischen Bulletins der Herbst-Session.
Fin du Bulletin sténographique de la session d'automne.